

Wolfgang Fritz Haug
**Determinanten
der post-
kommunistischen
Situation**





Wolfgang Fritz Haug

Determinanten der postkommunistischen Situation

Wahrnehmungsversuche (II)

Argument-Sonderband Neue Folge AS 218

1



© Argument Verlag 1993
Rentzelstraße 1, 20146 Hamburg
Umschlag: Wolfgang Geisler
Fotosatz: Mößner und Steinhardt, Berlin
Druck: Alfa Druck, Göttingen

Die Deutsche Bibliothek CIP Einheitsaufnahme
Haug, Wolfgang Fritz:
Determinanten der postkommunistischen Situation
Hamburg : Argument Verlag, 1993
(Argument Sonderband ; N.F., AS 218)
ISBN 3 88619-218-0

NE: GT

94. 7 6

Vorbemerkung	5
Rückzug von Sackgasse zu Sackgasse? (Juni 1990)	7
Der letzte Parteitag der KPdSU (Juli 1990)	
Zerfällt Gorbatschows Zentrum?	25
Das Dilemma der Machtkonservativen	30
Die Resultate	35
Mutiert der Golf-Krieg die politische Kultur?	
Enzenberger und Biermann (Februar 1991)	42
Marxismus in der Katastrophe (Mai 1991)	
Aus der Krise des Marxismus ist die Katastrophe geworden	47
Kurt Biedenkopf Katastrophesevision und	
die Notwendigkeit eines neuen Marxismus	50
Für die »Entotalisierung« marxistischen Denkens	57
Der Untergang der Sowjetunion (August 1991)	
Staatsstreich gegen die Geschichte	62
Die »Glorious Revolution« in Moskau	65
Das Ende einer Epoche	69
Kann man noch Marxist sein nach dem Zusammenbruch	
des Kommunismus? (September 1991)	74
Die Wiederkehr des Unerwarteten	
Versuch einer deutschen Moment-Aufnahme (Februar 1992) ...	82
Pluraler Marxismus und Offene Gesellschaft	
Im Gespräch mit Ralf Dahrendorf (März 1992)	94
Warum ich die Gerechtigkeitskomitees unterstütze (Juli 1992) ..	105
Muß man den Stalinismus von Marx her denken?	
(Oktober/November 1992)	119
Marx befreien. Unfromme Wünsche zum 175. Geburtstag	
(Mai 1993)	141
Welchen Sinn hat es, über Stalinismus zu diskutieren? (Juni 1993)	144
Determinanten der postkommunistischen Situation (Juli 1993) .	148
Drucknachweise	165

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Vorbemerkung

Wo sind wir? Wir reiben uns die Augen. Ist das die neue Weltordnung?

Die ersten Wahrnehmungs-Versuche erschienen im Frühsommer 1990. Sie endeten mit einem Kommentar zu den März-Wahlen, die das Ende der DDR einleiten sollten. In der Sowjetunion, deren Auflösung trotz der Krise der Perestrojka noch unvorstellbar schien, wurde der 28. Parteitag der KPdSU vorbereitet. Diese Zeit wurde wie ein Wirbel erfahren, in dem sich keine Koordinaten festhalten lassen. Aber die Situation schien offen.

Drei Jahre später hat sie sich stabilisiert und geschlossen zur *post-kommunistischen Situation*. Das aus der Sowjetunion hervorgegangene Rußland hat sich in ein veritables »Absurdistan« verwandelt. Nach dem Ende des Kalten Weltbürgerkriegs findet die Weltgesellschaft sich heimgesucht von blutigen »molekularen Bürgerkriegen« (Enzensberger). Die Physiognomie der *Möglichkeit* hat sich wieder verfinstert.

Die in diesem Bändchen versammelten Beiträge zur Geschichte der Gegenwart sind wiederum Gelegenheitsarbeiten. Die Gelegenheiten reichen vom letzten Parteitag der KPdSU im Juli 1990, zu dem ich mich von einer Wochenzeitung als Korrespondent schicken ließ, über Putsch und Gegenputsch in Moskau vom August 1991 bis zur deutschen Vereinigungskrise. Der Aufsatz, der dem Band den Titel gibt, entstand als Vortrag zum hundertjährigen Jubiläum der Landesirrenanstalt von Berlin, einer Institution, die mit Dürrenmatt als der geeignete Ort für gegenwartsgeschichtliche Weltbetrachtungen angesehen werden kann.

Der Versuch, das Durcheinander von Verganem und Kommen- dem zu entziffern, ist unser *Erkenne dich selbst*, denn in der Welt, wie sie fort-stürzt, muß sich unser Denken und Handeln erproben.

August 1993

Rückzug von Sackgasse zu Sackgasse?

Rundfunkgespräch mit Peter Huemer

»Unsere schönen Pläne bis auf die Knochen blamiert und entsetzlich verwandelt«, lese ich in Ihrem politischen Tagebuch¹. Sie selber, gehören Sie auch zu den Blamierten?

Ich habe es immer abgelehnt, mir die Hände in Unschuld zu waschen, ich hasse das, muß ich sagen. Das ist eine Haltung, die ich oft bei Sozialdemokraten gefunden habe. Ich könnte mich ja leicht rausreden. Erstens war ich politisch nur einmal organisiert, in der Sozialdemokratie, und zweitens bin ich Theoretiker, ich hab damit nichts zu tun. Aber natürlich habe ich damit was zu tun, wir alle, die wir in der Geschichte der Arbeiterbewegung, des Sozialismus oder der Theorielinie in der Nachfolge von Marx irgendwo unseren Platz finden, haben damit zu tun. Das ist unsere Geschichte, und niemand von uns ist davon unbetroffen, obwohl es natürlich stimmt, daß wir nicht automatisch so etwas wie eine Niederlage aus dem Osten nun hier übernehmen müssen. Aber unser gesamtes Projekt, das Projekt einer solidarischen Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen, muß neu überdacht werden.

Das Böse ist ja bekanntlich konkret, daher ein Beispiel: Wolf Biermann schreibt in der »Zeit« von jenen Strahlenmaschinen, mit denen die Stasi offenbar heimlich die Potenz von gefangenen Menschen zerstört hat. Solche und ähnliche widerwärtige Horrormeldungen, ändern sie etwas für sie?

Ja, die haben schon etwas geändert. Wobei es natürlich zur Zeit schwer fällt, Realität und Phantasmen auseinanderzuhalten. Manches habe ich in dieser Deutlichkeit nicht gesehen. Ich war doch in der Illusion befangen, daß man zwischen den Gewaltpraktiken der extremen Rechten und den Gewaltpraktiken der Stalin-Nachfolger mehr würde unterscheiden können. Auch das ist nicht mehr so einfach. Ich habe schon vor Jahren geradezu Zuflucht genommen zu einem Satz von Peter Weiss aus der »Ästhetik des Widerstands«. Im

¹ Versuch, beim täglichen Verlieren des Bodens unter den Füßen neuen Grund zu gewinnen. Das Perestrojka Journal. Hamburg 1990.

dritten Band wird als Überlegung einer seiner Heldinnen, Widerstandskämpferin und Kommunistin, formuliert, daß sie in dieser ganz dunklen Zeit nicht mehr wußte, wo ihre schrecklicheren Feinde eigentlich stünden, ob bei den Nazis oder auf der eigenen Seite. Für mich ist das so etwas wie eine Höllenfahrt der Kommunisten.

Nur, wo liegt da der Trost?

Das ist ein Mißverständnis, ich habe von Zuflucht gesprochen, das ist etwas anderes. Ich habe den Satz intuitiv als wahr empfunden. Er hat mir blitzartig etwas aufgerissen, von dem her ich anfang neu zu denken. Und außerdem: Weiss ist ja der Treuesten einer in der Linie des sozialistischen Projekts oder der sozialistischen Projekte. Daß er diese Reflexion anstellt und dieses Stück Arbeit für eine ganze Bewegung macht in seinem Buch, das fand ich ungeheuer wichtig, das war ein Paradigma. Er wurde zunächst ausgesperrt aus der DDR. Es zeigt die Vielschichtigkeit des inzwischen gestürzten Regimes, daß es doch Kräfte im Apparat gab, die diesem Werk Einlaß verschafft haben, die durchgesetzt haben, daß es erschien, wenn auch in zu geringer Auflage (die freilich im Verhältnis zu der im Westen beachtlich war).

Das würden Sie aber doch wohl nicht als spezielles Verdienst bezeichnen? Die Bücher von Weiss sind in der hochkapitalistischen BRD ganz selbstverständlich erschienen.

Aber hier stellen sie gar keine Gefahr dar – in der DDR stellen sie eine tödliche Gefahr dar. Denken Sie doch einmal vom Standpunkt eines Erich Honecker oder eines Mielke diesen Satz, den ich gerade zitiert habe, daß der Unterschied zwischen dem Schlimmsten, was es in diesem Weltbild geben kann, den Nazis, und den eigenen Genossen in Moskau für die Widerstandskämpfer vor Ort, im finstersten Moment ihrer Geschichte, zu schwimmen anfangen konnte.

Darf ich Ihre Formulierung aufgreifen: »Denken Sie einmal vom Standpunkt Honeckers oder Mielkes aus«? Gerade daraus geht ja hervor, daß man von diesem Standpunkt aus eben nie denken darf.

Das weiß ich nicht, als Historiker ...

Sie haben mich jetzt mißverstanden, ich meinte den zustimmenden Nachvollzug dieses Denkens.

Aber man tastet es ab, man macht es stark, das ist die Grundregel, wenn man ein Gedenken hat ... Das ist die Grundregel jedes

philosophischen Seminars, das gilt auch für den Historiker: Gerade eine gestürzte Figur muß er zunächst einmal stark machen, versuchen, ob sie nicht doch immanente Momente hat, wo sie recht hat. Wenn er sie dann widerlegt, ist sie widerlegt. Ich würde das methodisch vertreten, und überdies ist es ein Gebot der Fairneß. Auf besiegten Gegnern herumzut trampeln, ist nicht gerade Sache derer, die wirkliche Arbeit machen.

Sie haben in Wien ein Referat gehalten mit dem Titel »Was ist sozialistischer Fortschritt?«. Was ist nun sozialistischer Fortschritt?

Darf ich zuerst sagen, daß das schon sehr lange eine Frage ist? Das ist ziemlich genau datiert. Walter Benjamin hat in seinen letzten Lebensjahren die Erfahrung niedergeschrieben, daß der sozialdemokratische Fortschrittsglaube – und dort hatte er hauptsächlich seinen Ort, bei der Sozialdemokratie – praktisch zerstört ist. Das ist Ende der Dreißiger Jahre. Die Sozialdemokratie war nicht fähig, das Negative, die zerstörerischen Potentiale zu denken und es mit denen aufzunehmen. Das ist ein ganz wichtiger Bezugspunkt für alle kritische Reflexion seither geblieben. Natürlich hat es lange gedauert, bis das aus den philosophischen Seminaren, wo man die geschichtsphilosophischen Thesen eines Benjamin in der westlichen Welt schon seit 15 Jahren hin und her wendet, ins breitere politische Bewußtsein herausgedrungen ist. Und da können wir vielleicht datieren, daß der Fortschrittsoptimismus Ende der Siebziger, Anfang der Achtziger zerbricht ...

... ganz wesentlich im Zusammenhang mit der Ökologiefrage und mit einem doch wachsenden Bewußtsein von der Dritten Welt.

Ohne Zweifel. Aber man muß noch eine dritte Dimension nennen, die vielleicht sogar entscheidend war, obwohl langfristig die von Ihnen genannten die entscheidenden sind. Was den Auslöser gab, war überhaupt nicht politische Vernunft, Einsicht – ich glaube, da schätzt man die Dinge verkehrt ein. Den Auslöser gab der Zusammenbruch des bis dahin funktionierenden sozialdemokratischen Modells in allen westlichen Ländern, etwas verzögert in Österreich – aber auch dann kam ja die Krise furchtbar, denken Sie an den Staatssektor –, zuerst in England, in den USA, dann in der BRD, in Frankreich auf fürchterliche Weise, selbst momentan in Schweden. Das war das Grundgeschehen. Es brach ein bisheriges Modell zusammen, in dem man Fortschritt dachte, und es brach aus inneren Gründen zusammen, wobei freilich von außen kräftig nachgeholfen

wurde durch eine richtiggehende Attacke gegen Fortschrittsdenken überhaupt. Und die Ökologie spielt da mehr die Rolle einer jetzt plötzlich sinnvoll erscheinenden oder für manche Kräfte sogar brauchbaren Argumentation. Natürlich gab es kleine Gruppen, für die das eine substanziell wichtige Sache war, aber ich glaube nicht, daß dem sozialdemokratischen Establishment, also dem, was man bei uns, wenn es solid zusammenhielt, den »Filz« nannte, solche Argumente von sich aus unter die Haut gingen, bzw. untern Filz.

Den Ausdruck versteht man mittlerweile auch in Österreich, nicht nur sprachlich, sondern auch inhaltlich! – Nun, André Gunder Frank hat im »Argument« gemeint, der Sozialismus sei so diskreditiert, daß auch ein anderer, sozusagen wirklicher Sozialismus jetzt keine Chancen habe. Demokratischer Sozialismus, womit er etwas anderes meint als die gegenwärtige Sozialdemokratie, habe erst nach radikaler Verschlechterung wirkliche Möglichkeiten. Teilen Sie diese Katastrophentheorie?

Nein, die teile ich überhaupt nicht. Es kommt natürlich darauf an, was man unter demokratischem Sozialismus versteht. Und das weiß niemand. Denn der Ausdruck wird in zwei Bedeutungen verwendet und heißt jedesmal etwas völlig anderes. Er bedeutet das eine, wenn man in einer kapitalistischen Gesellschaft sich für demokratisch-sozialistische Politik ausspricht, und er bedeutet etwas völlig anderes in einer Gesellschaft, wo die Produktionsmittel und der Grund und Boden entweder in staatlichem Eigentum sind oder doch in irgendeiner Form gesellschaftlich kontrolliert sind.

Wenn ich mal die erste Bedeutung nehme, die für uns »Westler« relevant ist, die wir in fortgeschrittenen, hochtechnologisch sich reproduzierenden, kapitalistischen Gesellschaften leben, dann ist der demokratische Sozialismus – so verschwommen und unverbindlich, wie das hier benützt wird – durchaus von Tagesrelevanz. Überall kommen die sozialdemokratischen Politiken wieder. Denken Sie an England, wo zuerst die Neoliberalen und Neokonservativen gewonnen haben, wo Labour abgeschmettert schien und auch lange war, wo es jetzt die Mehrheit der Wählerstimmen hinter sich hätte. Aber das gilt auch für die BRD: das Projekt, das mit dem Namen Lafontaine verknüpft ist, gibt diesen Konzepten »demokratischer Sozialismus« durchaus wieder eine konkrete Farbe.

Wobei man aber korrekterweise sagen muß, beides sind Prognosen, sowohl in England als auch in der BRD.

Natürlich, und noch nicht einmal Vorhersagen. Das ist auch nicht mein Interesse. Aber ohne jeden Zweifel sind in beiden Ländern die beiden genannten politischen Richtungen wieder stark im Kommen. Das ist überhaupt kein Vergleich mehr mit den Zuständen vor fünf Jahren. Sie haben wieder Initiative. Wenn in der BRD sich herausstellen sollte, daß Lafontaine nicht die Wahlen gewinnt, dann ist das eine Folge des nicht vorhersehbaren deutschen Taumels. Das hat sozusagen alle Fragen wieder verschoben ins Nationale.

Bleiben wir beim Sozialismus. Wenn Sie vom Ende des autoritären Staatsozialismus sprechen und meinen, nun könnte der wirkliche Sozialismus wieder eine historische Chance kriegen, dann geht mir dieser Wechsel, dieser Umstieg eine Spur zu einfach und zu geschwind.

Ich könnte jetzt wie der schwäbische Bauer antworten, was geht mich mein saudummes Geschwätz von gestern an. Aber ich plädiere lieber auf die Lizenz des Theoretikers. Wenn ich so etwas sage, dann ist das nicht tagespolitisch gemeint. Tagespolitisch wäre das Blödsinn. Im Moment kann davon überhaupt nicht die Rede sein, daß aus dem Ende, aus dem historischen Vorbeisein, aus dem von innen heraus erfolgten Scheitern des staatsautoritären Sozialismus nun unmittelbar irgendeine neue Chance sozialistischer Gesellschaftsgestaltung entsteht.

Das Gegenteil ist der Fall.

Ja, der Schock ist sehr tief. Der ist auch bei mir persönlich sehr tief, obwohl ich ja die Erfahrung hatte, ein Ketzer zu sein, der wirklich verketzert wurde und auch ausgemauert wurde ...

... aus der DDR zum Beispiel ...

... ja, also mich eigentlich freuen könnte und es in gewisser Weise auch tue: ich freue mich, das ist eine Befreiung. Aber dann war mir doch deutlich – und jetzt komme ich zum Anfang unseres Gesprächs zurück –, daß das eine historische Blamage ist, aus der ich nicht unschuldig davonkomme, das ist ganz klar. Schließlich beschäftige ich mich seit bald einem Jahr mit nichts anderem so intensiv wie mit täglichen Versuchen, die immer dramatischer werdenden Nachrichten aus dem Osten zu verarbeiten, mich damit auseinanderzusetzen.

Das ist dieses Tagebuch.

Ja. Ursprünglich nannte ich es »Perestrojka-Journal«, ich wollte von Tag zu Tag wie in einem Arbeitsjournal niederlegen, was ich in

Erfahrung gebracht hatte über die Entwicklung in der Sowjetunion – ich hatte ja das Buch über Gorbatschow veröffentlicht, eine Ideenstudie über die Theorie der Perestrojka –, und es war völlig offen, ob diesen Ideen denn nun irgendeine Realität nachfolgen würde. Aber schon die zweite und die dritte Eintragung in diesem Journal beschäftigen sich mit der blutigen Niederwerfung der Studentendemonstration auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking – was für ein Name! –, und bald weitete sich der Gesichtskreis meiner Aufzeichnungen weiter aus, und ich mußte die Revolution in der DDR und dann auch das Verlorengelangen dieser Revolution von Tag zu Tag verarbeiten. Also man kann nicht sagen, ich hätte diesen Schock nicht empfunden oder mich dem entzogen oder wäre übergangslos von einer Position auf die andere gegangen. Ich habe das wirklich ernster genommen als je zuvor in meinem Leben, sozusagen als ein Stück politischer Umarbeitung auch der eigenen Auffassungen.

Ich sag's Ihnen in einem anderen Satz, an dem ich mich gestoßen habe. Sie schreiben, der Marxismus selber sei Gefangener des alten Systems in den realsozialistischen Ländern gewesen – was schon auch was Einleuchtendes für sich hat –, und weiters, der Marxismus sei jetzt lediglich in Gefahr, im Moment seiner Befreiung durch die Trümmer des einstürzenden Gefängnisses erschlagen zu werden. Ist Ihnen dann schon klar, daß die Mehrheit das absolut anders sieht, nämlich im Marxismus den Gefangenenwärter, der möglicherweise im allgemeinen Chaos dabei ist, blitzschnell eine Häftlingskluft überzuziehen?

Das ist mir klar. Er muß denen, die jetzt aus dem autoritären Staatssozialismus hervorkommen, als Gefangenenwärter erscheinen. Das bringt die Befreiten dazu, sich gegen ihn zu richten. Ich will das nochmal anders reflektieren. Ich sag Ihnen mal eine Parallelreflexion, vielleicht sogar zwei, wenn Sie erlauben. Die eine ist: Ich glaube, das marxistische Denken spaltet sich jetzt immer mehr auf in eine esoterische Linie und eine exoterische Linie, also in eine, die sozusagen nur Eingeweihten verständlich ist, die sehr differenziert ist, und in eine Form, in der unmittelbar verständlich für alle oder für die politisch und theoretisch Interessierten gesprochen werden kann. Der Satz mit diesem Gefängnis gehört bestimmt zur ersten Gruppe, der ist schwer zu vermitteln.

Das heißt, es ist eine Art von intellektuellem Fluchtmarxismus.

Nein, überhaupt nicht. Lassen Sie mich die zweite Parallele machen, dann können Sie es ja nochmal versuchen, ob es das ist. Ich

weiß nicht, ob Sie sich erinnern an Dostojewskis Geschichte »El Greco malt den Großinquisitor«. Da geht es darum, was wäre, wenn Christus wieder erschiene, daß er dann mit glühenden Zangen gezwickt würde und irgendwo in Folterkammern verschwände. Und so wäre es zweifellos auch Marx gegangen. Dämmerte es nicht in der Tat immer wieder denen, die unter dem zur Staatsideologie gewordenen Christentum zu leiden hatten, den unendlich vielen Verfolgten christlicher Regimes, daß da ein Unterschied war zwischen der staatlichen Verwendung und dem, was da an historischer Substanz und an ideellen Werten staatlich derart verwendet worden ist? Die Parallele klingt wie ein intellektueller Strohhalm, an den sich jemand klammert – das ist sie überhaupt nicht. Die beiden Geschichten, die des Christentums und die des Marxismus, weisen unheimliche Parallelen auf. Das zieht auch nicht erst seit heute Interesse auf sich. Ein Indikator ist, daß alle Gründer des Marxismus darüber nachgedacht haben, angefangen bei Marx, Engels, Kautsky, dann auch Lenin. Für sie waren das Urchristentum, dann die Wende zur Staatsideologie, die Konstantinische Wende, wichtige Bezugspunkte, in denen sie ihre eigenen Möglichkeiten indirekt reflektierten.

Mit dieser Parallelisierung wird der Marxismus in einer gewissen Weise unverwundbar. Denn es gibt nun wirklich keinen Vorwurf in Hinblick auf Kriminalität, den man dem Christentum nicht machen könnte, und trotzdem kann man sagen, jenseits dieser Kriminalität einer Kirchengeschichte steht eine Lehre. Wenn man sich auf der anderen Seite den realen Sozialismus anschaut – ich zitiere etwa Gorbatschow, der sagt: Bürokratismus, Mißwirtschaft, soziale Apathie, Verantwortungslosigkeit, alles Termini, die vor kurzem noch als klassisches Syndrom eines blinden Antikommunismus gegolten hätten – so sind das Vorwürfe, die natürlich im Rahmen dieses Ideengebäudes gänzlich irrelevant sind.

Der Auffassung bin ich nicht.

Die Kirche hat immer so argumentiert, also daß die realen Vorwürfe nun einfach Verfehlungen seien, die von den Menschen begangen würden, aber mit der Lehre überhaupt nichts zu tun hätten.

Da möchte ich doppelt darauf antworten. Erstens, der Begriff der Lehre ist mir suspekt. Ich lehne diesen Begriff ab für das Denken in der Linie von Marx. Diesen Begriff hat Kautsky eingeführt, und von ihm hat es sein Schüler Lenin übernommen; sehr vieles, was dann

über Lenin weitergegeben wurde, stammt in Wirklichkeit aus der Zweiten Internationale. Aber überlassen wir mal diese Geschichte sich selbst. Ich will mich also in gar keiner Weise darauf herausreden, daß die Lehre unbefleckt ist und sozusagen nur die Empfängnis befleckt. Gorbatschow argumentiert auch gar nicht so. Er sagt nicht, das ist menschliches Versagen, sondern das Versagen der Verhältnisse in der Produktion, in der Politik, in der Kultur, mit anderen Worten: das ist das Versagen des gesamten Gesellschaftssystems einschließlich seiner Offiziallehre. Es ist nicht die Schuld der Individuen, ihrer Apathie, sondern das ist ihre jederzeit nachvollziehbare, streng rekonstruierbare Reaktion auf die Verhältnisse, in denen sie agieren sollen. Sehen Sie, das ist eine viel radikalere Herangehensweise, als die Schuld auf menschliches Versagen zu legen. Das gesamte strukturelle Herangehen an die Probleme, sagt Gorbatschow, steht in Frage. Davon geht ein Impuls aus, nicht weniger als die grundlegenden Vorstellungen einer sozialistischen Weise, die Probleme überhaupt zu denken, die Änderung zu konzipieren, radikal neu zu denken. Es geht um eine veritable Umorganisation dieser Vorstellungen, die sich darum dreht, daß die handelnden Menschen – und zwar die Individuen, nicht die Kollektive, und nicht mehr als blinde Geschichtskräfte, sondern als mit Menschen- und Bürgerrechten ausgestattete konkrete Individuen – im Zentrum stehen, eine Basisstellung haben sollen.

Bei den Fragen der Sowjetunion bleibend: Sie schreiben in ihrem Tagebuch: »Umgestaltung des Sozialismus oder dessen Abriß?«. Diese Eintragung ist allerdings Monate her. Ist das für Sie heute noch eine offene Frage?

Das ist noch offen, wenn auch die Öffnung immer geringer wird. Die Frage scheint sich zu schließen. Die langfristige Tendenz, wenn wir auf das vergangene Jahr zurückblicken, ist: Es wird jeden Tag ein bißchen unwahrscheinlicher, daß es möglich sein könnte, das, was da ist, umzubauen in der erwünschten Richtung, so daß es auch funktioniert, daß die Menschen darin leben können, daß es ihnen gut geht. Das wird eigentlich immer unwahrscheinlicher.

Sind Sie überzeugt, daß Gorbatschow diesen Umbau des Sozialismus angestrebt hat, daß er nicht letztlich schon den Abriß eines gänzlich unfunktionell und menschenfeindlich gewordenen Systems intendiert hat?

Da muß man zwei Dinge auseinanderdenken. Er hat ohne Zweifel den Abriß dessen, was er den befehlsadministrativen Apparat nennt,

angezielt, schon sehr früh, wahrscheinlich sogar schon, bevor er zum Generalsekretär wurde. Darauf deuten Reden hin, die er 1984 gehalten hat. Deshalb habe ich auch den betreffenden Abschnitt meiner Gorbatschow-Studie von 1989 »Abriß einer Apathiemaschine« überschrieben, Abriß im Doppelsinn von Analyse und Abreißen. Aber das muß man unterscheiden von der Preisgabe des Sozialismus, der ja in dieser Apathiemaschinerie nicht nur nicht aufgeht, sondern in entscheidender Hinsicht blockiert war. Was geschieht denn nun z.B. mit gesellschaftlichem Eigentum des Bodens und der großen Fabriken, soll das privatisiert werden oder soll eine völlig neuartige, eventuell genossenschaftliche oder wie immer zu denkende Nutzung dieser Anlagen erfolgen? – das ist die Frage. Und das ist in der SU bis heute offen. Ich glaube, Gorbatschow will ernsthaft und aufrichtig einen in diesem Sinne sozialistischen Umbau. Aber ich glaube auch, daß ihm das Wasser bis zu den Lippen steht und es sein könnte, daß das alles aufgegeben werden muß, wenn sich Rezepte präsentieren würden, auf andere Weise zu besserer Versorgung der Bevölkerung zu kommen.

Sie haben für das Ancien Régime der Sowjetunion den Ausdruck Stagruption geprägt, d.h. eine Mischung aus Stagnation und Korruption. Nun, offensichtlich ist in der Ära Gorbatschow zur Verhinderung seines Erfolges eine Mischung aus Sabotage und organisierter Bandenkriminalität entstanden, die sich zusammengeschlossen hat in der Fortsetzung dieser Stagruption.

Ja, das ist wahrscheinlich noch komplexer. Man muß erhebliche Teile der Polizei mitnennen als Teil dieses Systems und man muß auch noch gleich mitdenken einen Teil der nationalen Konflikte, weil sie benutzte Fronten sind, hinter die sich Schattenwirtschaft und Mafia, korrupte Teile des Apparats aus z.T. unterschiedlichen, z.T. sogar sich widersprechenden Motiven klemmen, aber aus Motiven, die eine Art Koalition bilden. Ich glaube, daß diese Koalition jetzt mächtiger ist als je zuvor, weil sie es leicht hat, in einer ungeheuer enttäuschten Bevölkerung allerlei Vorwände zu nutzen, um die Reformen zu blockieren. Es ist ja wahrscheinlich so, daß es in der Gegenwart keinen Extremismus gibt, der nicht Zulauf fände in der Sowjetunion, daß die Sowjetunion eines der Länder ist mit einer ernsthaften faschistischen Gefahr.

Pamjat, das Heilige Rußland, Schafarewitsch, dieser neue Antisemitismus, alles was unter diesen Schlagwörtern läuft ...

Und das Ganze ist eingebettet in eine Art Weltuntergangsstimmung. Noch nie wurden so viele fliegende Untertassen gesichtet ... Vor einiger Zeit gab es Leserbriefe in der »Komsowolskaja Prawda«, der kommunistischen Jugendzeitung, die Tschernobyl von der Apokalypse her gelesen haben – der Stern Wermut, der auf die Erde stürzt und die Gewässer verseucht –, die aus dem Vornamen Gorbatschows, Michail, den großen Fürst Michael gemacht haben, der angeblich der letzte vor dem Weltuntergang ist! Man kann es nur noch mit der Distanz des ungewollten Satirikers sehen, daß die kommunistische Jugendzeitung Theologen ans Werk setzte, um ihren Jungkommunisten den Aberglauben auszutreiben. Das sind Indikatoren für einen Verfall der Stimmung, für ein Umkippen einer Mentalitätslage, die den Resonanzboden abgibt für Entwicklungen, die wir überhaupt nicht wünschen können.

Also man darf annehmen, wenn schon nicht die Welt untergeht, zumindest dieser reale Sozialismus scheint unterzugehen. – Was ist denn nun, oder man kann jetzt fast schon sagen: was wäre denn der Kern der Perestrojka gewesen? Ist es die Entflechtung von Staat und Sozialismus?

Auf jeden Fall die Entstaatlichung der sozialistischen Gesellschaft. Das war eigentlich die große Frage und ist es immer noch bis zu einem gewissen Grad. Wir müssen auch gerecht sein. Die Gruppe um Gorbatschow hat ja mit großem Tempo Reformen gemacht. Daß sie überrollt worden ist vom osteuropäischen Erdbeben, das kann man ihr nicht eigentlich vorwerfen.

Ein Erdbeben, das sie aber selber ausgelöst hat.

Ja. Und auch wollte, das muß man sich klarmachen. Die sowjetische Führung wollte dieses zentralistisch, nach Polizeimanier geführte Staatenbündnis auflösen, denn sonst konnte sie den zentralistischen Polizeistaat im Innern nicht auflösen. Das hängt miteinander zusammen – man kann nicht das eine haben ohne das andere. Die Frage war, ob denn nun beim Rückzug des Staates aus der Gesellschaft etwas zurückbliebe, ob es so etwas geben könnte wie eine genuin sozialistische Gesellschaft. Das wird sehr oft artikuliert in den osteuropäischen Sprachen mit dem Konzept der Zivilgesellschaft. Man kann die Frage der Fragen so formulieren: Gibt es eine sozialistische Zivilgesellschaft?

Diese Zivilgesellschaft muß aber nicht per definitionem sozialistisch sein, sie kann es nur sein.

Aber die Frage hat dennoch einen Sinn. Wir sind alle gewohnt, daß die Zivilgesellschaft bürgerlich ist. Die Frage ist: Gibt es sie denn nun auch auf genuin sozialistische Weise? Und vor allem, wenn jetzt der Staat sich zurückzieht, wird sich dann gesellschaftlich etwas aufbauen, was eine gewisse flexible Stabilität aufbringt? Die Frage ist ja inzwischen für die meisten Länder des bisherigen Ostblocks im wesentlichen verneint. Vor allem in der DDR sind genau die Kräfte, die dort die Revolution vorangetrieben haben und die solche zivilgesellschaftlichen Kräfte waren, etwa die Bürgerinitiativen, geschlagen worden in den Wahlen.

D.h. die Revolutionäre wurden ihrer Revolution enteignet, was aber natürlich in der Geschichte ein absolut übliches Schicksal von Revolutionären ist.

Das muß nicht so laufen. Ich will nochmal zurückkommen zur Sowjetunion, ich will das vergleichen mit der DDR, dann wird dieser Aspekt vielleicht deutlicher. Die Sowjetunion ist der mit Abstand größte Flächenstaat der Welt, ein an Ressourcen reiches Gebiet, ein Gebiet, wo es eine eigenständige Revolution gegeben hat, wo allen Schrecken zum Trotz, die diese Revolution in ihren Verwandlungen und in ihren Verteidigungen gegen die auswärtigen Interventionen hervorgebracht hat, ein enormer Prozeß der Entwicklung unter diesem Vorzeichen hat stattfinden können. Die haben z.B. in den sechziger Jahren Jahr für Jahr 40 Städte gegründet. Daß die Bevölkerung inzwischen mehrheitlich urbanisiert ist und nicht mehr aus analphabetischen Bauern besteht, das ist alles unter diesem Zeichen gemacht. So daß man nicht in diesem riesigen Land so wie in anderen sagen kann, das Ganze ist eine Geschichte ohne Gehalt, da ist kein Weg zurückgelegt. Das sagen zwar jetzt manche, das sind auf geregte Zeiten, jeder Extremismus wird geglaubt, aber das ist nicht wahr. In der DDR dagegen ist das ganz anders. Als Besatzungszone in einem besiegten Land, das einen beispiellos verbrecherischen Raub- und Mordkrieg geführt hatte, wurde es in den Ostblock eingegliedert – das sowjetische Modell wurde sozusagen per ordre de Moufti auf diese Gesellschaft übertragen. Das war nie ganz selbständig gewesen, sondern blieb eben immer auch ein fremdes, ein gepflanztes Regime. Es schlug aber Wurzeln, auch das darf man nicht leugnen. Es fand sehr aufrichtige und ausgezeichnete Mitträger, da sind Namen wie Ernst Bloch, Georg Lukács – das ist doch nicht niemand! – oder Bert Brecht oder Hanns Eisler. Ich nenne diese Berühmtheiten, weil sie mir aus der Verlegenheit helfen, die

vielen nicht zu kennen, für die das auch gilt. So hat dieser dependente Sozialismus andererseits durchaus Wurzeln schlagen können und eigenständige Qualitäten entwickelt. Aber die waren wohl zu schwach. Zumal die DDR-Gesellschaft ja viel zu winzig war, eine kleine Anhängselprovinz, die entwickeltste zwar im großen sowjetischen Einflußbereich, die mit dem höchsten Lebensniveau, vielleicht auch mit dem größten Erfolg an zentralstaatlichen Planungsmethoden trotz aller Miseren – aber diese winzige Provinz konnte nicht auf eigenen Füßen stehen, schon deshalb nicht, weil der Großraum, in den sie integriert war, von einer maroden Wirtschaft beherrscht war, und sich diese kleine Wirtschaft nur im Austausch mit diesem großen Raum überhaupt halten konnte. Deswegen war sie zu diesem stagnanten Dasein verdammt.

Wobei diese kleine Wirtschaft ja auch die nämlichen Strukturen wie dieser Großraum hatte.

Die aber in der DDR viel besser funktionierten. Die Sowjets konnten nur davon träume, etwas derartiges zu haben. Das stellt sich nur im Vergleich zum Westen anders dar.

Weil Sie Bloch zitiert haben: Bloch hat einmal geschrieben »Ubi Lenin, ibi Jerusalem«. Wie ist denn nun Ihrer Einschätzung nach die Beziehung der Perestrojka zu Lenin? Sie erinnern sich an den »Spiegel«-Cover mit dem Lenin-Kopf und darunter dem Text: »Der Schuldige«.

Naja, der Schuldige. Wissen Sie, das Leninsche Projekt ist wahrscheinlich der größte Gegenstand für die Tragödie auf dem Theater dieses Jahrhunderts. Und es gibt inzwischen schon eine ganze Serie von Theaterstücken, die die Gestalt Lenins behandelt haben. Ich sage das jetzt so, weil hier vielleicht die Kunst an der Reihe ist. Da ist ein Shakespeare gefragt. Das ist nichts, was man so mit »Spiegel«-Kategorien abfertigen kann. Ich würde sagen, der Satz Blochs bleibt historisch gesehen immer wahr. Das ist eine ungeheure Wende in der menschlichen Geschichte, die mit dem Leninschen Versuch verbunden ist. Ich könnte dem einen anderen Satz zur Seite stellen, einen Satz von Rosa Luxemburg, die im deutschen Gefängnis saß, weil sie gegen den Krieg war. Als sie die Nachricht von der Revolution in Rußland erhielt, hat sie ungeheuer pathetisch gesagt: Das ist die »Ehrenrettung des internationalen Sozialismus«, jetzt können wir Sozialdemokraten überhaupt den Kopf wieder heben. Denn die große Schuld der Sozialdemokratie war ja, das Gemetzel des Ersten

Weltkriegs mitgetragen zu haben. Und die Lenin-Leute haben sozusagen diese »epochemachende« Wende herbeigeführt. Ich glaube, wer überhaupt denkt und fühlt, wird diese Momente aus der Geschichte nicht tilgen können. Die werden dadurch nicht wieder zugeschüttet, daß sich heute dieser Weg als Sackgasse herausgestellt hat, aus dem der Rückzug ungeheuer schwer fällt. Schon deshalb nicht, weil der späte Lenin, eine äußerst tragische Figur, krank, isoliert von der Politik, aber denkfähig, ziemlich hellichtig, mit immer größerer Klarheit der schrecklichen Wahrheit innewird, daß der sowjetische Weg zur Sackgasse zu werden beginnt. Das schreibt er in den späten Reflexionen nieder, bzw. diktiert es seiner Sekretärin. Er vollzieht eine radikale Wende, die auch eine Selbstkritik darstellt. Er sagt, unser ganzer Sozialismusbegriff war falsch. Lenin sagt das im letzten Lebensjahr, wobei er anfängt, sich der Sache nach auf die Rosa Luxemburg-Position zu begeben. Deswegen wird Lenin nicht einfach der Schuldige bleiben, das ist journalistisch zu kurz gedacht.

Wie schnell wir selber jetzt gezwungen sind, Positionen zu revidieren, neu zu denken! In Ihrem Gorbatschow-Buch wenden Sie sich noch gegen den Satz von Enrico Berlinguer von vor etwa zehn Jahren, die vorwärtstreibende Kraft der Oktoberrevolution habe sich erschöpft. Sie verwenden dagegen eine ungeheuer pathetische Formulierung: »1917 sendet wieder.« Wie kommt Ihnen der Satz ein Jahr später denn jetzt vor?

Ich gebe zu, der ist schwer zu vermitteln. Aber lassen Sie mich die Geschichte komplett erzählen. Am Grab von Berlinguer trat ein relativ unbekannter sowjetischer Vertreter namens Gorbatschow auf, und der hat bei diesem Besuch gesagt, daß Berlinguer die Dinge richtig gesehen habe und daß alles getan werden müsse, um in der Sowjetunion einen Kurswechsel herbeizuführen. Kein Mensch hätte das ernstgenommen. Und das ist doch ein historisches Zusammentreffen, daß am Grab von Berlinguer ein Michail Gorbatschow – ich verkürze das jetzt mal – eine Ankündigung macht, und diese Ankündigung ist ja nun weiß Gott wahrgemacht, ja übertroffen worden. Und wenn ich nun sagte, 1917 sendet wieder, dann war das vielleicht etwas zu pauschal formuliert, denn Gorbatschow denkt ja in der Nachfolge des späten Lenin, nicht des Lenin von 1917. Es ist der Lenin, der über Bürokratiekontrolle, Rechtsstaatlichkeit, Bürgerfrieden – wie das damals statt Bürgerkrieg genannt wurde –, über Genossenschaftswesen statt Staatsbefehl nachdenkt. Dieser Lenin wurde wieder lebendig, der wurde umgesetzt – der lieferte nicht nur

die Legitimation, sondern auch die Ideen und auch die beispiellose politische Kunst, die einem Gorbatschow, selbst wenn er scheitern sollte, nicht bestritten werden könnte.

Was bliebe denn von ihm, wenn er scheitert? Er hat ja effektiv etwas verändert.

Etwas ist gut. Was hat er eigentlich nicht verändert? Er hat die Weltordnung verändert, er hat den gesamten Horizont dieses Globus verändert. Noch vor wenigen Jahren, als Carl Friedrich v. Weizsäcker sich im Garten einen privaten Atombunker bauen ließ, da glaubten wir doch alle, Euroshima stehe bevor. Das ist jetzt schon Geschichte, das kann man sich kaum mehr vorstellen – so sieht es wenigstens im Moment aus. Das bipolare System mit dem atomaren Patt, das die ganze Welt in seinen Bann schlug, auch mit Immobilität schlug, indem es dazu führte, daß jeder Konflikt irgendwo auf der Welt von diesem Zentralkonflikt funktionalisiert wurde, das ist abgerissen, da sind nur noch Rudimente da, die nach einer neuen Funktion suchen. Und Gorbatschow hat außerdem den Rückzug angetreten aus einer Sackgasse – und ich glaube, da muß man Enzensberger recht geben, der mit Clausewitz sagt, das ist die wirkliche Kunst der Politik, in einer aussichtslosen Lage einen Rückzug anzutreten, zu verhindern, daß der Schaden noch sehr viel größer wird – einen bis jetzt weitgehend unblutigen Rückzug! Die Auflösung eines großen Imperiums, welches in ein nukleares Welt-system als die eine Säule eingebaut war. Das ist eine ungeheure Leistung – darüber sollen aber dann die späteren Historiker reden. Das ist zweifellos ein Umbruch in der Weltgeschichte, nicht nur in einem Land. Freilich, was bleibt? Wird Gorbatschow dann nur, wie Enzensberger sagt und das rühmend meint, als der Abrißunternehmer im Gedächtnis bleiben? Und er sagt, wir brauchen noch mehr solche Abrißunternehmen ...

»Was fallen will, das stoße man«, sagt Lafcadio in den »Verliesen des Vatikan«.

Ja, und wenn etwas fällt von dieser Größe, gehe man auf die Seite, um nicht erschlagen zu werden, kann man hinzufügen. Darf ich noch sagen, wie Enzensberger fortfährt? Er sagt, mißversteht den Vorgang nicht, das ist erst der erste Akt, denn in Wirklichkeit muß der Industrialismus seinen Rückzug antreten. Es tut mir leid, jetzt pathetisch und apokalyptisch zu werden, aber es hat sich doch herumgesprochen: Die letzten Jahre der Menschheit haben begonnen,

wenn kein Kurswechsel erfolgt. Im Grunde ist die Perestrojka auch der erste Rückzug einer ganzen Reihe von Rückzügen, das ist das Argument von Enzensberger, der damit die westliche Perestrojka einklagt. Bei dieser geht es gar nicht in erster Linie nur um Abrüstung, das auch. Aber viel schwieriger ist die Umstellung des gesamten derzeitigen westlichen Konzeptes materieller Lebensreproduktion, nach welchem die mitteleuropäischen Völker jetzt so ungestüm drängen. Dieses Konzept ist mit den Naturbedingungen unverträglich, es ist ein Konzept, welches auf Grund seiner Ökonomie eine explosiv wachsende Verelendung von über zwei Dritteln der Menschheit hervorbringt und anscheinend immer weiter sich beschleunigen läßt. Diese westliche Produktions- und Konsumtionsweise ist nicht haltbar, so daß möglicherweise irgendwann gesagt wird, der Rückzug, der dort jetzt angetreten worden ist, war der Beginn eines viel größeren Rückzugs.

D.h., dieser Kapitalismus und der reale Sozialismus sind siamesische Zwillinge.

So würde ich es vielleicht nicht formulieren, aber sie sind zweifellos zwei Varianten der vor-ökologischen Industriegesellschaft ...

... auch aneinander gekoppelt in einer gewissen Weise.

Ja.

Wenn wir uns einig sind, daß dieses jetzt nicht der Endsieg des Kapitalismus ist: wir können es mit der philosophischen Banalität begründen, daß es in der Geschichte keine Endsiege gibt, können es mit den globalen ökologischen Problemen begründen – wobei wir uns aber schon klar sind, daß der reale Sozialismus bei der Bewältigung ökologischer Fragen noch viel schlechter funktioniert hat als der reale Kapitalismus. Wir können es ganz bestimmt mit dieser fortschreitenden Verelendung der Dritten und Vierten Welt begründen, die mit unserem vergleichsweise hervorragendem Leben im entwickeltsten Teil der Welt unmittelbar zusammenhängt.

Ich würde noch eine Dimension dazunehmen. Es könnte doch sein, daß die inneren Dynamiken unserer Gesellschaft, wenn sie die Überlast von den Schultern haben, daß immer das Ostsystem auf jeder Alternative draufsetzt, daß diese inneren Möglichkeiten neu freigesetzt werden. Ich erwarte eigentlich, daß dies in den nächsten zehn Jahren passiert. Ich glaube nicht, daß dies das Ende ist von politisch-soziokulturellen Alternativen.

Aber sie müssen gänzlich neu formuliert werden.

Ja, Elemente sind schon da, und es könnte sogar sein, daß Elemente der osteuropäischen Revolutionen dabei eine große Rolle spielen. Ich denke an das radikaldemokratische Element, das eine erstaunliche Kraft bewiesen hat.

Könnten Sie sich vorstellen, daß, nachdem die Diskreditierung des Sozialismus durch die realsozialistischen Staaten aufgehört hat, sozialistische Modelle für die Dritte Welt auf Perspektive, kurzfristig natürlich nicht, wieder attraktiver werden könnten?

Sehen Sie, an der Stelle verschlägt mir die Erinnerung an meine Reisen in die Dritte Welt völlig den Atem. Es tritt bei mir sofort der Effekt ein, den Günther Grass aus Kalkutta mitgebracht hat, der sozusagen die Kalkuttaisierung der Welt ante portas lauern sah. Angesichts der Problemlage in der Dritten Welt versagen unsere Begriffe. Ein Begriff wie Sozialismus meint eine Gesellschaft, die sich selbst zu gestalten vermag. Der meint nicht eine verelendete, hoffnungslose, eingeklemmte Gesellschaft, die kaputt ist. Ich habe nicht den Mut, von einer neuen Attraktivität von Sozialismus für die Länder der Dritten Welt zu sprechen. Wenn es eine Veränderung gibt, dann muß es eine Veränderung sein, die an der Weltwirtschaftsordnung ansetzt. D.h. entweder es kommen – und da halte ich es ganz mit Gorbatschow – globale Änderungen, die möglicherweise über die UNO greifen und Elemente einer Weltregierung realisieren – Gorbatschow schlug damals vor, die Brundtland-Kommission umzufunktionieren in ein solches Element –, entweder es kommt irgendetwas von dieser Art, oder es gibt keinen Ausweg.

Wenn Sie meinen, die Utopie eines dritten Wegs aufzugeben, bedeute Selbstaufgabe, dann geht das in diese Richtung. Das könnte ein sozusagen neu zu formulierender, aus den alten Trümmern herausführender dritter Weg sein.

Ob das Konzept noch lange Sinn hat, weiß ich nicht. Das Konzept zehrt ja eigentlich davon, daß es zwei Wege gibt. Wenn nun einer davon als Sackgasse sich herausstellen sollte, dann bleibt ja nur einer übrig. Sollte das so sein – und das wissen wir in zwei, drei Jahren –, dann hätten wir nur das kapitalistische Modell auf diesem Globus, und dann wäre es die Frage nach einer Alternative zu demselben.

D.h. aus dem dritten wird ein zweiter Weg.

Ja. Die Frage würde: Gibt es eigentlich noch eine Alternative?

Damit müssen Sie aber sehr viel von dem, was Sie noch vor kurzem gesagt haben, auch einstampfen. Ich habe bei Ihnen etwa gelesen,

die Postmarxisten, also die, die sich vom Sozialismus abgewandt haben, hätten die Erneuerung des Sozialismus mit dessen Ende verwechselt. Der Satz kann ja wohl in der Form auch nur mehr schwer gelten.

Für mich gilt er noch.

Aber Sie sehen schon ab, daß er wahrscheinlich in Kürze nicht mehr gelten wird?

Nein. Das sind Punkte, wo mir mein Verstand sagt, der wird auch in hundert Jahren noch gelten. Ich bin kein Politiker. Ich denke nicht bezogen auf ein Land, auf eine Regierungspartei und auf deren Macht – das ist nicht mein Bezugspunkt.

So war auch die Frage nicht gemeint.

Aber wenn man diese Formulierung so versteht, daß da eine gebieterrische, unausweichliche Notwendigkeit besteht, um des Überlebens willen – vom guten Leben ganz zu schweigen – eine Änderung zu finden, dann bedeutet doch der Rückzug aus der Sackgasse, daß diese Suche nun neu formuliert werden kann. Und so, glaube ich, hält das. Ich bin ziemlich sicher, daß das in zehn Jahren sogar als eine eher übervorsichtige Formulierung erscheinen wird.

Wenn Sie in Ihrem Tagebuch schreiben, »Sturz des Kommunismus, Sieg des ... was?«, dann sind Sie bei dieser Frage nach dem Sieg des Was optimistisch?

Nein, das kann man nicht sagen.

Ich habe aber das, was Sie vorhin gesagt haben, so interpretiert.

Ja, Optimismus des Herzens, Pessimismus des Verstands! Zunächst mal ist klar, was es bedeutet, und deswegen zitieren Sie es mir auch vor. Es ist niedergeschrieben vermutlich Ende des letzten Jahres, als sich herauszustellen begann, daß unsere Hoffnungen trogen, die DDR würde sich als so etwas wie ein radikaldemokratisches Österreich halten können – was für die Zivilität und die Kultur auf diesem Kontinent wirklich eine Wohltat gewesen wäre. Das konfrontierte mich mit der Frage: Was heißt das denn nun eigentlich, heißt das einfach kurz und bündig, daß der Kapitalismus jetzt gesiegt hat? Diese Frage stellte ich in Gedanken auch den Revolutionären in der DDR, den Bürgerinitiativen, die immer noch dabei waren, hauptsächlich Stasi-Vergangenheit aufzuarbeiten und gar nicht zu merken schienen, daß ihnen ihre Zukunft abhanden kam in diesem Moment. Ich hatte eine Hoffnung – diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Unzählige hatten

diese Hoffnung, ich glaube, überall in der Welt. Aber natürlich springt dahinter wieder die Frage hervor, wie werden wir nun übermorgen, wenn sich der Pulverdampf verzogen, der Staub gesenkt hat, die wieder munter auftretenden alten Probleme eigentlich angehen?

Was sich da nun zwischen den beiden Deutschländern abspielt, würden Sie das schlicht und einfach als Anschluß und Selbstaufgabe des einen Deutschland bezeichnen?

Ja, ich denke doch. Lothar Späth, der baden-württembergische Ministerpräsident, als er im Februar befragt wurde, »Wollen Sie die totale, bedingungslose Kapitulation der DDR?«, hat gesagt: »Um es brutal zu sagen: ja.«

Der letzte Parteitag der KPdSU

Zerfällt Gorbatschows Zentrum?

I.

Der 28. Parteikongreß der KPdSU begann am 2. Juli 1990 im Schatten der schweren Krise des Landes. Fragen über Fragen, zwischen Zweifeln und Verzweiflung. Viele sagen der Sowjetunion die Unregierbarkeit am Ende eines Zerfallsprozesses voraus. Die russische Parteikonferenz, wenige Tage zuvor von den russischen Delegierten als Gründungskongreß der KP Rußlands konstituiert – haben auf ihr nicht die Gegner der Perestrojka gesiegt und ist sie nicht die Generalprobe für den gesamtsowjetischen Parteikongreß gewesen?

Viele der zunächst Abwartenden und nicht wenige der anfänglichen Unterstützer der Perestrojka haben sich inzwischen um die »Konservativen« geschart. Solcher Sinneswandel ist die Antwort auf die zwölf hinter uns liegenden Monate der gesellschaftlichen Desintegration, ja Demoralisierung der bisher autoritär-sozialistischen Länder. Die Zusammenbrüche in Mitteleuropa und der weitergehende Staatszerfall in der Sowjetunion sind für viele alte Kommunisten schlimmer als der frühere Zustand. Anscheinend waren viele zunächst weniger durch die Diagnose der unheilbaren Krankheit des alten Regimes für die Perestrojka gewonnen worden, sondern mehr durch die Hoffnung auf einen relativ kurzfristig erneuerten Sozialismus. Als sie diese Hoffnungen aufgeben mußten, wandten sie sich gegen Gorbatschow. Daß in Mitteleuropa der Traum einer Erneuerung des Sozialismus dem bitteren Erwachen einer Expansion des westlichen Kapitalismus gewichen ist, hat bei vielen den Ausschlag gegeben. Jedenfalls ist nun ein »konservativer« Stimmenblock von etwa 2000 Delegierten bei einer Gesamtzahl von etwas weniger als 5000 eine determinierende Vorgabe dieses 28. Parteikongresses.

Wird der Parteitag nun zu dem der Spaltung? Die »Radikalreformer« der »Demokratischen Plattform« warten nach eigenem Bekunden nurmehr auf einen Anlaß. Ist die Perestrojka also am Ende? Vieles deutet darauf hin, und doch ist diese Schlußfolgerung nicht nur voreilig, sondern sie zeigt zuwenig Sinn für Widersprüche und unerwartete Umschwünge in der Geschichte. Es ist wahr, Gorbatschows bisherige »zentristische« Taktik scheint ihre Basis verloren zu haben. Zwischen ungeduldigen Reformern und Beharrungskräften,

personifiziert durch Jelzin und Ligatschow, verkörperte er den Realismus und die Garantie des Zusammenhalts. Nachdem Jelzin russischer Präsident und der im Vergleich zu Ligatschow viel gefährlichere Poloskow zum Ersten Sekretär der KPR geworden ist, vermag Gorbatschow nicht weiterzumachen wie bisher. Nun fahren ihm die Gegensätze davon, und dem Zentrismus entschwindet seine Basis. Während der eine Pol des politischen Kräftebogens die russische Regierungsmacht erobert, gewinnt der Gegenpol die Parteiführung. Zentrifugalität scheint zum Generalnenner der Entwicklungen zu werden. Das kostet zugleich den Generalsekretär und den Präsidenten ein gut Teil der jeweiligen Amtsmacht.

Und doch könnte es sein, daß die Perestrojka nicht nur nicht am Ende ist, sondern sich genau in den Formen radikalisiert, die ihr Ende zu verkünden scheinen. Eine merkwürdige Dialektik scheint zu walten: Der Hegemon Rußland meldet sich zur Überraschung der Randvölker, die ihn der Unterdrückung bezichtigen, aus der Vorrangrolle ab; die Ablösung der Randrepubliken schlägt um in die des »Zentrums«. Seither stellen sich die Fragen schlagartig anders, und es ist kein Zufall, daß der Konflikt mit den baltischen Republiken zumindest bearbeitbar geworden ist.

Der historische Moment ist durch eine gordische Verknötung folgender Aufgaben bestimmt: Einführung einer sozialistisch regulierten Marktwirtschaft; Übergang von der direkten Einparteiherrschaft zum Parlamentarismus mit vielen Parteien; Transformation der Sowjetunion in einen Bundesstaat.

Dieser beispiellose Umbau verlangte einen »Starken Mann«, dessen Stärke jedoch, insofern sie denn Erfolg hat, die eigene Schwächung bewirken muß. Die derzeit sich vollziehende Multiplikation der Akteure, einhergehend mit einer Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Handlungsebenen und Institutionen, könnte also genau die »unharmonische« Form sein, in der die Perestrojka ihren paradoxen Erfolg hat. Jeder »Sieg« ist nur ein Durchgangsstadium. Dem Sieg der »Konservativen« auf dem russischen Parteitag ist das Aufbegehren der Parteibasis gefolgt. Was ist vom 28. Parteikongreß zu erwarten?

II.

Der vorige Parteitag war noch der einer Staatspartei, der jetzige steht im Zeichen der Entstaatlichung der Partei, des Rückzugs aus der Leitung in Wirtschaft und Staat und ihrer Umwandlung in eine parlamentarische Partei-unter-anderen.

Im Arrangement finden sich Anzeichen der neuen Parteistruktur: Zum ersten Mal thronen die Oberen nicht mehr über dem Parteitag; der 2. Kongreß der Volksdeputierten hatte damit den Anfang gemacht, sie ins Plenum runterzuholen. Nun sitzt oben nurmehr, wer in eine Funktion des Parteitags gewählt ist. Eine weitere Veränderung: es gibt es keine ausländischen Delegationen. Neu ist auch die Rechenschaftspflicht der Politbüromitglieder. In ihr verdichtet sich Demokratisierung mit dem Verlangen der Gegner Gorbatschows, wenigstens mit dessen Stützen in der Führung abzurechnen, angesichts des Fehlens einer ernsthaften personellen Alternative zu Gorbatschow.

Schafft es Gorbatschow noch einmal, ein Zentrum aufzubauen (das zerbröckelnde Zentrum zu rekonstruieren)? Sein dreistündiger Bericht zielt darauf. Den »Konservativen« kommt er mit einigen Kompromissen entgegen. Aber er sieht die Gefahr jetzt eindeutig von rechts. Das geht aus seiner Warnung hervor, die demokratischen Kräfte dürften sich nicht auseinanderdividieren. Die persönlichen Interessen der »Konservativen« werden angeprangert als »die Interessen jener, die die reale Macht in Händen hatten und die im Namen des Volkes über die gesellschaftlichen Reichtümer verfügten«.

Er schärft ein, »daß die Umgestaltung selbst unfertig ist«. Wenige Tage zuvor, auf der russischen Parteikonferenz, hat er die Situation so gekennzeichnet: »Wir passieren jetzt eine Art Risikoraum, da neue Mechanismen der Perestrojka noch nicht in Gang kamen, während die Alten schon beinahe abgeschaltet sind oder leerlaufen.«

Gegen die Regierung Ryschkow, die Preiserhöhungen für alle Getreideprodukte zum 1. Juli angekündigt hatte, erklärt er sein Veto gegen Preiserhöhungen, solange es keine »bis ins Detail durchdachten und durchgearbeiteten Mechanismen des sozialen Schutzes, die eine Senkung des Lebensstandards des Volkes ausschließen«, gibt.

Einen Schwerpunkt der Rede bildet die radikale Umfunktionierung der Partei. »Heute besteht die schwierigste Aufgabe der Partei darin, ihren Einfluß nach den neuen politischen und organisatorischen Möglichkeiten zu relativieren.« Wird sie doch nun ausgeklinkt aus aller direkten ökonomischen und staatlichen Leitung, aus Legislative und Judikative. Damit wird andererseits öffentliche Kritik an den Entscheidungen der Machtorgane zu ihrer neuen Funktion, sowie der permanente Versuch politischer Einflußnahme in Auseinandersetzung mit den anderen Parteien. Am Anspruch einer »Avantgarderolle« wird festgehalten, wie auch die »Konservativen« es verlangen – aber ist dies, fragt der Redner, nicht nur ein anderer Name

für »Führungsrolle«? Nein, wenn man diese Funktion als die einer parlamentarischen Partei begreift, denn dies muß die künftige KPdSU sein, insofern es ihr darum geht, »im Rahmen des demokratischen Prozesses und der Wahlen ... für den weiteren Besitz ihres Mandats als Regierungspartei zu kämpfen«.

Damit hängt eine organisatorische Grundfrage zusammen: Wird die KPdSU wie bisher ihre Mitglieder vor allem am Arbeitsplatz organisieren oder sich ins Wohngebiet zurückziehen? Die Antwort fällt auf eine Weise aus, die formal dem Verlangen der »Konservativen« Rechnung trägt, der Sache nach aber die Umgestaltung des politischen Systems vorantreibt: Die KPdSU bleibt in den Betrieben und Organisationen. Aber »dies gilt natürlich in vollem Umfang auch für die Mitglieder der anderen Parteien.« Natürlich widerspricht das der »Entpolitisierung der staatlichen Leitungsorgane, der Gerichte, der Staatsanwaltschaft, der anderen Rechtspflegeorgane sowie der Armee«. Im Namen des »zu den unveräußerlichen politischen Freiheiten« Rechts auf Vereinigung wird an den Zellen in diesen Bereichen festgehalten. Doch zugleich wird das als »natürliches Recht« auch allen anderen Parteien zugestanden.

Gorbatschow hat einmal mehr die »sozialistische Wahl« von 1917 bekräftigt, aber nicht nur die Veränderung der Vorstellungen vom Sozialismus verkündet, sondern ihre Öffnung ins Ungewisse einer zu lösenden Aufgabe. Sozialismus – er gibt an, was künftig nötig ist, diesen Begriff mit neuem Leben zu erfüllen: »freie Arbeit, Selbstverwaltung und Wohlstand des Volkes«. Dieses Ziel heißt »humaner und demokratischer Sozialismus«.

Entsprechend hat Gorbatschow sein Verhältnis zum Marxismus weiterentwickelt. Anders als noch vor einem Jahr in seinem damals vielbeachteten Pravda-Artikel spricht er nun – wie schon auf der russischen Parteikonferenz – nicht mehr von Marxismus-Leninismus, sondern einfach von Marxismus. Dieser wird zugleich historisiert und als offenes Projekt begriffen: »Bekanntlich hatte sich die von Marx, Engels und Lenin entwickelte soziale Theorie inhaltlich auf der Grundlage einer Analyse der Realitäten des 19. Jahrhunderts – und bei Lenin auch der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts – ausgeprägt. Seither hat sich die Welt enorm verändert, auch unter dem Einfluß des marxistischen Denkens selbst, der Oktoberrevolution, der internationalen revolutionären und demokratischen Bewegung. Wir aber haben jahrzehntelang versucht, Rezepte für alle Lebenslagen aus Klassikerzitaten zu erschließen, und dabei außer Acht gelassen, daß die Klassiker selbst gefordert hatten, der historischen

Bedingtheit jeder Theorie Rechnung zu tragen, und daß sie jene verspottet hatten, die den Versuch unternahmen, den Marxismus in eine Heilige Schrift umzufunktionieren.«

Die Frage nach der sozialen Basis der KPdSU bringt Gorbatschow auf zwei soziale Bewegungen, die in der Sowjetunion »neue soziale Bewegungen« genannt zu werden verdienen. Das ist paradoxerweise zunächst die Bewegung der Arbeiter. Aus dem Bergarbeiterstreik sind »parallele Strukturen« zu den vorhandenen Strukturen von Partei und Gewerkschaft entstanden. Darin drückte sich die »Entfremdung der Arbeiterklasse von Eigentum und Macht« aus. Und die Arbeiter sind heute außerordentlich mißtrauisch; sie fürchten, man wolle sie nach wie vor nur wieder manipulieren. »Im Grunde genommen haben wir es mit einer Wiedergeburt der Arbeiterbewegung in der Sowjetunion zu tun.« Die KPdSU müsse mit den »direkten Vertretern« der Arbeiter auf allen Ebenen des politischen Geschehens zusammenarbeiten, bzw. sie unterstützen.

Überraschend folgt hierauf eine in Ton und Reichweite von diesem Redner noch nicht gehörte Stellung der Frauenfrage, die »bei uns zu den brennendsten gehört«. »Ich denke, wir sollten uns alle einfach schämen, wenn wir sehen, daß heute in vielen Ländern Frauen aktiv an der großen Politik mitwirken. Betrachten wir nun aber diesen Saal: Wieviel weibliche Delegierte haben wir hier? Und wieviele Frauen sind in der Regierung?« Gorbatschow drängt den Parteitag, dafür zu sorgen, daß »die Frauen sowohl im ZK als auch im Politbüro und im Sekretariat des ZK vertreten sind.« Es gibt einigen Beifall, und Gorbatschow setzt nach: Er habe hier mehr Applaus erwartet. Und nun spricht er die Frauen direkt an, und lachende Reaktionen der Angesprochenen und minutenlanges Männergemurmel im Saal sind die Antwort. Im Zuge der Demokratisierung sei mit dem »Erstarken von Frauenorganisationen« zu rechnen. Dies sei zu fördern. In der für die Presse bestimmten Version folgen mehr patriarchalische Töne: »Es muß für die Männer eine Ehrensache sein, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Lage der Frauen zu erleichtern.« Als ginge es nicht gerade darum, eben nicht mehr alles »in ihrer Macht« stehen zu lassen, sondern Männermacht zugunsten von Frauenmacht zurückzudrängen. – Angekündigt war die neue Betonung durch eine Formel, die wegen der ungewohnten Differenzierung der Adressaten nach Geschlechtern aufhorchen ließ: »Das stalinsche Sozialismus-Modell wird durch die zivile Gesellschaft freier Männer und Frauen abgelöst.« Die für die Presse bestimmte deutsche Übersetzung lautet freilich: »Das Stalinsche

Sozialismus-Modell wird durch die bürgerliche Gesellschaft freier Menschen abgelöst.«

Der Anfang zeigte Gorbatschow als den souveränen Versammlungsleiter, der den Kongreß zügig durch die Anfangswirren steuert. Die eigentlichen Stürme stehen erst bevor. Der künftige Kurs ist noch ungewiß.

4. Juli 1990

Das Dilemma der Machtkonservativen

I.

Verrückte Spiegelverkehrtheit der politischen Sprache! Man muß sich umgewöhnen wie in Australien, wo die Sonne mittags im Norden steht und es gen Süden kälter wird. Juri Krassin, Rektor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU, wußte von seinen Westkontakten, daß Übersetzungen angebracht sind: »Die man in der Sowjetunion Linksextreme nennt, heißen in der BRD Neokonservative.« Die Rechten scheinen die sozialistischen Linken, die Linken die kapitalistischen Rechten. Die Sprache spielt verrückt. Und doch hilft die Umkehrung der Begriffe nicht weiter, und die Anführungszeichen um Ausdrücke wie »konservativ« und »linksradikal« bringen sie nicht zu Verstand. Die Verkehrung der Sprachen ist das Symptom einer tieferliegenden Verkehrung, die der bolschewistischen Tragödie zugrunde liegt. Man muß dieses Drama in Erinnerung rufen, um nicht in die ideologische Falle der fertigen Klischees zu tappen. Die Entnennung der Fronten, die sie bewirken, ist fatal. Sprechen wir so, verhalten wir Westlinken uns wie mit einer roten Mohrrübe gelockte Esel, die sei es den kapitalistischen sei es den stalinistischen Karren mitziehen.

Im Märchen pflegt zwar das Gute zu siegen, aber das Drama, das vorausgeht, speist sich aus dem Triumph des Bösen. Die Prinzen, die ausziehen, den Drachen der Not zu erlegen oder das Wasser des Lebens zu finden, versteinern oder werden zu sprachlosen Tieren, bis der jüngste, plebejische, die Wende bringt. Ernst Bloch hat daher die Frage an das Leninsche Projekt und die kommunistische Bewegung gerichtet: »Wie also versteinerte der Prinz?«

In der Absicht, sich des Staates zu bedienen, wurden sie zu herrschenden Staatsdienern, Dienern eines desto archaischeren Staats, je mehr sie ihn in ihrem utopischen Imaginären zu beherrschen meinten. Wie die Juden sich als Geschlagene auch das Schlagen hatten einbleuen lassen, so die blutig Verfolgten das blutige Verfolgen. Sie

waren, wie Helmut Fleischer gesagt hat, vom imperialistischen Gewaltpotential zwar nicht besiegt, aber überwältigt worden.

Anfangs befahlen sie mit den besten Absichten, aber die Form des Befehlens, die Gehorsam erheischt und Eigenwilligkeit als Ungehorsam ächtet, verkehrte den Inhalt der Befehle in sein Gegenteil. Der befohlene Sozialismus wurde zum befehlsadministrativen System mit sozialistischer Rhetorik. Ein Staat entstand, den die Akteure sozialistisch nannten, dessen Begriff indes bis heute aussteht. Er förderte als Menschentyp bis in die höchsten Ränge den »Erfüllungshelfen«, wie W. Schostakowski, der Rektor der Parteihochschule und Mitgründer der »Demokratischen Plattform«, gesagt hat. So wurde die wichtigste Quelle möglichen genossenschaftlichen Reichtums verschüttet: Initiative, Eigentätigkeit, Kritik. Jener bis heute fast alles Leben im Staatssektor lähmende und unerträglich machende Trott setzte sich fest. Der Fürsorgestaat wurden zum Vormundschaftsstaat, die Arbeiterklasse zu seiner Klientel. Zynismus und Simulation bestimmten das Bild. Das Dispositiv »sozialistischer« Stagruption (Stagnation + Korruption) hatte sich hinter dem Rücken der Beteiligten installiert.

»Um der Hoffnungslosen willen ist uns die Hoffnung gegeben«, heißt es bei Walter Benjamin. Die gefangene Hoffnung wirkte wie ein Köder auf die anders Hoffnungslosen. Wie es zur Politik des römischen Imperiums gehörte, die Götter der durch Krieg unterworfenen Völker ins Pantheon aufzunehmen, so standen die Klassiker des Sozialismus im Pantheon. Unsere Hoffnungssymbole in die Staatsfassade eingebaut zu finden, fesselte (und fesselt bis heute) selbst noch das Denken kritischer marxistischer Intellektueller. So lassen wir uns täuschen, und sagen (in westlicher Sprache) »links« für die Position der Staatsmachhaber, der Privilegierten und Herrschaftsgewohnten. Diese sind aber strukturell *rechts*, und ihre spontanen Interessen machen sie machtkonservativ.

Wie die Machtkonservativen einige linke Symbole mit sich führen, so die Neoliberalen linke Hoffnungen: der Unternehmer versteckt sich hinter Unternehmungslust, der Händler hinter der Emanzipation allgemeiner Handlungsfähigkeit.

Quer zum manifesten Gegensatz liegt also ein anderer verborgen. Dieses Arrangement, nimmt man es nicht auseinander, übt eine verhängnisvolle Anziehung aus, wie ein Magnetberg, der den Kompaß umlenkt. Manche reagieren darauf, indem sie sich auf den Standpunkt einer unmittelbaren Arbeiterpolitik stellen. Aber das ist kein Ausweg, es sei denn, es würde von diesem Standpunkt aus eine die

Mehrheit der anderen Positionen umfassende Politik ausgebildet, was aber bislang nicht geschieht.

II.

Die Zusammensetzung der Delegierten zeigt die Vorherrschaft der Machtinhaber: 40 Prozent Funktionäre (davon die Hälfte aus Grundorganisationen), 17 Prozent Manager, 22 Prozent Arbeiter (großzügig gerechnet; Bevölkerungsanteil 61 Prozent), 10 Prozent Bauern. Die Kombination von Geschlechterverhältnissen und Gewaltverhältnissen drückt sich in der drastischen Unterrepräsentation der Frauen und der ebenso drastischen Überrepräsentation der repressiven Staatsapparate aus: auf je 14 Delegierte kommt nur eine Frau, während auf je 15 ein Vertreter von Armee oder KGB entfällt.

Das bestimmt den überwältigenden sinnlichen Eindruck im Großen Sitzungssaal des Kreml: Fast 5000 Männer, in Krawatte und Anzug, die Gesichtszüge zumeist geprägt durch innerorganisatorisches Durchsetzungsvermögen, kaum Intellektuelle. Spricht dann doch einmal eine Frau, schwillt sogleich der Geräuschpegel an. Das passiert in Abhängigkeit von der Machtrelevanz der jeweils Sprechenden. Wenig Toleranz, Zuhörbereitschaft. Ihre Beiträge lesen sie ab, rattern sie herunter unterm Zeitdiktat, als wären sie unfähig zu direkter Kommunikation mit den Menschen. Zum Habitus gehört bei vielen die Stimme jenes Schicksals, das da Staat heißt. Etwas Auftrumpfendes bestimmt den Gestus, aber der Ton der Beschwerde herrscht vor, weniger Kritik als Unzufriedenheit, ja Nörgeln und immer wieder auch Geschimpfe. Umbruch lesen sie als Zusammenbruch – wozu er bei schlechter Politik in der Tat werden kann. Gegen die Presse richten sie eine Art Nestbeschmutzer-Beschimpfung. Ein General empfiehlt die Armee als »das treue Werkzeug der Partei«. Wenn er nicht völlig bewußtlos spricht, ist das ein Wink an die Machtkonservativen. Die immer verzweifelter werdende Lage der einfachen Menschen im Alltag, vor allem der Arbeiter, auf die diese mit einer dramatischen Abwendung von der KPdSU und zunehmender Aggressivität reagieren, wird drohend beschworen.

Man darf indes die Sprache der Arbeiter nicht verwechseln mit der Sprache der Machtkonservativen, wenn diese sich in gebremster, weil unüberzeugter Rhetorik gelegentlich auf die Arbeiterklasse berufen. Für die Arbeiter ist die KPdSU weitgehend abgemeldet. Die Diagnose dieses Zustands hat Gelman schon vor 15 Jahren in seinem (verfilmten) Theaterstück »Die Prämie« gestellt. Die

Machtkonservativen gebärden sich wie offizielle Repräsentanten dieser Klasse, die ihr Repräsentiertes nicht einbüßen möchten. Sie führen sie wie ein Klientel mit sich, deren Interessenwahrnehmung ihre Sache ist. Ein offensiver Diskurs vom Standpunkt der Arbeiterklasse spräche dagegen die Arbeiter von der Verfügung über Arbeit und Produkte her an, statt von ihrer (passiven) Versorgung. Aufhebung der Entfremdung in der Arbeit, Selbstverwaltung – dieser Diskurs ist bei Gorbatschow angelegt, und die »Marxistische Plattform« hat ihn systematisch entfaltet. Die Machtkonservativen dagegen sprechen Stellvertretersprache.

Warum gibt es keine Plattform der Machtkonservativen? Weil sie im blinden Fleck der Struktur sitzen und ihre tradierten Einstellungen wie ein gruppenspezifischer gesunder Menschenverstand wirken, der erst neuerdings als disfunktional erfahren wird. Strategische Analyse und politischer Entwurf sind zu meinem Erstaunen in ihren Reden fast völlig abwesend. Ganz anders bei Jakowlew und Schewardnadse, diesen wichtigsten Mitstreitern Gorbatschows. Und wie anders erst bei Boris Jelzin, dem Gegenspieler Gorbatschows, der sein Partner werden muß, soll das Spiel der politischen Kräfte und Instanzen nicht zusammenbrechen. Jelzin stößt auf mehrheitliche Ablehnung, aber man könnte eine Nadel fallen hören, während er spricht. Sie lauschen freilich nicht seinen Ideen, sondern einem unübergebar gewordenen Machtfaktor. Viele einfache Parteimitglieder beschwerten sich über Gorbatschow, sagen, er spreche zu lange und zu oft und in einer Sprache, mit der sie wenig anfangen. Jelzin dagegen spricht für jeden verständlich. Dabei sagt er eigentlich nichts, was nicht im Bericht Gorbatschows, wenngleich etwas gefälliger verpackt, enthalten wäre: Änderung der KPdSU zu einer parlamentarischen Partei als Frage auf Leben und Tod für diese Partei; treibt sie nicht die Perestrojka, treibt die Perestrojka sie.

☞ In der Tat ist das eines der möglichen Szenarien für die Zukunft: Die KPdSU als Stützpunkt der absterbenden alten Macht, die vielleicht versucht, noch einmal um sich zu schlagen. Von ihr spaltet sich eine sozialistische Partei ab, und die Perestrojka geht außerhalb ihrer und ohne oder gegen sie weiter. Juri Krassin und Alexander Galkin hielten es im Gespräch mit mir sogar für möglich, daß auf Unregierbarkeit harte Regierung folgt. Der historische Moment erinnert sie ans Ende der Weimarer Republik. Steht ein sowjetisches 1933 bevor? Wenn das Massenbewußtsein sich weiter in die Richtung wie jetzt entwickelt, dann könnte, meinen sie, sich eine Basis für eine neue Diktatur herausbilden, die vielleicht mit dem Peronismus

bestimmte Züge gemein hat. Und doch wäre dieser Aufschub für die bisherigen Befehlsinhaber ihr historisches Aus.

Vielleicht erklärt eine Ahnung historischer Unausweichlichkeit die politiklose Gereiztheit der Machtkonservativen. Zugemutet ist ihnen die Übersetzung der Macht aus dem Befehlsmodus in den Überzeugungs- und Konsensmodus. Angesichts dieser Herausforderung gebärden sich die meisten ihrer Sprecher als verstörte Macht- und Befehlshaber, die spontan eine Politik der Besitzstandswahrung betreiben, die aber keine Politik ist, sondern der direkte Weg in den völligen Machtverlust. Die Machtkonservativen sind daher zur Gefahr für jeden realen Versuch von Machterhaltung geworden.

Der Status quo ist zum Terminus a quo, zur Formel für das, was nicht mehr ertragen werden kann, geworden. Daher ist die Veränderung des Herrschaftssystems nicht länger beherrschbar. Die Alternative heißt: Surfen auf der Welle oder untergehen. Leonid Abalkin hat den Delegierten auf seine Weise das historische Surfprinzip erklärt: Jede gesellschaftliche Bewegung muß »die Tendenz fortschrittlicher Veränderungen des gesellschaftlichen Prozesses aufspüren und möglichst zu deren Realisierung beitragen. Eine Partei, die ... entgegen der Logik des gesellschaftlichen Fortschritts zu handeln versucht, wird unweigerlich vom Schauplatz des historischen Kampfes abtreten«. – Was daran verzweifelte Rhetorik ist, um das Neue in die Köpfe des Apparats zu hämmern, was er selber davon so denkt, ist schwer abzuschätzen. Aber da ist es wieder, das eiserne Gesetz des Fortschritts, ein Element der gewohnten Sprache hat die Seiten gewechselt.

Der Parteitag ist in gewisser Hinsicht wichtiger für diese Partei als fürs Land. Viele Redner sagen es: das politische Überleben der KPdSU steht auf dem Spiel. Wenn sie bleibt, wie sie ist, bleibt sie nicht. Wenn sie sich nicht vom Staat trennt, trennen sie andere Kräfte vom Staat. Man wird gegen sie geltend machen: Insofern sie den Staat wie ihr Eigentum behandelt hat, muß ihr Eigentum bzw. ein entsprechender Teil davon beim Staat bleiben. Sie muß mithin ihre Eigentumsverhältnisse offenlegen.

Das Land braucht eine neue Regulationsweise. Fieberhaft und ratlos stehen die in der bisherigen befehlsadministrativen Regulationsweise Befehlenden und Administrierenden vor dieser Aufgabe. Daß es kein Zurück gibt, zwingt sie zu Wiederwahl Gorbatschows.

10. Juli 1990

Die Resultate des Parteikongresses

I.

Als Gorbatschow am 10. Juli mit Zweidrittelmehrheit als Generalsekretär wiedergewählt worden war, mochte man das noch für eine taktische Geißelnahme von seiten einer machtkonservativ gestimmten Mehrheit halten, die zudem keinen überzeugenden Gegenkandidaten anzubieten hatte. Bis dahin machte der 28. Parteikongreß den Eindruck eines vorwiegend »konservativen« Gremiums, das die historische Dynamik allenfalls dadurch anschoß, daß es durch begriffsloses Lamentieren dazu beitrug, die Gesellschaft sich von der Hegemonie dieser Partei vollends losreißen zu lassen.

Aber wie war es dann zu verstehen, daß Ligatschow, der noch am 3. Juli minutenlangen Beifall erntete, eine Woche später, sich um den Posten des stellvertretenden Generalsekretärs bewerbend, nur 776 Stimmen bei 3642 Gegenstimmen erhielt und bei der Wahl zum ZK nicht einmal mehr nominiert wurde? Hatte er nicht zur Sammlung aller Sozialismus-Verteidiger im Namen einer »wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei« aufgerufen? Diese Bewahrungsposition unterminierte er freilich durch die ironische Frage, warum den Sowjetmenschen zugemutet werden solle, nach 70 Jahren des Kollektiveigentums »den Sozialismus durch die Einführung des Privateigentums zu retten«. Er hätte diese Frage aus einer bloß rhetorischen in eine wirkliche Frage verwandeln müssen. Seinen Appell, »gesellschaftliches Eigentum« als sozialistischen Wert neben allgemeinem menschlichen Werten festzuhalten, brachte er dieses Bekenntnis um seine Überzeugungskraft, indem er nicht die das Land niederdrückende negative Erfahrung reflektierte, daß »gesellschaftliches Eigentum« ohne erfolgreiches gesellschaftliches Management nichts wert ist. Auch daß er die Perestrojka nur »schrittweise« dosiert durchführen wollte, wurde angesichts der wütenden Ungeduld im Lande nicht mehr hingenommen.

Wiederum merkwürdig, daß, Ligatschows vernichtender Wahlniederlage und der Aufnahme radikaler Reformanhänger ins ZK zum Trotz, Boris Jelzin und andere führende »Radikalreformer« ihren Austritt erklärt haben – Jelzin in dem Moment, als man ihm einen ZK-Sitz angeboten hatte. Es ist, als hätten sie ihre Austrittsdrohung wie ein Damoklesschwert über dem Parteitag schweben lassen, um dadurch zur Niederlage Ligatschows beizutragen. Als die Mehrheit gegen Ligatschow wählte, stimmte sie auch gegen Parteispaltung.

Gorbatschow, der lange Zeit zwischen Ligatschow und Jelzin Balancierende, die im Effekt ebensowohl seine Stützen wie seine Gegner waren, ist sie nun innerparteilich beide los. Außerhalb der Partei, im pluralistischen Politikfeld, wird das Spiel weitergehen, wenn auch Ligatschow dort zunächst keine Machtposition mehr einnimmt.

Gorbatschows neuer Stellvertreter, Wladimir Iwaschko scheint begriffen zu haben, daß die KPdSU künftig »unter ganz anderen, unbequemerer Bedingungen« arbeiten und sich »energisch« am politischen Kampf beteiligen muß. Schon während des Parteitags hat er das am eignen Leib erfahren, als »sein« heimisches Parlament beschloß, alle seine Mitglieder, die zugleich Parteitagsdelegierte waren, zurückzurufen. Da trat er von seinem Präsidentenamt zurück.

Während die FAZ die Wahl Iwaschkos dahingehend kommentierte, in seiner Person habe Gorbatschow »die eigentliche Parteiarbeit einem politischen Leichtgewicht« übertragen lassen, und zwar ganz bewußt, weil dies »die Gewähr für ein fortschreitendes Siechtum der KPdSU« biete (W. Adam), ist die Einschätzung Alexander Korabs, eines ukrainischen Exilpolitikers, geeignet, dieses Bild zu korrigieren. Im »Tagesspiegel« hat dieser Beobachter Wolodomyr Iwaschko (Korab legt Wert auf ukrainische Schreibweise des Vornamens) als energischen und fähigen Exponenten der Perestrojka in der Ukraine geschildert, der zudem einer der wenigen Parteichefs war, die den Absprung in die Welt des neuen Parlamentarismus schafften: »Er verwarf das bisherige zentralistische System Moskaus, lehnte die Wirtschaftspolitik des Ministerpräsidenten Ryschkow ab und trat für eine 'regulierte Marktwirtschaft' ein, die sukzessiv ohne Hast aber konsequent realisiert werden sollte.« Er soll sich u.a. für Auflösung der zentralen Ministerien und Freisetzung der Betriebe, Entflechtung schwerindustrieller Monopole und Schaffung von Aktiengesellschaften ausgesprochen haben. Die Sowjetunion wolle er in eine Konföderation umwandeln. Laut Korab soll Gorbatschow, Konföderationsplänen zunächst abgeneigt, sich in dieser Frage Iwaschko angeschlossen haben. Auch wenn dies so nicht zutreffen sollte, verrät es eine bemerkenswerte Hochschätzung Iwaschkos. Zusammenfassend kennzeichnet Korab ihn als Integrationsfigur, der sowohl die ukrainische KP zusammengehalten habe, als auch von der Opposition akzeptiert wurde. Ein Ersatz für ihn sei nicht in Sicht; in der Ukraine sei daher mit Turbulenzen zu rechnen.

In Iwaschkos Wahl wie in den auf sie folgenden Personalentscheidungen hätte sich demnach der Sprung der KPdSU vom Sockel der diktatorischen Staatspartei auf den Boden einer pluralistischen politischen Ordnung ausgedrückt, ein Sprung, der sozusagen mitten in der Bewegung an Schwung gewann.

Uwe Engelbrecht, ein scharfsichtiger Beobachter der sowjetischen Politik, sagte zu mir nach Abschluß des Parteitags: Wir haben uns vom sinnlichen Eindruck zunächst irreführen lassen, als wir die Grundstimmung für machtkonservativ hielten. Was wir für »rechts« (er spricht die »lechts-rinks«-Sprache allzu bedenkenlos) hielten, sei Ignoranz, Ungeübtheit, Verständnislosigkeit, Nicht-Mitkommen mit dem Neuen gewesen. Viele der Delegierten hätten sich zunächst frei nach dem Sprichwort verhalten: Was der Bauer nicht kennt, frißt er nicht. Für das Folgenreichste hält Engelbrecht rückblickend Gorbatschows Treffen mit den Sekretären der Grundorganisationen, die ein Fünftel der Delegierten ausmachten. Diese Gruppe habe er gewonnen. Daraus sei ein zweiseitiger Energietransfer gefolgt: neue Kraft für Gorbatschow, Orientierung für die Verunsicherten.

Jedenfalls hat Gorbatschow in der Sache (wenn auch nicht in der Benennung) alle seine Ziele erreicht: dauernde Abwehr des machtkonservativen Angriffs, Vermeidung der Spaltung zum jetzigen Zeitpunkt, Statutenänderungen (z.B. Direktwahl des Generalsekretärs und seines Stellvertreters durch den Parteitag, also ihre Unabsetzbarkeit durchs ZK; Verwandlung des Politbüros in eine Art Bundes-Präsidium) und die Besetzung der beiden Schlüsselposten: ein »Riesenerfolg« (H. Kohl) und »glänzender Sieg« (Tagesspiegel).

II.

Auf und ab schwankt die Beurteilung der Position Gorbatschows schon seit seinem Amtsantritt. Regelmäßig gibt man für seine politische Karriere keinen Pfifferling mehr, und (bisher) ebenso regelmäßig taucht Gorbatschow gestärkt wieder auf. Zu jenem Auf und Ab gehört ein Rätsel-Motiv, das sich gleichfalls all die Jahre durch die Medien zieht und zuletzt von Hans Ulrich Kempfski in der »Süddeutschen Zeitung« (4.7.) reproduziert wurde: »Denn was Gorbatschow wirklich im Sinn haben mag, weiß keiner.« Mit Gorbatschows politischem Denken geht es solchen Beobachtern wie es bei E.A. Poe der Polizei mit dem gestohlenen Brief geht: er ist für sie unaufindbar, weil offen daliegend, während sie in allen erdenklichen Verstecken wühlen. Gorbatschows geäußerten Gedanken werden Hintergedanken unterstellt. Wie wäre es, wenn er just das im Sinn hätte,

was er seit Jahren sagt? In der Tat liegt sein Projekt im wesentlichen seit langem offen zutage. (Mein im Frühjahr 1989 abgeschlossener »Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken« zeigt das.) Was sich immer wieder dramatisch ändert, sind die (oft unerwarteten) aktuellen Konfliktlinien und Kräfteverhältnisse, die Krisen-Cluster und die politische Konjunktur.

Ein oft gebrachter Einwand gegen Gorbatschows Politik lautet: »Es wurde demontiert, ohne zugleich aufzubauen.« (ND, 3.7.90, F.Weher) Ähnlich klingt es aus Kempsskis Bericht (SZ, 4.7.): Die ausländischen Beobachter rätseln, warum es ihm nicht gelinge, »seine geradezu magische Strahlkraft, die ihn im Ausland gleichsam zum Supermann macht, zu Hause in der Sowjetunion in Erfolge umzumünzen.« Die »kaum strittige« Antwort lautet: »weil die Perestrojka nicht nach einem durchdachten Plan in gang gesetzt worden sei«. Diese Kritik hängt bewußtlos im Alten. Sie unterstellt einen Typ von Plan, der seinerseits das absolutistische Machtsubjekt der einen Partei unterstellt. Gorbatschow geht es aber um Freisetzung eines ganzen Spiels unterschiedlicher und selbsttätiger Akteure, um definiten Rückzug des Staats (und damit der KPdSU) aus der befehlsadministrativen Position gegenüber dem innergesellschaftlichen (ökonomischen, kulturellen, wissenschaftlichen usw.) Geschehen. Rahmen- und indirekte Regulierungskompetenzen sollen an die Stelle treten. In gewisser Hinsicht ist daher die Krise der Perestrojka nichts anderes als der Prozeß der Umgestaltung selbst.

III.

Gorbatschows Position ist gestärkt, aber in einer Partei, deren Position sich rapide verändert. Daß die Bürgermeister der beiden größten Städte, G.Popow (Moskau) und Sobtschak (Leningrad) wie zuvor Jelzin sie verließen, scheint ihre »Schwächung« anzuzeigen. So deutet die FAZ den Ausgang des Parteitags als »zusätzliche Festigung der Machtstellung Gorbatschows bei gleichzeitiger Schwächung der von ihm weiterhin repräsentierten Partei« (W.Adam). Aber »Schwächung« ist eine schiefe Kategorie, weil sie nur die Abnahme einstiger Macht feststellt und den revolutionären Umstrukturierungsprozeß mit seiner Herausbildung einer neuartigen Machtstruktur ausblendet. Eine Ahnung davon vermittelt auch der zitierte FAZ-Artikel, wenn er der KPdSU den »Anfang vom Ende ihres beherrschenden Wirkens« bescheinigt. Er übersieht, daß die Beendigung des »beherrschenden Wirkens« nicht nur Gorbatschows Ziel war, sondern vom Parteitag zur programmatischen Linie erklärt

wurde. Die Resolution »Für einen humanen, demokratischen Sozialismus«, die Grundzüge des künftigen Parteiprogramms vorwegnimmt, bricht (zumindest verbal) eindeutig mit dem »politischen und ideologischen Monopolismus« und der Praxis, »Funktionen zu übernehmen, die von der staatlichen Verwaltung und von ökonomischen Management-Institutionen ausgeübt werden sollten«.

Die einschneidende qualitative Änderung der KPdSU und strukturelle Verlagerung ihrer Position spiegelt sich in der neuen Politbüro-Formel: 2 (Bundesvorsitzende) + 15 (Landesvorsitzende) + 7 (5 ZK-Sekretäre + Pravdachef + Moskauer Parteichef). Was sich hier abzeichnet, ist eine Bundespartei mit der Möglichkeit des Übergangs zu einem Parteienbund. Das antwortet auf die Umgestaltung der Sowjetunion in einen Bundesstaat mit der Möglichkeit des Übergangs zu einem Staatenbund (Typ Commonwealth).

Daß dem Politbüro mit Ausnahme Gorbatschows kein Vertreter von Staat oder Regierung mehr angehört, zeigt die Trennung von Staat und Partei an. Da die wichtigsten konzeptiven Vordenker der Perestrojka künftig im Präsidialrat konzentriert sind, wo sie u.a. mit den Chefs der repressiven Staatsapparate zusammensitzen, deutet darauf hin, daß jene Institution in Nachfolge des alten Politbüros zu einer Art Super-Regierung werden könnte.

Jedenfalls ist das Politbüro nicht mehr das wichtigste Führungsorgan der Sowjetunion; es ist strukturell ungeeignet gemacht worden, das Gremium zu sein, das operativ den Staat lenkt. Ruckartig hat sich dadurch die Verfassungswirklichkeit des Landes geändert.

Der Trennung von Staat und Partei widersprechende Züge verdeutlichen sie eher, als daß sie diese widerlegen. Wie eine Abschiedsvorstellung der Staatspartei mutet zum Beispiel folgendes an: Während die Delegierten noch am 9. Juli aus Unzufriedenheit mit der bisherigen Fernseh-Berichterstattung beschließen konnten, ab sofort sollten ihre Plenumsdebatten in voller Länge übertragen werden, unterzeichnete Gorbatschow als Staatspräsident einen Tag nach Abschluß des Kongresses ein Dekret, das die in jenem Beschluß beanspruchte staatsparteiliche Prärogative abschaffte. Ein zweites Beispiel bietet jener denkwürdige Kompromißvorschlag der Umdeklarierung einer funktionslos werdenden Instanz des alten Herrschaftsystems auf dem Rückzug: die Politkommissare der Armee sollen aus Parteifunktionären in Staatsfunktionäre umgewandelt und für kulturelle Fragen zuständig gemacht werden.

Nachhilfe erhielten die Delegierten von außen, durch den Bergarbeiterstreik. Eine bittere Warnung enthielten die Fernsehbilder aus

Workuta, wo Streikende zuhauf ihre Parteibücher in einen großen papiernen Abfallsack warfen. Zum Streik scheint Gorbatschow bisher keine konstruktive Position zu finden, trotz Anerkennung der neuen Arbeiterbewegung in seinem Rechenschaftsbericht. Als Lysenko (von der Demokratischen Plattform) beantragte, der Parteitag möge die Forderung der Streikenden nach Rücktritt der Regierung unterstützen, soll G. laut FAZ gesagt haben, daß diejenigen, von denen der Streik »angestiftet« worden sei, ihr Ziel nicht erreicht hätten. Hier zeigt sich eine ähnliche Bornierung des Blicks wie seinerzeit angesichts der nationalen Konflikte. Und doch wird das Verhältnis zur neuen Arbeiterbewegung zu einer der Schlüsselfragen werden, wie es das Verhältnis zur nationalen Frage geworden ist.

IV.

Mit der Schnelligkeit eines revolutionären Veränderungsprozesses folgen seither weitere Sprünge der Umgestaltung. Durch Zugeständnis der Westbindung des künftigen vereinigten Deutschlands wurde zusätzliche außenpolitische Rückendeckung besorgt und eine zusätzliche ökonomische Verbindung zu Westeuropa geschaltet. Den wichtigsten inneren Umgestaltungsschritt seit Beginn der »Jelzin-Republik« in Rußland vollzog der ukrainische Oberste Sowjet mit seiner Unabhängigkeitserklärung. Ein neuer Unionsvertrag wird die *de facto* bereits eingetretene Umgestaltung der Union aus einem zentralistischen Superstaat in ein gegliedertes Gebilde irgendwo zwischen Bundesstaat und Staatenbund *de jure* festschreiben.

Die Politik basiert nach innen und außen nicht mehr primär auf Gewalt, sondern auf Konsens. Das Stalin-Paradigma hat dem Gramsci-Paradigma der Zivilgesellschaft Platz gemacht, auch wenn der Prozeß noch überraschende Wendungen und schlimmstenfalls blutige Wirren bereithalten mag.

Das Neuland einer Marktwirtschaft noch unbekanntem Typs liegt nun vor den neuen politischen Akteuren. Die Neuerer, die sich gegen das Alte einig waren, werden sich angesichts der Herausbildung neuer Interessen und Konflikte spalten. Die sozialistische Entscheidung hat, wie Abalkin auf dem Kongreß gesagt hat, längst aufgehört, eine einigende Idee zu liefern. Soziale Demokratie ist ein breit geteiltes Wunschbild. Überwindung der »historischen Spaltung der Arbeiterbewegung« schreibt die neue KPdSU auf ihre Fahnen. Wenn die sozialdemokratische Option dennoch nicht umstandslos gesiegt hat, so der Widersprüche wegen: auch wer sich einen Kapitalismus mit menschlichem Gesicht in der Sowjetunion wünscht, muß

doch wissen, soweit er Realität wahrzunehmen vermag, daß das Spiel der Weltmarktkräfte die Option eines florierenden Kapitalismus vereitelt. Allenfalls ein teils dependenter, teils drittrangiger Kapitalismus wäre zu kriegen, ein kombiniertes System wie in Brasilien, das »Belindia« genannt wird, weil es eine relativ kleine Zone auf dem Niveau Belgiens mit einer Riesenzone auf dem Niveau Indiens verbindet. Dieser fragmentarische und von transnationalen Konzernen angezapfte Kapitalismus wäre nicht reich genug, sich eine soziale Demokratie zu leisten. Daher ist das Land gezwungen, bei Strafe des Niedergangs und der unregierbaren Wirren, eine neue Regulationsweise hervorzubringen, die der Politik eine für das Schicksal des Landes entscheidende Gestaltungsleistung abfordert, die, in Regierungspolitik und linker Kritik derselben, den substanzlos gewordenen Begriff des Sozialistischen neue Gehalte und eine neue Physiognomie gewinnen lassen.

17. Juli 1990

Mutiert der Golf-Krieg die politische Kultur?

Zu Enzensbergers und Biermanns Kriegsbejahung

1.

Gegen die deutsche Friedensbewegung und für den »Golfkrieg« und den Sieg der US-dominierten Seite haben sich zwei bedeutende künstlerische Intellektuelle ausgesprochen: Hans Magnus Enzensberger im *Spiegel* und Wolf Biermann in der *Zeit*. Aber welcher Gegensatz zwischen ihren Argumentationen! Biermann skizziert die widersprüchliche Interessen, die einander in diesem Krieg überdeterminieren: »Natürlich geht es auch den Amerikanern ums Öl. Noch schlimmer: Das Pentagon brannte schon lange darauf, seine Waffen auszuprobieren. Noch perverser: Die US-Rüstungslobby braucht dringend den Beweis dafür, daß die Billionen Dollars kein rausgeschmissenes Geld waren. Der lukrative Ost-West-Konflikt ist ihnen verdorben, aber die Aktionäre der Kriegsindustrie wollen, daß das Wettrüsten trotzdem weitergeht. Und bei den Präsidentschaftswahlen will kein Kandidat die jüdischen Stimmen verspielen.« Desto besser, sagt Biermann. Ohne diese schmutzigen Interessen würden die USA ihre Kriegsmaschine nicht in Gang gesetzt und Israel verteidigt haben. Dies aber ist für ihn der dominante Strang dieses gordischen Knotens: das Lebensrecht Israels muß verteidigt und ein Ausgleich mit den Palästinensern gesucht werden. Hoffnungslose Hoffnung, unrealistischer Realismus seiner Einsicht: Palästinenser und Israelis sind die einzigen, deren existenzielle Interessen auf dem Spiel stehen und die »eigentlich Verbündete sein sollten«. Gegen den irakischen Diktator bietet Biermann sein ganzes gesundes Mißtrauen auf. »Der Haß auf die Juden und die Liebe zu den Palästinensern sind nur zwei Seiten derselben falschen Münze, mit der er die Einheit der arabischen Welt unter seiner Führung kaufen will.« Und hierin sieht er die Parallele zwischen Hussein und Hitler: beide haben die Ausrottung der Juden vorangekündigt, beide sind »Emporkömmlinge, Tyrannen, Demagogen und Machtparanoiker«. Während man bei Hitler noch 1938 nicht habe wissen können, ob die Drohung leeres Wort war, wisse man bei Hussein heute, daß sie ernst gemeint ist. Daher dominiert bei Biermann das Interesse am Schutz Israels, dessen Verbrechen in den besetzten Gebieten er klar sieht, denen aber keine geringeren Verbrechen an den eigenen

Völkern auf arabischer Seite gegenüberstehen. Die USA schützen Israel, und das ist recht, auch wenn sie heucheln:

Den mörderischen Eroberungskrieg gegen den Iran sahen die USA zufrieden (und lieferten Waffen), »Saddams Völkermord an den Kurden war denen eine häßliche Lappalie, und Saddams Terror gegen das eigene Volk war ein totalitäres Kavaliersdelikt. Die USA hatten schon so viele unglückliche faschistische Liebschaften in der Welt.« Das kuwaitische Öl – List des Zufalls, um die »zuverlässig miesen Interessen« zu mobilisieren.

Widerspruchsbild: »Grade weil er so schön komplex ist, führt uns dieser Krieg modellhaft das Perpetuum mobile unserer Selbstvernichtung vor.« Die Rüstungskonzerne liefern Waffen, zu deren Bekämpfung sie dann noch modernere Waffen liefern müssen. Die armen Länder bezahlen mit Elend und Unwissenheit, die reichen mit dem Surplus, das sie den Armen hätten übertragen müssen. Das Personal, das diese Kriegswirtschaft betreibt, gehört zu Kriegsverbrechern erklärt. »Und die feinsinnigen Rechtsanwälte, die wasserdichten Notare, die hanseatischen Kaufleute und respektablen Geschäftsführer, die alle am Geschäft mit dem Tod verdient haben, verdienen den Tod, genau wie Göring und Krupp und Eichmann.« Biermann weiß natürlich, daß Krupp ihn 1945 keineswegs erleiden mußte, und er weiß erst recht, daß diese seine Worte ganz folgenlos bleiben und er sie genau deswegen sagen darf, weil eben jene hanseatischen Kaufleute und respektablen Geschäftsführer gar nicht so sind.

So bleibt Biermann bei allem Richtigen, trotz aller mitgeschmuggelten Wahrheitskassiber, eben doch nur die eine effektive und effiziente Botschaft: »Ich bin für diesen Krieg«. Und das ist eine gefährliche Botschaft.

2.

☛ Daß das notgedrungene Gefallen am Krieg wie eine erworbene Immundefizienz wirken kann, läßt sich bei Enzensberger beobachten: es hat ihn seines Sinnes für Widersprüche beraubt. Er führt die Sprache des Propagandisten, nicht des Intellektuellen. Hantiert mit unbezweifelbaren Eindeutigkeiten, kennt keine Überdeterminierung.

Hussein ist »Hitlers Wiedergänger«. Die Friedensbewegung aber, gibt er zu verstehen, ist Wiedergängerin der nazistischen Massen. »Wenn sie ihren Protest lieber gegen George Bush als gegen Saddam Hussein« richten, »so ist das mit Ahnungslosigkeit kaum zu erklären«.

Sondern da ist eine geheime Seelenverwandtschaft. Sie erklärt sich ganz einfach: die Regungen der antiamerikanischen Araber von heute und die der nazistischen Deutschen der dreißiger Jahre sind »identisch, und sie verfolgen das gleiche Ziel«. Diese Behauptung ist für E. nichts zu Beweisendes, sondern als solche Beweis genug. Sie »beweist, daß wir es nicht mit einer deutschen, nicht mit einer arabischen, sondern mit einer anthropologischen Tatsache zu tun haben.« Die Unmenschlichkeit der menschlichen Natur tritt auf, das radikale Böse, der *Feind der Menschheit*. Was das ist, wird an Hitler und den damaligen Deutschen demonstriert.

Für den suggestiven Zweck, uneingeschränkte und widerspruchslöse Legitimität für den gegenwärtigen Krieg zu gewinnen und die Kriegsgegner ebenso uneingeschränkt zu delegitimieren, zahlt Enzensberger mit sämtlichen Einsichten der Faschismusanalyse. Was also bewegte die Nazis, was Hitler? Die Antwort lautet einfach: »Todesrausch«. Finsterer Mythos, pseudokritisch: »Was die Deutschen begeisterte, war nicht allein die Lizenz zum Töten, sondern mehr noch die Aussicht darauf, selbst getötet zu werden.«

Grund: nationale Kränkung führte dazu, »Haß und Neid, Ressentiment und Rachsucht« zu akkumulieren. Bei den Deutschen nicht nur Versailles, sondern auch die auf 1929 folgende Massenarbeitslosigkeit. Die Opfer der Krise haben noch einmal das Nachsehen. E. wirft sie unterschiedslos mit allen Rechtsextremen in einen Topf, »das Kollektiv«, von dem er sagt: »Es fühlt sich als Spielball und Opfer der Verhältnisse und leugnet jede eigne Mitverantwortung für die Lage, in der es sich befindet. Die Suche nach dem Schuldigen kann beginnen.« Das ist entsetzlich undifferenzierte Vulgarpsychologie. E. weiß, daß die »Massen« nun von Selbstzerstörungswünschen beherrscht sind. »Dann ist die Stunde des Führers gekommen. Der Feind der Menschheit kann sich mit der gesammelten Todesenergie der Massen aufladen«, deren Unbewußtes genial erspürend. »Deshalb operiert er nicht mit Argumenten, sondern mit Emotionen, die jede Logik aus den Angeln heben.« Kein Deutschnationaler würde sich getrauen, eine so dick auftragende Hitlerkarikatur zur Entlastung vorzubringen. Das verkennt völlig das nüchterne Element bei Hitler, sein Kalkül, seine zumeist wirkliche Schwächen des politischen Systems und der politischen Klasse treffende Kritik. Wie hätte er auch sonst den Rhein-Ruhr-Klub überzeugen und die funktionalen Eliten an seine Seite bringen sollen. Ein verzerrtes Echo davon bei Enzensberger: »Die deutsche Industrie hat die hingebungsvollen Dienste, die sie Adolf Hitler geleistet hat, nie zu bereuen gehabt.«

»Im übrigen muß der Feind der Menschheit von seiner Gefolgschaft alles abhalten, was an einen Gedanken erinnert.« Erinnern die Heidegger, Schmitt, Gehlen, diese organischen Intellektuellen des Nazismus, nicht doch an Gedanken? Und waren wirklich für Hitler die Feinde (und Kriegsziele) »beliebig austauschbar«? »Juden« und »Marxisten« war die Vernichtung angedroht, der Osten zur Landnahme und Sklavengewinnung vorgesehen, das sind durchgängig bezeugte und auch bei taktischen Wendungen mit Nachdruck festgehaltene Ziele Hitlers gewesen, die seinem Projekt die eigenartige Konsistenz, Konsensfähigkeit und Dynamik verliehen. Ich halte es eher für einen fatalen Irrtum, Hitler Überzeugungen abzuspochen.

Rhetorische Popanze, wo man hinschaut, durchsetzt mit Gemeinplätzen, aufgemotzt als anthropologische oder sozialpsychologische Wahrheiten. Und was mehr ist: die Privilegierten entlastend, ohne deren Trägerschaft es keine halbe Welteroberung gegeben hätte. E. weiß, was Hitler in Wirklichkeit immer wollte: »ein Ende mit Schrecken«. Nein, er wollte den Sieg. Er hat nicht etwa nicht gerechnet, sondern sich verrechnet. Wie es die Machteliten im Ersten Weltkrieg getan hatten, dessen Revanche der Zweite bringen sollte.

Nun ist völlig klar, worum es im gegenwärtigen Krieg geht: Hussein: »Sein Feind ist die Welt.« »Der Todeswunsch ist sein Motiv, sein Modus der Herrschaft ist der Untergang. Diesem Ziel dienen alle seine Handlungen.« Diese Eindeutigkeit ist Geist vom Geiste der Paranoia, die sie beschwört. Sie treibt die Widersprüche aus und setzt die Politik ab, wie sie eben beides von ihrem Objekt behauptet. Das ist ein geschlossener Kreis.

So spricht E. der Politik das Recht ab: »Keine denkbare Politik, wie klug, wie umsichtig sie auch immer wäre, kann es mit einem solchen Feind aufnehmen. Er bekommt am Ende immer, was er will: den Krieg.« Nicht so sehr Warnung vor drohenden Kriegen, sondern antizipierende Mobilisierung: »Es ist absehbar, daß in Zukunft andere Völker ihrem und unserem Henker zujubeln werden. Ewige Verlierer gibt es in allen Himmelsrichtungen. Unter ihnen nimmt das Gefühl der Demütigung und die Neigung zum kollektiven Selbstmord mit jedem Jahr zu. Auf dem indischen Subkontinent und in der Sowjetunion liegt das nukleare Arsenal bereit. Woran Hitler und Saddam gescheitert sind, am Endsieg, das heißt an der Endlösung – ihrem nächsten Wiedergänger könnte sie gelingen.«

Es ist, wie Rosa Luxemburg gesagt hat: Kriege können nicht gemacht werden ohne die Begeisterung oder Resignation der Volksmassen. Enzensberger arbeitet an beidem zugleich. Was aber mehr

ist: Er läßt die Logik der Endlösung in sich ein. Saddam Hussein ist ein Vernichter; ergo ein zu Vernichtender. Dadurch ist der Diskurs zu einem Vernichtungsdiskurs geworden, der zu keiner Politik mehr fähig macht, nurmehr zum totalen Krieg. Allein dieses Beispiel von Mentalitätsmutation zeigt, welche ungeheuren sekundären Gefahren in diesem Krieg im Fehlen einer Widerspruchsanalyse und einer umfassenden Politik lauern. Die politische Kultur droht umzukippen.

Marxismus in der Katastrophe

Aus der Krise des Marxismus ist die Katastrophe geworden

»Marxismus und Gegenwart« – so lautet das mir gestellte, vage-offen formulierte Thema. Natürlich stellt sich da sofort die Assoziation »Krise des Marxismus« ein. Doch die schlechte Nachricht lautet, daß wir Marxisten uns heute in Wahrheit längst nicht mehr nur in der Krise, sondern mitten in einer Katastrophe bewegen. Wir sind konfrontiert mit dem Untergang dessen, was bisher die »Welt des Sozialismus« genannt wurde, jener »Zweiten Welt« also, deren Gegensatz zur »Ersten« für eine Zeit den historischen Windschatten geworfen hatte, in dem die koloniale Welt, bis dato der größere Teil der Erdoberfläche, sich zur »Dritten Welt« emanzipieren konnte. Diese Periode ist vorbei, es ist unklar, was kommt. Was immer es sein wird, es begann mit einem Krieg.

Terme wie »Marxismus« und »Sozialismus« sind fragwürdig geworden. Ich verstehe diejenigen gut, die sich davon losmachen wollen, obwohl ich das für keine sinnvolle Möglichkeit halte. Der »Ismus«, der geschlossene Charakter, stellt tatsächlich ein Problem dar. Aber während mir »Marxismus« und »Sozialismus« unverzichtbare Projekte zu sein scheinen, wo es einen Sinn hat, von Erneuerung zu sprechen, glaube ich nicht, daß der »Marxismus-Leninismus« umbaubar ist. Ich halte ihn nicht für reformierbar. Hier helfen nur Abriß- und Aufräumarbeiten, je radikaler, desto besser. In der Geschichte ist das oftmals nicht durch die Akteure selbst besorgt worden, sondern ist ihnen als Untergang widerfahren. Es mag wohl sein, daß es zu unser aller Unglück auch diesmal so geschieht. Da pflegen dann die Bibliotheken zu brennen, die Gelehrten werden zerstreut, manche Sprachen werden zu toten Sprachen. Es erinnert sich schließlich niemand mehr daran. Die riesige Bibliothek des Wissens und der Ideologie, die wie ein Alb auf den Gemütern der Lebenden lastet, kommt auf den Scherbenhaufen der Geschichte, auf dem vielleicht irgendwann später neue Siedlungen errichtet werden, deren Bewohner nicht wissen, was da unter ihren Füßen ruht. Es kann sehr wohl sein, daß es mutatis mutandis auch diesmal so zugeht.

Heilsamer wäre es, wenn die Interessenten an einer radikalkritischen Theorie vom Zustand der Welt und eines damit verbundenen

Handelns sich dieser Arbeit selbst annähmen, damit Fundamente freilegend und die Erfahrungen der Vergangenheit nützend für das, was an Neubau gebraucht wird. Also stellt sich die Frage, ob wir die Chance bekommen zu einem Neuanfang. Wenn überhaupt, dann halte ich das für die Form, in der sich die Frage »Marxismus und Gegenwart« stellt.

Eine in die Gegenwart unentrinnbar hereinragende Antwort auf die totalitäre Verschmelzung von Kommunismus und Diktatur ist die weitgehende Dissoziation von Arbeiterbewegung, machtfähiger Politik und Marxismus, d.h. der epochale Bruch zwischen Theorie und Massenbewegung zumindest in Europa. Jene fatale Ehe von Kommunismus und Diktatur mutierte zu jenem bekannten befehls-administrativen Regime, dessen spezifische Positionierung und Funktionalisierung von Theorie deren »philosophische Grammatik« prägte. Eine sonderbare Hybride entstand: der Anti-Ideologie, die das Marxsche Denken von Haus aus darstellte, hatte sich unversehens die Staatsideologie aufgepfropft.

Nun könnte ich behaupten: Ich bin westlicher Marxist; ich handle seit anderthalb Jahrzehnten mit einer Ware, von der ich jetzt sagen könnte wie Tchibo und all die andern von der ihren: die wird in den Osten gebracht. Das mag bei Kaffee und Autos funktionieren, nicht bei Theorie. Es gibt keine schlüsselfertige, im Westen konservierte Variante von Marxismus, die nun einfach benutzbar wäre. Auch der westliche Marxismus war geprägt durch die alte Weltkonstellation. Vieles an ihm hat teil an der großen Katastrophe, bloß daß das nicht sichtbar wurde, weil die Vertreter nie an der Macht waren.

Die Wurzeln der Katastrophe liegen nämlich nicht etwa im großen bösen Dämon Stalin, sondern in einer komplexen Gemengelage von objektiven Determinanten, Fehlern und blinden Flecken einer handlungsanleitenden Theorie, unbeherrschten Herrschaftstechniken und politischen Mechanismen, überdeterminiert von den Erbübeln der alten Welt, vor allem dem der Gewalt-Gründung, die zur historischen Scheidung von Demokratie und Sozialismus und zur fatalen Ehe von Kommunismus und Diktatur führten. Und diese Wurzeln liegen auch dort, wo es schön und heil aussieht, in der gesamten Vergangenheit der Marxisten, auch dort, wo ein Adorno meinen konnte, daß der Funke der Kritik frisch aufgenommen werden könnte, beim Georg Lukács von *Geschichte und Klassenbewußtsein* von 1919/1923. Im ökonomistischen Reduktionismus, im absolutistischen Totalitätskonzept von Dialektik ist eine der Wurzeln zu besichtigen, die dort vielleicht nicht ihren Anfang nimmt, aber sich durchzieht,

kräftigt und, mit vielen anderen Strängen verknüpft, zu dem hinführt, was später Stalinismus wurde. Deswegen kann keine der theoretischen Linien, die sich damals abgezweigt und im Gegensatz zur leninistischen fortgesetzt haben, dann aber stets oppositionelles drittes oder viertes Programm waren, also sich intellektuell hermetisch in Ohnmacht und Isolation befanden, sich jetzt als die wahre Gestalt ausgeben.

Es ist besser, hier innezuhalten, denn über Marxismus marxistisch zu reden, ist kaum möglich. So wie kaum je dialektisch über Dialektik geredet wurde. Es verhält sich damit wie es die unverschämte Reflexion in der *Deutschen Ideologie* sagt, wo es heißt: Philosophie verhalte sich zu wirklicher Wissenschaft wie Onanie zu wirklicher Geschlechtsliebe. – Der sich auf sich selbst zurückbeugende Marxismus, der sich selbst thematische (nicht der zweifelnde), führt leicht zu Scholastik. Die Frage nach »Marxismus und Gegenwart« läßt sich sinnvoll stellen nur als Frage nach einer kritischen Theorie der Gegenwart. Den »Ismus« mögen wir fürs erste sistieren. Vielleicht sagen wir »marxistisches Denken in der Gegenwart«; oder wir treten noch einen Schritt weiter zurück, weil wir uns darüber Rechenschaft ablegen, daß wir nicht mehr genau wissen, was »marxistisches Denken« ist. Gewiß, das Denken von Marx läßt sich studieren an Manuskripten, von denen wir hoffentlich die restlichen noch in Buchform bekommen. Aber Marx zu studieren macht noch lange kein marxistisches Denken der Gegenwart. Deswegen ist es besser, zur praktischen Lebensnotwendigkeit eines solchen Denkens zurückzugehen: zum Bedürfnis einer Kritik der globalen und lokalen Zustände und einer Theorie und Politik der gemeinschaftlichen Kontrolle und Reproduktion unserer gesellschaftlichen und natürlichen Lebensbedingungen, um es in Anlehnung an Klaus Holzkamp zu sagen. Das metaphysische Satyrspiel des Anfangens bei der Materie, ihren verschiedenen Daseinsformen usw. erspare ich uns. Was das kritische Denken immer wieder erzeugen wird, ist die Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit, um die es geht: der Wirklichkeit von Herrschaft und Subalternität, von Krisen, Kriegen, Umweltzerstörung. Sobald wir uns darauf einlassen, fangen wir an, uns der Notwendigkeit kritischen Denkens, das marxistisch genannt werden kann, an der Sache selbst zu vergewissern. Ich begeben mich zu diesem Zweck auf die dem Marxismus abgewandte Seite der Geschichte und schalte mich in einen exemplarischen Diskurs des Neukonservatismus ein.

Kurt Biedenkopfs Katastrophenvision und die Notwendigkeit eines neuen marxistischen Denkens

Noch vor der deutschen Vereinigung vom Oktober 1990 hat, eingeleitet von Christa Wolf, eine öffentliche Diskussion zwischen Kurt Biedenkopf und DDR-Intellektuellen stattgefunden, die sich rückblickend fast wie eine »Anhörung« liest, worin Konsens für eine politische Kandidatur beschafft wurde. »Sinn und Form« hat eine schriftliche Fassung abgedruckt.

Biedenkopf schildert alles andere als eine heile Welt. Er zögert nicht, die ungeheuerliche Einsicht auszusprechen, »daß eine elementare Bedingung ... der Existenz menschlicher Gesellschaft, nämlich ihre Zukunftsfähigkeit, selbst zur Utopie geworden ist«. Wer sich dem Gehalt dieser Formulierung nicht verschließt, ist gut beraten, nach ihrer Funktion zu fragen. Wird doch dieser Gehalt dadurch gebrochen, daß Biedenkopf im Satz davor über die fürs Politikmachen funktionale »Notwendigkeit utopischer Zielvorgabe« spricht. Geben wir also, mag er sich sagen, den Leuten als »utopisches Ziel« ihr Überleben vor. Da ist die Utopie in sich selbst zurückgefesselt, vom Guten Leben aufs Leben schlechthin. Wie die Utopie, wird auch die Kritik dabei zurechtgemacht. Der Konsumismus, diese Alltagsreligion des westlichen Kapitalismus, erscheint nun wie eine Katastrophenursache, die man den in Konsumenten umgekleideten Produzenten doppelt vorhält. Nicht nur wird ihnen ihr Verlangen nach Gütern als Treibsatz der Katastrophe erklärt, sondern ihr Verlangen nach Mitbestimmung als das, was die Rettung blockiert: »Eine Hauptursache fand ich in der Schwierigkeit, unter demokratischen Bedingungen in bestehende Besitzstände einzugreifen.«

Solche Diskurse sprechen zumal durch ihr Schweigen. War es doch zum Beispiel just eine Blockierung von Demokratie, die in der Geschichte der BRD wie in anderen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften überschüssige Energien in den quantitativen Verteilungskampf umlenkte. Mit aller Gewalt, ganz unmetaphorisch verstanden, wurde nachgeholfen, daß der Einsatz der Klassenkämpfe auf das *How much* reduziert wurde. Die enorme Dynamik der entwickelten kapitalistischen Industriegesellschaft entstand als – und ist noch immer bedingt durch – die Überlagerung zweier Dynamiken: der *ökonomischen* des über den Weltmarkt vermittelten kapitalistischen Mechanismus und der *politischen* der Konsensbeschaffung durch Klassenkompromisse unter Dominanz des Kapitals, wobei bis

1989 der Kompromißdruck auf die Kapitalseite durch die Ost West-Systemkonkurrenz verstärkt wurde.

Das wahre schwarze Loch des Schweigens im Diskurs des Kurt Biedenkopf ist der Kapitalismus. Reden wir also über dieses Verschwiegene: es hat gegenwärtig, auf hochtechnologischem Produktivkräfteniveau, die Organisationsform des transnationalen Kapitalismus angenommen und sich globalisiert. »Weltmarkt« hat unter diesen Bedingungen eine neue Stellung bekommen; er ist nicht mehr nur gleichsam der Zwischenraum nationaler Volkswirtschaften, sondern diese sind zu bedrängten Nischen herabgesunken, ein Prozeß, in dem u.a. auch die DDR lange vor ihrer staatlichen Existenz ihre ökonomische Basis in Gestalt ihrer Akkumulationsfähigkeit verloren hat.

Einen Kapitalismus gibt es in Biedenkopfs Rede nicht mehr, sondern nurmehr *soziale Marktwirtschaft*. Deren wirtschafts und sozialpolitische Durchregeltheit, die staatlich vermittelter Kompromiß zwischen Lohnarbeit und Kapital ist, dabei aber vor allem Verfassung des Gesamtkapitalisten, also Schutz des Kapitalismus vor sich selbst, faßt Biedenkopf im Sinne der Sozialbindung des Eigentums als »normative Durchdringung des Ganzen«. »Das unterscheidet die Marktwirtschaft vom Kapitalismus, wo diese Bindung nicht stattgefunden hat, sogar freiheitswidrig definiert wurde.« Das, was da sozial normativ durchgedrungen wird, heißt bei ihm einfach Marktwirtschaft, und indem er es bestimmt, tilgt er jeden Hinweis auf kapitalistisches Eigentum, soziale Herrschaft und transnationale Macht: Marktwirtschaft ist eine »Organisation der Wirtschaft, die auf der Annahme beruht, daß eine Koordination der gesellschaftlichen Subjekte untereinander im Rahmen bestimmter Spielregeln wesentlich leistungsfähiger ist als die Planung weniger für viele«.

Wo Biedenkopf diese größere Leistungsfähigkeit konkretisiert, spricht er auf einmal nun doch von Kapitalismus: »im Kapitalismus wie im Sozialismus« seien die Bedürfnisse als »grenzenlos« definiert, und im Ziel gebe es »zwischen den beiden Systemen keinen Unterschied«: »Die Steigerung selbst ist das Ziel.« In der Steigerung aber, der Akkumulation, erwies der Kapitalismus sich als leistungsfähiger. Das scheint im Resultat zu stimmen, und doch kann man die Erklärung so nicht stehen lassen: Die »Akkumulation um der Akkumulation willen« ist die systemische Bewegungsform des Kapitalismus; in jeder Spielart von Sozialismus würde sie als Widersinn wirken.

Nur dort also, wo die historische Überlegenheit behauptet wird, ist von Kapitalismus die Rede. Sonst wird er und werden seine

Mechanismen sorgfältig mit Schweigen übergegangen. Infolge dieser Diskursstrategie werden bei Biedenkopf die unleugbaren Effekte der Grundmechanismen des Kapitalismus nie anders als geistig hergeleitet. Und er sieht diese Effekte! Das verselbständigte exponentiale Wachstum des westlichen Akkumulationstyps zerstört jedes Gleichgewicht, sagt er. Er spricht sogar die Ungeheuerlichkeit – im Rahmen der Ideologie des Westens – aus, daß in der gegebenen Weltwirtschaftsordnung »die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden« und daß die Tatsache, daß das weltweit hegemoniale westliche Muster »nicht verallgemeinerungsfähig« ist, die Menschenrechte im Verhältnis der Akkumulationszentren zu ihren Armutspipherien völlig ad absurdum führt: »Ich muß eine radikal unterschiedliche Behandlung akzeptieren. Die widerspricht in ihren Dimensionen schon heute dem Grundkatalog der Menschenrechte.«

So ist es nicht weniger als ein Untergangsszenario, was Kurt Biedenkopf entwirft, mit keinerlei mehrheitsfähigem Ausweg in Sicht. Und wieder fällt seine Erklärung, wie es in Brechts Tui-Roman heißt, nie unter ein geistiges Niveau herunter, weil er die herrschenden Interessen und den System-Mechanismus ungeschoren läßt: er führt nämlich die Katastrophe der Menschheit auf den »Einfluß von Aufklärung und Industrialisierung« zurück. Mit andern Worten: »Eine wesentliche Ursache für diesen scheinbaren Zwang zum exponentiellen Wachstum sehe ich im Zusammenwirken von technisch-naturwissenschaftlicher Entwicklung, Säkularisation und modernem wissenschaftlichem Denken.« Keine Rede von der Jagd nach Profit und Extraprofit; auch nicht davon, daß den Profitjägern ihrerseits Krisengefahren und Untergangsdrohung durch die Konkurrenz im Nacken sitzen. Die kapitalistische Akkumulation ist grenzenlos; wo ihre Resultate – etwa in Gestalt der Überproduktion von Kapital – ihr *selbst zur Grenze* werden, stürzt die Wirtschaft in die *Krise*. Militärkeynesianismus (mit und ohne Krieg) und andere Formen der Kapitalzerstörung bilden Standardauswege. *Technologie und Wissenschaft* sind *nur Material* solcher Prozesse, *nicht* das Maßgebende.

Biedenkopf schweigt von der systemischen Herrschaft des Kapitals über dieses Material und macht das beherrschte Material haftbar: »Die technisch-naturwissenschaftliche Entwicklung ist ihrem Wesen nach grenzenlos. Es gibt keine immanente Begrenzung für diesen Prozeß.« Als ebenso grenzenlos gelten ihm ja die Bedürfnisse. So macht er die Fiktion einer von Erkenntnisstreben und

Bedürfnisbefriedigung dominierten und unkontrollierbar dynamisierten Wirtschaftsentwicklung. Er blendet aus, daß durch die sozio-ökonomische Struktur weder eine Politik der Bedürfnisse noch eine Mitsprache der Wissenschaftler über die Verwendung der Forschungsergebnisse (oder die Ressourcenlenkung in der Forschung) zugelassen wird. Es ist, als würde er überlegen, wie man angesichts der Unantastbarkeit des Kapitals die Zufuhr von innovatorischem Potential drosseln und die menschlichen Bedürfnisse beschränken könnte. Er scheint dabei allerdings zu vergessen, daß die faktisch zur Geltung kommenden »Bedürfnisse« nicht Ausgangspunkt sind, sondern Resultat eines Prozesses von Versagungen und Kompensationen. Sieht er denn nicht die systembedingte Abdrängung des menschlichen Wesens ins Konsumtive, weg aus Kommunikation und sozialer Gestaltung, bei gleichzeitiger »Monetarisierung« der Bedürfnisbefriedigung und kulturbildender Macht der Warenästhetik?

Was die angebliche Unheilsrolle der Erkenntnis angeht, stößt Biedenkopf immerhin auf die »Frage der gesellschaftlichen Verwertung des Wissens«. Er schreckt aber sofort wieder zurück vor der unaussprechlichen kapitalistischen Produktionsweise, in deren Mechanismen, Instanzenspiel und Kräfteverhältnissen der entscheidende Verwendungszusammenhang wissenschaftlich-technischer Potentiale vorliegt. Dieser Verfügungstypus wird staatlich vermittelt. Bemüht, sich wechselseitig den Schwarzen Peter der Arbeitslosigkeit und der Strukturkrise zuzuschieben, überstürzen die nationalen Regierungen unter dem Deckwort der Modernisierung die kapitalistische Binnen-Ökonomisierung, die eine ins Gigantische wachsende Außen-Verschwendung mit sich führt. Auf den Ruf, »die Japaner kommen«, reagieren sie mit dem Niederreißen kultureller Schranken (wie die Japaner neuerdings auf den Ruf, »die Koreaner kommen«). Biedenkopf weiß das und muß sich das Wissen zugleich verbieten. *Der vom wirklichen Kapital schweigt, redet metaphorisch von unseren naturalen Lebensbedingungen als von unserem »Kapital«*: die Ausplünderung der Naturressourcen artikuliert er als den »Verbrauch des ökologischen 'Kapitals', das die Erde angesammelt hat, vor allem des Energiekapitals, und unsere Unfähigkeit, dem Verzehr dieses Kapitals zu widerstehen«.

Wenn die Verhältnisse in der Ökonomie so unantastbar sind, daß ihre Unantastbarkeit noch nicht einmal ausgesprochen werden kann, richtet sich der Blick zunächst auf den Staat. Aber nein, der Staat habe versagt, das lehrt zuletzt der Untergang der DDR. So bleibt

nach dieser Logik nur die »kulturelle geistige Einsicht«. ¹ Dabei scheint Biedenkopf auf allerlei Restaurationen – Kircheneinfluß, Wiederkehr von Tabus – zu bauen und auch wieder nicht. Es bleibt bei dem Szenario: Wachsende Weltbevölkerung bei Zerstörung der Naturbedingungen menschlicher Existenz rollen als unaufhaltsame Katastrophe auf »uns« zu. »Wir«, die wir in unserem Handeln »entgrenzt« sind, deren Bedürfnisse und Erkenntnisgewinnung grenzenlos sind, werden in Gestalt dieser Katastrophe auf »externe Begrenzungen« stoßen. »Nur werden diese Begrenzungen, wenn man an sie stößt, ohne im Innern auf die damit verbundenen Veränderungen vorbereitet zu sein, nicht zu einer evolutionären Veränderung der Gesellschaft führen, sondern zu einer revolutionären oder zu ihrer Zerstörung.«

Wo die Technokratie auf ihre Schranken stößt, ruft sie nach einer Theologie, die durch diesen Ruf den denkwürdigen Einschlag einer Magd der Herrschaft erhält. Der Komplexionsprozeß der Gesellschaft wird weitergehen. »Ich muß also die Komplexität einer solchen Gesellschaft beherrschen können. Aber das verhält sich ... genauso wie mit dem Computer oder dem Fernsehgerät. Die Sache muß so organisiert sein, daß man sie bedienen kann, ohne zu wissen, wie sie funktioniert. Und das ist bei der Marktwirtschaft in genialer Weise der Fall. Die Menschen, die sich an marktwirtschaftlichen Prozessen beteiligen, haben keine Ahnung, wie dieses System funktioniert; sie wissen nur, daß es funktioniert.« Er verschließt sich der Frage, was die große Mehrheit der Völker auf dieser Erde »weiß«, wo der Markt keineswegs so »funktioniert«, daß die Befriedigung ihrer Bedürfnisse dabei herauspringt. Das Nichtwissen, wie es funktioniert, scheint selber funktional. »Wozu braucht man Eigentum? Das ist eine der kompliziertesten Fragen, die es gibt. ... Man weiß nicht, wie es funktioniert, aber man weiß, was man damit machen muß.«

Im Namen dieses Unerforschlichen der Marktwirtschaft tritt Biedenkopf auf wie ein Missionar, der von einem Wunder redet, das nicht eintritt. Dies ist die wirkliche Utopie, die er den DDR-Bewohnern gibt. Die kontrafaktische Leistungsbehauptung schwimmt

1 Bei Bildung erwartet Biedenkopf Wunder weder vom Markt noch von der »Einsicht«: »Denn ich kann es nicht der Koordinationsbereitschaft des einzelnen überlassen, ob die für den Erhalt der Gesellschaft notwendigen Leistungen bereitgestellt werden oder nicht.« Der Staat hat dafür zu sorgen. Hieran schließt sich die Andeutung eines zwar ideologisch befrachteten, gleichwohl sachhaltigen Gedankens: Und zwar dürfe man daher »soziale und ökologische Marktwirtschaft« nicht mit »Gesellschaftsverfassung« gleichsetzen.

mit der Unerklärlichkeit der Marktwirtschaft, des Eigentums, die verlangte Einßpruchslosigkeit mit dem Lob der Bewußtlosigkeit der darin Befangenen, von denen Marx im *Kapital* bekanntlich gesagt hat: »Sie wissen es nicht, aber sie tun es.« Es ist, als sollte der Glaube ans Funktionieren dieses Funktionieren anlocken. – Aber was, wenn der Fernseher kaputt ist? Die Reparatur läßt sich nicht herbeiglauben. Wer wäre der Marktwirtschaftstechniker im Falle der Krise oder der disökologischen Umweltfolgen? Das unbefangene Schweigen hiervor mag darauf bauen, daß hier wie selbstverständlich von der Position der Stärke aus gedacht wird, darauf bauend, daß das Spiel immer weiter nach der Regel, soviel als möglich der Dysfunktionen in andere Volkswirtschaften bzw. Wirtschaftsregionen zu exportieren, gespielt wird. Heiliger Sankt Florian, verschon mein Haus, zünd andre an ...

So ist es nur folgerichtig, daß das Mysterium des Kapitals zum Mysterium der Religion führt. Dieser offenkundige »Atheist«, der ein instrumentelles, psychotechnisches Verhältnis zur »Religion« unterhält, in dieser Beziehung ganz Sozialingenieur ist, erklärt die Religion zur omnihistorischen Existenzbedingung menschlicher Gesellschaft. Rehabilitation: »Gefühl ist *der* wesentliche Teil der menschlichen Lebensäußerungen.« Es ist der Sitz des Religiösen. Dieses braucht er doppelt: Erstens als Kompensation der Bewußtlosigkeit hinsichtlich des Kapitalismus, zweitens als außerdemokratische Bindungsenergie. Als eine der Katastrophenquellen benennt er die »Säkularisierung, also den Wegfall von Normen, die sich nicht aus ihrer Mehrheitsfähigkeit begründen müssen, sondern deren Autorität menschlicher Disposition entzogen ist, was ja auch ein Denkkonstrukt ist, es so zu machen.« Im Eifer hat Biedenkopf die Übervölkerung vergessen, die Tatsache, daß religiöse Mächte wie die katholische Kirche die Geburtenkontrolle blockieren, daß andere Kriege heiligen usw.

Er möchte die Option haben, »etwa eine weitere Vermehrung materieller Güter für eine stärkere Vermehrung kultureller Güter einzutauschen. Denn im kulturellen Bereich ist Wachstum völlig unschädlich«. Dazu bräuchte es aber ein »Verlagern von einer rein individualistischen ... Entwicklung zu einer Verstärkung, Pflege und Erhöhung der geistigen, kulturellen und Gemeinschaftsgüter«. Ich fürchte, er gedenkt, dies mittels Religion zu besorgen. Von ihr verspricht er sich einen Konsenstyp, der nicht nach Mehrheit, ja überhaupt nicht nach Mitsprache der Individuen fragt. Er möchte über Werte disponieren, die nicht zur Disposition stehen. Es ist die

alte konservative Denkfigur, daß »der Mensch« vor sich selbst geschützt werden muß. Natürlich gibt es schon wieder eine Elite, die um die Notwendigkeit solcher Schutzhaft weiß und sie zu ihrem Geschäftszweig macht. Denn dieser »Mensch« im Singular, das sind die subaltern Gehaltene und mit den schärfsten Simulationen Abgespeisten.

»Mehr Demokratie wagen«, hieß es einmal kurzzeitig unter Willy Brandt. Es sieht so aus, als schicke sich eine Religion des Pessimismus an, in der vormaligen DDR den Himmel über einer Kapitalisierungs- und Privatisierungspolitik abzugeben, die mit dem Fanatismus eines Kreuzzugs durchgeführt wird. So erhält die ungeheuerliche Einsicht, mit der wir begonnen haben, den zweideutigen Sinn, eine spezifische Katastrophe in einem unspezifischen Katastrophismus aufzuheben und so das wirkliche Elend mit einer Philosophie des Elends zu überhöhen und um seinen kritischen Ausdruck zu bringen.

Ich habe den Diskurs des Kurt Biedenkopf vorgeführt, um spürbar zu machen, daß es einer Sprache bedarf, um das Schweigen zu brechen, das diesen Diskurs strukturiert. Diese Sprache, die sich der Sachen selbst anzunehmen hat und in der vielleicht auch die bis gestern Verstaatlichungsgeschädigten und nun Privatisierungsgeschädigten über eine Analyse der Verhältnisse und über solidarische Alternativen sich verständigen können, wird künftigem kritischem Denken, das sich vielleicht wieder als marxistisches Denken fängt und neu als solches anfängt, seinen Atem geben. Nostalgie wäre tödlich, Eschatologie verlöre jeden Boden unter den Füßen.

Kritik und Analyse der kapitalistischen Wirklichkeit, in der wir heute leben (dämmernd oder dahintaumelnd oder unseren Chancen der Selbstverwirklichung nachstrebend), die theoretischen Denkmittel neu aneignend und durch den Filter einer radikalen Kritik am befehlsadministrativen Regime treibend, legen den Boden frei für Solidarität und alternative Handlungsfähigkeit. Im Praktisch-Politischen schließt eine solche Kritik Berührungspunkte mit einer aufgeklärt konservativen Politik wie der eines Kurt Biedenkopf nicht aus, wo dieser auf wirkliche Probleme reagiert. Nach meiner Überzeugung stehen auch wir Linken vor einem Paradoxon und sind insofern auch nicht besser daran als Biedenkopf: Wir wissen um die Notwendigkeit einer Revolution, sehen aber keinen Weg zu ihr. Es gibt daher heute für uns keine Alternative zu sozial-ökologischem Reformismus. Wie dieser aussehen kann, darum wird zu ringen sein. Verträgt sich Reformismus mit marxistischem Denken? Dies wird

auszuprobieren sein. Soviel scheint klar: Das Denken wird nichts wert sein, wo es keine Politik erhält und erhellt; und der Reformismus wird versacken im Filz, wo er den klaren Blick einbüßt, den nur eine im Ernst kritische Theorie dieser Gesellschaft scharfzuhalten erlaubt.

Für die »Enttotalisierung« marxistischen Denkens

Für eine grundsätzliche Aufgabe halte ich es, *die historische Dissoziation von Demokratie und Sozialismus (oder Kommunismus) rückgängig zu machen*. Dazu muß man sich aber erst einmal darüber verständigen, wie es zu dieser geschichtlichen und geschichtsmächtigen Dissoziation gekommen ist. Das ist keine Frage nach den Bösen oder Schuldigen, sondern eher eine solche nach der Tragödie und nach der Dialektik. Bedeutende Schriftsteller der Welt, von sowjetischen Autoren der zwanziger Jahre bis zu Volker Braun, haben diesen Weg auch als Tragödie beschrieben, was mit der Erkenntnis zusammengeht, daß da hinterrücks Menschen ereilt worden sind von der Schwerkraft der Verhältnisse, unter denen sie wirkten; daß bestimmte Antagonismen dazu geführt haben, daß etwas drittes herauskam, was keine der beteiligten Kräfte wollte. Kurz, dabei haben wir es mit Mustern zu tun, die man Entfremdung nennt, statt daß man von vornherein schon weiß, wer die Guten und wer die Bösen sind. Jedenfalls: Die fatale Ehe von Kommunismus und Diktatur muß zurückgerechnet werden und gründlich, bis in die Wurzeln hinein, aufgelöst werden. Diese Aufgabe führt auch zurück zu Marx, obwohl es ungeheuerliche Unverträglichkeiten zwischen Marx oder Engels und dem sowjetischen Staats-Paradigma gibt. Ich habe gerade eben bei Engels gelesen, wie er die Nachricht aus Preußen aufnahm, daß die Tabakindustrie verstaatlicht werden sollte (Staatliche Tabakmanufaktur), und er verhöhnt diesen »Staatskommunismus« – das ist sein Terminus! – und er fährt fort, dadurch werde der Tabak nur schlechter und teurer². Nun sollten doch die Menschen einmal diese Erfahrung machen, man könne es ihnen nicht vorher sagen. Es ist einigermaßen erheiternd, daß dieser Begriff »Staatskommunismus« – und zwar im Kontext mit schlechten und teuren

² Vgl. Engels Brief an Bracke v. 30. April 1878: »Auch können Sie sich darauf verlassen, der preußische Staat würde die Qualität des Tabaks so verschlechtern und die Preise so erhöhen, daß die Anhänger der freien Konkurrenz mit Jubel auf diese Blamage des Staatskommunismus hinweisen und das Volk ihnen notgedrungen recht geben würde.«

Zigaretten – im 19. Jahrhundert schon einmal da war. Obwohl also zwischen dem, was Marx wollte, und dem, was daraus geworden ist, Unverträglichkeit besteht, muß man dies zurückverfolgen bis zu Marx. Das sollte uns, die Intellektuellen in den sozialen Bewegungen, intensiv beschäftigen. Darüber sollte es Konferenzen und Seminare geben, mit dem Ziel eines Konsenses in publizierbarer Form.

Die negativ formulierte Aufgabe, die historische Dissoziation von Sozialismus und Demokratie rückgängig zu machen, könnte positiv formuliert lauten: einen zivilgesellschaftlichen Sozialismus zu entwickeln. Ich zögere, diesen Begriff zu verwenden, weil er wie ein ungedeckter Scheck wirkt und ich nicht sicher bin, ob es uns gelingt, ihn mit einem harten realitätstauglichen Kern zu versehen. Im Augenblick haben wir aber keine anderen Begriffe als diese. Zivilgesellschaftlicher Sozialismus meint dabei abgrenzend auch das Abstoßen von Vergangenen, also eines Militärsozialismus, eines Polizeisozialismus, eines Systems der Kontrolle und Repression. Es ist also die Frage, ob die Möglichkeit der Entwicklung eines zivilgesellschaftlichen Sozialismus gegeben ist, der sein Standbein in der zivilen Gesellschaft hat und von daher die Impulse erhält, aus denen er sich aufbaut, sozusagen von der Zelle her. Das scheint mir der positive Inhalt von Perestrojka zu sein. Auch wenn die Perestrojka scheitert und sich die sowjetische Gesellschaft in irgendeinem »sozialistischen Sinn« als nicht reformierbar erweist, so bleibt die *Frage* erhalten, die der Perestrojka zugrundelag. Die Folge des Scheiterns der Perestrojka wäre ein Effekt des Zurückgeschlagen-seins, von dem wir uns jetzt noch keinen Begriff machen. Gerade erhielt ich den Brief eines jungen Wissenschaftlers aus Moskau, der ein Stipendium der SPD hat und nun hierher kommt, um über die Gleichheit von Sowjetsozialismus und Nazismus zu forschen. Dies ist nur eines von unzählig vielen ähnlichen Signalen. Das heißt, was wir im Westen mühsam und über Jahrzehnte verteidigt haben: die Nichtgleichsetzung von Sozialismus und Faschismus, die Unvergleichlichkeit der stalinistischen Tragödie mit Auschwitz, der Urheberschaft am zweiten Weltkrieg und seines Raubkriegskonzeptes – all das wird jetzt vom Osten her kassiert werden. Auf lange Zeit werden die Diskursbedingungen fast verzweifelt schwierig werden. Wenn ich behaupte, die Frage nach dem positiven Inhalt von Perestrojka habe ihren Sinn nicht verloren, dann weiß ich wohl von der Schwierigkeit, ihr auf irgendeiner Tagesordnung noch einen Platz zu verschaffen.

Nun noch einige Stichworte zu Überlegungen, die ich zum Teil seit anderthalb Jahrzehnten mit mir herumtrage und die mir schon manche schwierige Verwicklung einbrachten, die aber durch die Entwicklung bestätigt worden sind. »Marxismus« ist ein Totalitätswort, welches problematisch ist. Wir sollten sehr deutliche Unterschiede machen zwischen den verschiedenen Komponenten und Daseinsformen, die dieser Begriff unterschiedslos zusammenfaßt. Insbesondere zwischen der Arbeiterbewegung, den parteipolitischen Organisationen, den kulturellen Bewegungsformen und der Theorie. Wir sollten diesen »Ismus« so verwenden, daß man Denken in der Nachfolge von Marx nicht umstandslos identifiziert mit Versuchen, Politik zu machen oder Klassenkampf zu führen. Deshalb meine ich, daß Lukács' großes Credo von 1919 und 1923: »Die lebendige Seele des Marxismus ist die Einheit von Theorie und Praxis«, aufgehoben werden muß. Nicht um einer Doppelmoral das Wort zu reden, wonach man das eine denkt und das andere tut, sondern weil dieser Einheitsbegriff undifferenziert und tendenziell totalitär ist. Er verkennt, daß es anderen Gesetzen folgt, zu denken, und wieder anderen Gesetzen folgt, um Macht zu kämpfen oder Macht zu erhalten; daß man also nicht mehr gut kämpfen kann, wenn man das nach Denkgesetzen tut und nicht mehr gut denken kann, wenn man das nach Kampfgesetzen tut. Schließlich sind zumal die »Theoretiker« und die Kämpfenden verschiedene Akteure. Der These von Lukács liegt das Muster des Philosophenkönigs zugrunde, ein unerkanntes Stück Platonismus: Der Herrscher ist Philosoph, die legitime Philosophie kommt dann aus dem Munde des Philosophen, der aber eben auch Herrscher ist. Das ist eine atavistische Vorstellung, die wir aufheben sollten, denn es kann nur zerstörerisch wirken, dieses Warten auf Godot, der befehlshaberisch an der Spitze sitzt, gleichzeitig die Wahrheit sagt und der legitime Sprecher dieser Wahrheit ist. Andere gelten dann nur als legitimiert, wenn sie *nach*sprechen, was er gesagt hat. Statt dessen sollten wir akzeptieren, daß »Marxismus« in seiner realen Existenzweise etwas *Ausdifferenziertes* ist, daß es darin unaufhebbar Unterschiedliches gibt und daß wir uns befähigen müssen zu einem Diskurs der Unterschiede, des Umgangs mit unterschiedlichen Logiken. Das ist das Plädoyer für den Begriff des *pluralen Marxismus*. Diesen Richtungsnamen habe ich zuerst von SED-Ideologen angehängt bekommen und dann bewußt angenommen. Der Ausdruck entstand durch Umgestaltung einer Formulierung von Lucien Sève, der in den siebziger Jahren einmal formulierte: »Der Marxismus existiert im Plural.«

Ich habe damals gewagt, dies auf deutsch zu zitieren. Da haben dann die Ober-Marxisten-Leninisten nach ihren Regeln gehandelt, d.h. sie haben mich »vernichtend geschlagen«, aber dabei nicht erwähnt, daß ich nur Lucien Sève zitiert hatte, denn er war ja zu dieser Zeit »Chefideologe« der FKP. Wenn man ihn treffen wollte, mußte man also – nach diesen Regeln – jemanden kritisieren, der ihn zitierte. Sie alle kennen diese völlig äffischen, absurden Verkehrsformen. Auf diese Weise ist immerhin dieser Begriff im deutschen Sprachraum aufgetaucht.

Zu den Aufräumarbeiten gehört nach meiner Auffassung auch, daß wir den Terminus »Weltanschauung« im Zusammenhang mit Marxismus nicht mehr verwenden. Hier sollten wir von Engels weg und zu Marx zurückgehen, zumal, wenn dann noch, wie bei Lenin, von »geschlossener Weltanschauung« die Rede ist, auch wenn er selbst sagte, sie sei nicht abgeschlossen, was ein kleines Hintertürchen offenließ.

Sie wissen vielleicht auch, daß Marx als extreme Dummheit verbrecherischer Tendenz bei Bakunin das Konzept einer Partei bekämpft hat, die »Atheismus als Dogma den Mitgliedern vordiktiert« (MEW 33, 329). Wenn Sie übrigens heute Marx' Kritik an Bakunin oder Netschajew lesen, könnten Sie meinen, er bekämpfe die stalinistische KPdSU, denn was er anprangert, ist etwa dies, daß bei jenen »Jesuiten der Revolution« der Zweck die Mittel heiligt. Wenn man heute liest, wie Marx über die russischen Anarchisten spricht, mit ihren illegalen Organisationen, ihrem strengen Führungsprinzip, ihrem absoluten Autoritarismus, dann meint man, er spreche über die stalinistische und dann poststalinistische Partei.

Daß die Marxsche Auffassung nicht nur in der russisch-bolschewistischen Linie ins Gegenteil verkehrt wurde, läßt sich an Karl Korsch sehen, der die Sozialdemokratie kritisierte, weil sie Religion zur Privatsache erklärt hatte. Zugleich scheute er sich nicht, kategorisch zu proklamieren, was in Rußland faktisch hinterrücks sich ergab: den Atheismus ins Religionsförmige zu rücken. »Vielleicht könnten wir, wenn wir ein Paradox nicht scheuen«, schreibt er 1922, »den wirklichen Sachverhalt gerade dadurch bezeichnen, daß wir sagen: Die Irreligiosität, die Bekämpfung 'der' Religion überhaupt, ... hat für den materialistischen Revolutionär dieselbe Bedeutung, die für den gläubigen Menschen seine Religion hat. Es handelt sich um ein ähnliches 'materialistisches Übergangsproblem'«, wie bei Staat, Wissenschaft, Philosophie. Die Religionskritik habe daher »mit der einen Seite ihres Wesens unvermeidlich selbst noch die

Form einer 'Religion'. « Daher akzeptiert Korsch die Abstempelung von Marxismus und Sozialismus als *Diesseitsreligion*. Wir befinden uns unversehens in einem der Vorzimmer des Stalinismus.

Eine weitere Aufgabe sehe ich darin, Lenin aus dem »Leninismus« zurückzugewinnen. Seine Schriften sind unverzichtbares Studienmaterial, aber jetzt wird die Beschäftigung mit ihnen erst einmal für lange Zeit verschwinden unter den Nachwirkungen des Leninismus-Anspruchs, der »Marxismus der Epoche« zu sein. Lenin gab Antworten und stellte Fragen für ein despotisch regiertes, unterentwickeltes Land. Die Verabsolutierung dieser Antworten (ohne die Fragen) und ihre mechanische Übertragung auf andere Weltgegenden hat katastrophale Folgen gehabt. Gramscis Denken in den Gefängnisheften setzte genau an dieser Stelle ein. Er sagte, die Revolution im Osten konnte glücken, weil dort der Staat, im engeren Sinn, alles war; im Westen aber ist dieser Staat, salopp gesagt, noch nicht einmal die halbe Miete. Dort ist die Gesellschaft so stabil differenziert und strukturiert, daß selbst dann, als der Repressionsstaat zusammenbrach und die Ökonomie in die große Krise geriet, es keine Revolution gab, weil die Stellungen der Bourgeoisie in der Zivilgesellschaft hielten.

Zu den Aufräumarbeiten rechne ich schließlich, bestimmte Redemuster zu meiden. Dazu gehört z.B. die Phrase: »der Marxismus geht davon aus, daß...« oder die Floskel »in marxistischer Sicht...«. Derartiges sollten wir 50 oder 60 Jahre lang nicht mehr verwenden. Aber auch »die dialektische Einheit von X und Y« sollte nicht so, sondern in konkreten Worten, sachlich nachprüfbar ausgesagt werden. Selbst bei der Rede vom »Widerspruch zwischen X und Y« ist äußerste Vorsicht angebracht. Statt dessen sollte »Gegensatz« zu unserem normalen Sprachgebrauch gehören, wenn wir Interessengegensätze herausarbeiten. Gewisse »Widersprüche« sollten wir als Zielkonflikte beschreiben. Wenn wir z.B. erleben, daß ein bürgerlicher Wirtschaftspolitiker entweder eine anti-inflationäre Politik machen kann oder eine Politik gegen die Arbeitslosigkeit, aber nicht beides gleichzeitig, dann sollten wir das zunächst als Zielkonflikt beschreiben, den wir dann mit Vorsicht und Präzision auf die widersprüchliche Funktionsweise der kapitalistischen Ökonomie zurückzuführen versuchen. Solche Vorschläge mache ich deshalb, weil die bisherige Terminologie in einer derartigen Weise verkommen ist und Kurzschlüsse in den Denksystemen begünstigt, daß man sie einfach nicht mehr benutzen kann. Ich habe einige Beispiele dafür genannt. Es wäre ein ganzer Katalog solcher Stereotype denkbar.

Der Untergang der Sowjetunion

Staatsstreich gegen die Geschichte

Gorbatschows Sturz, von einer Koalition führender Regierungsvertreter hinter einem Lügenvorhang mit den Mitteln der Gewaltapparate bewerkstelligt, markiert das Ende der Perestrojka als einer Revolution-von-oben. Ob es das Ende der Perestrojka schlechthin ist oder ob der Sache nach dieses Ende bereits früher erreicht worden ist – die Antwort auf diese Frage hängt nicht nur vom Ausgang des Machtkampfes in der SU ab, sondern auch davon, wie man den historischen Einsatz und die objektive Möglichkeit der Perestrojka beurteilt.

Was auf jeden Fall an seine historische Grenze gestoßen ist, das ist die Abschaffung des Absolutismus in selber absolutistischen Formen. Sollte die Wiedereinsetzung Gorbatschows ins Präsidentenamt erzwungen werden können, so wäre es nicht mehr das gleiche Amt und wäre die Position seines Inhabers eine gänzlich andere geworden. Er, der nicht frei schien von paternalistischen Anwandlungen, wäre von dem von ihm patronisierten Wandel neu eingesetzt worden.

Gorbatschows Vision zielt ab auf eine zivilgesellschaftliche Ordnung mit individuellen Menschen- und Bürgerrechten, unabhängig von ethnischen und nationalen Kollektivzugehörigkeiten. Wenn es stimmt, was Zarko Puhovski gesagt hat, »daß sich in allen postsozialistischen Ländern die Nation quasi anstelle der Zivilgesellschaft plaziert hat« (*Freitag*, 9.8.91, S.3), dann ist damit ein Problem angesprochen, das in der Sowjetunion mit nationalen Mitteln unlösbar erscheint und dessen krampfhaft-gewalttätige nationalistische Lösungsversuche nur destruktive und inhumane Folgen zeitigen können. Denn in diesem von Menschen unzähliger »Nationalitäten« und »Ethnien« bevölkerten zentralistischen Superstaat sind die Elemente einer Gesellschaft herangewachsen, die, vollkommen anders als in Polen oder Ungarn, sich nicht mehr im alten Sinn national organisieren lassen. Die primäre Nationalisierung der Demokratie wäre unter solchen Bedingungen nur der erste Schritt zur nationalistischen Entdemokratisierung. Gorbatschows Projekt ist dagegen genau das einer »zivilgesellschaftlich« fundierten Reorganisation von Staat und Wirtschaft.

Die FAZ, mit dem Volk nicht gerade auf gutem Fuß, führt gern die Völker im Mund, wenn es um Desintegration im Osten geht. Gorbatschows »reformerische Nationalitätenpolitik hat die Völker ermutigt, nach jahrzehntelanger erzwungener Stummheit ihre natürlichen Rechte geltend zu machen«, heißt es im Leitartikel zum Staatsstreich. Die »vielfältige Wirklichkeit nationalen Bewußtseins und Willens im Reich« ist ein Faktor, in den die FAZ gewissermaßen gewohnheitsmäßig investiert. Welche Ansammlung von Euphemismen! Man weiß nicht, ob sie der Begriffsstutzigkeit oder dem habituell fortgesetzten Kalkül des Kalten Kriegs entspringen, das alles lobt, was den Kontrahenten schwächt. Die präzise Scheinlogik der konservativen Ideologie verknüpft zwei Entweder- Oder-Formeln: *entweder Staat oder privat* und *entweder Repression oder Nation*. Nation und Privateigentum sind die Götzen dieser nachgerade atavistischen Ideologie, die doch auch die Komplexität eines sich integrierenden sozialstaatlichen Europa verfehlt. Es ist viel wahrscheinlicher, daß das Privateigentum mit Nation und Repression einherkommt.

Der SPD Vorsitzende Engholm soll gesagt haben, man müsse »auch auf die Vernunft von Staatsstreichern setzen können«. Was also ist das mögliche *Rationale* des Staatsstreichs, welche Ziele hoffen die Machthaber zu erreichen und mit welchen Mitteln rechnen sie? Gorbatschow zu beseitigen und Jelzin zu lassen, ergäbe keinen Sinn; der neue russische Parlamentarismus muß das Ziel sein. In der Tat gehörte das Parlament zu den ersten Objekten, die von Panzern eingeschlossen wurden, während die Massenmedien der Militärzensur unterstellt wurden. Sind Ruhe und Ordnung des Polizeistaats das Ziel? Ist es die »chinesische Karte«, die gezogen wird? Geht es um »Markt ohne Demokratie«? Fortsetzung der Reformen, aber ohne Glasnost und Bürgerrechte, im Sinne einer gewaltumrahmten technokratischen Modernisierung? Aber das sind doch nur Worte, darin waltet keine erkennbare Vernunft, denn dieses Ziel wäre gegen die Menschen nicht zu erreichen. Die in Bewegung geratene Bevölkerung würde ihre Rechte nicht abgeben, es sei denn im Namen eines mitreißenden, die Hoffnungen auf sich ziehenden Projekts. Und wo wären die Ideen, wo die ausstrahlungsfähigen Personen, die Zustimmung und Hoffnungen auf sich zu ziehen vermöchten? Dem Volk zu erklären, daß es darum geht, ihm »seine Ehre wiederherzustellen« und ihm zu diesem Zweck seine Rechte wiederabzunehmen, wird als genau das Gewäsch empfunden werden, das es ist. Worauf sich stützen? Auf die Gewaltapparate, deren Spitzen in der Junta

vertreten sind? Alle Macht kommt aus den Gewehrläufen bzw. Panzerrohren? Aber wer hat Einfluß auf diejenigen, welche die Waffen handhaben sollen? Riskiert man die Spaltung der Armee? Ist der Bürgerkrieg einkalkuliert?

Aber vielleicht baute man auf die Tatsache, daß Gorbatschows Position längst *dishegemonial* geworden war. Hatten nicht die »Demokraten« in zunehmend extremistischer Sprache ihr »Niedermitt-Gorbatschow« skandiert? Ihn mit Stalin oder Hitler verglichen? War zu fürchten, die Bergarbeiter, die wochenlang für den Sturz Gorbatschows gestreikt hatten, würden gegen seinen Sturz streiken? War nicht die materielle Situation inzwischen so schlecht geworden, daß es durch die Methoden eines Militärregimes nur besser werden konnte? Würde nicht eine prekäre Restabilisierung der Versorgungslage, auch unterhalb des unter Breschnew bestehenden Niveaus, bereits als Erfolg anerkannt werden? In der Tat gehört zu den ersten Maßnahmen, die in der Proklamation der Machtergreifung genannt sind, die Registrierung und administrative Distribution der Vorräte nebst einigen Preissenkungen, zugleich das Massenaufgebot von Soldaten, Studenten und Arbeitern auf die Felder, um die Ernte zu sichern. Das wäre etwas, was der sowjetische Staat seit seiner Gründung immer wieder zu sein vermochte: *Notstandsstaat mit Ausnahmezustand*. Vielleicht spielen solche Überlegungen mit. Aber sie beschreiben allenfalls Taktik, nicht Strategie. Taktik, weil auf Zustimmung zielend. Strategisch konnte die Restauration von Befehlsverwaltung nicht der Zweck sein. Sonst wäre der Termin des Staatsstreichs außerordentlich töricht (weil viel zu spät) gewählt. Warum nicht vor der Räumung des mitteleuropäischen Staatengürtels? Von welchem Standpunkt definiert sich gerade heute der mögliche *point of no return*? Besitzstandswahrung zehn Minuten nach Zwölf? Ist jemand überzeugt, das Rad zurückdrehen zu können? Aber bis wohin? Mit welcher Kraft?

Der Zeitpunkt des Staatsstreichs deutet darauf hin, daß der neue Unionsvertrag der Auslöser war. Die Bedeutung dieses Vertrags im Rahmen der Perestrojka ist so enorm, daß verständlich wäre, hätte Gorbatschow in der Aussicht auf seine Unterzeichnung alle erdenklichen Kompromisse geschlossen. Denn das war das entscheidende fehlende Element im Umbau des Staatsgebäudes von einer repressiven zu einer konsensgetragenen Stabilität. Bei diesem quasi am Vorabend verhinderten Vertrag geht es um die Ablösung des Zentral-Superstaats durch eine von den Republiken eingegangene lockere Union. Der jugoslawische Bürgerkrieg wäre nur ein harmloses

Vorspiel zum sowjetischen, würde russischer Chauvinismus für einen solchen Kurs mobilisiert. Die Zwangseinheit wird das reorganisatorische Moment verspielen, das Gorbatschow um ein Haar erreicht hätte, und Zerfall und Bürgerkriege ernten. Das Drama, das sich hier abspielt, ist viel größer, als daß es ins Kalkül der Verschwörer passen würde. Die Verschwörung paßt in die Dialektik des Dramas, die dadurch nur einen neuen Impuls erhalten wird. Der Voluntarismus der Starken Männer entspringt der Unfähigkeit, mit den geschichtlichen Potentialen Politik zu machen. Das Spiel der Gegensätze, das der polizeiliche Voluntarismus unter Kontrolle bringen wollte, wird genau dadurch außer Kontrolle geraten. Es ist der Versuch eines Staatsstreich gegen die Geschichte.

20. August 1991

Die »Glorious Revolution« in Moskau

Das Scheitern des Staatsstreichs und die Rückkehr Gorbatschows, wie eine symbolische Revanche, am Jahrestag des Einmarschs in Prag 1968, hat Gefühle ausgelöst, die »Freude« zu nennen eine Untertreibung wäre. In solchen Momenten steigen aus dem artesischen Brunnen des Gemeinwesens Emotionen auf, die normalerweise unter großem Druck eingeschlossen und von der Oberfläche verbannt sind. Aber nun sind die Freudentränen geweint, und in den kommenden Wochen wird es um den Versuch gehen, eine verwandelte Lage und die Gründe, die zu ihr geführt haben, zu analysieren.

Für die Linke ist dieser Versuch noch immer schmerzlich, weil Überzeugungen infrage stellend. Diffuse und dumpfe Nostalgie auf der einen Seite, Wegwerfbewegung auf der anderen – und die beiden Seiten verstärken einander. Der Staatsstreich erfüllte wohl manchen halbbewußten Wunsch nostalgischen Zurückhängens auch hierzulande und bietet gerade daher die Chance zu dem, was die Griechen *Katharsis* nannten, was sich mit »Reinigung der Gefühle« übersetzen läßt, auch wenn dieser Effekt der Tragödie zugeschrieben wird und wird es hier mit etwas zu tun haben, was rückblickend wie eine Farce aussieht.

Verlierer sehen oft schlecht aus. Der Abgang dieser Staatsstreicher, welche die Spitzen der sowjetischen Machtapparate verkörperten, glich einer Schmierenkomödie. Es war, als seien im Westen diejenigen, die tags zuvor Gorbatschow politisch totgesagt hatten, den Putschisten gram ob ihrer erwiesenen Unfähigkeit. In der *taz* spottete

Helge Donath über die »unentschlossene Altherrenriege«, als wäre eine entschlossene Jungmännerriege besser gewesen, und nennt den Staatsstreich »Moskauer Schmierentheater«, weil »Lumpen und Feiglinge in der Hauptrolle« stünden, als wäre die Welt mit echten Pinochetisten besser bedient. Merkwürdig auch, daß die *taz* noch danach als »Gefahr« aussprach, was doch die einzige Hoffnung (und tatsächliche Lösung) war, daß sich »verschiedene Teile der Armee nun auch militärisch gegenüberstehen«: Ausdruck der politischen Hegemonie, die vom russischen Parlament und seinem Präsidenten, Boris Jelzin, errungen worden war.

»Michail Gorbatschow ist wieder an der Macht«, mit diesem Satz der Nachrichtensprecher begann auch die *taz* vom Tag nach dem Zusammenbruch des Staatsstreichs. Aber der Satz ergibt keinen Sinn, da ist kein Wieder. Die »Macht« ist ruckartig verändert wegen des Umschlags in der Kräftekonstellation, aus der sie resultiert. Gorbatschow hatte seit geraumer Zeit als Puffer und Resultante des Kräftegleichgewichts zwischen den Apparatmächten und den »Demokraten« taktiert, bis diese beiden Antagonisten gleichermaßen davon überzeugt waren, daß die Perestrojka gescheitert sei.

Juri Ginsburg wies im Gespräch mit dem *Freitag* darauf hin, daß der Slogan von der »Sackgasse«, mit dem die Ausrufung von Notstand und Ausnahmezustand begründet worden war, alles andere als gegenstandslos war. »Die Lage in der Sowjetunion war wirklich aussichtslos, eine Sackgasse.« Es ging immer so weiter, und immer sagte man sich, es könne nicht mehr so weitergehen. Die bevorstehende Umstrukturierung der Sowjetunion, die den zentralistischen Superstaat in eine föderalistisch getragene Rahmeninstitution umfunktionieren sollte, gab den Ausschlag. Per Gewalt sollten staatliche Einheit und Machtposition der Staatsorgane aufrechterhalten werden. Das Ergebnis ist das Gegenteil des Erstrebten. Das eine Extrem hat durch seinen Extremismus das Gegenextrem an die Macht gebracht. Obwohl die KPdSU übergangen wurde, könnte sie nun in den Untergang mitgerissen zu werden. Statt sich mit an die Spitze der Bewegung gegen den Staatsstreich zu stellen und die Wiedereinsetzung ihres Generalsekretärs zu fordern, hielt sie sich bedeckt. Otto Lazis erklärte daher die KPdSU für »nicht mehr existent«.

Daß Schewardnadse auf der Moskauer Kundgebung zum Kampf gegen die Junta aufrief, zeigte mehr als alles andere den definitiven Bruch der bisherigen Balance, die Gorbatschow verkörperte. *Point of no return*: Umschlag im Aggregatzustand der politischen Kräfte.

Sie wurden momentan alle *vor die Entscheidung* im latenten Bürgerkrieg gestellt. Das entschied über ihre Qualifizierung für die Zukunft. Die Vergangenheit endet in solchen Momenten, und eine neue Zeit beginnt. Man riskiert den Tod für seine künftige Identität, die nicht mehr die einfache Verlängerung der bisherigen ist.

Daß Gorbatschow jene allseits verübete Kompromißpolitik betrieben und scheinbar die Perestrojka um ihre Radikalität gebracht hatte, bildete in Wirklichkeit den Schirm, unter dem die politische Umgruppierung erfolgen konnte, die nun den Ausgang des Dramas entschieden hat. Erst im letzten Jahr sind die parlamentarischen und durch Wahlen legitimierten politischen Institutionen und Akteure geschaffen worden, in denen sich jetzt die Legitimität zusammenzog.

In den meisten Medien stehen die Helden fest: das Volk, die Demokratie. Aber das ist zu schön, um wahr zu sein. Nur eine relativ kleine Minderheit der Bevölkerung hat sich in Moskau engagiert, und den Ausschlag hat wohl die Armee gegeben. Selbst jener General Makaschow, um den sich vor Jahr und Tag schon einmal Putschgerüchte gerankt hatten, hat sich zu Jelzin geschlagen: es war Jelzins Appell an Rußland und die Russen, was ihn gewonnen hat. So ist es kein Zufall, wenn nun die Rote Fahne eingezogen und die alte russische Flagge gehißt ist. Ein Umsprung aus der »Sackgasse« ins Nationale fand statt. Die Fernsehbilder zeigten sinnfällig, wie hier eine nationale Fusion geschah, Wiederkehr des verlustig gegangenen Gemeinwesens auf der Ebene des Nationalimaginären. Diese seit langem Niedergeschlagenen und Gedeimütigten, Hoffnungslosen, denen es immer schlechter genungen war und die jeden Glauben an sich verloren hatten, in der Feier dieses Sieges wurden sie als Russen wiedergeboren. Es war zu spüren, daß »nationale Erhebung« auch wortwörtlich eine Erhebung für die Individuen bedeuten kann. Das Erfolgserlebnis von Massen, ebenso wie seine nationale Modifikation, wird zweifellos zu einem Faktor des künftigen Geschehens.

Die Wendung ins Nationale wird etwa von der *Frankfurter Allgemeinen* bedenkenlos gefeiert. Und doch wird sie schwerlich die Versöhnung mit den über hundert anderen Ethnien und Nationen befördern, welche die Sowjetunion bevölkern. Das zivilisatorische Potential einer pluralistisch organisierten weltbürgerlichen Gesellschaft, die Menschen- und Bürgerrechte schützt und die Individuen aus ihren Stammeskollektiven freisetzt, wird durch die »Nationalisierung« der Politik gefährdet. Auch der sich abzeichnende neue Pakt von Nation, Kirche und Privateigentum wird die Probleme schwerlich

lösen und schon gar nicht umstandslos mit Demokratie zusammenfallen.

Es ist daher verständlich, daß Gorbatschow am Projekt der großen Umgestaltung und an den »Ideen des demokratischen Sozialismus« festhält, auch am Projekt der entsprechenden Umgestaltung der KPdSU. Denn nicht nur die Demokratie steht auf dem Spiel. Selbst wenn man alle Vorstellungen demokratisierten Wirtschaftens preisgäbe und einfach »zum Kapitalismus übergehen« wollte, so wäre dieser Übergang nicht zu kriegen. Das Spiel der Interessen und die Mechanismen des Weltmarkts würden Rußland vorwiegend in einen Absatzmarkt für anspruchsvollere Produkte verwandeln und auf den Status eines Lieferanten von Ressourcen aller Art verweisen, wobei die Rosinen aus dem Kuchen den transnationalen Kapital subsumiert würden. Michael Jäger hat im *Freitag* darauf hingewiesen, daß die Forderung eines sofortigen und totalen institutionellen Übergangs zu Kapitalismus als Vorbedingung für materielle Hilfe vonseiten des Westens so verstanden werden kann: »Der Sowjetunion ist kein 'eigener Weg zum Kapitalismus' gestattet.«

Vielleicht läßt sich verallgemeinern: Es ist ein »historischer« Fehler (im Doppelsinn), das Neue nicht aus dem Vorhandenen zu schaffen. In der Sowjetunion gälte es, aus den vorhandenen Entitäten und Akteuren des Wirtschaftens die neuen zu schaffen. Von oben den Privatkapitalismus einzuführen, wäre doppelt und dreifach töricht. Schon wieder ein Großer Sprung, aber diesmal rückwärts-vorwärts, zunächst das Gewesene, dann das Werden überspringend. Das eigentlich Bedrückende und zu Analysierende ist die anscheinende Unfähigkeit zu Neuem, zur Umgestaltung der Formen des Wirtschaftens, zur Schaffung eines Dritten. Aber man vergesse nie: Es sind nicht die Gegner, die »schuld« sind, daß das Alte zugrunde ging. Die Auszehrung kam von innen, die herrschende staatliche Produktionsweise erwies ihre Unproduktivität. Auch aus den ökonomischen Ideen der Perestrojka, die auf einen Markt selbstverwalteter Betriebe unterschiedlicher Eigentumsformen zielten, ist nichts geworden. So scheint auf den ersten Blick alles dafür zu sprechen, daß es keine Alternative zur einfachen Übernahme des westlichen Systems gibt. Überlegt man aber dessen Implementierungsbedingungen, dann wird klar, daß diese »einfache Übernahme« zu entsetzlichen Krisen führen wird.

Die Blockierung durch das Kräftegleichgewicht ist nun aufgebrochen, und es gibt effektive Akteure. Der russische Präsident Boris Jelzin nutzt ohne zu zögern den Moment für politisch-ökonomische

Landnahme und zieht aus dem Umsturz des Umsturzes das Dispositiv einer russischen Großmacht zusammen. Gorbatschow wird als König ohne Land und ohne Macht vorgeführt. Sein Projekt der Umgestaltung der KPdSU zu einer normalen zivilgesellschaftlichen Partei demokratisch-sozialistischer Orientierung droht durch Jelzins Verbot der Betätigung der Partei durchkreuzt zu werden. Aber kann man, mit Gramsci zu sprechen, ein Feld, auf dem sich ein Stück Hegemonie entscheidet, verbieten, statt das politische Ringen aufzunehmen? Genau das war ja die Signatur des Alten Regimes gewesen. Es wäre alles andere als Demokratie, was mit einem Parteiverbot beginnt.

Doch selbst in diesem Fall hätte die politische Perestrojka, gleichsam außerplanmäßig, ein Hauptziel erreicht: Der äußerst unwahrscheinliche Umbau der Verhältnisse von gewalt und zwangsstabilisiertem Zentralismus zu Verhältnissen, die sich parlamentförmig reproduzieren, wäre fürs Erste geschafft. Gorbatschow dürfte seiner bisherigen Macht, die sich der Balance verdankte, nicht nachweinen. Es wäre ihm zu wünschen, daß er einmal, wie der chinesische Maler der Legende, in das von ihm gemalte Bild hineinwandern könnte. Der Erfolg der Perestrojka mußte den Posten des absolutistischen Abbauers des Absolutismus zum Verschwinden bringen. Wie bei der »Glorious Revolution« Englands von 1688, die nur vollzog, was bereits vielfach vergearbeitet war, weiß man in Moskau gar nicht, wie viel Arbeit dem revolutionären Sieg über eine paradoxe Konterrevolution schon vorher abgenommen war.

23. August 1991

Das Ende einer Epoche. Perestrojka, Putsch und Revolution

Die Sowjetunion zerfällt. Noch tagt ihr Parlament, aber es nurmehr ein Schatten. Im »Lande Lenins«, von wo die kommunistische Revolution einmal ausging, ist sie erledigt, und wer noch, in einer Mischung aus Treue und Trägheit, dachte, sie habe sich dorthin nur zurückgezogen, um irgendwann wieder von dort auszugehen, findet sich aus diesem Schlupfloch vertrieben. Eine Ewigkeit von gestern wird heute verhökert. Wieviel enttäuschte Hoffnungen, sinnlos vergeudete Leben, vertane Investitionen... Haben wir nicht viel zu oft einen Sinn hinter den Dingen gesucht und aus den Ereignissen herausinterpretiert, statt zu erfahren, zu begreifen, zu kritisieren? Träume, die zu Geiseln eines sich selbst lähmenden Staates geworden waren, kommen nun wieder frei ...

Das riesige Land aber, das bis gestern die Sowjetunion war, versucht fieberhaft, im Widerspruch zu seiner Multinationalität und Multikulturalität, sich in Nationalstaaten zu zerlegen und sich »dem Weltmarkt zu öffnen«, der den Teufel tun wird: von innen wilder Kapitalismus, von außen Operationen, die den »Filetstücken« (Treuhand-Sprache) gelten. Gebietsansprüche der neuen Staaten gegeneinander, Autonomieansprüche ethnischer oder nationaler Enklaven im Innern bilden ebensoviele Konfliktpotentiale. Und wie soll der Welt zweitgrößter Gewaltapparat aufgeteilt werden? Wie die nuklearen Arsenale der Supermacht? Die Atomrüstung als *ultima ratio* der Union.

Gibt es auch Anlaß zum Erschrecken, so keinen zur Nostalgie, zur rückwärtsgewandten Verklärung, die nur die Aufklärung des Gewesenen blockiert und die mögliche Zukunft verspielt. Man kann auch die Zukunft in der Vergangenheit verspielen, die das Projekt der Perestrojka darstellt, indem man die Fragen verliert, auf die es eine Antwort suchte.

Rekapitulieren wir: Als die Systemkonservativen des sowjetischen Staatssozialismus losschlügen, zerstörten sie das Fundament ihrer Restmacht. Ihr Staatsstreich durchschlug den gordischen Knoten des Kräftegleichgewichts, das zuletzt alle gesamtgesellschaftliche Handlungsfähigkeit gelähmt hatte, und der »Stellungskrieg« der sowjetischen Umgestaltung schlug in einen »Bewegungskrieg« um. Gorbatschow hatte die Balance der antagonistischen Kräfte personifiziert und als »Puffer« (Luks) zwischen ihnen fungiert; als er nach dem Scheitern des Staatsstreichs zurückkehrte, war die Grundlage seiner Macht verschwunden. Die Putschisten wollten die Unterzeichnung des Unionsvertrages verhindern, und der Sieg über den Putsch vernichtete die Grundlage dieses Vertrags. Die »Rettung« der Union war zu ihrer Zerstörung geraten. Als der Umsturzversuch in sich zusammenfiel, hatte er den Gegenumsturz entfesselt.

»Auf den mißglückten Putsch der Reaktionäre folgte ein unblutiger, aber für die demokratische Zukunft des Landes nicht minder verheerender Gegenputsch« (Uwe Engelbrecht im *Tagesspiegel*). Verheerend, weil politische Kultur und zivilgesellschaftliche Ansätze gefährdend. Die Medien der »Demokraten« betrieben schon vor dem Putschversuch »kritiklose Beweihräucherung« Jelzins. »Professionell besser gemacht als die Medien der Breschnew-Ära, gleichen sie diesen doch in einem Punkt aufs Haar: Informationsanteil – vielleicht zwanzig Prozent; Agitprop – der große Rest.« Verbote und Gleichschaltungen von Medien lassen nichts Gutes erwarten.

Zur These vom »Gegenputsch« fügt sich der nationale Rausch. In der Verschiebung der Konflikte ins Nationale berühren sich die Extreme. Und doch muß man die Modifikation des russischen Nationalismus bei Jelzin beachten: durch Anerkennung der Selbstständigkeit der andern Republiken, die er freilich durch Gebietsansprüche sogleich wieder infrage gestellt hat. Daß die Trauerfeier der jüdischen Gemeinde Moskaus für eines der drei Putschopfer im Fernsehen übertragen wurde, widersprach der traditionellen antisemitischen Komponente des Nationalismus. Die Protagonisten des gescheiterten Staatsstreichs wären dagegen eher im Muster des traditionellen, vor allem auch von Stalin bedienten, »Nationalismus« geblieben. »So wie man einerseits 'russisch' durch 'sowjetisch' ersetzt, wurde andererseits 'sowjetisch' durch 'russisch' abgelöst.« (Wladimir Malachow) Jedenfalls herrscht auf dem »nationalen« Rangierbahnhof Höchstbetrieb; Coup und Gegencoup verkehren auf derselben Verschiebungssachse der Konflikte.

Was im russischen Parlament zur erleben war, als Jelzin vor den Fernsehkameras Gorbatschow demütigte, beschreibt Engelbrecht als »Orgie von Unkultur«: angesichts dessen kommen mir Karriere-muster einer Passion in den Sinn, Station an der Schädelstätte, deren Bild in das jenes Trümmerbergs übergeht, der sich vor dem schreckgeweiteten Blick von Benjamins Engel der Geschichte auftürmt. Das Jetzt – nur Durchgangsstadium in einem Fortsturz. Um einen Ausweg aus genau dessen sinnloser Gewaltmechanik war es beim Neuen Denken gegangen. Der herrschende Jubel angesichts des Endes der Perestrojka, den nur wenige zu stören wagen, geht in das Gegröhle des russischen Parlaments über bei der unzivilen Zurschaustellung des gedemütigten Boten einer zivileren Gesellschaft.

Und doch ist Michail Gorbatschow nicht nur eine »tragische Figur« – obwohl er es *auch* ist, mußte er doch »schuldig« werden, um seine historische Schuldigkeit tun und von der Szene gehen zu können. Potentat, der er qua Amit war, spielte er *à qui gagne perd*, wer gewinnt, verliert. Seine Obermacht mußte sich abschaffen, indem sie sich verwirklichte. In dieser Hinsicht ist Gorbatschows Scheitern eingeplant, und so hat Enzensberger ihn schon vor zwei Jahren verstanden. Aber in letzter Minute scheint Gorbatschow dann doch noch verloren zu haben: die Entfesselung der Gewalt verschlang die zivilen Formen, in denen der Übergang geschehen und die Umgruppierung und Transformation der Kräfte erfolgen sollte. Jedoch ist, was jetzt geschieht, nicht in jeder Hinsicht anders als angestrebt: Es ist nicht mehr bloßer Personenwechsel an den Machtpositionen,

sondern Strukturwechsel der Macht. Auch wenn das demokratisch-sozialistische Ziel der Perestrojka hoffnungslos verfehlt wurde, so hat sie doch ihr propädeutisches Ziel erreicht: Der totalitäre Sozialpaternalismus ist von innen heraus und von oben herab dekonstruiert, und einen anderen Weg zu seiner Abrüstung konnte es nicht geben.

Abgerüstet werden aber mußte er. Der Ausgangspunkt der Perestrojka war die Erkenntnis, daß in den Produktionsverhältnissen und ihrem politischen und ideologischen Überbau die »Zersetzung des subjektiven Faktors« (Butenko) festgeschrieben war. Das befehls-administrative Regime der Sowjetunion, ihre gesamte Produktionsweise, wurde als *Sackgasse* begriffen. Gorbatschow erkannte schon früh, daß nicht weniger als eine *Revolution* notwendig war. Er entwarf sie als radikale Demokratisierung, die eine neuartige sozialistische Marktwirtschaft freisetzen sollte. Genau dazu ist es nicht gekommen. Warum alle Ansätze zu einem Umbau ins Demokratisch-Sozialistische stecken geblieben sind, wird noch erforscht werden müssen. Festzustellen aber ist unzweideutig das konstruktive Versagen der Perestrojka im Wirtschaftsleben, die Lähmung, die Unhaltbarkeit als Zustand, zu der sie zuletzt geführt hatte. Die Situation der Sackgasse, aus der sie herausführen sollte, hatte die Perestrojka eingeholt. Die Putschisten, die sich darauf beriefen, vergaßen nur die fundamentale Tatsache, daß die Struktur der Sowjetgesellschaft selbst es war, was die Sackgasse in letzter Instanz darstellte.

Deshalb ist, allen Widerwärtigkeiten zum Trotz, festzuhalten, daß der derzeitige »Gegenputsch« auch eine Revolution ist, so verschlungen und zweideutig, wie je eine war. Man hat den Staatsstreich als farcenhafte Wiederholungsversuch der Revolution von 1917 bezeichnet. Nichts könnte gedankenloser sein. Eher erinnern Jelzins blitzschnelle und skrupellose Machtergreifungsakte an Trotzki. Gorbatschow, dessen politische Zeitökonomie von Beratungen, Konsenssuche und formellen Verfahren bestimmt ist, hat solche Elemente als »neobolschewistisch« bezeichnet, und Sobtschak, das dritte politische Talent Rußlands, ist ihm darin gefolgt.

Wo Jelzin mit sicherem Griff erntet, hatte Gorbatschow das Feld bestellt. Ist doch »unbestreitbar, daß dieser Putsch in der ersten Etappe der Perestrojka todsicher gesiegt hätte und daß nur das hautdicke Dranbleiben Gorbatschows an diesem Parteiapparat die ... Zerrüttung der gewaltigsten Bürokratie-Maschine bewirkt hat, die die Welt bisher kannte« (Antje Vollmer). Nicht die Repression versagte, sondern ein erheblicher Teil der repressiven Staatsapparate

versagte sich dem Einsatzbefehl. Nur dadurch wurde die fast gewaltfreie Entmachtung einer gewaltgegründeten Herrschaft möglich. Im Siegestaumel wurde diese Vorarbeit verdrängt, und die Revolutionäre maßen sich eine Glorie an, die eine historische Nummer zu groß war. Vielleicht ist die Angst vor der Zukunft die Mutter ihrer Mythen und die Vorbereitung auf den Krieg ihr Vater. Denn wenn ihnen auch wie den Protagonisten der »Glorious Revolution« die Macht fast unblutig in die Hände fiel, so war doch erst die negative Arbeit vorgetan, und die konstruktive Arbeit kommt jetzt. Falls sich die russische Revolution nicht aufbauend betätigt, und zwar umgehend, droht die vom Notstandskomitee an die Wand gemalte Hungersnot, begleitet von Racheorgien. Diese böten sich als Ventil an, wenn das Arsenal des Neoliberalismus sich, wie zu erwarten ist, als für die Lage dieses Landes untauglich herausstellen sollte.

Was latent und eingefroren war, ist nun manifest: ein Schwarm ungelöster Probleme. »Die Perestrojka geht zu Ende, das normale Leben beginnt... Das Provisorische ist weg.« (Hassan Hussejnow) Man pflegt Gorbatschow als »unbelehrbar« zu rügen, weil er seine sozialistischen Orientierungen nicht fahren läßt. Dabei sind sie genau das, was ihn seine welthistorische Arbeit hat tun lassen. Zivile Verkehrsformen und soziale Gerechtigkeit aber, und nichts anderes sind die Grundideen des demokratischen Sozialismus, sind die Alternative zum Bürgerkrieg.

27. August 1991

Kann man noch Marxist sein nach dem Zusammenbruch des Kommunismus?

Rundfunkgespräch mit dem Schweizer Journalisten Küng

Der Kommunismus ist tot. Mit dem Zerfall des kommunistischen Machtapparates in der Sowjetunion, dem mächtigen Mutterland des Kommunismus, ist der gesellschaftliche Prozeß, der vor über siebenzig Jahren mit der russischen Revolution begann, gescheitert. Dies gilt, auch wenn in China, Vietnam, Nordkorea und Kuba noch kommunistische Herrschaft ausgeübt wird. Denn nicht nur ist die kommunistische Machtkonzentration, die dem Westen jahrzehntelang in einem äußerst gefährlichen Konflikt gegenüberstand, zerbrochen, auch die kommunistische Ideologie hat in diesem Zerfallsprozeß jegliche Anziehungskraft eingebüßt: auch die kommunistische Idee ist an Ende. Doch nicht ganz, scheint es. Zwar werden die Lenin-Statuen geschleift, die Marx-Alleen umbenannt und vielleicht muß auch die laufende Ausgabe der Gesamten Werke von Marx und Engels aus Geldmangel unvollendet eingestellt werden, aber es gibt noch immer Denker, die sich auf Karl Marx berufen und die die Bezeichnung »marxistisch« auch heute nicht scheuen. Einer von ihnen ist der Philosophieprofessor Wolfgang Fritz Haug. Haug ist 55 Jahre alt, Mitbegründer der Zeitschrift »Argument« und lehrt seit 1979 an der Freien Universität Berlin. Gleich zu Beginn unseres Gespräches weist er mich darauf hin, daß er sich nie einen Kommunisten genannt habe und auch nie in einer Kommunistischen, wohl aber in der Sozialdemokratischen Partei Mitglied gewesen sei; gegen die Bezeichnung »marxistischer Philosoph« habe er aber nichts einzuwenden.

»Marxismus«. Die kommunistischen Regimes haben sich auf Marx bezogen, haben mit dem Marxismus-Leninismus ihre Existenz gerechtfertigt und ihn zur Grundlage des Kommunismus gemacht. Hat mit dem Zerfall der kommunistischen Regimes nicht alles ihnen Zugrundeliegende, hat nicht auch der Vordenker Marx und seine Theorie endgültig Schiffbruch erlitten? Wie kann der Philosoph Wolfgang Fritz Haug, frag ich ihn, auch nach diesem Scheitern sich noch auf Marx berufen?

Die Frage ist einigermaßen absurd gestellt, ich hoffe, Sie verstehen das. Als ich die deutsche Fassung des »Kritischen Wörterbuches des

Kann man noch Marxist sein?

Marxismus« anfang herauszugeben, wurde ich von einem Wörterbuchherausgeber der DDR als imperialistischer Ideologe demaskiert, in der »Deutschen Zeitschrift für Philosophie«. Jetzt möchte ich Sie einmal fragen: warum muß ich meine Arbeit widerlegt finden durch den Zusammenbruch oder die Beendigung dieses »kommunistisch« geführten Staatsunternehmens?

Weil sich die kommunistischen Herrschaftssysteme sowohl auf Marx, sein Werk, den sogenannten Marxismus, und dann auch noch auf Lenin und den Leninismus berufen, von daher kommt die Frage.

Mein lieber Herr Küng, auf Christus haben sich wie viele Regimes berufen? Kann man sich deswegen heute nicht mehr darauf berufen?

Das ist eben die Frage.

Na gut, wenn Sie die Frage so akzeptieren, dann akzeptiere ich sie auch. Ich glaube, man kann das durchaus vergleichen, auch wenn Marx ein Weltlicher ist und sein Projekt ein ganz weltliches. Das ist ein großer Unterschied: ein weltliches Projekt hat es schwerer, wie ein konservativer Kommentator neulich gesagt hat. Ein jenseitiges Projekt kann nie blamiert werden durch die Wirklichkeit, ein diesseitiges kann sehr wohl blamiert werden. Stellt man diesen Unterschied in Rechnung, ist vieles vergleichbar.

Die marxistische Arbeiterbewegung und die sozialistische Bewegung hat in ihrer kurzen Geschichte – was sind denn schon knapp hundert Jahre? – im Galopp absolviert, was das Christentum in seiner langen Geschichte durchlaufen hat: Es hatte seine »konstantinische« Wendung zur Staatsideologie, es hatte seine Wendung zur Legitimation entsetzlicher Verbrechen, die von Staaten begangen worden sind, es hat seine Inquisition, seine Zensur, seinen Index, seine Schismen – alles mögliche. Der Vergleich in dieser Hinsicht ist übrigens sehr fruchtbar. Er könnte auch einige warnen, die im Rausch des Moments das klare Denken eingebüßt zu haben scheinen. So wenig wie das Christentum verschwunden ist, wie die Berufungsmöglichkeit auf Jesus Christus verschwunden ist, es sei das Wort gestattet, so wenig wird jenes kritische Denken aus der Welt verschwinden, welches in Marx einen seiner wesentlichen Vordenker gefunden hat.

Sie sprechen das kritische Denken bei Marx an. Bei Marx findet sich auch eine ganze Theorie, die dahin führt, daß die Menschheit einen Zustand erreichen soll, die Gesellschaft einen Zustand erreicht, in dem die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen abgeschafft

sein wird, diesen Zustand hat Marx selber Kommunismus genannt. So frag ich sie, mit dem Scheitern dessen, was sich bis jetzt Kommunismus genannt hat: Würden sie noch immer an einem Idealkommunismus, vielleicht so, wie es Marx gesehen hat, festhalten, oder hat sich da etwas verändert?

Herr Küng, erlauben sie, daß ich sie schon wieder korrigiere: Marx hat das nicht so genannt. Der Term war völlig fertig, im Gegenteil, der frühe Marx tritt auf als Kritiker der Kommunisten. Was Marx in die Geschichte eingebracht hat, ist eine äußerst anspruchsvolle wissenschaftliche Analyse der kapitalistischen Gesellschaft. Was er ferner eingebracht hat, ist das Projekt, diese theoretische Analyse der kapitalistischen Gesellschaft mit der Arbeiterbewegung zu verknüpfen, in der Perspektive einer Gesellschaftsveränderung, welche die jetzt abhängig und ausgebeutet Arbeitenden zu den Herren ihrer eigenen gesellschaftlichen Situation machen würde. So, das war in etwa sein Projekt, und das ist eine Zutat. Und an diesem Projekt ist einiges inzwischen alt, gescheitert, tot, gestorben, und anderes wird wieder entspringen und ist so scharf und frisch wie je.

Marx hat den Anspruch gehabt, das es zu einem Zustand kommt, wo die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgehoben sein wird. Er hat es auch Kommunismus genannt. Nochmals die Frage: Kann man mit dieser Vorstellung, können sie heute mit dieser Vorstellung noch etwas anfangen, hat sie für sie eine Bedeutung, oder ist sie ein Teil, der wegfällt, bei dem Marx, den sie gewissermaßen weiter bestehen lassen wollen?

Also, man muß da sehr aufpassen. Würde man die Vorstellung einfach wegwerfen, würde man nicht bloß etwas Marxistisches wegwerfen; sondern man würde am Ende plötzlich weggeworfen haben, was die lebendige Seele in Kunst, Religion, in der Kultur ausmacht, die Vision nämlich, daß die Verhältnisse in dieser Welt menschlich wären, daß es Solidarität und Gerechtigkeit gäbe. Wer kann denn diese Vision loswerden wollen? Wer kann sich denn damit abfinden, daß er oder sie unterdrückt, unterworfen und/oder ausgebeutet werden? Nicht ganz so selbstverständlich ist die Unerträglichkeit, selbst Unterdrücker und Ausbeuter zu sein. Aber kann denn irgendein menschliches Wesen, ohne seine Menschlichkeit preiszugeben, sich selber anders als in einer Perspektive der Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung sehen? Also die Frage werden Sie nicht los. Sich ihrer zu entäußern, würde heißen, eine wesentliche Dimension des menschlichen Freiheitsverlangens loszuwerden; das wäre

tödlich. Es ist töricht, in diesem historischen Moment zu glauben, man könne diese ganze unruhige, subversive Dimension des menschlichen Wesens »wegschneiden«.

In einer Zeit, in der alles mit diesem theoretischen Hintergrund – wie Marx, Marxismus, marxistisches Denken – diskreditiert ist, welchen Sinn macht es da, gerade an diesem Punkt weiter zu bestehen; man könnte doch auch sich hinstellen und sagen, wir müssen neu anfangen, um überhaupt Erfolg haben zu können mit diesem Ideal, das Sie vorhin skizziert haben.

Da haben Sie sicher recht, und das ist nicht nur eine taktische Frage. Ich habe das zum ersten Mal von Wolf Biermann gehört, aber damals wollte ich das noch nicht glauben. Er sagte, der Begriff Kommunismus ist kaputt, und zwar endgültig. Vielleicht ist das so, obwohl das nach Ländern verschieden ist. In der Sowjetunion scheint das genau umgekehrt, da scheint es so zu sein, daß der Begriff »Sozialismus« kaputt ist, während offenbar »kommunistisch« noch gesagt werden kann. Achten Sie einmal auf die Neugründungen Demokratisch-kommunistischer Parteien, während man gleichzeitig den Sozialismus zum Teufel wünscht. Das scheint uns eine ganz verrückte Sprachregelung. Vielleicht hat es etwas Heilsames, darauf zu blicken, weil wir es dann weniger natürlich finden, wie es bei uns ist.

Aber Sie müßten mir erlauben, ihre Frage etwas umzudrehen. In einer breiten Öffentlichkeit glaubt man im Moment, und die Medien kauen das permanent vor, Marx sei der Vater dieses historischen Kommunismus, das Ende dieses historischen Kommunismus müsse folglich das Ende von Marx sein. Was nun aber, wenn das falsch wäre, wenn da mehrere Fehler darin wären, sogar mehrere Lügen, was wäre, wenn das, was da in den Medien jetzt verkündet wird, zu einem bestimmten Teil genauso verlogen ist, wie der Marxismus-Leninismus es bis gestern war? Ich will ihnen ein Beispiel geben: Versuchen Sie doch einmal, im *Philosophischen Wörterbuch* der DDR das Stichwort »Marxismus« aufzuschlagen. Das gibt es nicht. Statt dessen gibt es das Stichwort »Marxismus-Leninismus«. Und dann wird definiert: Das ist die von Karl Marx begründete Lehre von der Verwirklichung des Sozialismus unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse usw. Also Marx taucht auf als Begründer des Marxismus-Leninismus. Das ist auf jede Weise ideologische Pappmaché. Und nun, da das Zeug stürzt, hat man plötzlich im Westen ein Interesse daran, diese Pappmaché für die Wirklichkeit zu nehmen.

Was soll ich als Intellektueller in dieser Situation machen? Würden Sie mir raten: Dann streck dich doch nach der Decke, marxistisch zu denken ist doch gerade nicht populär. Soll das der Ratschlag sein? Fürs Denken stellt sich die Frage der Wahrheit, und an dieser Stelle nachzugeben, hieße alle Authentizität zu verlieren. Das Denken würde sich selbst verleugnen. Wenn kritisches Denken jetzt unpopulär ist, so war es zu allen Zeiten unpopulär. Die Geschichte unserer Denkenden ist eine Geschichte von riskanten Gedanken, das sollte man nicht vergessen. Spinoza entkam mit knapper Not dem Attentat, Descartes ist ständig umgezogen, ohne Hinterlassung einer Adresse; der eine trug einen Fingerring, auf dem stand: *caute*, das bedeutet »Vorsicht«, der andere hatte als Maxime *bene vixit, bene qui latuit*, das ähnelt dem Brechtschen »verwische Deine Spuren« und heißt etwa: »derjenige hat sich im Leben wohl verhalten, der sich wohlverborgen gehalten hat«. Denken heißt, den Gedanken zu wagen: *sapere aude*.

Herr Haug, Sie haben vorhin gesagt, daß ein Element der theoretischen Arbeit die Wahrheit sei. Nun glaube ich, daß vielleicht gerade dieses Sich-Berufen auf Wahrheit, dieses Verkünden, daß man die Wahrheit besitze, gerade eines der Elemente ist, welches diesen Marxismus zum Marxismus-Leninismus degeneriert haben, und welches die Herrschaft emporgezeichnet hat. Wie sehen sie das?

Na, zunächst einmal habe ich vorhin von Wahrhaftigkeit gesprochen, also vom Verhalten zu dem, was man als Wahrheit zu sehen meint. Ein Intellektueller würde sich um seine Authentizität bringen, wenn er, bloß weil es unpopulär ist, seine Gedanken nicht denkt, oder weil er in den Medien gerade keinen guten Widerhall findet. Wenn er sich da anpaßt, ist er als Intellektueller kaputt. Die Distanz zur Macht, die den Intellektuellen zum Intellektuellen macht, gilt gerade da, gilt auch gegenüber den Medien, nicht nur gegenüber den politisch Herrschenden. Also soviel zu dem anderen. Schauen sie, bloß weil der Marxismus-Leninismus von Erkenntnis gesprochen hat, geben wir doch nicht die Erkenntnis preis, bloß weil er von Gesetzen gesprochen hat, ist es doch nicht etwa so, daß wir den Begriff von Gesetzen preisgeben. Man könnte vielleicht einen totalitären Wahrheitsbegriff, oder etwas anders akzentuiert, einen absolutistischen Wahrheitsbegriff von einem pluralistischen und demokratischen Wahrheitsbegriff unterscheiden. Der letztere, der demokratisch-pluralistische, der würde sicher nicht verzichten können auf eine Unbedingtheit und Radikalität in der Motivation eines

Wissenschaftlers, eines Denkenden, eines Intellektuellen, dies aber auf der anderen Seite verbinden mit einem nie endenden Diskurs, Gedankenaustausch in der theoretischen Kultur. Man muß also nicht den Begriff der Wahrheit preisgeben, wenn man die absolutistische Fassung derselben preisgibt. Sie dürfen ja nicht vergessen, beim Marxismus-Leninismus gab es *die* Partei, die eine einzige, also das historisch berufene Monopol-Subjekt, welches die eine, ehernen Wahrheit umzusetzen beanspruchte. Das war zumindest die Legitimationsideologie, die sozusagen jeden Widerspruch, jeden Einspruch unmöglich machen sollte; eine Konzeption, die jedes Element, was darin gefangen war, mit Lüge schlug. Wäre das der Grund, selber nun die Einspruchsmöglichkeit gegen diese Lüge preiszugeben, bloß weil dort der Wahrheitsbegriff als Lüge geführt wurde?

Wenn sie vom Marxismus diejenigen Elemente bewahren, die Ihnen wichtig sind, Sie haben einige angesprochen, die kritische Analyse zum Beispiel als etwas ganz Wichtiges, oder jetzt gerade eben, wenn Sie von einem pluralistischen Wahrheitsbegriff reden, der einem totalitären Wahrheitsbegriff gegenübergestellt ist, wenn Sie diesen Anspruch erheben, wie denken Sie selber darüber nach, ob unter dem Namen des Marxismus wieder etwas entstehen kann, vielleicht eine Bewegung, eine soziale Bewegung, welche nicht durch das, was passiert ist in den vergangenen siebzig Jahren, diskreditiert würde? Sind Sie da optimistisch, zuversichtlich, skeptisch?

Ich bin neugierig. Ich weiß nicht, ob es diese Erneuerung der sozialen Bewegung geben wird. Was es auf jeden Fall geben wird, das ist marxistisches Denken. Das wird es in vieler Form geben. Es wird es auch in der engeren Form marxistischer Tendenzen an den Universitäten geben, es wird akademische marxistische Linien geben. Sie wird es vielleicht sogar selbstbewußter und wissenschaftlich produktiver geben können, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Aber ob noch einmal eine Verknüpfung einer Denkbewegung mit einer sozialen Bewegung erfolgen wird, in einem politischen Projekt, das weiß ich nicht, das können wir heute nicht wissen. Deswegen würde ich auch den Begriff des Marxismus aussetzen, würde ihn suspendieren. Mein Problem ist auch nicht, aus dem »Marxismus« zu retten, was davon brauchbar ist. Die Frage ist eher, wie jede Generation nach jedem Einschnitt in der Geschichte sie sich gestellt hat: Wie treten wir in die Geschichte ein; was ist für uns lebendig, und was ist tot, bei dem, was es an Vorarbeit gibt. Ich glaube, das ist

auch wichtig, daß man sich die Frage so stellt, um nicht geschichtslos neu anzufangen. Ich würde es mir als ein Unglück vorstellen, wenn es wieder eine neue Formation geben sollte, die sich Marxismus – vielleicht wieder mit einem Bindestrich – nennt und die Schmerzens- und Schreckensgeschichte, die unter diesem Namen schon gelaufen ist, vergessen hätte, also wenn sie nicht die Erfahrungen dieser bereits vorhandenen Geschichte aufarbeiten würde und daraus ihre Schlüsse zöge, wiewohl man ja gesagt hat, aus der Geschichte wird nie gelernt, und die Probleme werden nicht gelöst, sondern nur vergessen. Aber ich will jetzt mal unterstellen, daß dies nicht ein Naturgesetz ist. Heute gibt es ein paar Lehren, die das Minimum wären für ein Denken, das nicht schon bei lebendigem Leibe gestorben wäre. Das ist z.B. die Erkenntnis, daß alle Visionen von Unmittelbarkeit, man hat das Unmittelbarkeitskommunismus genannt, daß alle diese Visionen unbrauchbar und gefährlich sind.

Eine letzte Frage: Heißt das, daß der Philosoph sich vom Anspruch, direkt, unmittelbar in die Veränderungen der Welt einzugreifen, daß er sich von diesem Anspruch, der bestimmt im Marxismus-Leninismus so dagestanden hat, daß er sich von dem zurückzieht, daß er den nicht mehr aufrechterhält?

Höflich formuliert würde ich sagen, ja, aber das ist jetzt vielleicht doch nicht der Moment der Höflichkeit, sondern besser wäre der Moment der Klarheit, und dann ist die Frage falsch gestellt, weil sie selber noch auf den alten Boden sich stellt. Sie ist selber noch absolutistisch. Ich fasse die ganze Problematik anders. Es ist noch das alte Denken, sich vorzustellen, es gibt dort, auf der anderen Seite, die Veränderung. Unausgesprochen ist dabei möglicherweise: da ist dazwischen *die* Partei, die wird es anordnen, und dann wird es geschehen. Nein, es gibt sehr viele Bühnen in diesem Theater, sehr viele Handlungen, die gleichzeitig nebeneinander auf diesen Bühnen laufen, sich wechselseitig beeinflussen; und jeder Akteur wird auf seiner Bühne das Geschehen mit beeinflussen, wird es auch dadurch verändern. Wenn ich als akademischer Philosoph in meinem Metier auftrete, dann verändere ich in meinem Praxisbereich auch etwas, oder wenn ich mitarbeite an der Übersetzung von Gramscis »Gefängnisheften«, dann kommt das einer Veränderung in der Kulturlandschaft gleich, in deutscher Sprache wird es das nun geben. Also auch Theoretiker haben ihre Praxis.

Darf ich es ganz vulgär sagen: Die Revolution steht nicht mehr auf dem Programm des marxistischen Philosophen?

Ich bin nicht ganz sicher. Mein letzter Artikel, den ich soeben veröffentlicht habe, behandelt eine Revolution, bloß daß diese Revolution programmwidrig in der Sowjetunion eingetreten ist, aber sie steht bestimmt nicht auf der Tagesordnung, oder wird auch in der Zukunft nicht mehr darauf stehen, so nach dem Muster des Philosophenkönigs, der die Revolution ausruft. Prozesse gesellschaftlicher Umwälzungen laufen jeden Tag, und es wird sie geben, und sie werden ungeheuer einschneidend sein am Ende dieses Jahrtausends; sie müssen es sein, weil sonst die Menschheit nicht überlebt. Die Frage, ob wir diese Prozesse denken können, ob wir handlungsfähig in ihnen werden, ob sich gesellschaftliche Koalitionen ergeben, die verhindern können, daß diese Prozesse hinterrücks, blind und in destruktiven Formen ablaufen, diese Frage akzeptiere ich. Daran mitzuwirken, daß eine positive Antwort möglich wird, das erscheint mir sinnvoll.

2. September 1991

Die Wiederkehr des Unerwarteten

Versuch einer historischen Moment-Aufnahme

im Gedenken an Theo Pinkus, der
Einspruch gegen die Kalten
Sieger von heute erheben würde

1.

Die Erinnerung, hat Theodor Lessing einmal sinngemäß gesagt, ist der größte Jesuit: ständig schreibt sie die Geschichte um. Man kann dieser Tage beobachten, wie das Gedächtnis auf den Bahnen von Macht–Ohnmacht, Erfolg–Mißerfolg, Reichtum–Irrtum umdenkt. Kornelia Hauser gewann bei ihrem Studium von DDR-Memoiren den Eindruck, »daß weniger Scham, als Verzweiflung und das Gefühl des Noch-Nicht-Begreifen-Könnens eine eigene 'Ordnungsmacht' des Schreibens bei den Ostautoren ist«¹. Um diesem Jesuiten bei mir selber das Handwerk zu erschweren, habe ich 1989/90 Tagebuch geführt: *Versuch, beim täglichen Verlieren des Bodens unter den Füßen neuen Grund zu gewinnen*².

Eine Eintragung vom 9. November 1989 bezeugt eine Form des materialen Zeiterlebens, die damals allgemein geteilt wurde: »Alles wird vorstellbar. Nur was gestern selbstverständlich war, ist heute unvorstellbar.«

Erinnert man sich noch daran, daß »Wahnsinn« die am meisten gehörte Parole jener Tage war? Sie artikulierte, wenn auch auf unartikulierte Weise, die Diskrepanz zwischen der Realität und dem, was soeben noch »vernünftiges Denken«, »Realismus« oder »Realpolitik« gewesen war. Die Tatsachen, normalerweise der Zement stumpfer Gewohnheit, trugen das Zeichen des Unerwarteten.

Das *Unerwartete* ist das *Bewegungsmoment* der Geschichte. In ihm erfuhren wir den historischen Moment des Bruchs, das als Aufstand wahrgenommene Versinken eines Großreichs, mit welchem eine ganze Weltordnung wegschwand.

1 Vgl. ihre Bemerkungen in *Argument* 192 zu den Memoiren von G. Schabowski und W. Janka, wo sie allerdings recht unterschiedliche Jesuitismen der beiden ungleichen Erinnerungsarbeiter auf die gleiche Ebene stellt.

2 Hamburg (*Argument*) 1990.

2.

Um mich zu erinnern, wie ich gestern dachte – zur Abstandsmessung und Selbstbefragung in einem –, konfrontiere ich Helmut Kohls Visionen von vor fünf Jahren mit meinem Urteil darüber. Ich blättere zurück in mein Buch *Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt*³, zu meiner Auseinandersetzung mit einem Interview, das Helmut Kohl 1986 als Beitrag zum »Historiker-Streit« gegeben hatte. Im Gegensatz zu den meisten schien er die deutsche »Wiedervereinigung« für erreichbar zu halten. Von den Ostdeutschen erwartete er einen wirksamen Gegensatz zu dem, was er als »Resignation und Verfettung« der Westdeutschen brandmarkte.

»Viele auch im Westen haben unbehagliche Gefühle bei dem Gedanken, daß zu der dynamischen Wirtschaftskraft der rund 60 Millionen Bundesbürger dann womöglich noch einmal 16 Millionen Deutsche kommen, die, wenn sie einmal über Nacht ihren Freiheitsraum erhielten, eine viel größere Dynamik entwickeln würden als die Bürger der Bundesrepublik, die oft satt sind.«

Mir schien, was Kohl als möglich unterstellte, im Doppelsinn »unmöglich«: »Wie aber«, fragte ich, »in welcher *blitzartiger* Veränderung im West-Ost-Kräfteverhältnis, sollte 'einmal über Nacht' der BRD die DDR zufallen?« Die Frage schien keiner Antwort zu bedürfen, zumal der Weg ausdrücklich nicht über eine Neutralitätspolitik führen sollte, die Kohl angesichts der »Geopolitik« zur »absurden Idee« erklärte. Seine Begründung zeigt heute ihr volles Gewicht, nachdem die Wiedervereinigung im selben Geburtsakt wie der erste Nord-Süd-Krieg zur Welt gekommen ist: »Ich gehöre zu denjenigen, die glauben, daß der Nord-Süd-Konflikt wichtiger werden wird als der Ost-West-Konflikt, dynamischer, brisanter und gefährlicher.«

Den Rahmen sollte eine europäische Einigung abgeben, die aber ausdrücklich nicht das Westeuropa der EG meinte: »Meine ... Vision ... geht in die Richtung einer politischen Einigung Europas. ... Ich betrachte die Konstruktion von Gesamteuropa als unsere Hauptaufgabe. ... Zu Europa, wie ich es verstehe, gehören die Schweiz und Österreich, gehören Polen, die Tschechoslowakei, gehören Krakau, Weimar und Dresden ... Wenn Sie in Leningrad durch die Erimitage (sic!) gehen ... sind Sie mitten in Europa.«

³ Hamburg, Berlin (Argument) 1987, ²1993, 273ff.

Kopfschüttelnd kommentierte ich: »Aufhebung des Neutralitätsstatus der Schweiz und Österreichs, Vereinnahmung der sozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas, Amputation und Angliederung des europäischen Teils der Sowjetunion – wie das alles?« Zumal dies alles bei »Primat der Freiheit vor der Einheit« geschehen sollte, was in der verhüllenden Sprache der Zeit kapitalistische Verhältnisse meinte. Immerhin begriff ich, daß Helmut Kohl insofern einen »modernen Standpunkt« einnahm, als für ihn die Frage der Wirtschaftsform der Frage der Staatsgrenzen übergeordnet war. Er bot praktisch den östlichen Nachbarländern die Besiegelung ihrer Westgrenzen im Falle ihrer Übernahme des westlichen Gesellschaftsmodells.

Ich konnte es mir nicht anders vorstellen, als daß der westdeutsche Kanzler mit dem Feuer spielte, beruhte doch seine Vision auf der Annahme »einer grundsätzlichen Umstrukturierung der Verhältnisse in Ostmitteleuropa, die hinwiederum den Zusammenbruch des sowjetischen Empire voraussetzten, einer vorderhand undenkbaren Prämisse«, wie der nachmalige Vorsitzende des Deutschen Historikerverbandes, Wolfgang J. Mommsen, 1986 sagte. Man sieht, ich war in bester Gesellschaft, was die *Undenkbarkeit* angeht. Das Kapitel meines Buches von 1987 schließt so:

»Im Modus des Imaginären geht es um die Revision der Geschichte selbst. Wie blind müßte man sein (oder sich stellen), um diesen funktionalen Zusammenhang zwischen heutigen Operationen am *Bild* der Geschichte und der Vorbereitung (und dem Sich-Vorbereiten) künftiger Operationen an der Geschichte selbst zu übersehen! Nach Hajo Funkes Einschätzung 'scheint die deutsch-nationale Rhetorik ... bisher von einem politischen Projekt weit entfernt' (Funke 1986, 46). Man muß präzisieren: ein imaginäres Projekt hat sie, einen realistischen Weg zu seiner Verwirklichung aber nicht. Es wird ihn auch nicht geben.«

Der »Historiker-Streit« von 1986/87, eine der Ausdrucksformen des Ringens zweier Linien um Hegemonie in der westdeutschen Politik, war argumentativ und moralisch zugunsten der »Verfassungspatrioten« ausgegangen. Aber die Wiederkehr des Unerwarteten der realen Geschichte hat diesen Sieg zunichte gemacht. Helmut Kohl, der, als das Unerwartete sich abzeichnete, politische Initiative daraus zog, hat Recht behalten gegen seine intellektuellen Kritiker, deren Argumente heute zum Teil durch Fakten überholt sind, die ihnen, uns *undenkbar* vorkamen. Aber Vorsicht: Wenn unsere Gedanken, soweit sie Denken der Nachkriegsordnung waren, buchstäblich ort- und

gegenstandslos geworden sind, so nicht unsere *Bedenken*. Der Weg zu einem erneuerten kritischen Denken dessen, was ist, führt über das »Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten«. Manche entziehen sich dieser Notwendigkeit und kapitulieren vor der Macht der Fakten. Aber mit Erinnerungsarbeit allein ist es nicht getan.

3.

»Es« will nicht in den Kopf. Mich fast täglich mit dem Versuch der Wahrnehmung der Geschehnisse befassend, mache ich die Erfahrung, daß das Denken Mühe hat, dem Tatsachenwissen zu folgen. Es ist, als entzöge sich das Bekannte der Erkenntnis. Auch ist es, als entzöge sich einem die Erinnerung, daß bis gestern ganz andere Tatsachen galten. Nach beiden Seiten waltet ein eigentümlicher »Widerstand«, freilich einer, für dessen Bearbeitung sich die Psychoanalyse in der Hauptsache unzuständig erklären muß.

Um diesem Widerstand auf den Grund zu gehen, bedürfte es einer semiotisch bewanderten Sozioanalyse. Sie hätte ein Unbewußtes eigener Art aufzuklären, das seiner Aufklärung, die auf historische Forschung und soziale Analyse verwiesen ist, weit größere Schwierigkeiten in den Weg legt als das Unbewußte der Psychoanalyse. Jedenfalls ist die historische Materie, in der das Drama der Gegenwart spielt, zu analysieren.

4.

Ich versuche, das konkrete Gegenwartsproblem deutsch-deutscher Durcharbeitung zu skizzieren: Ein Menschenleben lang wurde die Weltpolitik vom Kalten Krieg strukturiert, der immerhin einem Albert Camus Anfang der fünfziger Jahre als »das blöde Duell zweier gleichermaßen verworfener Ungeheuer«⁴ erscheinen konnte. Auch wenn man die Legitimität der beiden Seiten unterschiedlich beurteilen muß, so waren hier doch zwei Apparate gegeneinander gerichtet, die sich im Prinzip in nichts nachstanden und ein *weltumspannendes System* bildeten, dessen entwickelte Form E.P. Thompson als *das System des Exterminismus* begriffen hat. Daran gilt es nun zu erinnern, da von den beiden ineinander verkrallten Leviathanen nur einer übriggeblieben ist.

Zugleich waltete eine merkwürdige historische Zeitverschiebung zwischen den Antagonisten. Der Sowjet-Stalinismus stand dem

⁴ So sagte zumindest Sartre (in »Temps Modernes«, VIII, 1952/53, 82; vgl. meine Schrift *Jean Paul Sartre und die Konstruktion des Absurden*, 3., veränderte Auflage, Hamburg 1991, 168).

Nazismus gegenüber. Daß er dann im Bündnis mit den westlichen Alliierten übrigblieb, als der Nazismus⁵ militärisch besiegt war, bildete nur einen Durchgangspunkt. Ohne den gemeinsamen Gegensatz zum Nazismus konnte das ungleiche Bündnis nicht halten, und seine Ungleichheit verwandelte sich in den Ost-West-Gegensatz.

Dadurch wurde eine Ungleichzeitigkeit festgeschrieben. Der Stalinismus hielt fest an seinem alten Gegensatz, blieb »Zeitgenosse« des NS auch nach dessen Verschwinden. Nach der Logik, daß eigener Drache vor fremdem Drachen schützt, hielt dies ein Stück jener Vergangenheit am Leben.

Durch Deutschland lief die Grenze des bipolaren Weltsystems. Was im Großen hier geschah, wurde nicht hier entschieden. Auf deutschem Boden hatte sich der Weltgegensatz im Kleinen zu wiederholen, als Gegensatz zweier Subalternstaaten: BRD und DDR. Sie unterschieden sich nach dem Vorbild der – und der Art ihrer Einbindung in die – antagonistischen Hegemonialstaaten. Beide durchdrang deren Gegensatz bis ins Mark.

Nachträglich sieht es so aus, als seien immer zwei unveränderte Wesen gegeneinander aufgetreten. Aber das ist nicht so. Es gab große Veränderungen auf beiden Seiten.

Verglichen mit dem Nazismus war die DDR humanistisch, ein Volk ehemaliger Nazis verordneter Humanismus, die antifaschistische Ver-Ordnung. Aber den NS gab es nicht mehr. Auch ging der gegenwärtige westdeutsche Kapitalismus nicht mehr mit Faschismus schwanger. Dem aktuellen Gegner war diese »Verordnung« nicht gewachsen. Der »antifaschistische Schutzwall« stemmte sich eher gegen Waren- und Geldströme als gegen einen neuen Faschismus und hinderte die Ware Arbeitskraft an der Zirkulation zu den hohen Westlöhnen. Das meint unklar die Rede vom bloß legitimatorischen Status des Antifaschismus für den DDR-Staat.

Auf der anderen Seite hatte nicht zuletzt der Systemgegensatz die BRD auch »erzogen«. Aus dem US-subalternen Postnazismus wurde ein »Hybrid« mit eigener Dignität. Paradoxe Weise hatte die Bundesrepublik vor allem der Studentenbewegung einen Schub zu verdanken,

5 Ich sage bewußt »Nazismus« und nicht »Nationalsozialismus«, im Unterschied auch zu den Veranstalterinnen der Tagung. Einzig Alfred Grosser sprach (wie außerhalb Deutschlands allgemein üblich) von »Nazismus«. Bereits 1967 habe ich im *Hilflosen Antifaschismus* das Problem diskutiert, daß die nazistischen Eigennamen nicht einfach übernommen werden können, da sie Propagandainstrumente sind. Im Zuge der gegenwärtigen Wende wurden solche Fronten, an denen eine Generation lang erfolgreich Widerstand geleistet worden war, überrollt. Bitter, daß auch kritische Öffentlichkeit dies widerspruchslos geschehen läßt.

der sie flexibler und »westlicher« werden ließ und ihre Legitimität gerade dank der Infragestellung eigenständig regenerierte. Dadurch kam eine zusätzliche Ungleichzeitigkeit in den deutsch-deutschen Gegensatz, denn die Gegenseite war hoffnungslos in der Falle ihrer eigenen Sicherheitspolitik gefangen und unterdrückte die Herausforderung, statt sich aus ihr zu regenerieren.

Die Zwangscharaktere der DDR sind die Antwort auf die Überlegenheit des politischen Systems der BRD und, nach bestimmten Parametern, der Ökonomie.

Wie zuvor die deutsche Teilung war auch die neue deutsche Einheit nicht in Deutschland entschieden, obwohl durch die zupackende Politik Helmut Kohls entscheidend gestaltet. Der delegitimierte ostdeutsche Staat wurde vom westdeutschen aufgesogen. Die Einführung der De-Mark war das Vehikel, das jeder Eigenständigkeit, der wirtschaftlichen zuvor, blitzschnell den Boden entzog. Dieser Kurs war politisch effektiv um den Preis äußerst hoher und noch immer unabsehbarer wirtschaftlicher Folgekosten. Die Wirtschaft wurde momentan zur Magd einer Politik, die dem Wirtschaftssystem alles zu geben versprach.

5.

Wie nun? Auch und gerade auf deutschem Boden waren doch zwei Leviathane ineinander verkrallt gewesen. Was, nachdem der eine zusammengebrochen ist? Alles in Deutschland war doch um jenen Gegensatz herum organisiert. Und die beiden deutschen Staaten waren doch »zur wechselseitigen Projektionsfläche erstarrt«⁶. Dieses Verhältnis vor Augen, sprach Manfred Riedel von der »Projektion des innermenschlichen Kampfes nach außen«. Aber es war umgekehrt, es war die Projektion des Weltgegensatzes nach drinnen. Diesen Zustand gilt es näher zu bedenken.

Die Verhältnisse in den beiden deutschen Staaten waren, soweit sie vom Ost-West-Gegensatz bestimmt waren, durch *seitenverkehrte Immanenzen* charakterisiert. Großflächig war das Bild geprägt durch spiegelbildlich-seitenverkehrte Opportunismen. Seine zweite Physiognomie erhielt es durch seitenverkehrten Widerstand. Ich erinnere mich an eine Geschichte, von der ich nicht weiß, ob sie wirklich so passiert ist, die sich aber in dieser oder in ähnlichen Formen

6 Brigitte Rauschenbach: »Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten Zur Psychoanalyse deutscher Wenden. Vorüberlegungen für den Kongreß«, zitiert nach dem Programmheft (hierher auch die folgenden Zitate derselben Verfasserin).

häufig abgespielt haben muß. Und zwar soll vor Jahren ein Ostberliner Oberschüler ein Tintenfaß gegen ein Marxbild geworfen haben und deshalb von der Schule verwiesen worden sein. Das Verrückte ist nun, daß er als Westdeutscher aus ganz ähnlichem Aufbegehren irgendwann in einen *Kapital*-Kurs gegangen wäre.

Nun, da die beiden verkehrten Seiten zusammengefallen sind, klaffen die kulturellen Codes kritisch-widerständigen Verhaltens zum Teil wie ver-rückt auseinander. Diese Situation verlangt nach Übersetzen, nach wechselseitigem Sich-Hineinversetzen.

6.

Da die eine Seite des Systemgegensatzes in sich zusammengefallen, ausgehöhlt, nurmehr Vergangenheit ist, im Doppelsinn *verlorene* – *sich* verloren habend *und* den Kalten Krieg der Systemkonkurrenz – drängt das Verbrechen zweiten Grades nach vorn: die *einseitige Kriminalisierung* der Dinge, deren jedes doch zwei Seiten gehabt hat.

Der Osten ist das Objekt der einseitigen Kriminalisierung in den Überresten des Systemantagonismus. Das ist so selbstverständlich wie ein Naturprozeß, aber auch so kulturlos wie ein solcher. Es ist im Selbstlauf selbstverständlich, weil mit dem unter kräftiger Mitwirkung vieler seiner Bürger beseitigten Staat auch dessen Rechtssystem untergegangen ist. Die herrschende Ideologie liest diesen Zusammenbruch kurzerhand retrospektiv als ununterbrochene und allseitige Rechtlosigkeit: Die zum *Unstaat* gewordene, rechtsstaatlich defizitäre, aber völkerrechtlich allseits anerkannte DDR erscheint so als der *Unrechtsstaat* schlechthin. Alle Staatsakte und alles aktive Staatsbürgertum erscheinen folglich als Unrechtsakte.

Die Situation schreit danach, das *Unausgesprochene* dieser einseitigen Kriminalisierung zu denken. Der Singular *das* Unausgesprochene muß wie der lateinische Plural Neutrum gehört werden: *die unausgesprochenen Dinge*.

Der Versuch, sie zu denken und auszusprechen, macht die Erfahrung: sie entziehen sich. Wie denken wir diesen Widerstand?

Alfred Grosser hat eine *Ethik des Wissens* vorgeschlagen und von der Idee eines katholischen Theologen erzählt, die *Dummheit* unter die Todsünden einzureihen. Er dachte natürlich so redend daran, daß die Dummheit in den Bahnen der Macht ihre täglichen Triumphe feiert und daß das selbstverschuldete Unwissen ihr die Bühne bereitet.

Dumm wäre es zum Beispiel, die Vergangenheit auf eine Weise zu bearbeiten, welche die Zukunft verspielt. Zu den »Kompensationen«,

von denen Brigitte Rauschenbach sagt, daß sie dem *Durcharbeiten* die subjektive Notwendigkeit entzogen haben, gehört nicht nur der Warenkonsum, vielleicht ist es sogar überhaupt falsch, ihn auf dieser Ebene zu bewerten. Ich glaube, es gehört viel eher die Beschäftigung mit den Stasiakten dazu.

7.

Stasi-Akten: das aufgeschnittene Innere der verstorbenen Gegenstaatsmacht als Quelle des Wissens, Stoff fürs Wiederholen, Material des Durcharbeitens.

Und was für ein Stoff! Ich meine nicht das ins Schlecht-Unendliche auseinanderlaufende Material, das da ein Staat über seine Zivilbürger gesammelt hat, sondern die aberwitzige Evidenz, die er gegen sich konzentriert hat. Wenn irgend ein Zweifel war – von diesen in ihrer Parkinsonschen Pedanterie unfaßlichen Akten wird ein ganzes Staatswesen für immer abgesetzt. Was hier unausdenkbar vollgeschrieben ist, ist die historische Sackgasse des Sozialabsolutismus. Das ist etwas ganz anderes – und recht eigentlich sogar stärkeres – als *Unrecht*.

Die Stasi zu *denken* – welche Herausforderung für geschichtsmaterialistisches Denken!

Aber wie im Selbstlauf richtet sich der Blick auf die staatsabgewandte Seite des Materials, auf Subjekte und Objekte der Information. Die Betroffenen möchten »es« wissen, und ich gestehe: ich habe sofort nach Eröffnung der Gauck-Behörde ebenfalls Einsicht in »meine« Akte und die des »Argument« beantragt.

Doch ist die vorherrschende Art des öffentlichen Gebrauchs, der von dem Spitzelwissen gemacht wird, verheerend. Sensationalistische Vorverurteilung in Medien und staatliche Sanktionen – ohne vorherige Anhörung, Einzelfallprüfung, gar Gerichtsurteil – greifen ineinander: *im Zweifel gegen den Verdächtigen*. Die Zivilgesellschaft und »ihr« Rechtsstaat haben schon jetzt großen Schaden gelitten.

Es ist nicht leicht, eine Vorstellung des Richtigen auf diesem Gebiet vorzubringen. Dies ist aber nicht nötig, um zu erkennen, daß die Dinge in entscheidender Hinsicht falsch laufen.

Die an einem demokratischen Wandel Interessierten sind in eine gigantische Falle gegangen. Das war früh abzusehen, als eine ganze Bewegung sich mit dem Rücken zur Zukunft stellte wie die alten Ägypter, die ihre Vergangenheit vor-sich-stellten und ihre Zukunft hinter sich. Allerlei Gruppierungen und Interessen haben rasch

gelernt, daß Wissen, wenn je, dann hier *Macht* bedeutete. Man konnte die Volksbewegung jederzeit, indem man ihr Akten vorhielt, ins Leere laufen lassen wie den Stier durchs rote Tuch. Solche Mechanismen trugen dazu bei, daß die neue politische Kultur der Runden Tische ihre Macht einbüßte und mit ihr ihre Zukunft. Dabei hatte Anlaß zur Hoffnung bestanden, sie würden die politische Kultur der alten Bundesrepublik zum Besseren verändern.

Wo bleiben die zivilen Friedensdividenden? Wo zum Beispiel das ergänzende Einsichtsrecht der Bürger auch in ihre Verfassungsschutz-Akte, wie es analog in den USA nach Watergate und in der Schweiz nach dem Schnüffel-Staatsskandal 1989 erreicht wurde?

8.

Selbst bei Gutwilligen, an denen es nicht mangelt, meine ich ein neues Defizit an Sozioanalyse zu sehen. Es schlägt sich nieder in Vorboten einer haltungsmäßigen Unschuld der Reichen, einer machtgeschützten Naivität der Kinder der Akkumulationszentren des Weltmarkts. Vor Jahren fiel uns das noch als amerikanisches Phänomen auf. Nun scheinen am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts wir Deutschen die neuen Amerikaner zu werden.

Vor kurzem wurde etwa in einem Vortrag Reinlichkeit und Pünktlichkeit, als früh und rigoros zu verfolgende Ziele der Kleinkindererziehung, aus einem Ratgeberbuch der NS-Zeit referiert und für spezifisch nazistisch befunden. Um anzudeuten, wie viel bereits erreichtes, dafür relevantes Wissen dabei vergessen oder verschmäht ist, Wissen, das jene Ziele in einen weiteren Zusammenhang rückt, der zugleich unspezifisch für den Nazismus ist *und* neues Licht auf diesen wirft, ist ein Umweg nötig: Zu den Themen, die Antonio Gramsci im faschistischen Gefängnis umtrieben und die er zum Gegenstand seiner Notizen machte, gehört eine Gruppe von Erscheinungen, die er unter der Überschrift *Amerikanismus und Fordismus* bündelte. Dabei ging es um die mit dem Namen des Automobilproduzenten Henry Ford verknüpfte und von Amerika sich ausbreitende Produktionsweise, die unschlagbare Konkurrenzkraft verlieh, vergleichbar der Konkurrenzkraft bestimmter japanischer Produktionsmethoden und Produkte von heute. Jene Produktionsweise verlangte eine neuartig intensive und disziplinierte Verausgabung von Arbeitskraft, die nicht nur bedeutend höher entlohnt wurde, sondern ein komplexes Regime der Hygienisierung und Rationalisierung der gesamten Lebensweise erforderte, was Ford sogar durch eine Art Sitten-Werkspolizei kontrollieren ließ. Gramsci sah, daß eine Determinante

des italienischen Faschismus das Projekt war, aus einer entschieden schwächeren Position den Übergang zu meistern, wobei das, was in den USA das Geld besorgte, durch Gewalt zu besorgen war. In diesem Licht zeigen sich auch jene Ziele der Kindererziehung anders: als zu den Disziplinierungsanstrengungen des nachholenden Fordismus gehörend.

Zur Ethik des Wissens, konkret, gehört, das relevante Wissbare nicht ungenützt liegen zu lassen. Gramscis Reflexionen zum Amerikanismus sind doppelt aufschlußreich, denn wieder leben wir eine Epoche des Übergangs zu einer neuen Produktionsweise, diesmal freilich im Reichtumszentrum. Man wird ohne Berücksichtigung jenes Rahmens nichts von der Gegenwart verstehen, und das Unwissen wird sich moralisch drapieren.

Die Sowjetunion ist nicht »besiegt«, sondern (von innen und sogar von oben her, anders konnte es nicht gehen) *abgebaut* worden. Von ihr ging der Umbruch der Weltverhältnisse aus. Aber in anderer Hinsicht war sie auch besiegt worden, und zwar auf der Ebene der Produktivitätsentwicklung. Der Übergang zu hochtechnologischen Produktivkräften war mit ihren befehlsadministrativen Produktionsverhältnissen nicht zu vereinbaren; deren Änderung wiederum verlangte eine Umwälzung des Ensembles der Superstrukturen. Das war die Ausgangserkenntnis des Projekts Perestrojka⁷.

Der Abbruch des Sowjetreichs, der den Weg zur deutschen Vereinigung freigab, ist selber erst ein Teil des Dramas der *Mutation des Weltindustrialismus*. Diesem Rahmen, der den Geschehnissen ihre langfristige Bedeutung gibt, den Rücken zuwendend, taumeln wir blindlings in die Zukunft.

9.

Sigmund Freud sagt in dem Aufsatz *Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten*, »daß der Mensch eigentlich nur durch Schaden und eigene Erfahrung klug werden kann«. ⁸ Schaden gibt es mehr als genug. *Wie ist das alles nur in Erfahrung zu verwandeln?* »Der Mensch« und »der Schaden« sind im deutsch-deutschen Fall weder individuell noch allgemein: es ist, als sollte der ostdeutsche Mensch den Schaden haben und der Westdeutsche der Klügere sein. Um freilich in einem weiterblickenden Sinn klug zu werden, müßte der Westdeutsche

⁷ Vgl. meine Studie über *Gorbatschow* (Hamburg 1989).

⁸ Gesammelte Werke (Imago Ausgabe) Bd. X, London 1946, 134.

zumindest auf jene Vorteile verzichten, die der »Sieg«-Automatik entspringen.

Das Durcharbeiten begänne im Ernst erst, wo es den alten Antagonismus insgesamt durch(be)griffe, wo es auch den Westen durchdränge, worin wir alle uns als Akteure in einem Drama zu verstehen lernten, das gleichgültig gegen unsere Pläne war. Ohne das wird nur ein Sieg daraus, und wenn je, dann gilt hier die Regel, *wer gewinnt, verliert*. »Rückgabe vor Entschädigung« zeitigt fortwirkende Schädigung für Millionen.

Die Stasi-Archive müssen ohne jeden Zweifel offen bleiben, das Spitzelwissen und die Einblicke in die *covert operations* der Milieu-Zersetzung, des Schicksals aus dem Dunkel, muß genutzt werden. Aber wie? Zuerst als Aufklärung über die Normalität dieser Apparate. *So also machen sie es*. Denn so machen es, wenn auch vielleicht – aber wissen wir es? – in anderen Dimensionen, die verbleibenden Gegen-Geheimapparate. Ja, sie haben sich sogar *know-how*, auf jeden Fall Spitzelwissen, in geringerem Maße Personal ihres verblichenen Gegenmonsters angeeignet. Solang diese Seite nicht mit-durchgearbeitet werden kann, herrscht die Halbwahrheit in der Maske der ganzen.

Daß und wie der Westen historisch und strukturell in die Ost-West-Geschichte verstrickt war, entzieht sich dem Denken mit der unbefragten Macht von Siegern. Ist das der Grund, daß »es« nicht in den Kopf will? Die Macht entzieht sich ihrer Durchleuchtung. Durchleuchtet wird tote Herrschaft von der lebendigen. Die Menschenschicksale hängen daran wie gleichgültiges Zubehör.

Wir tun es, aber wir wissen es nicht. Die Vorgänge sind vielschichtig – andere Schichten, andere Geschichten.

10.

Hinter den Gründen für den Widerstand, der von der sozialen Materie her objektiv das Durcharbeiten blockiert, ahne ich einen letzten, der mich subjektiv blockiert: die Angst davor, daß bei alledem unabweisbar die Vergeblichkeit der ungeheuren Kämpfe dieses Jahrhunderts herauskommen könnte. Soviel schöpferischer Enthusiasmus und so viele Opfer – wofür? Unser Sinnverständnis kann gar nicht anders, als solchem Geschichtsnihilismus zu widerstehen. Das *große Umsonst* ist eine diabolische Idee, schrecklicher noch als die Niederlage. Wenn der Widerstand gegen diese Vorstellung lebensnotwendig ist, könnte er, wie Nietzsche meinte, eine notwendige

Lebenslüge sein. Den Verzicht auf diese Lüge haben die Absurdisten einst zum heldischen Ausharren im Sinnlosen verklärt. Die Verkünder der »Postmoderne« haben versucht, die Antworten dadurch abzuwenden, daß sie die Abschaffung der Fragen proklamiert und als Befreiung gefeiert haben. Das »Ende der Großen Erzählung« erspart, sie sich zuende erzählen zu müssen, die Erzählung des Endes.

Die Frage aufgreifend hat Tilmann Moser versucht, der Schreckensgeschichte des Jahrhunderts den Hintersinn abzugewinnen, »den christlichen Totalitarismus sich auslaufen zu lassen«. Das würde mit Gorbatschows »Neuem Denken« und seiner Orientierung auf Zivilgesellschaft und Rechtsstaat konvergieren. Bei Schriftstellern und Theoretikern ist es nicht schwer, solche Tendenzen zu finden. Ging nicht Peter Weiss' *Ästhetik des Widerstands* in die Richtung der Wegarbeitung des Totalitären, die auch die späte Aktualität Gramscis als des Theoretikers der Zivilgesellschaft begründet? Der Optimismus des Herzens muß sich für solche Tendenzen engagieren; der berufsmäßig pessimistische Verstand wird ihre Schwäche und die realen Kräfteverhältnisse analysieren und die halbherzig verzweifelten und verzweifelt halbherzigen Versuche beobachten, global gestaltende politische Handlungsfähigkeit über dem unbeherrschten Naturgrund des Weltkapitalismus zu bilden, Ermahnungsstoff für die weise Machtlosigkeit der »geistigen Repräsentanten« der Menschheit.

Wenn so viele Sinnerwartungen und Handlungsziele zuschanden wurden und es so aussieht, als wären die großen Ideologien des Jahrhunderts nur Begleitillusionen gewesen für den naturwüchsig krisenhaften Stolpergang des Industrialismus, dann stehen am Ende die Fragen des Geschichtsmaterialismus radikaler, als Marx geahnt hat. Mißlungen sind die Versuche, Geschichte zum Menschenwerk zu machen – und nur als solches vermöchte sie ihre eigenen Naturbedingungen zu erhalten. Die Gattung stößt auf diesem Globus an ihre Schranken. Bei Strafe des Untergangs muß sie dazulernen.

11.

Im Schlußteil der *Ästhetik des Widerstands* findet sich eine Reflexion auf das Ende des Zweiten Weltkriegs, die unserer Reflexion nach dem Ende des Kalten Kriegs etwas mitzuteilen vermag:

»Das Exil war zu Ende, und jetzt war es, als habe es uns doch einen Halt gegeben und als ginge uns der Boden erst verloren, als es darauf ankam, irgendwo Fuß zu fassen.«

Pluraler Marxismus und Offene Gesellschaft

Im Gespräch mit Ralf Dahrendorf

Ihr Buch¹, Herr Dahrendorf, hat den Untertitel, den historisch anspielungsreichen, »Brief an einen Herrn in Warschau«. Ich habe wohl verstanden, daß Warschau auch bei uns ist. Auch in Berlin. Und ich habe versucht, mit einem Brief an einen Herrn in Oxford zu antworten. In dem Brief hätte ich etwa so angefangen: »Verehrter, Sie werden mich nicht kennen. Unsere Bekanntschaft ist einseitig geblieben. Auch, wenn ich mit Ihnen in vielem nicht übereinstimme, so haben mich doch Ihre Gedanken immer wieder begleitet. Auch, indem sie mich zum Widerspruch und damit zum Nachdenken reizten. Und es erwies sich über die Jahre, daß es möglich ist, ein Verhältnis der Kritik mit Respekt und sogar mit einer Sympathie auf Distanz zu verbinden. Zumal es Berührungspunkte gab.«

Nun ist aber heute meine Rolle eine doppelte. Ich soll eine Diskussion eröffnen, d.h. widersprechen und nicht hauptsächlich Harmonie pflegen. Und zweitens: Ich muß jetzt hier in die Charaktermaske des Nicht-Marxisten treten und irgendwie vor Ihnen versuchen, ob das noch geht, und wie. Das ist eine Doppelaufgabe. Ich werde versuchen, die beiden miteinander zu verbinden. Das wird sicherlich nicht immer sehr elegant sein, weil es viel zu viele Probleme gibt.

Ich glaube, daß die Berührungspunkte, die ich empfinde, wenn ich Herrn Dahrendorf zuhöre oder sein Buch lese, zugleich die Punkte sind, an denen die Auseinandersetzung sich führen läßt. Das ist wie beim Tauziehen. Da müssen sich ja beide Seiten berühren. Wenn da kein gemeinsames Tau ist, dann kann die eine Kraft gar nicht gegen die andere Kraft gerichtet werden. Und da muß ich gleich eine Erklärung vorwegschicken. Diese Berührungspunkte überhaupt zu behaupten, ist etwas, das ich mir herausnehme. Denn Herr Dahrendorf bestreitet, daß es sie gibt. Das mindeste, was er zu mir sagen würde, ist das, was er über Peter Glotz gesagt hat, daß nämlich »lößliche Empfindungen sich mit konfusen Gedanken und einer beträchtlichen Unkenntnis der europäischen Tradition verbinden«.

1 Ralf Dahrendorf, Betrachtungen über die Revolution in Europa, Stuttgart 1990.

Die Flagge, die Sie zeigen, verehrter Herr Dahrendorf, trägt ihr Symbol von Popper, den Namen der »offenen Gesellschaft« und es gibt eine Reihe von Konzepten, mit denen Sie diese denken. Wir haben heute das Konzept der »Bürgergesellschaft« gehört. In Ihrem Buch sagen sie noch »bürgerliche Gesellschaft«. Damit hatte ich mehr Schwierigkeiten. Bürgergesellschaft erscheint mir eine interessante Verschiebung. Es ist ein neuer Versuch von Ihnen, einen Grundbegriff westlicher politische Philosophie ins Deutsche zu übersetzen. Sie sagen in Ihrem Buch mit Recht, wie »mißlich« es ist, daß wir verflixten Deutschen an dieser Stelle nur den Ausdruck »bürgerliche Gesellschaft« haben, wo die Angelsachsen die »civil society«, die Franzosen die »société civile« und den »citoyen« im Unterschied zum »bourgeois« haben. Und so wenig man singen könnte »Aux armes, bourgeois!«, sondern den citoyen, den citizen und die citizenship braucht, so sehr brauchen wir im Deutschen die sprachliche Möglichkeit, einen Unterschied zu machen. Ich bin übrigens nicht Ihrer Meinung, daß der Ausdruck »Zivilgesellschaft« nur ein »schamhafter Ersatz« ist. Aber es kommt natürlich auf die Sache an. Und der Sache nach müßten Sie das Gefühl haben wie der Hase im Wettlauf mit dem Igel. Bei der Bürgergesellschaft vermuten Sie sich am entgegengesetzten Pol zum erledigten marxistischen Denken; nun ist aber der führende Denker der »Bürgergesellschaft« im 20. Jahrhundert ausgerechnet ein Marxist. Um die historische und politische Erkundung der »Bürgergesellschaft« bzw. *società civile* oder Zivilgesellschaft kreist das Hauptwerk dieses Autors. Ich spreche natürlich von Antonio Gramsci. Wenn Sie mir zwanzig Jahre voraus waren mit Ihren Einsichten, daß totalitäre Regierungen ihre Macht untergraben, wenn »sie sich auf Unterdrückung als Methode der Konfliktbewältigung verlassen«, so war Ihnen, mit Verlaub gesagt, Gramsci um weitere dreißig Jahre voraus, denn um das Problem geistiger Hegemonie und um die Notwendigkeit von Konsens ging es in seinem in neue Gefilde vortastenden und in seinem Verfahren durchaus anti-systemischen Denken. Der Zusammenhang, in dem Gramsci das tut, ist alles andere als zufällig: es ist die ungeheuerliche Niederlage der modernen Arbeiterbewegung gegenüber dem Faschismus. Das gesamte Denken der *Gefängnishefte* Gramscis kann als Versuch der Selbstkritik gelesen werden: die theoretischen Grundannahmen und die politische Methodik der Kommunistischen Internationale werden einer radikalen Prüfung unterzogen, und der Versuch wird gemacht, Politik neu zu denken.

In Ihrem Buch gibt es eine Nebenbemerkung, wo Sie sagen, es

gebe »Hunderte von Seitenarmen des Marxismus«, die nun in den »Riesefeldern der ausgelaufenen Geschichte ... enden«. Aber das Denken dieses Antonio Gramsci zum Beispiel ist mitnichten erschöpft. Im Gegenteil, man kann es erst jetzt richtig entdecken. Das heißt nicht, daß nichts daran überholt wäre oder daß wir dort die Lösungen für unsere Probleme fänden. Aber dort findet sich eine Frage, die von einer anderen Seite kommend, sich mit der Ihrigen trifft. Ich wollte eigentlich nur erreichen, daß Sie diese Berührungspunkte nicht verleugnen.

Sie scheinen der Überzeugung zu sein, daß die Orientierung auf eine offene Bürgergesellschaft sozusagen mit marxistischem Denken unvereinbar ist. Das kommt – in aller Unbescheidenheit sei es gesagt – aber nicht einfach daher, daß ich in der Provinz lebe und meine Botschaften nicht zu Ihnen gedrungen sind. Seit fast eineinhalb Jahrzehnten bemühe ich mich, innerhalb marxistischen Denkens, nicht nur in der Bundesrepublik, wenn man so will, das Konzept einer offenen »anti-systemischen« Theorie zu forcieren. Die Suchmeldung ist die: ausgehend von der stalinistischen und postleninistischen Erfahrung, stellen wir uns die Frage und stellen wir uns der Frage: kann es so etwas wie einen Sozialismus der Zivilgesellschaft – und das ist nichts anderes als Ihre »Bürgergesellschaft« – geben? Das ist eine kontinuierlich verfolgte Frage in meiner intellektuellen Biographie seit über einem Jahrzehnt, so daß Ihre Lösungswörter viele Berührungspunkte markieren. Berührungspunkte, bei denen ich aber sofort um meinen Skalp kämpfen muß, weil Sie sozusagen qua Definitionsmacht die Möglichkeit, daß sich auf diesem Feld radikal rivalisierende Auffassungen tummeln können, ausschließen möchten. Obwohl dies, wenn ich es recht verstehe, ein Widerspruch in Ihrem Konzept ist. Ich muß unseren Zuhörern vielleicht erläutern, daß für das Denken in der Nachfolge Karl Poppers, vor allem wie es Ralf Dahrendorf im Feld des Politischen, auch Verfassungsrechtlichen ausarbeitet, der Begriff des »Systems« ein negatives Reizwort ist. Alles, was sich abschließt, was sich sozusagen als System gegen andere Systeme fixiert, gilt hier entweder als System der Unfreiheit oder doch als etwas, das in Unfreiheit führt, während das Konzept der »offenen Gesellschaft« für Freiheit bzw. für den Weg in die Freiheit steht. Sie geben deutlich zu verstehen, Herr Dahrendorf, daß Sie solche Offenheit für die Ausschließung marxistischen Denkens halten. Die Kritik am Systemdenken dieser Art gehört nun aber bei uns ins Proseminar der Beschäftigung mit Marx, und das seit einem halben Menschenleben: der Bruch mit

Hegel und – wie Althusser, ein bedeutender französischer Marxist, gesagt hat – dem Hegelschen Denkmodell der »expressiven Totalität«, einer Art totalitären Logik, gehört bereits zum ABC der intellektuellen Vita einer ganzen Generation. Nicht nur in diesem Land, sondern im ganzen Westen.

Was ich über den Marxismus der offenen Gesellschaft gesagt habe, erklären Sie für meine Privatsache, die niemand interessiere. Aber mir geht es darum, daß die Art, wie der große Ralf Dahrendorf über Marx spricht, nicht seine Privatsache ist. Im Ernst, das ist ein Beispiel für den öffentlichen Gebrauch Ihrer Vernunft, der selbst wieder dem Diskurs unterliegt. Wenn Sie in Ihren Betrachtungen über die Revolution in Europa (wie zuvor woanders) schreiben, Marx bestreite, daß die Menschen selbst handeln könnten, für ihn seien das nur ökonomische Kategorien, die sich da bewegen usw., dann muß es möglich sein, öffentlich zu erwidern: Verehrter Sir Ralf, das ist nicht Marx, was Sie da schildern. Erinnern Sie sich bitte an die erste Feuerbach-These mit der radikalen Kritik an der Eliminierung des Handelns durch allen bisherigen Materialismus. Anders wäre doch auch das Denken von Marx für uns längst erledigt gewesen.

Thomas Meyer hat davon gesprochen, daß in der Zeit des Abbruchs des Kommunismus im Osten selbst die Sozialdemokratie erhebliche Dreckspritzer abbekommen hat. Erst recht gilt das für die intellektuelle Tradition, in der ich mich bewege, also für ein Denken, welches entscheidende Impulse von Marx empfangen hat. Zur Zeit herrscht ein Siegestaumel, ein Fertigmachen, ein Abschreiben – da muß man als Intellektueller ganz einfach widersprechen, wenn man sich nicht aufgeben will. In einer solchen Zeit muß ich doch die Möglichkeit zum Einspruch haben. Ihren Einwand, es sei meine Privatsache, wenn ich versuche, dem öffentlich zum Sündenbock gemachten Marxschen Denken Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, lasse ich daher nicht gelten. Es wäre auch nicht meine und Ihre Privatsache, hätte ich in meinem Perestrojka-Journal geschrieben: »Dahrendorf bekennt sich zu Friedman, Friedman ist einer der wichtigsten Inspiratoren des Pinochet-Regimes, also ist Dahrendorf usw.« Das wäre, in der Öffentlichkeit behauptet, keineswegs unsere Privatsache. Aber verstehen Sie mich bitte richtig: Ich wollte nur, daß Sie wissen, es gibt im marxistischen Denken Strömungen, die essentielle Berührungspunkte mit Ihrem Denken haben. Die politische Kultur gedeiht einfach besser, wenn nicht grobe Verzeichnungen, sondern sachliche und bei allen Unterschieden intellektuell

solidarische Auseinandersetzungen geführt werden können. Im übrigen trage ich das Klischee »Marxismus« nicht vor mir her. Ich wurde in dieser Diskussion als Marxist angekündigt, und wenn man mich einen Marxisten nennt, dann sage ich nicht nein. Das verbietet mein protestantisches Erbe. Aber der Begriff Marxismus hat vielleicht zur Zeit wenig Sinn. Ich habe sogar vorgeschlagen, diesen Begriff für eine Weile auszusetzen. Also das ist nicht der Punkt.

Worum ich Sie geradezu bitten möchte, das wäre, in Ihrer Terminologie zu prüfen, ob bei der Verwendung des Begriffs »Marxismus« nicht künftig doch differenziert werden müßte, zwischen dem westlichen Marxismus, der sich in den letzten zwei, drei Generationen herausgebildet hat und der Staatsideologie im Osten, die sich selber nicht Marxismus nannte, sondern Marxismus-Leninismus. Zwischen diesen Denkrichtungen herrschen Gegensätze, die ebenso groß sind, vielleicht sogar größer noch schärfer als der Gegensatz zwischen Ihrem Denken und dem Marxismus-Leninismus. Und das dürfen sie bitte nicht zurückführen auf Fraktionsmentalität, Pfaffengezänk oder so etwas. Sondern das Problem, welches der westliche Marxismus gestellt hat, war das eben eingangs genannte. Und das ist ein Problem, bei dem wir uns mit Ihnen berühren: das Problem einer offenen Theorie, die eine Theorie sein kann in einer offenen Gesellschaft. Ich hätte es früher nicht so formuliert. Ich mußte sehr viele Lektionen absolvieren in den letzten Jahren – vor allem 1989/1990. Aber der Sache nach war es das. Das Schlagwort, mit dem ich selber über ein Jahrzehnt durch die Lande zog, nachdem ich selbst es angehängt bekommen hatte wie ein Ticket, war der »plurale Marxismus«. Das war genau das Konzept, welches dieses Programm einer sozialistischen »offenen Gesellschaft« bezeichnete.

Vieles, was Sie über die Mechanismen des alten Regimes im Osten schreiben, kann ich fast wörtlich bei mir finden, wenn auch vielleicht etwas später. Sie zitieren es von sich aus dem Jahre 1959, ich könnte nur bis 1979 gehen. Ich bin auch etwas jünger und außerdem habe ich länger gebraucht. Aber die Parallelen sind da. Zum Beispiel, daß das Sicherheitskonzept des Ostens, welches auf Kontrolle und Repression setzte, zum größten und tödlichen Sicherheitsrisiko eben dieser Gesellschaft geworden war. Das ist ein Satz, den finde ich bei mir 1979, bei Ihnen aber 1959.

Also hier sind Berührungspunkte, und gleichzeitig sind diese Berührungspunkte aber Gegenstand des Tauziehens. Ich will an diesem Tau jetzt einmal ziehen. Gerade wenn ich bestimmte Ihrer methodischen Grundlagen akzeptiere oder daran entscheidende Punkte

teile, kann ich nicht mitmachen bei dem Gebäude, das Sie darauf errichten. Ich gebe ein Beispiel. Wir sind Zeugen des Endes des historischen Kommunismus. Er ist nicht besiegt, er ist strenggenommen noch nicht einmal zusammengebrochen, sondern als Ergebnis einer Abrißarbeit, die zunehmend bewußt geführt wurde, als Ergebnis dieser Wandlung eines Umbauprojekts, welches zum Abbauprojekt wurde, aus dieser Weltordnung verschwunden. Über dieses Ende gibt es natürlich keinen Zweifel.

In Ihrem Buch verbinden Sie das mit einem knappen Dutzend anderer Enden, die ich allesamt für problematisch halte. Zum Beispiel das »Ende der Arbeiterklasse« halte ich für falsch. Die Arbeiterklasse hat sich verändert. Sie ist nicht mehr die des Massenarbeiters der sechziger Jahre. Aber selbstverständlich gibt es eine Arbeiterklasse. Sie fällt auch nicht zusammen mit dem, was sozusagen durch die Lohntüte als Arbeiter definiert ist. Auch Angestellte gehören dazu. Sie fällt auch nicht zusammen mit einem Montanarbeiter oder einem Industriearbeiter im engeren Sinn. Man diskutiert Fragen veränderter Zusammensetzung seit langem etwa unter dem Titel der »neuen Schichten der Arbeiterklasse«. Diese ist auch in verschiedenster Hinsicht hochgradig fragmentiert. Aber sie für verschwunden zu erklären, halte ich für falsch. Mehr noch, ich halte es sogar für riskant. Ich möchte das zeigen im Vergleich mit anderen Enderklärungen.

Selbstverständlich erklären Sie den Klassengegensatz deshalb, weil die Klassen verschwunden sind, für nicht mehr existent. Auch das halte ich für falsch. Er existiert national und global auf verschiedene Weise.

Ferner halten Sie die gesamte politische Ordnung, die aus dieser Gegensatzstruktur der Politik ursprünglich erwachsen ist mit der Sitzordnung im Parlament, dem Rechts-Links-Schema, für veraltet. Sie sagen, diese Ordnung habe total ihren Sinn verloren – so etwa wörtlich. Ich weiß, daß vieles daran seinen Sinn verloren hat. Ich selber empfinde das auch. Viele meiner ererbten linken Auffassungen halte ich für so veraltet wie die Schützengräben aus dem Ersten Weltkrieg, die man als Tourist noch besuchen kann: der Konflikt ist überhaupt nicht mehr nachvollziehbar. Und so geht es mir bei ganz vielen ererbten Fronten, bei dem, wogegen ich sein soll, bei dem wofür ich sein soll. Vieles ist veraltet. Aber der Gegensatz entspringt immer wieder neu. Er wird immer wieder neu entspringen, wo sich die Geister scheiden am Verhältnis zur Herrschaft, am Verhältnis zur sozialen Not und Ungerechtigkeit. Auch hier halte ich die

Enderklärung also für falsch, und ich halte sie sogar für verhängnisvoll. Ich will das an einem Beispiel zeigen.

Unser Land ist im Moment überzogen von einem Feuer von Fremdenverfolgungen, die sich womöglich gefährlich ausweiten könnten, die aber jetzt schon einen sehr beängstigenden Grad erreicht haben. Ich denke, daß die Dynamik, die hinter diesem Feuer steht, so etwas wie eine verschobene soziale Dynamik ist. Vieles an diesem Feuer ist Folge des Crash-Kurses, den wir vom Westen aus gegen die vormalige DDR gefahren haben. Das heißt, einer Politik, die dazu geführt hat, wie man von vornherein wußte, daß praktisch über Nacht der Zusammenbruch der dort gewachsenen Strukturen, zuvörderst in der Ökonomie, sich ereignen mußte. Ein Stück der Dynamik der Konflikte, der Verzweiflung, der menschlichen Not vielfältigster Art, die aus diesem Zusammenbruch im Osten gefolgt ist und immer noch folgt – die Zahl der Arbeitslosen nimmt immer noch zu, die Zahl der Perspektivlos-Sich-Fühlenden nimmt immer noch zu – sehen wir doch wohl alle in der sich entladenden, geradezu schon pathologischen Abreaktion an ethnisch »fremden« Gruppen, die sich dafür eignen. Im übrigen blieb es dabei nicht, sondern es kam schon zu Straßenschlachten, und es wird vielleicht Tote geben – ich hoffe, daß ich mich irre. Denn der nächste Feind ist nicht der ethnisch Fremde, sondern der, der dazwischen tritt und sagt: Du kannst doch diesen nicht als deinen Feind behandeln. Es gab schon bewaffnete Angriffe auf solche Personen. Das heißt, die Konflikte verschieben sich zurück ins Innergesellschaftliche. Wenn man sich aber der Möglichkeit beraubt, die Strukturen und Gegensätze in der Gesellschaft, das Krisenpotential der Gesellschaft, zu denken, und dazu brauche ich den Begriff der Klassen, wird man sich auch einer Möglichkeit berauben, diese Konflikte bearbeitbar zu machen.

Das, was man »Rassismus« nennt, ist nach meiner festen Überzeugung nicht als Rassismus bekämpfbar. Im Gegenteil. Wenn ich die Leute als Rassisten denunziere, erkläre ich ihnen: werdet es! ich schlage sie einer Einheit zu, von der sie gar nicht ausgingen. Wenn es dagegen gelänge, dieses Bündel von Konflikten wieder zu entwirren, dann könnte ich hoffen, die Konflikte in einer bearbeitbaren Form ins Gesellschaftliche zurückzuübersetzen.

Lassen Sie mich aus dem Umkreis der vielen möglichen Fragen einen letzten Komplex ansprechen. Und zwar möchte ich Sie noch einmal einladen zu einem Stückchen theoretischer Reflexion. Wieder gehe ich zu einem Berührungspunkt. Die ökonomische

Grundlage der offenen Gesellschaft formulieren Sie etwa so, daß Sie sagen, es bedarf einer ökonomischen Ordnung, die Individuen und ihre Initiative von Grund auf freisetzt. Nun möchte ich Sie überraschen mit der Erklärung, daß das ganz genau auch meine Frage ist. Und doch kann ich davon überzeugt sein, daß ich in der Nachfolge von Marx denke. Mehr noch, es ist sogar so, daß, wenn Sie mich fragen, woran dieser sogenannte Kommunismus kaputtgegangen ist, ich das so erklären würde: Er ist nicht durch Außeneinwirkungen kaputtgegangen. Er ist an seinen eigenen Produktionsverhältnissen gestorben, den Verhältnissen, die die Menschen in der Produktion eingehen mußten. In der Gesellschaft war dies ein Verhältnis zu einem Staat, der die Arbeitenden anordnete im doppelten Sinn: Er setzte die Individuen auf ihre Plätze und ordnete an, was dort zu geschehen habe. Dazu setzte er eine Parallelhierarchie ein, die zu kontrollieren hatte, ob das auch geschah. Und wahrscheinlich noch eine, die kontrollierte, ob die Kontrolleure kontrollierten. Das war ein staatliches Produktionsverhältnis. Diese »staatliche Produktionsweise«, wie Henri Lefebvre sie bezeichnet hat, lähmte die Eigen-tätigkeit, lähmte die Initiative, zerstörte praktisch die Menschen als Handelnde. Übrigens finden Sie solche Analysen mit den Begriffen Produktionsverhältnisse, Produktivkräfte und dem Begriff der Revolution in Reden von Gorbatschow aus den Jahren 1983 und 1984 angedeutet. Seine Position war damals schon: Es ist nicht irgend-etwas falsch, sondern die Produktionsverhältnisse sind falsch – was ganz traditionell marxistisch gedacht ist. Die Produktionsverhält-nisse waren die entscheidenden Fesseln geworden, in denen sich jene Gesellschaft gefangen hatte. Deswegen, fuhr er fort, kann es auch nicht dabei bleiben, irgendetwas zu ändern. Es muß der Zusammenhang der Verhältnisse in der Produktion mit den Verhält-nissen in den Medien, mit denen in der Politik, mit denen in der Schule, kurz, der gesellschaftliche Gesamtzusammenhang umge-wälzt werden. Das ist die Definition einer Revolution in klassischen Begriffen. Daß das, was Gorbatschow daraus gefolgert hat, sein Pro-jekt eines Umbaus der Gesellschaft zu einem »demokratischen Sozialismus«, gescheitert ist, ist eine bittere Erfahrung für mich, der ich natürlich gehofft habe, es würde möglich sein. Daß dieses Pro-jekt gescheitert ist, beseitigt aber nicht die Frage, von der es ausging. Eine Frage nach einer Gesellschaftsordnung, die, so gut es geht, so viele Menschen wie möglich freisetzt zur Mitarbeit an der Produk-tion des Lebensnotwendigen und der Gestaltung unserer Beziehun-gen zueinander und zur umgebenden Natur.

Wenn ich mir Ihre Definitionen ansehe, passen sie zu dem Gedanken. Nehmen wir zum Beispiel die Firma Siemens – um die 300 000 Konzernangehörige –, ein transnational operierendes, praktisch in allen Kontinenten aktives Unternehmen, welches die Initiative dieser 300 000 Individuen nur sehr begrenzt freisetzt. Oder anders gesagt: es ist nur eine kleine Elite, die hier den Status hat, den Sie doch in Ihren Formulierungen ganz allgemein den Menschen zusprechen. Da tun Sie mit Ihren Formulierungen einen Schritt ins Reich der Ideologien. Weil nämlich die Formulierungen suggerieren: wir haben dieses Reich der Freiheit schon. Wir haben es aber nicht. Und deswegen glaube ich auch nicht an das »Ende des ideologischen Zeitalters«. Wir haben ein neues ideologisches Zeitalter mit ungeheuren neuen Vulgärreligionen und -mythen. Und im Zentrum steht vielleicht ein neuer Kult mit neuen Eliten als westliches Gegenstück zur östlichen Nomenklatura, ein neuer Kult von Eigentums-erwerb auf Kosten von anderen, ein neuer Kult eines allgemeinen Joggings auf dem Weg der Karriere.

Hier füge ich gleich eine Verblüffung an, die ich beim Lesen des Buches hatte. Vielleicht habe ich an der Stelle nicht sorgfältig gelesen: Sie sprechen – in anderen Worten – vom Auftauchen einer neuen Weltordnung, die aus dem Vorgang entsteht, daß, wie Sie sagen, »die Erste und die Zweite Welt nun wiedervereinigt werden in etwas, das noch keinen Namen hat«. Ich habe mich sofort gefragt, was ist mit der Dritten Welt? Was ist mit der großen Mehrheit der Menschen? Ist denn dieser Diskurs nicht ein Diskurs wie in einem »machtgeschützten Inneren«, wie Georg Lukács über Thomas Mann einmal gesagt hat? Blenden Sie hier nicht die entsetzliche Offenheit unserer Flanken ringsumher aus? Also meine Frage wäre, wie Sie diese Problematik einbeziehen.

Ich bin kein Missionar einer geschlossenen Ideologie, sondern ich rufe eine Frage in Erinnerung. Das ist etwas ganz anderes. Die Frage ist nämlich offen. Ich habe keine Lösung, vielmehr ein Bündel von Fragen. Und es sieht sogar so aus, als ob unsere ganze Menschheit im Moment sehr arm an Lösungen wäre. Es ist nicht so, daß man die Fragen des Lebens vom Tisch bekäme wie die Offizial-Ideologie Marxismus-Leninismus. Sondern die Fragen sind entsetzlich unauf-schiebar – mehr denn je. Marx lebte noch in der Zeit der Postkutsche und glaubte allen Ernstes, er würde die Weltrevolution auf dem damaligen Niveau der Produktivkräfte erleben. Wir haben uns katalpultiert in eine immer größer und kaum mehr gestaltbare Dynamik

der globalen Entwicklung, und wer von uns kann sich gegen den Gedanken wehren, daß es eines Tages auch zu spät sein könnte? Ich hoffe, Sie haben verstanden, daß das Berührungspunkte sind, bei denen ich das Tauziehen aufzunehmen versucht habe.

Ein letzter Punkt, der den Zusammenhang Ihres Denkens mit dem ostdeutschen Drama betrifft. Denn ich wollte einen großen Vorwurf an Ihr Denken richten: Ist denn nicht Ihre Theorie, so wie sie in den Betrachtungen dargelegt ist, im Grunde die Theorie dessen, was wir Westdeutschen gegenüber den Ostdeutschen derzeit machen? Ist es nicht doch die Theorie des Crash-Kurses, der gegen die konkurrenzschwächere Ostwirtschaft gefahren worden ist? Sie lehnen ausdrücklich ab, was Christian Lutz in der Neuen Zürcher Zeitung Anfang Januar 1990 vorgeschlagen hatte: einen »interkulturellen Dialog« zwischen dem Westen und den Demokratisierern des Ostens zu führen. Es genügt Ihnen, daß Lutz die »rituellen Wettkämpfe zwischen mehrheitsbildenden Scheinalternativen« ersetzen will durch »engagierte Auseinandersetzungen zwischen politischen Programmen« und daß er »menschlicher Wärme, Empathie und Solidarität« das Wort redet, um ihn, weil er eine Utopie verfolgte, in die Nähe von »Totalitarismus« zu rücken. Die Vorstellung, daß Elemente von den östlichen Reformen übernommen und mit Bewährtem unserer Gesellschaftsform verbunden werden könnten, lehnen Sie schneidend ab. Bis dahin war ich Ihrer Darlegung in vielem mit Sympathie gefolgt, bis ich plötzlich zusammenschrak, weil ich unmerklich auf einen Weg geführt worden war, auf dem ich plötzlich dem Crash-Kurs, den ich verheerend fand, zustimmen sollte. Es würde Diskussions-Zeit verlangen, mögliche Alternativen von 1989 nach-zu-denken und eine andere Politik der deutschen Einheit durchzuspielen, um intellektuellen Freiraum und politische Phantasie zurückzugewinnen, und diese Zeit haben wir jetzt leider nicht. Aber ich bin sicher, daß die Pathologie der deutschen Vereinigung uns noch viel Zeit (und das ist das mindeste) kosten wird.

Zum Schluß nur noch zwei »Stich«-Punkte zu Fragen, wo, wie ich finde, Ihre Aussagen nicht unwidersprochen bleiben dürfen: Sie sprechen von der »Wiedervereinigung der Sprache in Europa«. Nein. Wir sprechen sehr verschiedene Sprachen, gerade auch in Deutschland, wo wir dieselbe Grammatik, dieselbe Lexik benutzen. Aber in Ost und West merkt man erst jetzt, wie verschieden die Sprache ist, nachdem keine Obrigkeit mehr da ist, die dafür sorgt, daß sie verschieden sein soll. Und das zweite: Sie loben einen klugen Mann, weil er auf die Bemerkung, aus dem Osten sei bisher seit

1989 noch keine neue Idee gekommen, geantwortet habe: die Zeit für neue Ideen ist vorbei. Die Zeit für neue Ideen ist aber nicht vorbei, wenn es nicht auch mit unserer Zeit vorbei sein soll.

Warum ich die Gerechtigkeitskomitees unterstütze

Gespräch mit J.W. Woldt

Was sagen Sie zu dem Vorwurf, Sie seien einer der linken Intellektuellen aus dem Westen, die der DDR immer noch nachtrauern, deren Träume zusammengebrochen sind und die jetzt hoffen, mit dem Ost-Komitee sei irgendwas am Entstehen, was diese zurückbringt?

Wenn ich nachtrauere, dann allenfalls dem, was 1989 so zwischen November und Dezember möglich schien. Mein Grund, jetzt den Aufruf zu unterschreiben, sitzt im Westen. Im Westen hat der Rechtsstaat gelitten seit 89. Im Westen sind die liberalen Errungenschaften zum Teil bedroht. Im Westen ist der Sozialstaat in Bedrängnis. Und das hat etwas zu tun mit dem Beitritt. Man kann es vielleicht so formulieren: Der Beitritt hat etwas Paradoxes vollbracht. Es wurde ein Vertrag geschlossen, der zum Inhalt hatte, daß der Verhandlungspartner alsbald verschwand. Dies hat dazu beigetragen, daß, wie jeder weiß, das Westsystem in Politik, Verwaltung, Ökonomie und Medien, ja sogar in der Kultur einfach gen Osten vorgeschoben wurde. Natürlich bildete bei alledem das Verhalten der Mehrheit der DDR Bevölkerung einen entscheidenden Faktor. In meinen Augen – zugegebenermaßen denen eines voreingenommenen westlichen Linken – sah es so aus, als hätten sie sich anstelle des roten Obrigkeitsstaates einfach einen schwarzen gewählt und würden nun wie Objekte der Versorgung warten, daß man ihnen die Leistungen von oben zuwendet. Das klingt vielleicht sehr westlich. Aber genau das: westlich sind eben auch meine Motive. Der passive Paternalismus aus dem Osten ist für Demokratie und soziale Bestrebungen gefährlich. Ich sehe nun in diesem Komitee eine Chance, daß sich Leute, die bisher zu Objekten teils sich selber hatten machen lassen, teils gemacht worden waren, daß diese sich nun ein Stück weit in Subjekte verwandeln, mit denen die Parteien und Regierungen mehr rechnen müssen.

Also, Ihnen geht's nicht darum, diesen verschwundenen Vertragspartner in irgendeiner Form auferstehen zu lassen, sondern um eine Art Wiedergeburt jenes Geistes, der die sogenannte »friedliche Revolution« von 1989 beseelte. Wie kann das heute aussehen?

Natürlich kann der juristische Partner nicht wiedererstehen. Aber was entstehen kann, sind Formen, die einer parlamentarischen Demokratie angemessen sind: Formen von Öffentlichkeit, Formen der außerparlamentarischen Willensbildung, die den Zweck hat, auf die parlamentarische Willensbildung Einfluß zu nehmen. Um es mal grob zu sagen: es geht um eine Lobby. Da sind regionale Interessen, die verletzt sind. Und wenn sich keine regionale Lobby bildet, die diese Interessen vertritt, wird sie niemand vertreten. So läuft dieses System. Und jetzt möchte ich auf einige Aspekte aufmerksam machen, die auf den ersten Blick paradox aussehen.

Der erste Aspekt ist der: Indem sich Ostdeutsche zu einer Ost-Lobby formieren, kommen sie vielleicht zum ersten Mal in den »westlichen« Formen der Politik an. Interessenlobby zu machen ist der westlichen Politikstruktur angemessen. Wer nicht für seine Interessen eintritt, hat verloren.

Der andere Aspekt: Wenn dieses Komitee, was man noch nicht weiß, Erfolg haben sollte, dann wird es ein Erfolg sein, der das Komitee selber abschafft. Damit meine ich folgendes. Es geht ja schließlich nicht um eine neue Partei. Parteien gibt es genug. Es geht um eine Laus im Pelz der Parteien. Ich rechne damit, daß dasselbe passiert, was seinerzeit passiert ist nach der Gründung der Grünen. Die sind allerdings eine Partei, aber dieser Unterschied tut hier nichts zur Sache. Alle anderen Parteien haben damals angefangen, sich in grüne Parteien zu verwandeln. Und sie versuchten sich wechselseitig darin zu übertreffen – Sozialdemokraten, aber auch die CDU. Die FDP verlangte Umweltschutz als Staatsziel und so weiter. Entsprechendes wird hier passieren, das heißt, es wird ein Provokationseffekt ausgehen. Aber was heißt »wird«: in gewissem Umfang ist er ja schon da. Dieser Effekt wird sich daran ablesen lassen, daß sich die Einflußgrößen in den »Bonner« Parteien etwas verschieben. Ist es nicht interessant zu sehen, wie die Initiative sofort bewirkt hat, daß ein Politiker wie Heiner Geißler zu Wort gefunden hat? Der FAZ, sonst eher gegen ihn, war er plötzlich ein geschätzter Stichwortgeber. Geißler hat praktisch ein Programm dessen aus dem Hut gezogen, was jetzt im Osten geschehen müßte. Das meiste an diesem Programm kann ich nur unterschreiben. Er wäre aber weder aus dem Hut gezogen worden, noch wäre es in die Medien gekommen, wenn dies Komitee nicht gegründet worden wäre. Es ist ja auch gar kein neues Programm, sondern nur halt ein solches, das in den bisherigen Kräfteverhältnissen keine Chance hat. Das Programm umfaßt etwa folgende Stichpunkte: Im Osten muß eine Industriepolitik

her, um die regionale Entindustrialisierung zu stoppen. Das verlangt aber, daß man eine Heilige Kuh schlachtet, die so etwas wie ein religiöses Glaubensbekenntnis ist. Auch das hat Geißler formuliert: »Der Grundfehler war, zu glauben, der Markt werde alles richten.« Stimmt genau! Das läuft auf etwas hinaus, was von vielen Leuten schon lange gefordert wird und vielleicht jetzt eine Chance erhält: daß die Funktion der Treuhand auf die einer industriepolitischen Agentur umgestellt wird. Das bedeutet natürlich zugleich, daß eine andere Forderung durchkommen muß, die auch schon immer erhoben worden ist aber nie Gehör gefunden hat: daß bei Ansprüchen von Alteigentümern Entschädigung vor Rückgabe geht. Wie jeder weiß, hat diese Forderung eine doppelte Bedeutung: Für Millionen ostdeutscher Menschen hieße ihre Durchsetzung, daß sie endlich nicht mehr Angst haben müßten um ihr Haus, ihr Grundstück usw., für viele Unternehmer wiederum würde es bedeuten, daß die ungeklärten Eigentumsverhältnisse nicht länger die Investitionen blockieren.

An Geißlers Forderungen konnte man also die mögliche Wirkungsform des Komitees bereits zwei Tage nach der Gründung ablesen. Wenn es denn überhaupt wirkt, dann wird die Hauptwirkungsform die sein, innerhalb der vorhandenen Parteien Leute weiter nach vorn zu bringen, die abweichen von einer mechanischen Markt-dogmatik.

Was das Projekt von Anfang an stark umstritten machte, sind seine beiden führenden Protagonisten Gysi und Diestel. Zweifellos besitzen sie eine gewisse Faszination, aber die Lauterkeit ihrer Motive ist für nicht wenige zweifelhaft. Woher rührt Ihr Vertrauen?

Na, die übrigen muß man sehr davon unterscheiden. Die beiden genannten sind tatsächlich politische Begabungen, und es gibt keinen guten Politiker, der nicht ein Element von Populismus in sich hat. Für die deutsche Politik der Gegenwart ist es schade, daß Gysi auf Grund der historischen Konstellation sein politisches Talent weniger produktiv anwenden kann, als dies sonst möglich wäre. Aber es ist unwahrscheinlich, daß seine Partei aus dem Schatten der SED herauskommt, und das wird auf absehbare Zeit die Situation bestimmen. Das dürfte für Gysi auch der Grund gewesen sein, eine solche »unseriöse« Politikform zu unterstützen.

Aber der Populismus der beiden beschwört doch die Gefahr, daß die Resonanz auf den Gründungsappell alles in allem zu mager für die von Ihnen erhofften Wirkungen bleibt. Ist dies der richtige Ansatz?

Sie haben völlig recht. Ich bin weder sicher, ob das Erfolg hat, noch bin ich sicher, ob die Risiken für jemanden wie mich, bei so etwas den Namen herzugeben, von mir vernünftig kalkuliert sind. Aber es ist nun mal die erste Form überhaupt, daß sich eine eigenständige politische Artikulation im Osten diesseits der Parteien versucht. Wenn ich wählen könnte, würde ich mir vielleicht eine andere Geschichte aussuchen. Die könnte so sein: Es hätte sich tatsächlich die Tradition der Runden Tische in irgendeiner Form gehalten. Diese Tradition stünde unter dem deutlichen Einfluß der Demokratiebewegung, und ihr Politikmuster wäre dadurch bestimmt, daß dort kein Ausschließen herrscht, keine Ghettoisierung etwa der aus der SED hervorgegangenen Reformkräfte. So war das bei den Runden Tischen 1989/90.

Wären Bündnis 90 oder das Neue Forum nicht doch die geeigneteren Partner, um den spezifischen Ostinteressen eine breitere Basis zu geben?

Ja und nein. Ja, weil sie die glaubwürdigsten Vertreter dieser Demokratiebewegung sind. Nein, weil sie eben nicht mehr in der Struktur des Runden Tisches handeln. Das Bedeutende an dieser Struktur war ja, daß sich hier die Opposition des alten Systems mit dessen Reformkräften zusammenfand. Das war genau die Chance, die allerdings vermutlich auf eine bestimmte historische Konstellation nach der fast bedingungslosen Kapitulation des alten Systems begrenzt war. Ich bin mir nicht sicher, ob jene momentane Konstellation mehr von der Doppelmacht – hier Staat dort Bürgerbewegung – oder vom Machtvakuum – Staat wie Bürgerbewegung waren bereits machtlos – bestimmt war. Es sieht nachträglich so aus, als sei es eine Illusion gewesen zu glauben, die Politikform des Runden Tisches hätte sich weiterführen lassen. Jedenfalls haben in dieser Form die Vertreter der Demokratie- und Bürgerbewegungen die Hegemonie gehabt. In allen entscheidenden Fragen waren sie diejenigen, die man nicht übergehen konnte, zumindest nicht offen. Sie waren ja auch die Quelle der Legitimation.

In der Tat erscheinen die politischen Ambitionen der einstigen Demokratiebewegung heute stark auf die Vergangenheitsdebatte beschränkt, was mit den Ansprüchen von 1989 in scharfem Kontrast steht. Haben die Bürgerbewegten aus diesem Grund in Ihren Augen versagt?

Ich sage ja, es war vielleicht illusionär zu glauben, eine Politikform wie der Runde Tisch könnte sich vom Moment abkoppeln und auf Dauer stellen. Dann haben sie nicht versagt, sondern diese Position war schlechterdings nicht zu halten. Und natürlich hat man nicht klar und skeptisch genug gedacht. Aber etwas anderes. Wie ist das, wenn jemand in eine Falle geht, in der er dann gefangen ist – hat er dann versagt? Ich würde sagen: er hat sich verfangen. So jetzt die aus der Demokratiebewegung Hervorgegangenen. Im Moment vermag ich nicht zu sehen, wie sie aus der Falle wieder herauskommen könnten. Sie mußten die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit fordern und sie mußten ebenso versuchen, etwas vom demokratischen Aufbruch in die erweiterte Bundesrepublik gestaltend einzubringen. Beim ersten wurden sie vom westlichen Establishment gestützt, beim zweiten unter Ausnutzung der Folgen des ersten blockiert. Die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit hat sich so zu einer Falle entwickelt, in der sie mit ihrer Gestaltungsidee gefangen sind.

Auch in den Reihen der Bürgerbewegung sind die Ostkomitees auf starke Ablehnung gestoßen, etwa bei Bärbel Bohley, die Gysi und Diestel vorwirft, das Fahrrad zum zweiten Male zu erfinden. Akzeptanz wie bei Jens Reich ist selten anzutreffen. Was halten Sie von dieser Kritik?

Da kann man teils spekulieren, teils analysieren. Ich würde lieber analysieren. Die ehemals Bürgerbewegten, von denen die Rede ist, bilden inzwischen eine Partei, und sie haben es mit Konkurrenzparteien zu tun, hier nun vor allem der PDS: sie ringen zum Teil um dieselben Adressaten. Und wo immer Parteien ringen, beginnt eine Art Wahlkampf und tritt eine Logik der Spaltung in kraft. Das mag ein Element der jetzigen Ablehnung sein.

Die Gründung der Ost-Komitees könnte man ja auch so interpretieren: Es ist dies der Versuch, die Vergangenheitsdebatte auszuhebeln, den schwierigen Fragen ein schnelles Ende zu bereiten, um ein weiteres Mal die Geschichte am besten ruhen zu lassen. DDR-Bürger sind wieder unter sich, da weiß man, was man voneinander zu halten hat und frönt der DDR-Nostalgie.

Wenn man denkt, daß die Aufarbeitung der Vergangenheit so geschieht, daß das herrschende westliche Machtsubjekt, selektiv gestützt auf ehemalige Dissidenten des Ostens, die DDR en bloc zum Objekt macht, dann könnte man vielleicht erwarten, daß durch die jetzige Gründung eine gewisse Behinderung erwächst. Aber das

Behinderte wäre ja gar keine wirkliche Aufarbeitung der Vergangenheit, sondern Verurteilung vom Standpunkt des Siegers im Kalten Krieg, also in der alten Struktur agierend. Vielleicht wird durch die Komplikation, daß da eine zusätzliche Mitsprache entsteht, die Aufarbeitung sogar befördert. Ich schließe nicht einmal aus, daß die Wege der Dialektik, wunderbar wie sie sind, bestimmte Kräfte auf dem Umweg über die Komitees gleichsam »in den Westen führen«. Und zwar nicht in dem Sinne, daß sie nun sich noch mehr anpassen, sondern ganz im Gegenteil. Es ist nicht spezifisch westlich, sich bloß anzupassen. Sondern ein Selbstbewußtsein und eine klare interessenbewußte Vertretung, ein Wissen dessen, was man will, sind Formen, ohne welche Demokratie nur noch ein trauriger Witz zwischen Konzernmächten und Staatsapparaten wäre. Das ist das eine. Das andere: Manche mögen in den Komitees die Neuaufgabe einer Art Volksfront oder auch nur Stätten der DDR-Nostalgie suchen. Ich habe genügend Erfahrungen damit, manipuliert worden zu sein. Ich kann mir alles mögliche vorstellen. Das gehört zum Risiko bei dieser Geschichte. Aber nach meiner Diagnose ist entscheidend: Die Dinge in Deutschland laufen im Moment falsch. Zum Beispiel ist einer der Grundfehler, die DDR als eine Art Nachfolgerin des Dritten Reiches zu betrachten, die nun endlich besiegt worden sei. Die historische Gerechtigkeit – und auch die gehört zur jetzt einzufordernden Gerechtigkeit – verlangt, mit der dummen Einbildung aufzuhören, die DDR sei das Reich des Bösen gewesen und die Bundesrepublik der Sitz des Guten. Die schlichte Wahrheit ist: Beide waren in Folge eines verbrecherischen Krieges und im Schatten von Auschwitz errichtete Lizenzstaaten der großen Machtblöcke. Beide waren mehr oder weniger, auf die oder jene Weise, abhängig von ihren Führungsmächten. Beide waren dadurch in ihrer Staatlichkeit, in ihrer Apparathaftigkeit einschließlich der Geheimdienste geprägt. Die Auflösung der Ost-West-Struktur mit ihrer »exterministischen« Atomrüstung ging nicht vom Westen aus, auch nicht vom Alexanderplatz in Ostberlin und schon gar nicht von Bonn. Sondern sie ging, wie jeder weiß, von Moskau aus. Daß ebendiese Auflösung der Ordnung des Kalten Weltkrieges am Schluß katastrophische und höchst gefährliche Formen annahm, ist eine andere Frage. Jedenfalls ging die Möglichkeit zur deutschen Vereinigung von Moskau aus. Die deutsche Revolution vom Herbst 1989 ist von dort ausgegangen. Das schmälert nicht die Bedeutung der Demokratiebewegung. Aber die historischen Ursachen und Wirkungen muß man unterscheiden. Die Gerechtigkeit verlangt, daß wir

nun im Rückblick auf die letzten vierzig Jahre deutsch-deutscher Geschichte diese beidseitige Eingebundenheit, die ein Ausdruck der monströsen Struktur des Ost-West-Gegensatzes war, bedenken. In der offiziellen Meinung aber gibt es eine freie, gute Welt, das ist der Westen, und eine bis ins letzte böse, verbrecherische Welt, das ist der Osten. Wo immer auch nur ein Element dieser Auffassung das Geschichtsbild bestimmt, wird Ungerechtigkeit sozusagen auf der Ebene des Geschichtsbewußtseins alles schlagen wie eine Pest.

Lassen Sie mich das Stichwort »Gerechtigkeit« aufgreifen. Ist dies nicht die pure Illusion? Haben nicht gerade die Linken im Westen zur Genüge erfahren, daß diese stets in unmittelbarer Wechselwirkung mit der Dicke des jeweiligen Portemonnaie steht? Der Schrei nach Gerechtigkeit – macht man sich da in Ost und West nicht gemeinsam etwas vor?

Nein nicht ganz, so ist es nun doch nicht. Wir haben ein gut Stück sozialer Gerechtigkeit, und das verdanken wir zu großen Teilen dem gewerkschaftlich organisierten, zu Zeiten sehr harten Kampf. Das dicke Portemonnaie ist nicht immer die Quintessenz des westlichen Politikmusters. Man sollte da nicht schwarz-weiß malen. Das ist weder weiß noch schwarz. Das westliche Politikmuster beruht darauf, daß sich gesellschaftliche Gruppen unter bestimmten Bedingungen geltend machen können. Deswegen bejahe ich, daß sich in dieser asymmetrisch einseitigen Beziehung zwischen dem Westen – das Subjekt, das Gute – und dem Osten – das böse Objekt oder allenfalls die armen Versorgungsbedürftigen – daß in dieser Situation sich im Osten die Interessen formieren als Ostinteressen. Das ist die einzige systemadäquate Form, und ich wiederhole meine Prognose: Sie kann dazu führen, daß die traditionellen West-Parteien mehr Elemente der Interessenvertretung bezogen auf den Osten einbauen in ihre Politik. Ich sehe keinen anderen Weg als diesen.

Mit Ihren Hoffnungen stehen Sie, wie ich vermute, im Westen nicht alleine. Die erwähnten Wirkungen des Komitees müßten doch auch hier bei den Linken auf fruchtbaren Boden fallen. Warum ist Zustimmung und Ablehnung in dieser Szene bislang so spärlich?

Ich habe keine Ahnung, wer gefragt worden ist. Mich hat Gregor Gysi angerufen, darauf habe ich mir den Text schicken lassen und die Argument-Redaktion gefragt, ob der Aufruf unterstützt werden sollte. Als die Redaktion sich dafür erklärte, haben Frigga und ich als die beiden Herausgeber der Zeitschrift unterschrieben. Da ich

nicht weiß, wer abgelehnt hat, kann ich dazu nichts weiter sagen. Etwas anderes: Sie bezeichnen diese Initiative als »links«. Was ist daran eigentlich besonders links? Natürlich, als Linke sind wir immer dafür, daß die Leute sich selber rühren, daß es von unten Druck gibt. Aber das ist ja nur die Form, und der Inhalt des Drucks von unten könnte auch von rechts kommen. Man denke an den neuen Rassismus. Regionalismus ist als solcher weder rechts noch links. Er kann sehr unterschiedliche Bedeutung haben. Die »Lega«, die in Italien den herkömmlichen Parteien ungeheure Mengen von Stimmen weggenommen hat, drückt etwa das Interesse des reicheren Nordens daran aus, dem ärmeren Süden nicht soviel abgeben zu müssen. Das ist, als gäbe es im Ruhrgebiet oder in Bayern eine West-Partei, die dagegen ist, daß soundsoviel Milliarden jährlich in den Osten transferiert werden. Vielleicht kommt das ja noch.

Ich habe den Österreicher Günther Nenning gebeten, uns zum Thema Ostpartei einen Text zu machen. Der schrieb, die Wiedervereinigung sei das vorletzte Wort, die Ostpartei das letzte. Das allerletzte Wort ist dann der neue Sozialismus. Erhoffen Sie auch solche Keime in der gegenwärtigen Entwicklung?

Nein. Was dieser Ismus konkret sein könnte, weiß hier im Moment kein Mensch. Niemand will zurück zu einer zentralen Staatswirtschaft. Das hat überhaupt keinen Sinn. Aber anderes hat Sinn, vielleicht etwas Neues, auf jeden Fall Formen, in denen die Bevölkerung eines Landes mehr ist als bloße Manövriermasse für ökonomische Interessen, die irgendwo ganz anders artikuliert werden. Formen, in denen die Menschen miteinander besser umgehen, als wenn nur jeder versucht, dem anderen ein Stück Fleisch herauszuschneiden. Es könnte schon sein, daß sozial-ethische und übrigens auch sozialstaatliche Motivationen gestärkt werden. Aber wie gesagt, ich halte das nicht für den Haupteffekt. Wenn die Initiative Wirkung zeitigt, dann vermutlich genau in der Form, daß die traditionellen – und das sind nun mal die westlichen – Parteien stärker regionalpolitische Interessen des Ostens berücksichtigen. Vielleicht läßt sich darüber hinaus erreichen, daß eine differenziertere und in diesem Sinne gerechtere, den Westen mit einbeziehende Betrachtung der Geschichte der DDR Platz greift. Daß die DDR nicht nachträglich zum Verbrechensregime gemacht wird, worin alle, die in ihr irgendwie Fuß gefaßt haben, Mitverbrecher sind. Das heißt übrigens in keiner Weise, das historisch noch ganz unausgelotete Versagen des von Stalin geprägten Sozialismusmodells aus der Kritik auszunehmen.

Ganz im Gegenteil! Historische Aufarbeitung, die den Namen verdient, weil sich die Menschen in ihr als Subjekte bewegen, wird so allererst möglich.

Es gibt ja im Grunde drei Kritikpunkte an den Komitees. Die falschen Leute...darüber hatten wir gesprochen. Das fehlende Programm. Dazu später. Und schließlich die spaltende Wirkung. Geben Sie den Kritikern in diesem Punkt nicht sogarrecht, wenn Sie so den Regionalismus betonen?

Eine Diskurstaktik nennt man so etwas.

Ja, ist das so einfach, wenn Sie die spezifische Ausprägung von Ost-Interessen so hervorheben, muß das doch im Westen wie eine Art Bedrohung ankommen. Da scheint mir die Kritik zumindest nicht irrelevant.

Doch, das ist völlig irrelevant. Die bundesdeutsche Gesellschaft verdankt ihre Stabilität einer Summe von Regionalpolitiken, ohne die sie längst auseinandergeflogen wäre. Wir hatten zum Beispiel dreißig Jahre Förderung von Zonenrandgebieten, die so etwas waren wie der Osten des Westens. Wir haben Erfahrungen mit Strukturpolitik in den verschiedensten Räumen. Was glauben Sie, was mit dem Saargebiet wäre, mit dem Rheinland, mit der Ruhr ohne die ordnende und stützende Einmischung des Staates. Auch darauf hat übrigens Geißler hingewiesen. Nein, das ist nur Diskurstaktik des Tages. Die meisten Politikeräußerungen, angefangen bei Schäuble, haben folgende Struktur: Befragt nach ihrer Meinung zu dem Komitee antworten sie mit zwei Komponenten. Die eine Komponente ist negativ (»wir verurteilen ...«). Dann aber geht es im selben Atemzug weiter, indem etwa Herr Schäuble sagt: »Die Argumente des Komitees sind weder neu noch ungerechtfertigt.« Na, das ist doch etwas! Je klüger der betreffende Politiker ist, desto mehr Gehalt gibt er zu dieser zweiten Komponente, ganz seltene Exemplare lassen die erste ganz weg. Man kann die ganze Reihe der Äußerungen danach durchgehen, wie sie die zweite Komponente ausfüllen. Fragen wir Schäuble: Was ist denn »weder neu noch unberechtigt«? Ginge es um Analyse, müßte er antworten: »Das ist eine Forderung, die schon oft erhoben worden ist und an sich berechtigt ist, die unsere Regierung aber verworfen hat.« Im Grunde sagen die Politiker mit ihren Zweikomponenten-Antworten doch folgendes: Das Komitee ist ein Ärgernis, weil man wohl jetzt das Zeug machen muß, was immer schon gefordert wurde, aber keine Chance hatte. – Warum, bitte,

soll das die Spaltung Deutschlands vertiefen? Im Gegenteil, das ist die Form, in der die Spaltung, die ja da ist, überhaupt bearbeitbar wird. Politik besitzt eine eigene Art von Mechanik. Ein Element dieser Mechanik sind die Politikeräußerungen. Man muß sie aber nur genau analysieren. Man muß nur genau hinhören: Sie sagen vielleicht nicht die Wahrheit, aber zumeist sprechen sie die Dinge aus, wenn auch auf eine Weise, wo man, wie in der Psychoanalyse, ja und nein gelegentlich vertauschen muß, um zum Kern zu kommen. Zum Beispiel hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Kolbe gesagt, das Komitee habe »den wunden Punkt der Bonner Politik getroffen«. Damit sagt er uns, daß die Initiative an einem Punkt ansetzt, von dem aus die Politik tatsächlich beeinflußt werden könnte. Eine bislang übergangene Forderung muß in einem solchen Fall aufgenommen werden. Die Vertreter der bisherigen Politik können diejenigen, die den »wunden Punkt« der Einflußnahme auf die Politik erwischt haben, hassen. Das bringt sie aber nicht sehr weit. Wenn sie wirkliche Politiker sind, werden Sie folgendes machen: Sie werden versuchen, der neu aufgetretenen Konkurrenz um die Wählergunst den Wind aus den Segeln zu nehmen. Das hat dann immerhin die Wirkung, daß mehr Wind aus dem Osten in die westlichen Segel bläst. Na bitte, warum spaltet das?

Denken wir das mit den Wirkungen im Westen doch mal weiter. Sie haben vorhin ja schon von negativen Wirkungen gesprochen, dem bedrängten Sozialstaat, den bedrohten liberalen Errungenschaften...

Die Geheimhaltung bestimmter Untersuchungsunterlagen, alles das gilt nicht mehr. Heute ist man schuldig, wenn der *Spiegel* entwendete Dokumente veröffentlicht, die gegen einen zu sprechen scheinen.

Kann man von der Auseinandersetzung mit solchen Regionalinteressen, wie sie die Ostkomitees vertreten, erwarten, daß die etablierten Parteien steuernd eingreifen und zum status quo der alten Bundesrepublik zurückkehren?

Ja, Rückkehr ist nicht das richtige Wort, in keiner Weise, man kehrt nie zurück. Das, was ich Errungenschaften genannt habe, ist etwas in Kämpfen Errungenes, und neue Kämpfe werden wieder etwas erringen.

Was soll, was kann das Ostkomitee im Westen eigentlich bewirken? In welcher Art und Weise wird es den Westen verändern? Was im

übrigen die Erfüllung mancher diffuser Vorstellung im Osten wäre, die besonders zu Wendezeiten im Osten Konjunktur hatte. Aber keiner konnte sagen wie der Osten den Westen verändern wird.

Es ist für die Bundesrepublik vergiftend, wenn sie sozusagen die Leiche der DDR schluckt. Politische Passivität im Osten wäre das eigentliche Leichengift der DDR. Sowie sich die DDR-Bevölkerung aktiv verhält, ist die Wirkung für die politische Kultur der Bundesrepublik geradezu befreiend.

Das ist plastisch. Erwarten Sie, daß mit der prononcierten Artikulation von Ost-Interessen westliches Desinteresse aufgebrochen wird, gleichsam ein Zwang zur Auseinandersetzung mit dem Osten auch in breiteren Schichten wirksam wird?

Wir haben das doch alles bereits. Es vergeht doch kein Tag, ohne daß irgendeine Abgabe, eine Gebühr, ein Leistungspreis hochgesetzt wird. Tatsächlich ist der Osten, vom Standpunkt der westlichen Politiker betrachtet, in gewisser Hinsicht ein Faß ohne Boden. Die produktive Substanz schrumpft, die Kauf- und Konsumkraft muß aus politischen Gründen gestärkt werden, und noch immer ist keine Trendwende abzusehen. Obwohl sie unaufhörlich beredet wird. Es bedurfte der Gründung des Komitees, daß zum Beispiel Geißler den Vorschlag machen konnte, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Ostfirmen zu bevorzugen. Auch wenn sie etwas teurer sind. Seine Begründung war interessant. Weil Westfirmen sehr häufig noch östlichere Firmen als Subunternehmer zum Dumping benutzen, die mit polnischen Bauarbeitern usw. arbeiten. Kurz, wir haben das doch alles bereits. Deswegen, wenn man mal weggeht von der Ebene des politischen Tagesgesprächs, kann ich mir vorstellen, daß selbst eine klug informierte westlich konservative Politik dieses leidenschaftslos wahrnehmen könnte als eine neue Interessenartikulation, mit der sie rechnen wird. Glauben Sie, es gäbe den Kapitalismus noch, ohne Gewerkschaften und ohne mehr als 100 Jahre Reformpolitik? Das wäre längst im Chaos untergegangen. Die ganzen Institutionen, die wir haben, sind Kompromißinstitutionen, selbstverständlich, mit wenigen Ausnahmen, unter der Dominanz konservativer Kräfte. Die Ausnahmen wurden meist kassiert in fürchterlichen Prozessen wie dem Nazismus. Kurz, die Überlebensfähigkeit kapitalistischer Gesellschaften ist auch eine Folge der Reformfähigkeit. Andererseits ist die Reformfähigkeit nichts, was die Herrschenden freiwillig aufgebracht haben, sondern was ihnen abgerungen wurde. Warum soll das hier anders sein? Womit eine Politik dieses Typs auf keinen Fall

arbeiten kann, das ist die Resignation und Passivität der Leute. Das ist kein mögliches Material. Freilich setzt sich selbst das im Sinne des Kapitalismus Funktionale oft nur in irrationaler Form durch. Wie Sie vorhin sagten, kann es zum Beispiel sehr gut sein, daß die Artikulation von Ostinteressen eine westliche Gegenartikulation provoziert. Die Gewalt gegen Heym, in Köln, war vielleicht schon eine Folge. Man muß aber differenzieren. Die Vorurteile, die man an westlichen Stammtischen hören kann, sind nicht notwendig in jeder Hinsicht unbegründet. Zur Struktur des obrigkeitsstaatlichen Sozialismus der DDR gehörte es, einen Persönlichkeitstypus zu fördern, der zurechtkam mit den vorhandenen Mächten, der nicht allzu un bequem war, nicht allzu viel Innovation brachte, keine Initiative, die einem doch nur Scherereien eintrug. Im Westen werden Spätformen dieses Persönlichkeitstyps oft gerade von einfachen Leuten registriert. In diesem Zusammenhang müssen wir uns dringend fragen: Solche Persönlichkeitseigenschaften wie Initiative und Verantwortlichkeit, eine Kombination von Ansprüchen, die man an sich selber richtet – warum sollten solche unentbehrlichen Eigenschaften eigentlich nicht linksfähig sein? Wenn es überhaupt wieder einmal etwas Sozialistisches geben sollte, dann müßten diese Eigenschaften sich dort finden.

Im Osten werden gerade viele regionale Komitees gegründet. Was wird im Westen passieren?

Es gibt eine wichtige Kategorie bei Antonio Gramsci, die heißt passive Revolution. Die Regierenden werden versuchen, so etwas wie eine passive Reform zu machen. Passive Reform kann heißen: man drückt eine Protestbewegung runter und übernimmt gleichzeitig bestimmte Forderungen. Man setzt sich sozusagen an die Spitze einer Innovation.

Das wäre eine Aufgabe, mit der insbesondere die SPD ihre Erfahrungen hat. Und natürlich hat sie den Braten schon längst gerochen und versucht, etwa mit den Gewerkschaften sich vor die Initiative des Arbeitslosenverbandes und anderer zu stellen, die ein Ostmemorandum mit Blick auf den 3. Oktober formulieren wollen. Doch der Versuch ging schief.

Im Grunde könnte jemand wie Lafontaine sich eigentlich nicht besseres wünschen. Er hat die Folgen der Kohlschen Politik im wesentlich richtig vorausgesagt. Er hat mit seinen Warnungen den Wahlkampf verloren, nicht zuletzt in der DDR. Er ist ein Anhänger von

Industriepolitik, für einen vorsichtigeren Kurs mit der Ostwirtschaft, für einen gestuften Übergang, fürs Abfedern. Er war der Anhänger einer Lösung, die versuchte, möglichst wenig Steuerkosten zu verursachen, hat aber zugleich ziemlich wahrheitsgemäß gesagt, daß es teuer wird. Seine Schätzungen, was die Vereinigung kostet, sind weit übertroffen. Dabei lagen sie um ein Hundert- oder Tausendfaches über dem, was die Regierung damals behauptete. Ich erinnere mich nicht genau an die Zahlen. Ich glaube die Regierung hat damals gesagt, das kostet pro Kopf 12 Mark oder so, die deutsche Einheit. Dann haben die Sozialdemokraten geschätzt 12 000 Mark. Man möge dann jetzt mal allmählich nachrechnen, wieviel es bis zum Jahre 2010, solange wird es dauern, gekostet hat. Vor allem aber muß man sich fragen, wie es zu den Kosten kam. Das läuft auf die Frage hinaus, ob es einen Kurs gegeben hätte, der die Umformung der ostdeutschen Wirtschaft gleitend gestaltet hätte, also den Zusammenbruch vermieden hätte. Jetzt ist es müßig darüber zu streiten, weil fast alles entschieden ist. Immerhin steht auch heute noch ein Stück jener Entscheidung zur Debatte. Das wäre nämlich die Umformung der Treuhand aus einer Privatisierungsanstalt in eine Modernisierungsanstalt, die industriepolitisch handelt. Ihre Devise in bezug auf die Betriebe würde dann lauten: Flottmachen geht vor Privatisieren.

Bleibt uns noch, das nicht vorhandene Programm zu diskutieren. Für mich der demagogischste Kritikansatz. Braucht eine Bewegung wie die jetzige im Osten eigentlich ein Programm, oder sind nicht vielmehr ihre Fragen ihr Programm? Daran leiden die Komitees keinen Mangel.

Meine Motive sind möglicherweise andere als die anderer Unterzeichner. Bevor ich etwas zum Programm sage, möchte ich etwas sagen zu der Bestrebung, auch im Westen solche Komitees zu gründen. Ich halte das für Unsinn. Der Westen ist nicht benachteiligt, warum sollte er Komitees gegen Benachteiligung gründen? Das ist so, wie es keine Männerbewegung geben kann, aber wohl eine Frauenbewegung. – Jetzt zur Frage nach einem Programm: Die Initiative ist keine Partei, sie strebt nicht an die Regierung. Sie braucht kein Regierungs-Programm, warum sollte sie auch? Das Problem ist doch folgendes: Es gibt eine strukturelle Lage der Benachteiligung, oder sagen wir besser: der Aussichtslosigkeit auf dem Gebiet der vormaligen DDR. Und zwar Aussichtslosigkeit, wenn man davon ausgeht, daß die Blüte eines Landstrichs davon abhängt, ob es dort

eine gesunde Wirtschaft gibt, die Arbeitsplätze und Qualifizierungschancen bietet und die auch die entsprechenden Ressourcen ins Land holt. Sonst hängt eine Region am Tropf, und bestenfalls wird so etwas wie ein verlängerter Freizeitpark einer anderen Region aus ihr. Im Moment sieht es nach letzterem aus. Das nenne ich Aussichtslosigkeit. Denn das ist eine Aussicht, die zumal jüngeren Menschen nichts bietet. Sie würden wegziehen müssen, wenn sie Entwicklungschancen haben wollen, und das Gebiet würde desindustrialisiert, zum Teil entvölkert, die verbleibende Bevölkerung überaltert. So scheint es im Moment im stumpfen Gang der Dinge selber angelegt zu sein. Für eine Initiative wie die jetzige genügt es in dieser Situation, auf den Tisch zu hauen und zu fordern: So geht das nicht weiter! Die befugten Institutionen, die eine Politik entwickeln müssen, das sind die Parlamente, die Parteien, die Regierungen. Und man muß sie dazu zwingen. Sie sind es doch, denen man vorwerfen muß, daß sie kein ausreichendes Programm haben. Jetzt geben sie mit Chuzpe diesen Vorwurf zurück an jene, die darunter zu leiden haben. Und sagen, wo ist euer Programm? Für mich geht es umgekehrt um die Forderung, daß diese verdammten trägen Institutionen endlich wirksame Programme entwickeln. Also nichts überzeugt mich weniger als dieser Vorwurf; den halte ich für eine weitere Diskurstaktik des Moments. Sie sehen aber, daß ich im Unterschied zu anderen das politische System und auch die Parteien tatsächlich anerkenne: das sind die Institutionen, von denen die Lösung letztlich kommen muß – wenn sie denn überhaupt kommt. Meine Argumentation ist reformistisch.

Muß man den Stalinismus von Marx her denken?

Nach dem gescheiterten Umbau – ein scheiternder Übergang?

Für Helmut Fleischer

Das vielfache Unglück, das die Szene nach dem Abbruch des Staatskommunismus bestimmt, die Sackgassen, in welche in verschiedenen mittel- und osteuropäischen Ländern Prozesse geführt haben, die als *Übergang zu Markt und Demokratie* gedacht waren, machen es nötig, Vergangenheit und Gegenwart im Lichte dieser Erfahrungen neu zu durchdenken. Denn es mag wohl sein, daß einige Aspekte der ursprünglichen Tragödie, die auf 1917 gefolgt ist, dabei sind, sich zu wiederholen, wenngleich unter grundlegend veränderten Bedingungen.

Die Frage im Untertitel will doppelt verstanden werden: Welche Verantwortung trägt die Marxsche Theorie am »Stalinismus«? Und: stellt sie Denkmittel bereit, die zum Begreifen desselben beitragen? Im Rahmen der Tagung¹, auf der diese Überlegungen zunächst vorgetragen worden sind, sollten sie den »Theorieteil« darstellen. Aber Theorie müßte ihren Gegenstand vor sich bringen und nach klaren Kriterien analysieren können. Hier jedoch verhält es sich wie in dem Film »Rashomon«: Dort ist ein Mord passiert, soundso viele Menschen sind darin verwickelt, jede dieser Personen erzählt ihre Version der Geschichte, und die Perspektiven, in denen die Geschichten nacheinander erzählt werden, fallen auseinander. »Rashomon« ist ein Tempeltor. Es ist, als hätte die Geschichte des Stalinismus verschiedene »Türen«, deren jede sich auf eine andere Geschichte öffnet. Ich versuche, in einen Prozeß des Nachdenkens über diese Geschichten einzutreten. Wenn Helmut Fleischer in den vergangenen Jahren den Gedanken einer imperialen Überwältigung des Sozialismus vorgetragen und damit exogene Bedingungen hervorgehoben

¹ »Stalinismus – Theorie und Forschung«, veranstaltet von Memorial Österreich und der Volkshochschule Wien-Favoriten, Wien, 14.-15. Oktober 1992; die vorliegende Fassung wurde vorgetragen bei der internationalen Tagung »Functions and Structures of Power in the Course of Transition from Totalitarianism to Democracy«, Gorbachev Foundation, Moskau, 27. 28. November 1992.

hat, so sollen im folgenden einige endogene Bedingungen besonders berücksichtigt werden.

1.

Ich beginne mit einem durchgestrichenen Satz in einem Brief von Engels, wo ein Gedanke steht, der sich in seinem Kopf geformt haben muß, den er aber anscheinend nicht geschrieben haben wollte. Der Satz findet sich im Entwurf zu einem Brief an Vera Sassulitsch, vom 23. April 1885, und lautet: »Vielleicht wird es uns allen so gehen.« Was ist das, was uns allen so gehen wird – »vielleicht«? Die beiden stehengelassenen Sätze davor sagen es: »Die Leute, die sich rühmten, eine Revolution *gemacht* zu haben, haben noch immer am Tag darauf gesehen, daß sie nicht wußten, was sie taten, daß die *gemachte* Revolution jener, die sie machen wollten, durchaus nicht ähnlich sah. Hegel nennt das die Ironie der Geschichte.« Es geht um die Situation in Rußland, die allmählich als revolutionäre heranreift. Von einer derartigen Situation, in der unter finsterner Despotie eine fast allgemeine Unzufriedenheit sich anhäuft, sagt er sinngemäß, daß in ihr selbst eine kleine Gruppe von Berufsverschwörern eine Revolution auslösen kann. Das ist der historische Moment, wo Verschwörerphantasien wie die des »Blanquismus« plötzlich eine Art praktisches Recht zu bekommen scheinen. Doch anschließend, sagt Engels, im historischen Folgemoment, werden die, welche »das Feuer an die Mine gelegt haben, durch die Explosion fortgerissen werden«, durch eine Explosion nämlich, »die tausendmal stärker sein wird als sie und sich ihren Ausweg suchen wird, wie sie kann, nämlich wie die ökonomischen Kräfte und Widerstände entscheiden werden«.

Auf diesen Brief bin ich durch einen Artikelschreiber aufmerksam geworden, der ihn benutzen zu können glaubte, um wieder einmal die endgültige Beerdigung des Marxschen Denkens einzuleiten. Der durchgestrichene Satz: »vielleicht wird es uns allen so gehen«, weist aber auf eine vertrackte Lebenskraft jenes Denkens, die in dessen manifestem Text freilich so nicht gedacht ist. Er markiert einen ganz wichtigen und allenfalls von Dissidenten am Rande thematisierten, dabei aber logisch unumgeharen Einschnitt im Geschichtsdenken. Wenn die Theorie des historischen Materialismus stimmt, kann sie gar nicht Theorie von dem Typ sein, daß sie die vielberufene »Entwicklung« als Ergebnis »marxistischer Politik« klar vor sich sieht. Denn es geht bei dieser Theorie genau um das, was in der zitierten Bemerkung aufscheint: um das Ensemble der Determinanten, Kräfte,

Tendenzen, Dynamiken, Prozesse, aus denen der realhistorische Prozeß hervorgeht: der zwar immer wieder hergestellt wird von Menschen, von unzähligen Akteuren in Gang gehalten, der aber mit dem, was die Akteure wollten, allzuoft herzlich wenig zu tun hat. Genau diese trübe, undurchsichtige, ungewollte, unwillbare Geschichtsmaterie ist der eigentliche Gegenstand des historischen Materialismus. Nimmt man ihn als Denken ernst, zeigt sich ein Einschnitt durch diese Theorie, der Konsequenzen für den Umgang mit ihr nach sich zieht.

Erstens wird sie nicht wie eine physikalische Theorie oder wie eine mathematisch-logische Theorie zu handhaben sein. Sie kann immer nur Erforschung sein, der Versuch, vorzustößen ins überwältigende, uns umgebende Dunkel, in das, was hinter unserem Rücken in der Geschichte passiert. Sie kann versuchen, fürs Bewußtsein Schneisen zu schlagen, Schneisen in das, was nicht *in* diesem Bewußtsein ist, sondern *worin* dieses Bewußtsein ist. Sie ist also keine rationalistische Theorie, sondern eine kritische Theorie der Vernunft in der Geschichte. Diejenigen, die von der Geschichte dieser Theorie wissen, werden ebenfalls wissen, daß sie so nicht gelehrt worden ist, und auch Marx und Engels haben sie nicht so aufgefaßt. Oder sie haben entsprechende Sätze wie in dem Brief an Vera Sassulitsch durchgestrichen. Denn dieser Satz: »vielleicht wird es uns allen so gehen«, bezeugt eine Ahnung davon, daß der marxistische Akteur womöglich vom marxistischen Objekt ereilt wird. Daß es ihm so geht, wie er als Theoretiker behauptet hat, während er sich als Akteur vielleicht einbildet, auf Grund klarer Kenntnis – und nun kommt die Lieblingsvokabel, eine der schwammigsten, gegenstandsärmsten, mißbrauchtesten im Munde von Marxisten – der »Gesetze« bzw., verschämter ausgedrückt, »Gesetzmäßigkeiten«, sich auf der Welle der Dinge tragen zu lassen von Sieg zu Sieg.

2.

Auf die Titelfrage, »Muß man den Stalinismus von Marx her denken?«, wirft der Brief von Engels gleichsam einen ersten Lichtstrahl: Offenbar ist es den Schülern von Marx so gegangen, wie jener durchgestrichene Satz es besagt. Sie sind ereilt worden von einer blinden, unheimlich unwiderstehlichen Dynamik. Sie haben sich verwandelt in etwas, wovor sie zu Tode erschrocken wären, hätte ihnen das von vornherein vor Augen gestanden.

Der jetzige Moment der Reflexion fügt diesem Schrecken weitere hinzu. Er trägt die Signatur fassungslosen Entsetzens: Das vormalige

Jugoslawien – Schauplatz eines viehischen Gemetzels von Nachbarn durch Nachbarn; wohin man blickt im vormals sowjetischen Macht- und Einflußbereich – Kriege, sich schneller multiplizierend, als das Gedächtnis der übrigen Welt die Namen der Länder und Städte, in denen sie stattfinden, zu behalten vermag. Es hat den Anschein, daß auf Völkerfrühling Völkerfinsternis gefolgt ist. Es hat den Anschein, daß die Verbrechen der Staaten durch die Verbrechen der Bevölkerungen übertroffen werden. Kommentieren diese Ereignisse nicht ironisch – im Sinne von Engels: daß das eine gewollt wird und ein anderes herauskommt – auch den Namen »Völkergefängnis«, den man, wie zuvor der Donaumonarchie, der Sowjetunion gegeben hat? Die Freigelassenen sind freigelassen zu Gemetzeln. Kurz, diejenigen, die heute die Sieger der Geschichte sind und in der üblichen Tollheit und Verblendung von »Siegern der Geschichte« sich ihr Epos zurechtzimmern, auch sie haben an einer Mine gebastelt. Mit einem weiteren Bild aus Engels' Brief: »Wenn sie nur das Loch bohren, das den Deich zerreißen wird, der Strom selbst wird sie bald über ihre Illusionen aufklären.« Ja, auch sie haben den Damm durchbohrt, haben Kräfte freigesetzt, die sie nicht beherrschen. Der Übergang zu Demokratie und Markt findet nicht statt. Was stattfindet, weiß keiner zu sagen. So schnell vermag man das nicht zu begreifen. Die Formeln, in denen wir es aussprechen, sind hilflos. Friedrich Schorlemmer zum Beispiel beklagt die »Rückkehr von primitivem Atavismus«. Ja, vielleicht. Vielleicht ist es aber gar nicht die Rückkehr eines Primitiven, sondern die Ankunft einer anderen Moderne. Vielleicht ist es gar nicht der Atavismus, sondern die Weise, in der sich die Form der Vergesellschaftung, die diese Welt beherrscht, nun in jene Zonen vorstreckt. Was als Atavismus erscheint, wäre die ortsspezifische Ankunft des Marktes: nämlich der Marktperipherie, und es wäre just die gefeierte »Befreiung«, die so blutig und vernichtend auftritt.

3.

Eine Ahnung davon, daß die Ironie der Geschichte nicht nur die Geschichte des Kommunismus geschlagen hat, macht sich in immer mehr Köpfen breit. Aber noch wird die geistige Situation der Zeit im Westen durch die Sieger, die vermeintlichen, und im Osten durch die Illusion, die Geschichte der letzten siebzig Jahre ausstreichen zu können, durch die Einbildung, zum Status quo ante zurückzukehren, beherrscht. Und diese beiden geistigen Situationselemente laden sich wechselseitig auf, wie bei einer bestimmten Großwetterlage,

bei der ein Hoch und ein Tief ein System bilden. Diese Situation produziert jeden Tag ihre Zeugnisse der Dummheit, ja Verkommenheit. In der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* zum Beispiel erklärt Konrad Adam, »im Blick auf Hitler konnte man immerhin noch fragen«, ob er die Deutschen geliebt hätte. »Auf die Machthaber des Ostens ... angewandt, erscheint die Frage aber sinnlos. Sie alle haben die Menschen bloß als Unterworfenen betrachtet ... Geliebt haben die gewalttätigen Bürokraten in den Parteien keine lebendigen Wesen, weder als einzelne noch als ganze Völker, sondern immer nur die Theorie.« Man stelle sich Breschnew und Honecker vor, die Theorie liebend! Nein, sie haben die Theorie verachtet, soweit sie diese außerhalb von Staatsideologie und Propaganda überhaupt gekannt haben, und ich glaube, sie haben ihr Volk durchaus geliebt, auf ihre Weise, vielleicht sogar sentimental. Liebe ist nichts Reines, sie hat viele Formen: spießige, tränige, mehr oder weniger klare. Da weiß der Herausgeber derselben Zeitung, Joachim Fest (1992), Historiker, es anders: er behauptet das genaue Gegenteil. Das ist übrigens kennzeichnend für den herrschenden Journalismus, gerade im Zentrum der Macht, daß die größten Ungereimtheiten, nur durch eine Spalte getrennt, nebeneinander stehen. In der Sache heillos auseinanderklaffend werden sie durch die gleichermaßen eingenommene Siegerpose auf einen gemeinsamen Nenner gebracht. Laut Joachim Fest also glichen die führenden Kommunisten – von denen wir gerade in der anderen Spalte gelesen haben, daß sie die Theorie liebten und sonst nichts – genau den führenden Nazis: Ideologie war ihnen »nicht viel mehr als ein Fetisch«, dazu dienend, »dem uralten Willen zur Despotie eine zeitgenössische Maske aufzusetzen«. Und so sieht es dann so aus, als ob zum Beispiel die SED-Größen »nur Exekutoren eines Machterhalts darstellten, der ohne Inhalt und sich selbst längst genug war« usw. Das wäre allerdings ein himmelweiter Unterschied zu den Nazis, Joachim Fest, oder etwa nicht? Denn diese waren nicht bloß Exekutoren einer Macht, die defensiv war und nicht unterzugehen versuchte, sie waren die Organisatoren eines in der modernen Geschichte beispiellosen, fast weltweit ausgreifenden Eroberungskrieges.

Beim Nachdenken über dieses verschlungene Rashomon-Thema mit seinen vielen Türen zu verschiedenen Geschichten muß man alles daransetzen, die Fähigkeit, zu fragen und zu reflektieren, zurückzugewinnen aus dem historischen Moment, der einer des gedankenlosen Triumphes ist, eines Triumphes, der es geschafft hat, den Deich zu sprengen, über dessen Trümmer jetzt die aufgestaute

Flut in die noch bewohnten Täler rauscht – eine katastrophale Dynamik, von der im Moment niemand zu sagen vermag, wohin sie läuft. Sie zu analysieren bedürfte es eines Denkens, welches nicht von Plänen ausgeht, sondern genau dieses Getriebe, dieses hinterrücks resultierende Geschehen des Geschichtlichen, zu denken vermöchte.

4.

Joachim Fest hat gesagt, das Wesen einer historischen Erscheinung enthülle sich »stets vom Ende her«. Am Ende ist das Projekt des Michail Gorbatschow – so scheint es – wie eine Seifenblase geplatzt. Was war sein Gehalt? Es war ein versuchter Umbau, der zum Einsturz geriet. Zunächst einmal hat Gorbatschow, als er der mächtigste Mann der Sowjetunion und einer der mächtigsten Männer der Welt war oder zu sein schien, eine seltene Fähigkeit bewiesen, die vielleicht sogar erklärt, warum er, wie unsere Sprache in schönem Doppelsinn sagt, heute »nichts mehr zu sagen hat«. Karl Grobe, linkssozialistischer Veteran, konnte in der *Frankfurter Rundschau* Gorbatschows neues Buch deshalb als beispiellose Offenbarung von Leere bezeichnen. Es enthält tatsächlich ein schwer begreifbar leeres Nachreden zu einem Moment der Weltgeschichte, der so dramatisch war, wie wir das sonst nur aus der Bibel kennen, indem er den Untergang eines Großreichs brachte. Aber genau diese Leere vieler rezenter Äußerungen Gorbatschows hängt zusammen mit seiner größten Fähigkeit. Man kann sich das vielleicht so vorstellen, daß er wie ein genialer Moderator gewirkt hat. Das heißt, er hat die Stimmen, die Regungen, die Potentiale, die sich kraft seiner Stellung an ihn richteten, in einer beispiellosen Weise aufgenommen, gebündelt, mit Echo versehen, ständig aufs Neue verknüpft. Als er das tat, zu Beginn seines Projekts, etwa zwischen 1986 und 1988, strömten ihm von allen Seiten wissenschaftliche Intelligenz, Analysen und Vorschläge zu. Sie lassen sich im wesentlichen in eine Schadensdiagnose und einen Entwurf für Handlungsmöglichkeiten zusammenfassen.

Die Schadensdiagnose besagt, daß die Produktionsverhältnisse sowjetischen Typs auf Grund ihrer eigentümlichen Verbindung von Kommando und Verwaltung die eigentlichen Akteure, auf die es ankommt, die Menschen vor Ort, sozusagen stillgestellt und zugleich Handlungsenergie ins Sozialschädliche fehlgeleitet haben. Sie machten sie zu bloßen Exekutoren und zersetzten sie damit. »Zersetzung des menschlichen Faktors« konnte als Quintessenz dieser Produktionsverhältnisse diagnostiziert werden. Wohl gemerkt,

das war, nicht ganz so unverhohlen, die Sprache von Denkschriften bereits aus einer Zeit, als Gorbatschow »informeller« Generalsekretär war, 1984, als der formell amtierende Tschernenko handlungsunfähig war und gleichsam zum Mikrofon getragen werden mußte. Produktionsverhältnisse meinte in dieser Diagnose, ganz im Marxschen Sinn, die Verhältnisse, die die Menschen »in der Produktion ihres Lebens« eingehen, und es war auch mitgedacht, ebenfalls im Marxschen Sinn, daß dem eine ganze gesellschaftliche Gliederung entspricht – vom Familienleben über den gesamten Sozialisationsbereich bis hin zur Politik und zur Kultur –, und daß, um diese Verhältnisse zu ändern, auch alle anderen Verhältnisse umgewälzt werden müßten. Kurzum, das war eine Analyse der Schadensseiten der sowjetischen Gesellschaft, die nicht nur mit Begriffen von Marx operierte, sondern sogar seinen revolutionstheoretischen Ansatz auf die Sowjetunion anwandte: die Produktionsverhältnisse blockierten die menschliche Produktivkraft und damit den Übergang zur hochtechnologischen Produktionsweise. Deswegen mußten sie »umgebaut« werden und mit ihnen der gesamte Überbau, und das russische Wort für »Umbau« ging in der Folge in alle Sprachen ein: *Perestrojka*.

Was hat solche »revolutionären« Analysen damals vorangetrieben? Vorangetrieben hat sie die auf den Schlachtfeldern der Kriege wie in den *terms of trade* auf dem Weltmarkt – ja sogar in den Wohnzimmern beim Fernsehen – spürbare Grundtatsache, daß die Position der Sowjetunion sich im Verhältnis zu den Entwicklungszentren des kapitalistischen Auslands anscheinend unaufhaltsam verschlechterte. Dies zum Teil nicht nur relativ, sondern sogar absolut, obwohl der absolute Rückgang sich solange verdecken ließ, wie die Öl-exporte noch mit hohen Erlösen zu Buche schlugen, wozu im Innern ein blühender Schnapshandel kam. Als dann der Ölpreisknick kam, wurde der Staatshaushalt der Sowjetunion schwer getroffen, wenn auch mit Verzögerung usw. – ich gehe nicht in die Einzelheiten dieser Geschichte.

Um sich klar zu machen, welche Handlungsmöglichkeiten man sich vorstellte, muß man sich ein weiteres Kapitel der Diagnose ins Gedächtnis zurückrufen. Dadurch, daß die Produktionsverhältnisse den Faktor Mensch lähmten, ihn zu einem subalternen Wesen degradierten, hatte sich überschießende Initiative wie in einem System kommunizierender Röhren verschoben. Natürlich wurde viel Energie auf die notorische Weise des Suffs absorbiert. Aber daneben blühten viele Weisen informeller Arbeitskraftverausgabung: Eigenarbeit auf der Datscha oder Schwarzarbeit, Schwarzhandel, ein

ganzes Spiel von »Beziehungen«, abgezweigten Leistungen und entfremdeten Ressourcen. Zur Diagnose gehörte also, daß ein wesentlicher Teil des kommunikativen wie des produktiven Geschehens der Gesellschaft in eine Art Schattenreich abgetaucht war. Das ist wichtig, wenn man verstehen will, was die Gruppe um Gorbatschow damals für Handlungsmöglichkeiten für sich sah, wieso sie einen Umbau dieser Verhältnisse in Richtung auf demokratisierte sozialistische Verhältnisse für realistisch hielt. Man glaubte nämlich, diese ins Schattenhafte abgetauchte Initiative ließe sich gewissermaßen legalisieren, gleichsam zur neuen Sowjetgesellschaft erklären, und ihre Akteure ließen sich in – wie man das ausdrückte – horizontale Verhältnisse versetzen und zum Beispiel in freiwillig einzugehende Vertragsverhältnisse einbinden. Man wußte, und entwarf dementsprechend das Konzept, daß zum einen ein ungeheurer Widerstand der tradierten Machtstrukturen zu überwinden war, zum andern ein komplexer Rahmen für die Bewegung dieser Akteure geschaffen werden mußte, ein »sozialistischer Rechtsstaat«. Das Außerordentliche dieses Vorhabens kann man sich heute kaum mehr vorstellen. Auch war unvorstellbar, daß der Mann, der dieses Unternehmen in seiner Person und Stellung zusammenfaßte, nicht beseitigt werden würde.

Man war sich klar, daß dies Unvorstellbare nur Wirklichkeit werden könnte, wenn man eine Bedingung schuf, die es den Widerstandskräften erschwerte, Obstruktion zu betreiben. Deswegen die berühmte »Glasnost«. Sie hat lange gebraucht, um sich durchzusetzen. Es bedurfte der Explosion eines Atomkraftwerks. Nach der Katastrophe von Tschernobyl wurde noch einmal vier Wochen lang auf die alte Tour gelogen und geschwiegen – dann endlich platzte das System der Lüge und des Schweigens und ist seitdem nicht restauriert worden.

Rückblick auf ein Projekt: Es ging zu Ende wie in jenem Chesterton-Roman, *Der Mann, der Donnerstag war*, der zwar geistreicher ist als jene Putschgeschichte, in dem aber ebensowenig irgendjemand je genau weiß, wer Polizei und wer Anarchist ist ... Es ist ein Spiel, in dem man nicht durchblickt. Die Geschichte des Putsches vom August 1991 – ich werde schon deshalb nicht versuchen, sie zu erzählen, weil, wer sie zu erzählen versucht, sie immer wieder wird umerzählen müssen. Deutlich ist nur die Kettenreaktion: der Putsch zur Rettung der Sowjetunion entfesselte und legitimierte den Gegenputsch zur Zerstörung der Sowjetunion.

5.

Woran ist das Projekt der Perestrojka gescheitert? Diese schlichte Frage macht ihrerseits wieder so viele neue Türen auf, daß man nicht weiß, durch welche eintreten, und daran verzweifelt, überhaupt irgendwo anzukommen. Anzunehmen ist, daß der Zugang in der Phase davor liegt, vielleicht sogar zwei oder drei Phasen davor, jedenfalls in der Formationsphase der Gesellschaft sowjetischen Typs. Diese Formationsphase hatte ihre eigentliche Zeit, nach einer gewiß schicksalhaften Verkettung von Politiken und Dynamiken davor, unter Stalin. Deswegen verfügen wir noch immer über keinen besseren Namen als den von seiner Person abgeleiteten, um die damals entstandenen Strukturen zu bezeichnen. Also ein Blick zurück, sehr bruchstückhaft und sehr punktuell, um zu fragen, was damals für Weichen gestellt worden sind – mit dem Mut zum anfechtbaren Fragment und vieles weglassend, was in der Literatur der Zeitzeugen beschrieben ist. Ich versuche mich dabei auf der Ebene des historisch-materialistischen Nachdenkens zu halten, also nicht des Nachdenkens vor allem darüber, was bestimmte Akteure wollten, verabredet haben, taten usw., sondern darüber, was für eine Mine sie da ungewollt zur Explosion gebracht haben ... An dieser Stelle kann, glaube ich, heute ein Stück marxistisch nachgearbeitet werden.

Fragen wir also mit Marx nach der Ökonomie – Ökonomie nicht im Sinne von Volkswirtschaft, sondern im weiten Sinn der Verhältnisse, die wir Menschen in der Produktion unseres Lebens und der Lebensmittel eingehen. Man wird sehen, daß diese Frage eine komplexe Herangehensweise erfordert, von der die meisten Ökonomen nichts ahnen. Ich benutze ein gerade erschienenes Buch von Michael Brie und Ewald Böhlke, *Rußland wieder im Dunkeln*, und referiere eine These, die dort von Rainer Land dargelegt wird. Ausgangspunkt ist die unglaubliche Diskrepanz zwischen den gewaltigen, weltgeschichtlich beispiellosen Industrialisierungserfolgen unter Stalin und dem Kollaps unter Gorbatschow. In Lands Schilderung fließt spürbar die persönliche Anschauung des Ostdeutschen ein, der erlebt hat, was aus der DDR-Wirtschaft – immerhin einer der elf potentesten Industriemächte auf diesem Globus, was immer dies auf unserem armseligen und bedrohten Globus heißt – was also aus dieser Wirtschaftsmacht innerhalb eines halben Jahres geworden ist. »Die Ergebnisse der nachholenden Modernisierung«, so begreift er das, was unter Stalin gemacht worden ist, »werden zu Ruinen, Schrott, der beim erneuten Beginn kaum nützt. Es scheint, als würde

das Resultat einer siebzigjährigen sozialistischen Entwicklung in vier Jahren zusammenfallen zu Staub und Asche. Alles Pappe und Gerümpel, schlimmer als die nackte Erde für den, der bauen will.« Hört sich diese Verwandlung, neben der die des Gregor Samsa harmlos erscheint, nicht wie ein böses Märchen an? Klingt diese Beschreibung nicht wie Zauberei, wie ein Mythos aus fernen Zeiten, wo ein böser Zauberer irgendeine Formel spricht, und alles, alles zerfällt zu Asche? Das ist doch nicht normaler Realismus – und doch ist es die Erfahrung des Zeugen vom geschichtlichen Tage selbst. So sieht es aus, das ist tatsächlich passiert. Es ist ungeheuerlich.

Den Schlüssel zu diesem bösen Märchen sieht Land in der Genese des einstigen sowjetischen Wirtschaftswunders: Die primäre Industrialisierung der Sowjetunion erfolgte – wie er sagt – sogleich in fordistischer Form. Man hat sich damals entschieden, nicht an das anzuknüpfen, was es an einheimischen Akteuren und gewachsenen Aktionsformen gab, um es zu entwickeln, sondern man wollte aus Amerika die modernste Organisationsform übernehmen. Dafür stehen die Namen Taylorismus und Fordismus. Auf der grünen Wiese mit Bauernkindern unmittelbar den Fordismus aufzubauen, dies konnte nicht anders gehen, argumentiert Land, als unter zentralstaatlichem Kommando. Die beiden Elemente verschmolzen also miteinander: der fordistische Charakter der Industrialisierung auf der grünen Wiese – etwas grob gesprochen – und die zentralstaatliche Form der Durchführung. Dahinter standen die bei Ford überaus erfolgreich praktizierten Theorien des Arbeitswissenschaftlers Frederic Taylor, der gesagt hatte, man müsse die Produktionsarbeit so weit wie möglich rationalisieren, vereinfachen und auf wiederholbare elementare Bewegungen zurückführen, und man müsse so viel wie möglich Wissen und Kompetenz vom einzelnen Produktionsarbeiter wegverlagern und ingenieurmäßig zusammenfassen. So begann die große Zeit der Fließbandmontage usw. Ich brauche das hier nicht zu wiederholen. Es ist ein interessanter Gedanke, die Struktur der Sowjetgesellschaft unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. In der Tat hätte man sich ja ein anderes Arbeitskonzept vorstellen können, bei dem elementare Ingenieursbestandteile und Kompetenzen beim Arbeiter geblieben wären. Die Reduktion der Produktionsarbeit auf reglementierte Anlernarbeit bei gleichzeitiger Auslagerung und Zusammenfassung qualifizierter Kompetenzen in übergeordneten Ingenieurspositionen oder entsprechenden Führungsinstitutionen – es leuchtet ein, daß dies sich unter Bedingungen des Facharbeitermangels geradezu als Patentlösung anzubieten

schien für die kurzfristig zu bewältigende Eingliederung großer Bauernmassen in eine Industrie. Indem so aber die gesamte Wirtschaft wie ein einziger Großbetrieb durchzurationalisieren war, wurde die Rolle des Staates als Generalunternehmer ein für allemal festgeschrieben. Malt man sich weiter aus, was das für Funktionsbedingungen und Konsequenzen hat, dann ist, glaube ich, Erhebliches gesagt, und zwar für Basis und Überbau, ganz im klassischen Sinn, einschließlich Sicherheitspolizei und Terror und was es alles an flankierenden Funktionselementen samt resultierenden Dysfunktionen gab.

Wenn Land Recht hat, dann war der gewaltige intellektuelle Apparat, den die Sowjetgesellschaft in Gestalt ihrer Akademien, ihres gesamten Wissenschaftsdispositivs hervorgebracht hat, gleichsam, wie Antimaterie im Verhältnis zu Materie, nur die andere Seite der Existenz einer wenig qualifizierten und subaltern gehaltenen Massenarbeit. Man wollte die Resultate des Kapitalismus, und zwar des entwickeltsten, ohne die Bedingungen, aus denen sie hervorgegangen waren. Bei den Teilsystemen der Planung und Leitung hat es sich deswegen, wie Land klarmacht, im Unterschied zum Konstruktionsprinzip des modernen Kapitalismus »nicht um relativ *autonome* Subsysteme wirtschaftlicher Regulation« handeln können, die mit differenzierten und differenten Regulationszielen und auch mit einer starken Eigenmacht ausgestattet sein müßten – man muß sich nur vorstellen, die Deutsche Bundesbank würde auf jeden Wink des Kanzlers hin ihre Geldpolitik ändern... Relative Unabhängigkeit, die funktional ungeheuer wichtig ist für ein geeignetes konstitutionelles Gefüge, konnte es unter sowjetischen Bedingungen nicht geben. Auch konnte es nicht die erfordernten »diskursiven Formen wechselseitiger Koordination« geben, sondern einzig »*direkt verkoppelte* Apparate« – eine Art Ingenieursvision des ganzen Institutionengefüges –, »die via hierarchische Unterstellung unter ein allgemeines administrativen Zentrum *als einheitlicher Gesamtkörper mit einem einheitlichen Willen, mit einheitlichen Zielen* zu funktionieren hat« (Land).

Jeder weiß, wer das Zentrum besetzt hat und was das Schicksal der Partei war, deren Name »Partei« völlig irreführend wurde: sie wurde zu einer Staatsklasse, einem Orden für genau diese strukturell unweigerlich auf Grund elementarer Weichenstellungen entstandene Systemposition. Die Partei wußte nicht, was ihr geschah. Das war nicht geplant, und das stand schon gar nicht im Statut oder in der Satzung. Das war auch so nicht im Hirn des Generalsekretärs ausgedacht.

Der Versuch, jene Kette von Verwandlungen zu begreifen, läuft auf etwas hinaus, was man historischen Materialismus in Aktion nennen kann. Da waren zwar einige bewußt gewollte Entscheidungen, aber durch sie war ein Prozeß von Dynamiken in Gang gesetzt worden, die sich eigenmächtig hinter dem Rücken der Akteure und zum Teil in der Form der Katastrophe mit millionenfachem Hungertod und anderen Formen des Massenelends, ja Massenmords durchgesetzt haben.

6.

Zurück zum Gorbatschow-Projekt: es kam auf, als die derart geschaffene Struktur eines zentralstaatlich repressiven Fordismus anfang, nicht mehr zu funktionieren. Sie schien ja zunächst gigantisch zu funktionieren, durch den Augenschein industriellen Aufbaus einen Optimismus nährend, der die Menschen mitriß. Selbst in den Lagern war noch etwas von der Überzeugung spürbar. So berichten jedenfalls überlebende Insassen, daß sie zwar wußten, sie waren unschuldig, daß sie aber bei allem Grauenhaften noch hatten glauben können, daß das Ganze »einen Sinn hatte«, weil es doch so sichtbar voranging. Es wurde wirklich gebaut. Unvorstellbar, was da für eine ganz neue Welt entstand. Aber aus dieser neuen Welt wurde eine Welt, die unvorstellbar schnell alterte, die sozusagen mitten im Geborenwerden zu sterben begann, und dieser Prozeß zog sich noch sehr lange hin. Noch vor nicht viel mehr als zehn Jahren wurden erste Eisenbahnlinien in bislang kaum erschlossene Gebiete gelegt, wurde pro Jahr eine Großstadt gegründet. Es war eine ungeheure Symphonie des Konstruierens, und solange es das war, nie ohne Optimismus; zugleich aber lief schon der Prozeß, in dem diese gesamte Struktur ihre Lebenskraft einbüßte: als rigoroses Akkumulationsregime entworfen, büßte sie ausgerechnet ihre Akkumulationsfähigkeit ein.

Man hat diese Regression mit Kategorien wie »Bremsmechanismus« beschrieben, und das Verdienst der Gruppen, deren Sprecher Gorbatschow wurde – ein Verdienst, das man gerade nach ihrem Scheitern nicht vergessen darf –, ist eben, daß sie begriffen haben, daß der Bremsmechanismus seinen Ort im Zentrum der staatlich-gesellschaftlichen Gesamtkonstruktion hatte.

Schrumpfende quantitative Ausdehnung, mit einem immer größeren Sektor unfertiger Investitionen, bei qualitativer Verschlechterung – der nichtfungierende Teil der Ausrüstung und der Reparatursektor hatten überdimensionale Ausmaße angenommen – und katastrophaler

Umweltzerstörung, diese für sich schon pharaonischen Plagen bildeten erst eine Seite des Übels. Auf diesem Globus fand eine technische Revolution statt, vollzog sich der Übergang zu einer neuen Produktionsweise mit »hochtechnologischen« Produktivkräften und entsprechenden Formen des Arbeitens. Es gibt in den bei der technischen Entwicklung mithaltenden Ökonomien heute kaum mehr einen Arbeitsplatz, bis hin zur Forstwirtschaft, der nicht in irgendeiner Weise computergestützt ist, kaum eine Maschine, deren Effizienz nicht in irgendeiner Weise davon abhängt, ob sie eine selbstregulative Apparatur enthält. Auch bei Konsumgütern – sei es die Regelung der Einspritzpumpe beim Auto oder die des Ressourcenverbrauchs einer Waschmaschine – sind an allen möglichen Ecken und Enden elektronische Steuerungssysteme beteiligt. Sie repräsentieren eine neue Leitproduktivkraft und sind zugleich nur ein Element eines ganzen Bündels neuer Technologien. Man kann sagen, daß innerhalb kapitalistischer Verhältnisse, die sich ihrerseits krisenhaft mitentwickelt haben, eine neue Produktionsweise entstanden ist, die einen neuen Menschentyp in der Arbeit ermöglicht und ernötigt hat. Dieser Menschentyp hat zwar viele Gesichter, aber es ist ganz sicher nicht der des fordistischen Arbeiters von vor vierzig Jahren. Die Heldenbilder von damals sind hoffnungslos veraltet: mächtige Faust, muskulöser Arm, in der einen Hand einen großen Schraubenschlüssel, in der anderen die Bierflasche, im Herzen das »Wir-sind-wer-Gefühl« des Mannes, der durch seinen muskulären Apparat mit der produktiven Welt der Gesellschaft verknüpft ist. Das ist Vergangenheit. Das Bier ist am Bildschirm störend, zu viel Körper behindert bei der nötigen Flexibilität und der ständig erneuten Suchbewegung, bei der Interaktion mit den Steuerungsanlagen.

Man verstehe dies nicht als Verklärung. Die neue Produktionsweise hat eine neue Destruktionsweise hervorgebracht. Eine Kriegsweise, die sogar auf die Lebensweise rückwirkt, indem ihre überlegene Täterseite von den Kids in den Spielhallen eingeübt wird. Die Generalprobe dieser Destruktionsweise haben wir als »Operation Wüstensturm« im ersten globalen, die Raumfahrttechnologie konsequent ausnutzenden Fernsehprogramm *CNN* verfolgt, uns die Augen reibend, widerwillig unterhalten, den Blick über die in die Raketen eingebauten Sensoren auf die Ziele gerichtet. Auch das ist ein Produkt der neuen Produktionsweise, daß wir über künstliche Himmelskörper, überall hin, von überall her, zu jeder Zeit um den Globus herum, nur durch Lichtgeschwindigkeit gebremst, eine globale künstliche Sichtöffentlichkeit haben. Der Golfkrieg war in

gewisser Weise eine Probe auf die schöne neue Welt des Kapitalismus...

Jedenfalls sind die Verbündeten der Sowjetunion in den Kriegen, die seit Mitte der siebziger Jahre geführt worden sind, durch die Verbündeten des westlichen Blocks – in dessen Kriegsweise die Waffen den Ausschlag gaben und nicht die Menschen – militärtechnologisch geschlagen worden. Ihre Waffen wurden durch kybernetisch überlegene Systeme abgeschossen. So fing die Erkenntnis, die ins Projekt der Perestrojka einmünden sollte, als Kriegsgeschichte an. Die Welthandelsgeschichte besorgte die breite Untermauerung dieser Erfahrung. An der Wirtschaftsgeschichte der DDR läßt sich beobachten, wie sich die *terms of trade* auf dem Weltmarkt dramatisch verschlechterten, bis am Schluß fast nurmehr Notverkäufe gemacht wurden. Überflügelt von den asiatischen Schwellenländern, wurde die DDR zum Billigproduzenten für westliche Billigkaufhäuser. Aber »Billigproduzent« ist ein Euphemismus. In Wirklichkeit war die DDR ein »Teuerproduzent«, den seine Notlage zwang, Billigverkäufer zu werden. Das bedeutete einen enorm ungleichen Austausch, wie ihn Marx im *Kapital* analysiert, wo er nach Austauschprozessen zwischen Volkswirtschaften mit unterschiedlicher Produktivität fragt. Und hier verhielt sich die Produktivität wie 1:2 oder 1:3. Dabei ist Produktivität noch nicht alles, faßt man sie nur als Arbeitszeitverausgabung, umgerechnet auf bestimmte Produkteinheiten; hinzu kommen Parameter qualitativer Produktivität, die spezifische Arten von technischem Know-how voraussetzen. Wenn aber die Produkte erstens technisch schlechter sind und zweitens viel mehr Zeit zu ihrer Herstellung benötigen, dann ist doch klar, daß dies den ökonomischen Untergang bedeutet, sofern die ungleichen Ökonomien im Austausch miteinander stehen. Den imaginären und informationellen Einwirkungen auf die Bedürfnisse hatte ja die entsprechende Hochtechnologie längst eine transnationale, ja globale Reichweite verliehen. Entsprechende Veränderungen der Lebensweise waren nicht aufzuhalten. Und warum sollte man es auch versuchen, wenn man die neue Produktionsweise haben wollte? Kurzum, dieser Prozeß verlangte politisches Handeln, und die Aufgabe, die sich stellte, war kapitalistisch: entweder wir schaffen den neuen Zugang zu dieser Produktionsweise oder wir gehen unter, früher oder später. Die Stagnation mag sich lange hinziehen, aber auf Dauer ist der Zustand unhaltbar.

7.

Damit sind wir wieder beim Ausgangspunkt des Gorbatschow-Projekts. Warum ist die Perestrojka am Ende geplatzt wie eine Seifenblase? Aber ist sie überhaupt geplatzt? Was wissen wir? Wir wissen, daß im Moment ein fast unregierbares Chaos herrscht, daß da eine Regierung ständig Erlasse erläßt, die nichts bewirken, Geld druckt, das nichts kauft, Preise freigibt, worauf zwar die neuen Preise in die Läden kommen, aber noch immer nicht die Waren. Zugleich herrschen alle möglichen Formen schwarzer Teilprivatisierung, wo sich Komplexe aus den ökonomischen Geschehnissen des riesigen Landes auskoppeln, um sich direkt mit dem Ausland zu verkoppeln, irgendwelche Schätze dorthin transferierend und die Erlöse auf die dortigen Banken bringend. Das Bild mag nicht frei von Schwarzmalerei sein, aber es gehört zur Signatur des historischen Moments.

Die anscheinende Entwertung der sowjetischen Industrialisierungsergebnisse und die weitverbreitete geistige Rückwendung haben Beobachter zu der Aussage verführt, man könne die gesamte Geschichte seit 1914 vergessen. In Amerika hat man dieses Jahrhundert deshalb »das kurze Jahrhundert« genannt, *the short Century*, da es eigentlich nur aus den Jahren 1901-1914 und 1991-2000 bestehe. Demnach hätte dieses Jahrhundert in Wirklichkeit bloß 23 Jahre gedauert, und der Rest wäre unwirkliche Abweichung, und in der *Financial Times* hat James Morgan einen diesem Phantasma entsprechenden Rip-van-Winkel-Effekt² behauptet: Wer 1914 eingeschlafen wäre, um heute aufzuwachen, bräuchte überhaupt nichts davon zu wissen, daß es je eine russische Revolution gegeben hat, auch nicht, daß es den Nazismus gegeben hat. Er würde sich in vertrauter Umgebung wiederfinden. So hat es zustimmend in der *FAZ* Henning Ritter referiert. Es ist dies eine der Formen, in denen die geistige Situation des Ostens auf die Mentalität der Sieger im Westen überschwappt, denn die russische Intelligenzija, so heißt es bei Hans Peter Riese, befaßte sich Ende August 1992 »mit der Frage, ob die Gebeine, die man in Jekaterinenburg gefunden hat, der Zarenfamilie gehören, und ob Rußland die Gebiete beanspruchen könne, die die 'Kiewer Rus' vor tausend Jahren umfaßt hat, also auch die Ukraine«, usw. Diese Intelligenzija hat eine verrückte Wende aus der Zeit

² Rip van Winkel hieß bekanntlich der Holländer, von dem erzählt wird, er sei eines Tages eingeschlafen, um erst ein paar hundert Jahre später aufzuwachen.

hinaus gemacht, in der Art eines umgekehrten Rip-van-Winkel-Effekts: es ist, als sei sie im Moment des großen Geschichtsbruchs eingeschlafen, um in der Vergangenheit wiederaufzuwachen. Entsprechend zeichnete schon Anfang 1992 Lew Lurie eine merkwürdige Symmetrie zwischen Ursprung und Endsituation der Sowjetunion. »Als Gegengewicht zu den kommunistischen Ideologien, die behaupteten, die kapitalistische Hölle im Jahre 1917 sei vom sozialistischen Fegfeuer gereinigt worden, entwarf die demokratische Presse der Glasnost-Ära ein genau entgegengesetztes Bild: Die kommunistische Hölle habe das kapitalistische Paradies abgelöst, weshalb es jetzt in die Vergangenheit zurückzukehren gelte.« Kurz, die Vergangenheit wird zur Substanz, zur wahren Substanz des imaginären Gemeinwesens.

8.

Wenn Joachim Fest mit dem Satz, die Wahrheit enthülle sich »vom Ende her«, die sowjetische Geschichte im Auge hat, so hat zwar die Sowjetunion zu bestehen aufgehört, aber nicht die sowjetische Geschichte. Was aus ihr noch wird, weiß heute keiner. Fest hat in einem Aspekt recht, den er unrecht hat, nicht auch auf sich selbst zu beziehen: jeder Tag nimmt uns aufs neue bisherige Gewißheit. Wenn wir uns endlich eingerichtet haben auf eine Analyse, ereignet sich das nächste Unerwartete, das unsere Sicht schon wieder desorganisiert. Wer sich dafür zu begeistern vermöchte, lebenslang zu lernen, die neuen Probleme als Aufgaben einer *gaia scienza* zu akzeptieren, für den müßte es eigentlich, bei allem Deprimierenden, eine vitalisierende Zeit sein, die intellektuelle Potenzen freisetzt. Freilich wird das überwogen durch die Entsetzensdaten, die jeweils den Anstoß geben. Aber vielleicht lassen wir uns dadurch doch nicht den Mut nehmen, immer wieder neu in die Schule des Lebens zu gehen. Dorther stammt auch die Titelfrage. Eine erste Antwort läßt sich, gestützt auf die bisher skizzierten Beobachtungen und Analysen, immerhin geben: ja, man muß den Stalinismus von Marx her denken, nämlich unter Zuhilfenahme historisch-materialistischer Denkweisen. Es ist völlig ausgeschlossen, ihn zu begreifen, analysiert man nicht das Ökonomische im weiten Sinn. Es würde überhaupt nicht genügen oder allenfalls für einen Teil der Wirklichkeit, und nicht den letztlich ausschlaggebenden, die Pläne der Mächtigen ständig nachzukonstruieren. Gerade in der Marxschen Nachfolge hat uns oft das Intentionale den Blick fürs Effektive getrübt. Wir müssen endlich gesellschaftstheoretisch mündig werden und die

opake Realität unserer Geschichte zu denken versuchen. Das kann nur in Form einer vielstimmigen Forschung geschehen. Doch das, was man bereits sehen kann, erlaubt den Versuch partieller Beschreibungen.

9.

Am deutlichsten sehen wir das für die erste Bildungsphase der Sowjetmacht, in der noch Lenin in später nicht mehr gekannter Offenheit Fehler benannt und Konsequenzen daraus gezogen hat. Engels' eingangs zitierte Beschreibung der unfreiwilligen Dialektik einer vom Zaun gebrochenen Revolution wollen mir nicht aus dem Kopf, wenn ich an die abrupten Richtungswenden in den katastrophischen Wirren der ersten Sowjetjahre denke. Man muß nur Engels' Hinweis folgen und sich überlegen, was Hegel im zweiten Band der »Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie«, wo es um »sokratische Ironie« geht, gesagt hat: »Alle Dialektik läßt das gelten, was gelten soll, als ob es gelte, läßt die innere Zerstörung selbst sich daran entwickeln, – allgemeine Ironie der Welt.«

Ob es wirklich die *allgemeine* Ironie der Welt ist, sei dahingestellt. Aber es trifft die furchtbare Ironie jener Geschichte des praktisch gewordenen Bolschewismus. Er galt zunächst als das, als was er gelten sollte, und sich selbst in der Wirklichkeit überlassen³, hat er entsetzliche Katastrophen hervorgerufen, die zum Teil durch extreme Schwankungen im Verhältnis zwischen Stadt und Land hervorgerufen wurden. Blitzartige Umschläge, abrupte Kurswechsel in der Politik sind Anzeichen, daß da etwas losgetreten war, was nicht mehr beherrscht wurde. Auch der Übergang zum Stalinismus im engeren Sinn erfolgte unter solchen Vorzeichen, angestoßen von akutem Lebensmittelmangel, den man als »Streik« der Bauern empfand: diese lieferten nichts mehr, weil die Stadt ihnen nichts mehr lieferte oder weil die Preisrelationen nicht stimmten, was auch nicht anders sein konnte, da das den Bauern über die Preise für Industriegüter abgenommene Mehrprodukt die Industrialisierung bezahlen

3 Man wird einwenden, der Sowjetstaat sei gerade niemals »sich selbst in der Wirklichkeit überlassen« gewesen, sondern von seiner Entstehung an fast immer der äußeren Einmischung unterworfen gewesen. Doch hat diese ihn nie zu stürzen vermocht. Seine Stärke lag in seinem Charakter des Notstandsstaats für den Ausnahmezustand. Auch wenn man sagen kann, daß er sich im Rüstungswettlauf mit dem Westen »zu Tode gerüstet hat«, so ist dies doch keine zwingende Erklärung für die Produktionsverhältnisse und ihre schließliche Unreformierbarkeit. Tödlich ist diesem Staat nicht der Ausnahmezustand, sondern dessen Beendigung geworden.

sollte usw. Das hat – von erheblichen Teilen der zerrissenen Gesellschaft bejaht, also »massendemokratisch« abgestützt – zur Überwältigung der Privatbauern geführt, was seinerseits die diktatorische Überwältigung des Ganzen nach sich zog. Das war nicht geplant, nicht gewollt. Kann man sagen, daß die jeweiligen Politiken von den Akteuren »marxistisch« verstanden wurden? Allenfalls wenn man sieht, daß es sich um einen seines wissenschaftlichen Werts weitgehend beraubten Vulgärmarxismus handelte. Denn diese Marxisten hätten doch historische Materialisten im Sinne dessen sein müssen, was Engels ahnungsvoll in seinem Brief schreibt – »Vielleicht wird es uns allen so gehen« – und dann aber leider durchstreicht, statt den Satz zu einer eigenen Schrift auszuarbeiten und an die folgenden Generationen weiterzugeben. Kautsky, der einiges davon gegen Lenins Politik eingewandt hat, war von der eignen verbalradikalen Abwarterei so diskreditiert, seine Theorie so voller undialektischer Schlacke, daß er kein Gehör finden konnte. Rosa Luxemburg, die Gegnerin, deren Kritik Lenin immer gierig zur Kenntnis nahm, war von deutschen Offizieren ermordet worden. Was den Vorrat an authentischen Orientierungen betraf, fand sich Lenin auf die Klassiker zurückgeworfen. Und wenn Lenin, vor allem der späte, seinen Marxismus einem äußerst wachen Sinn für historische Erfahrungen und für widersprüchliche Dynamiken in der Wirklichkeit aussetzen konnte, so zeigte die heillose Spaltung seiner engsten Genossen nach seinem Ausscheiden, daß der unter Lenin mühsam aufrechterhaltene Typ von Handlungsfähigkeit endgültig zerbrochen war. Selbständig denkende Marxkenner wurden beseitigt, die »staatlich-philosophische Funktion«, die Georges Labica analysiert hat, etablierte sich. Ihr Marx glich dem Christus der Inquisition.

10.

Ist Marxens Denken also »unschuldig« am Stalinismus (falls es das des historischen Jesus an der Inquisition sein sollte, was zu überlegen wäre)? Ja und nein.

Nein, denn bei Marx und Engels finden wir Einbruchstellen, die sich deutlicher abzuzeichnen beginnen, seit die stalinistische Erfahrung ein Licht auf sie zurückwirft. Das Denkwürdige ist: es sind keine häßlichen Stellen. In den Schriften der Klassiker gehören sie zu den schönsten. Als Beleg bringe ich einen Satz aus dem *Kapital*, der das Herz höher schlagen läßt und doch die finsterste Entwicklung zumindest anzubahnen beigetragen hat – soweit überhaupt Denken historisches Geschehen anbahnen kann, was eher bescheiden

anzusetzen ist, wollen wir keine »Ideisten« sein, keine historischen Idealisten, die sagen, die Sowjetgeschichte sei die Materialisierung des Denkens von Lenin, der es von Marx habe usw. – Der Satz findet sich in einem Kapitel, das viele Intellektuelle stark beeindruckt hat, das auch Lukács zum Verdinglichungsaufsatz aus *Geschichte und Klassenbewußtsein* mit-inspiriert hat, nämlich im Kapitel über den *Fetisch-Charakter der Ware*, eines nicht kapitalismus-spezifischen Phänomens, dessen überproportionierte Wichtignahme oft die Analyse kapitalistischer Industriegesellschaften und ihrer politischen Institutionen überschattet hat. Am Schluß dieses Kapitels spricht Marx über die Religion, bzw. über ihre Daseinsbedingungen und damit zugleich über die Bedingungen ihres möglichen Verschwindens. Marx äußerte sich ja, wie nur wenige wissen, als ein entschiedener Gegner des Bekämpfens von Religion, und er mußte es, da er Religion geschichtsmaterialistisch als den Effekt spezifischer Sozialstrukturen dachte, deren spezifische Änderung sie in seiner Sicht ähnlich wie den Staat zum Absterben bringen würde. Er erklärte es sogar einmal für »verbrecherisch«, Religion zu verfolgen; wo er entsprechende Tendenzen russischer Anarchisten geißelt, meint man, er schildere bestimmte Züge der Stalinschen KPdSU.

Hier nun der Satz aus dem Kapitel über den Fetischismus der Warenwelt: »Der religiöse Widerschein der wirklichen Welt kann überhaupt nur verschwinden, sobald die Verhältnisse des praktischen Werkeltagslebens den Menschen tagtäglich durchsichtig vernünftige Beziehungen zueinander und zur Natur darstellen.« (MEW 23, 94)

Der Satz ist kurz, aber voller Abgründe. Er stammt aus einer anderen Epoche, ist heute völlig unerlaubt. Wie sollten die Verhältnisse auf dieser Erde mit ihren Milliarden von Menschen, wie soll das Ensemble von deren Beziehungen untereinander, ja auch nur unserer Selbstbeziehungen, zu unserer eigenen Natur, wie die Beziehungen zur uns umgebenden Natur, wie soll diese Wirklichkeit »tagtäglich durchsichtig, vernünftig« sein? Genügt es doch, daß wir in unser »Inneres« zu blicken versuchen, um nicht nur Intransparenz zu erfahren, sondern einen Selbstlauf, dem wir nur vorübergehend Zustände der Konzentration auf bestimmte Fragen abgewinnen können, wobei aber das Antreibende das Blicken selbst treibt und so für es verschwindet, also alles andere als transparent ist. Es wäre ein interessanter Fall von Verdrängung, sich Selbst-Durchsichtigkeit zuzusprechen. Unsere Verhältnisse untereinander – transparent? Die Verhältnisse auf dem Globus – kristallklar? restlos rationalisierbar?

Bald wird man ethnologische Forschungen treiben müssen, um zu verstehen, wie diese Marxsche Vision einmal für real gehalten werden konnte. Wir denken heute unsere Stellung zueinander, zu uns selbst, zur umgebenden Natur, nicht mehr in Begriffen der reinen rationalen Transparenz, die wir als eine Illusion erkannt haben. Was noch mehr ist, diese Illusion ist eine Gefahr; denn wenn man glaubt, daß alles so einfach ist, dann heißt es ja, daß die Strukturen und Institutionen, die nicht mit solcher Einfachheit rechnen, die Intransparenzstrukturen des Daseins, wenn man so will, daß diese nicht nur überflüssig sind, sondern, schlimmer noch, unserm Glück im Wege stehen. Das Paradies und wir scheinen nur durch sie getrennt: durch das Recht, die Verfassung, das Parlament, selbstverständlich durch den Markt, gar vollends das Geld, kurz, durch das Ensemble der gesellschaftlichen Institutionen und Strukturen, in denen sich mit bestimmten Prozeduren, die einigermaßen rational sind, die möglichst nicht allzu korrupt angewandt werden, unter Bedingungen, wenn wir Glück haben, der Öffentlichkeit und des freien Wortes, die vielfältigen Probleme der Vergesellschaftung unserer Tätigkeiten wie ihrer Resultate und der Ressourcen regeln. Ich sage nicht, daß »wir« sie regeln; aber wir sind an der Regelung, wenn auch in schwacher Form, beteiligt usw.

Der Anschlußsatz aus dem Kapital lautet: »Die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d.h. des materiellen Produktionsprozesses, streift nur ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht.« Wie stellen wir uns das heute vor? Auch dieser Vorstellung ist nicht etwa Autoritarismus anzulasten; eher ist sie antiautoritär. »Frei vergesellschaftete Menschen«, was soll das sein, wenn nicht Menschen unter Bedingungen konsensuell hergestellter Vergesellschaftung? Aber indem dies bei Marx nicht in den Institutionen einer Zivilgesellschaft vermittelt gedacht wird, sondern als Unmittelbares, durch einen unerlaubten Überschuß an unterstellter Transparenz und Vernünftigkeit zu Bewirkendes, entsteht eine Einbruchsstelle. Genau dort, wo das Marxsche Denken dem Stalinismus am meisten entgegengesetzt ist, findet der Stalinismus so seine »Auftreffstruktur«.

Was folgt aus dieser harten Kritik für das Hauptwerk, mit dem der Wissenschaftler Marx steht und fällt? Welchen Status hat diese illusionäre Unmittelbarkeits-Perspektive für die Wissenschaftslogik des *Kapital*? Analysiert man den Theorieaufbau, das Ineinanderklinken der Argumentationsgänge, läßt sich zeigen, daß das Tragende die

Krisentheorie ist, also ein analytisches Modell für die unaufhebbare Krisenhaftigkeit kapitalistischer Vergesellschaftung. Mit dieser Zentralität der Krisentheorie hängt zwar jene Vision zusammen, hat sie Marx doch verführt, dieses unerlaubt schöne Bild eines apriori krisenfreien Zustands zu malen. Was jedoch im striktesten theoretischen Sinn unentbehrlich ist, um auch nur irgendetwas im gegenwärtigen Geschehen auf der Welt zu begreifen, ist Marxens analytische Rekonstruktion der Tatsache, daß die Vergesellschaftungsweise, die wir die kapitalistische nennen, *erstens* gar nicht anders als krisenhaft funktionieren kann und *zweitens* darin nicht etwa bloß eine Schwäche hat, sondern daß ihre größten Stärken mit diesem Krisencharakter zusammenhängen. Ihre größte Stärke ist ihre systemische Selbständigkeit gegenüber menschlichen Zwecken, seien es Lebensbedürfnisse, seien es politische Zielsetzungen, ja geradezu ihr Vernichtungspotential, auch sich selbst gegenüber. Insofern trägt Marx auch dazu bei zu begreifen, nicht nur wie es zur Stalinisierung kam, oder, mit Ernst Bloch zu reden, »wie der Prinz versteinert ist«, sondern auch warum dieser Stalinismus oder der Post-Stalinismus nicht konkurrenzfähig war mit dem Kapitalismus. Marx hilft zu begreifen, daß genau dort, wo der Krisenmechanismus der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise lokalisiert ist, auch ihr gnadenloser Mechanismus permanenter Effizienzkontrolle sitzt. In gewisser Hinsicht funktioniert der kapitalistische Mechanismus wie eine inhumane Zuchtmaschine, die aus den Menschenmassen, die sie erfaßt, ein Maximum herausholt. Die politischen Regulationen versuchen, innerhalb dieses allgemeinen Rahmens, spezifische Akkumulationsregimes durchzusetzen und die unterschiedlichen Lebenssphären darauf abzustimmen. Wenn man diesen Sachverhalt ausblendet, begreift man nicht, was heute gesiegt hat, und auch nicht, daß dieser Sieg wiederum einer ist, der seinerseits, wie das bei Engels hieß, eine Mine zur Explosion gebracht hat. Mag auch langfristig die dadurch freigesetzte Dynamik wieder alle Gestaltungsversuche zuschanden machen – eine Möglichkeit, die unausdenkliches Grauen birgt –, so ist es jedenfalls ein Sieg des »leistungsstärkeren« Systems, das seine Effizienz just der Tatsache verdankt, daß es gesellschaftlich nur schwach kontrolliert und vielleicht letztlich unkontrollierbar ist. Daß diese Geschichte sich noch längst nicht, mit Fest zu reden, »vom Ende her« zeigt, sollte uns nicht hindern, ihre »Wahrheit« zu ergründen, ehe es zu spät ist.

Muß man also den Stalinismus von Marx her denken? Ja, in beiden Richtungen.

Postscriptum

Den gesuchten Übergang zu Markt und Demokratie wird es desto weniger geben, je mehr die abstrakte Intention die geschichtsmaterialistische Analyse schon wieder überwiegt. In der abstrakten Form, in welcher dieser Übergang proklamiert zu werden pflegte, wird er überhaupt niemals stattfinden. Selbst im Westen ist der reine Markt eine Fiktion: worum gekämpft wird, ist die *Regulation*. Die einst von Gorbatschow artikulierten Fragen bestehen in veränderter Form weiter, nur daß sie der Illusionen entkleidet sind. Wir wissen, *was* wir tun müßten; wir wissen nicht, *wie* es bewirken. Unter dem Deckwort der Moderne ist der Welt-Kapitalismus hervorgetreten. Wenn er nicht durch neue Institutionen gezähmt und in eine weltgesellschaftliche Erneuerung der Wirtschaftsordnung als Motor eingebunden werden kann, wird die historische Tragödie Rußlands just in dem Moment von vorne beginnen wollen, da es keine Zukunft mehr gibt.

Nachweise

- Adam, Konrad, 1992: »Linke Ehrenhändel Vom hilflosen Antifaschismus«, in: FAZ, 6.4.
- Brie, Michael, und Ewald Böhlke: Rußland wieder im Dunkeln. Ein Jahrhundertstück wird besichtigt. Berlin 1992.
- Fest, Joachim, 1992: »Schwacher Abgang«, in: FAZ, 6.3., 1.
- Labica, Georges, 1986: Der Marxismus-Leninismus. Elemente einer Kritik. Berlin.
- Riese, Hans-Peter, 1992: »Verzweiflung und Spekulantentum«, in: FAZ, Wochenendbeilage, 30.8.
- Ritter, Henning, 1992: »Die neue Weltunordnung – Kurzhundert«, in: FAZ, 6.5., N 5.
- Schorlemmer, Friedrich, 1992: »Nach uns die Sintflut? Mit uns!«, in: Neues Deutschland, 29.8., 1.

Marx befreien

Unfromme Wünsche zum 175. Geburtstag

Die runden Jahrestage sind die letzte Chance einstiger Größen, die zum zweiten Mal gestorben sind, weil sie keinen mehr stören. Stört Karl Marx keinen mehr?

Vor fünfundzwanzig Jahren, am 5. Mai 1968, als die Zahl viel runder war, riß eine rasch wachsende *Kapital*-Lesebewegung Hunderte, ja Tausende mit, doch der Jahrestag spielte keine sonderliche Rolle.

Ganz anders fünfzehn Jahre später: In Lateineuropa war die große Krise des Marxismus ausgerufen worden, auch bei uns gab es keine Lesebewegung mehr. Damals wurde Marx' 100. Todestag überall auf der Welt begangen. War das ein Anzeichen des zweiten Todes von Marx, des Endes seiner Wirkung?

Im Osten herrschte damals Stagnation bei verschärfter »ideologischer« Kontrolle. Die Westmarxisten hatten bereits etliche Lektionen gelernt: Kapital-Logik und Ökonomismus waren als Blockaden erkannt, die neuen sozialen Bewegungen und die Problematiken, an denen sie sich entzündeten, wurden aufgenommen, Patriarchatskritik nicht weniger als Ökologie. Die Dissoziation von Kommunismus und Demokratie war als historische Katastrophe begriffen.

Was gibt es wiederum zehn Jahre später darüber hinaus zu sagen? Nichts ist neu, und alles ist anders. Was Kritik war, zweifelnd sich vorwagendes Denken, hat seine Unumkehrbarkeit erfahren. Die Wirklichkeit des ML war vom Westen aus unvorstellbar.

Die ostdeutsche Restauration aber, der die Revolution vom Herbst 1989 den Weg bereitet hat, ist unterm Abspielen der Symphonie vom schönen neuen Kapitalismus von dessen *Krise* eingeholt worden, während andere zum Kapitalismus befreite Länder im Bürgerkrieg untergehen, wieder andere in Verelendung versinken. Nur ein einziges Land auf dieser ganzen kapitalistischen Welt hat Konjunktur, nämlich China mit seiner »sozialistischen Marktwirtschaft«. (Es mag sein, daß es den Gründerkrach vor sich hat.)

Dem öffentlichen Meinungswesen aber dämmert, daß Marx nicht verschwindet, nachdem die Staaten verschwunden sind, die sich auf Marxismus-Leninismus beriefen. Einigen dämmert sogar, daß die Entfernung des byzantinischen Sarkophags eine neue Marx-Rezeption freisetzen mag. Es könnte sogar sein, daß diese bei den Intellektuellen der kränkelnden Supermacht USA ihren Ausgang nimmt.

Sollen wir Marx wünschen, daß er vom Ismus befreit wird, der an seinem Namen wie ein Bleigewicht hängt? Ach, was für ein frommer Wunsch! Die Marxismen werden wiederentstehen, solange der Kapitalismus besteht, den Marx analysiert hat.

»Der Marxismus kehrt zurück« lautete erst vor einer Woche eine Überschrift im »Tagesspiegel«. Weil der Gegenstand, den Marx gedacht hat, keine Ruhe gibt, wird nach seinem Denken immer von neuem gefragt.

Nein, Marx braucht die Jubiläen nicht, um (momentan) dem Vergessen entrissen zu werden. Sondern wir, die Nachgeborenen, brauchen sie zur Verständigung. Marx geht nicht heil hervor aus dem Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus. Nicht nur, weil sein Name für viele, die im zusammengebrochenen System gelebt haben, zum Namen des Unheils geworden ist. Sondern vor allem, weil bestimmte Defizite bei Marx sich als unheilvoll erwiesen haben.

Wenn wir Marx wünschen, daß er den Schatten Stalins und das Stasi-Netz der Spinne Mielke loswird, so geht das keinesfalls ohne seine Befreiung vom subalternen Respekt: Wünschen wir ihm also, daß unbefangen-kritisch mit ihm umgegangen wird, daß Defizite erkannt und nachgearbeitet werden.

Er wußte natürlich nichts vom transnationalen Kapitalismus und seiner hochtechnologischen Produktionsweise, ohne deren Analyse wir Heutigen nichts begreifen – aber wo, wenn nicht bei Marx, lernt man darüber nachzudenken, was Produktionsweise heißt und wie Kapitalismus funktioniert, was es für eine Marktwirtschaft bedeutet, wenn die Automation den Anteil lebendiger Arbeit am Wert der Waren minimiert usw.

Und natürlich ahnte Marx nichts vom befehlsadministrativen Sozialismus im Osten, obwohl er zweifellos dessen Konstruktion, von allen anderen Skandalen abgesehen, als Entwicklungsbarriere

begriffen haben würde – aber wie, wenn nicht von den Produktionsverhältnissen her und der Schranke, die sie für die Produktivkraftentwicklung darstellten, sollen jene Gesellschaften und ihr schließlicher Untergang gedacht werden?

Vor allem ist Marxens blinder Fleck in Sachen Zivilgesellschaft wegzuarbeiten. Man kann ihm schlecht vorwerfen, daß er sein Denken nicht an Gramscis *Gefängnisheften*, die um diese Frage kreisen, gebildet hat. Unerträglich ist, wenn heutige Marxisten das nicht nachholen.

Es gilt, die absolutistische Grammatik, die Marx und die meisten Marxisten heimgesucht hat, wegzuarbeiten. Wird der Marxismus in der Zivilgesellschaft ankommen? Oder werden, nachdem in einer Mischung aus Unwissenheit, Wut und Nostalgie die Filter der Wissenschaft herausgeschraubt worden sind, neue Vulgärmarxisten aus dem Boden schießen? Wir wollen es Marx nicht wünschen. Aber auch das bleibt ein frommer Wunsch, wenn wir nicht ...

Welchen Sinn hat es, über Stalinismus zu diskutieren?

Gespräch mit Axel Hildebrandt

Das Wort wird heutzutage für verschiedenste Inhalte und mit unterschiedlicher Funktion verwendet. Was ist »Stalinismus« für Sie?

Den Begriff werden wir nicht los, obwohl er schlecht ist, denn wir haben noch keinen anderen, auf den sich genügend Leute einigen könnten. Ohne weitere Definition ist aber klar, daß »Stalinismus« eine strukturelle Mutation des revolutionären Prozesses bedeutet.

Wie ließe sich dieser umstrittene Begriff inhaltlich füllen?

Am besten beschreibt man zunächst mit Marxschen Begriffen die Struktur, die damals errichtet worden ist. So erhält man eine Reihe von Determinanten, die, wie Marx sagt, »naturwissenschaftlich treu zu konstatieren« sind. Versuchsweise: Es waren Produktionsverhältnisse, die jedes Individuum in der gesellschaftlichen Arbeit unmittelbar dem Staat unterstellten. Das Eigentum an Produktionsmitteln wurde nicht vergesellschaftet, sondern verstaatlicht. Daraus resultierte eine zentralistisch-administrative Produktionsweise, flankiert durch Exekutivorgane, welche die Erfüllung der Anweisungen und die Unterwerfung der Individuen kontrollierten. Unter Stalin geschah dies in Form von Geheimpolizei plus direkter, rechtlich unkontrollierter Exekutive, sprich: Terror. Später durch aufgelockerte Formen von Diktatur, kombiniert mit korporatistischem Aushandeln zwischen unterschiedlichen Machtebenen und Betriebskollektiven. Als in der Sowjetunion unter Gorbatschow begonnen wurde, diese Gesellschaftsformation ernsthaft zu analysieren, lautete die Diagnose: Es sind Produktionsverhältnisse und ihnen entsprechende politische, ideologische, kulturelle Verhältnisse, welche strukturell das Individuum zum bloßen Exekutor machen, also entweder in gewisser Weise lahmstellen oder in Privat- und Schattenwirtschaft abdrängen: »Zersetzung des menschlichen Faktors« nannte Anatolj Butjenkow diesen Effekt.

Was die übliche Frage aufwirft: War das überhaupt Sozialismus?

Mir scheint, diese Frage wird zu Recht kritisiert. Schon im Kommunistischen Manifest werden verschiedene Formen von Sozialismus

beschrieben, darunter recht reaktionäre. Es hat keinen Sinn, den Begriff »Sozialismus« als Namen von etwas an sich Gutem zu verwenden und namens dieser Idee dann der Realität den Namen abzu-erkennen. Man muß den Ausdruck »Sozialismus« analytisch füllen. Deswegen hat mich der Term, den die Gorbatschow-Gruppe verwandte, überzeugt, diese Produktionsweise mit dem Ausdruck »befehls-administrativer Sozialismus« zu beschreiben.

Für allgemein-politische Debatten scheinen diese Beschreibungen etwas kompliziert zu sein. Finden wir nichts Griffigeres?

Wir haben noch keine Beschreibung, die so einfach kommunizierbar ist, daß sie fähig wäre, Teil des gesunden Menschenverstand der Linken zu werden. Vorläufig sind dessen »gesundeste« Teile wohl diejenigen, die den Stalinismus als radikalen »Verrat« an der marxistischen Perspektive sehen, wonach die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. Andere, die einen engen Begriff von »Arbeiter« haben, sehen diese Perspektive selbst als ir-reale Utopie an. Aber auch sie sehen, daß der Stalinismus eine radikale Zerstörung aller politischen Formen von Demokratie und fast aller anderen Formen gesellschaftlicher Eigenständigkeit betrieben hat, verbunden mit der Ausschaltung von Freiheiten (Information, Wissenschaft usw.), deren Fehlen einen Staat »dumm«, sprich: lern-unfähig werden läßt und eine Ökonomie auf die Dauer unproduktiv.

Stalinismus und Marx. Gibt es zwischen beiden einen unmittelbaren Zusammenhang?

Ja und Nein. Nein, der Stalinismus spricht allem Hohn, was Marx angestrebt hat. Doppelt nein, denn Marx spielte unter Stalin und dessen Nachfolgern kaum mehr eine wirkliche Rolle. Aber dann ist doch auch ein Zusammenhang zu bejahen, der freilich auf den ersten Blick paradox aussieht: Marx ist auf eine Weise radikal anti-stalinistisch, die seine Nachfolger wehrlos machen kann gegenüber der stalinistischen Versuchung. Gemeint ist: Für das gesamte Gebiet politischer, rechtlicher, kultureller Institutionen einer Gesellschaft, die ihre spezifischen Bewegungsformen haben und hohen Differenzierungsaufwand benötigen, hatte Marx wenig bis keinen Sinn. Und manche seiner Schüler haben es noch immer nicht. Marx suggeriert in manchen Äußerungen die Vorstellung, Vergesellschaftung sei so etwas, wie wenn eine Nachbarschaftsgruppe sich einigt, wie ein Vorgarten angelegt werden soll. Wie wir wissen, benötigt jedoch eine Gesellschaft – und wieviel mehr die Weltgesellschaft – komplexe

Vorkehrungen für den Umgang mit Unterschieden und Konflikten, für den Umgang mit den Zerreißproben zwischen menschlicher Kultur und Natur. Also genau dort, wo Marx radikaler Demokrat ist, ja sogar anti-autoritär bis auf die Knochen, wo er die freie Assoziation der Produzenten ankündigt, kann die Einbruchsstelle für diktatoriale und dann sogar totalitäre Formen sein, die sich auf ihn berufen. In den letzten Jahren der DDR hat die Gruppe für einen modernen Sozialismus um Dieter Klein und die Brie-Brüder genau diese Schwäche als »Unmittelbarkeitskommunismus« bei Marx diagnostiziert. Ich glaube, sie haben Recht.

Was bleibt uns an Marx wünschenswert erhalten?

Erst einmal hat Marx die bis heute konkurrenzlos brauchbare Grundlagentheorie über die Formen und Dynamiken kapitalistischer Prozesse hinterlassen. Mehr noch, er hat an manchen Stellen fast prophetisch vorgegriffen auf die Problematik der auf Automation basierenden Produktionsweise, man lese das nach in den Grundrissen. Er hat die Krisenzuckungen beschrieben, in die eine Gesellschaft, die sich über den Arbeitswert reguliert, verfällt, wenn Automation die lebendige Arbeit immer mehr zurückdrängt und der Arbeitswert marginal wird. Das bestimmt unsere Gegenwart. Also, Marx gibt eine kritische Theorie des Kapitalismus mit schwachen Ausblicken auf eine Alternative. Und genau diese kritische Analyse des Kapitalismus, die verbürgt das Weiterleben des Marxschen Denkens. Und jetzt, da der Kapitalismus Weltzustand ist, ist seine Theorie auch zum ersten Mal Welttheorie. Zugleich gibt Marx, trotz des Verzichts auf Zukunftsrezepte, der Ausbildung einer alternativen Gesellschaftsvorstellung starke Kriterien mit auf den Weg. Er hat im Kapital die Theorie auf den Punkt zulaufen lassen, daß ein Wirtschaften der Menschheit, das nicht selbstzerstörerisch sein will, im Kern ökologisch sein muß. Auch in der Frage der Geschlechterverhältnisse, man lese im Kapital nach, ist für Marx eine Gesellschaftsform, die die Geschlechterverhältnisse nicht radikal umwälzt und die Frauen nicht aus patriarchaler Subalternität befreit, keine in seinem Sinne.

Was können wir heute aus Marx machen?

Das ist natürlich die Schlüsselfrage, weil sie die Verantwortung bei uns weiß. Wenn wir nicht schlecht beraten sind, entlehnen wir erstens bei Marx die Erkenntnishilfen für die gesellschaftliche Welt, in der wir leben. Wir werden diese dort nicht schlüsselfertig bekommen,

denn die Kritik der politischen Ökonomie ist keine Beschreibung, sondern eine analytische Theorie, an der ständig weiterzuarbeiten ist. Zweitens: Es gibt in der Geschichte der Philosophie keinen Denker, der als Partner einen derartig anregenden, ja umwälzenden Effekt auf seine mündigen Leser haben kann wie Marx. In dieser Eigenschaft wird er immer wieder aufs neue entdeckt werden. Man muß sich aber auch klar machen, daß er immer weiter zurückbleibt in der Geschichte. Daß er irgendwann einmal nicht mehr viel jünger aussehen wird als ein Aristoteles zum Beispiel. Vielleicht mit dem Unterschied zu Aristoteles, daß, solange diese Menschheit nicht gelernt hat, ihre Verhältnisse zu regeln, die wachen und aufrechten Geister Generation um Generation wieder sagen werden: unsere Sache wird bei Marx verhandelt. Denn das Problem bleibt: wie vergesellschaften sich die Menschen auf diesem Globus in einer Weise, die mit ihren naturalen Lebensbedingungen vereinbar ist und die Freiheit des Individuums mit der Entfaltung kollektiver Produktivität verbindet.

Die Debatte darüber, was in den reichlich siebzig Jahren seit 1917 in den sozialistischen Ländern wirklich war, läuft kontrovers, mal hitzig, mal abwehrend. Welchen Sinn geben Sie ihr?

Über Vergangenheit streitend streiten wir um Zukunft: um den heute einzuschlagenden Weg. Dabei kommt der stalinistischen Erfahrung elementare Bedeutung zu. Freilich müssen wir sie als Erfahrung erst noch machen. Was man erlebt hat, hat man deshalb noch lange nicht erfahren. Man muß die Erlebnisse in historische Erfahrung transformieren, und das ist der Sinn der Diskussion. Freilich gibt es Grund zur Skepsis: Der Westen scheint in törichtem Triumphalismus kombiniert mit Gleichgültigkeit alles darauf zu richten, das Machen dieser Erfahrung zu blockieren. Im Osten greift Trotzreaktion Platz, gemischt mit Nostalgie. Das Zusammenspiel dieser Gestalten könnte blockieren, was heute gebraucht wird. Auch sehe ich neue, sich marxistisch nennende Primitivismen kommen. Das Lernen aus der Geschichte ist darauf angewiesen, daß es intellektuelle Diskussionen und Traditionen gibt, in denen eine Kultur des Denken und der Gefühle lebt. Dann besteht die Chance, Erfahrungen in Form von Wissen und Haltungen an die nächste Generation weiterzugeben. Sonst passiert etwas ähnliches wie in der Antike: 98 Prozent dessen, was in der Bibliothek von Alexandria gespeichert war, ist unwiederbringlich verloren. Es gibt keine Garantie dagegen, daß die heutigen Generationen nicht wieder Bibliothek von Alexandria spielen.

Determinanten der postkommunistischen Situation

Die Psychiatrie gehört zu den von Robert Castel beschriebenen Psy-Mächten, die zu tun haben mit den Individuen, die in ihrer Subjekt-ausstattung mit den gesellschaftlichen Anforderungen an Handlungsfähigkeit nicht zurecht kommen. Die sogenannten »Erbkranken« mit sichtbaren Abnormitäten sind die Spitze des Eisbergs, und sie könnten etwas sichtbar machen, was eigentlich bei jedem Individuum der Fall ist. Jedes Individuum muß Subjekt werden; die Subjektion aber gleicht einem Sprung über Abgründe, und keiner kommt völlig heil an. In den Abgründen der Subjektion haust auch die Psychiatrie. Es hängt von der jedesmaligen geschichtlich gesellschaftlichen Konstellation ab, welche Zumutungen an die je neue Generation herantreten, was die Individuen mitbringen und was sie in sich hineinnehmen müssen, um Subjekte zu werden, und diese Zumutungen können sich ungeheuer verändern in der Geschichte. Deswegen sind die »Dis-Subjektionen«, mit den die Psy-Mächte es zu tun haben, einem entsprechenden Wandel unterworfen, und heute muß man damit rechnen, daß der Geschichtsbruch von 1989 auch einen Umbruch auf dem Feld psychiatrisch zu bearbeitender Problematiken herbeiführt. Insofern ist es vielleicht nicht gänzlich unmotiviert, anläßlich des hundertsten Gründungstages einer Irrenanstalt über die geschichtliche Situation zu reflektieren. Das Thema ist über die Maßen komplex, der Versuch, es in eine Skizze zu fassen, einigermaßen leichtsinnig.

1.

Weihnachten 1989 sagte der Regierende Bürgermeister von Westberlin: »Wir Deutschen sind das glücklichste Volk der Welt.« Drei Jahre später waren wir eines der verdrossensten Völker der Welt. Der Westen ist es, weil ohne ideellen Horizont die Bedingungen sich langsam und anscheinend unaufhaltsam verschlechtern. Vom Osten hat Hans Modrow gesagt: »So ist die ganze Demokratie östlich der Elbe zu einem Trugbild verkommen. So wurden aus DDR-Bürgern praktisch erneut unmündige, recht- und sprachlose, weil auch medienlose Untertanen.« Allein schon dieser gesamtdeutsche Stimmungsumschlag verlangt es, daß man darüber nachdenkt.

Als die DDR auf Grund einer langen Erosion des sowjetischen Blocks, dessen Lizenzunternehmen sie war, ihrerseits von innen her erodierte, ab Ende der siebziger Jahre sich beschleunigend, und dann unter dem Ansturm einer Bürgerbewegung eine Art Selbstbeendigung vornahm, da genoß der bundesdeutsche Kapitalismus gerade eine Hoch-, ja sogar Höchstkonjunktur. Im Jahre 1989 betrug das zusätzlich Erwirtschaftete etwa knapp 100 Milliarden Mark. Die Finanzquellen des Staates sprudelten. Als die Bewohner der DDR durch die geöffnete Mauer in den Westen schritten, betraten sie ein Land, das im Moment obenaufschwamm in Wohlstand, weltweit beneidet. Es folgten dann obendrein noch zwei Jahre einer deutschen Sonderkonjunktur. Man kann vielleicht sagen: die Wiedervereinigung war zunächst eine Konjunkturwiedervereinigung, sonst wäre sie so gar nicht möglich gewesen, und genau das meinte Jürgen Habermas mit seinem Schlagwort vom »DM-Nationalismus«. Aus der Konjunkturwiedervereinigung folgte die Wiedervereinigungskonjunktur, das heißt, während die Wirtschaft weltweit in die Krise geriet, erfreute sich die Bundesrepublik einer Ausnahmekonjunktur, weil die ostdeutschen Gebiete als Absatzgebiet bereitstanden. Allein auf dem Automobilsektor, der entscheidenden Wachstumsindustrie, gab es einen ungeheuerlichen Nachfrageschub. Sie alle wissen, daß die Gebrauchtwagen gen Osten fuhren, später noch weiter gen Osten, gefolgt von den Neuwagen ...

Als diese Phase endete, kam es zur bisher schwersten Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Man muß zurückgehen bis 1929, um ähnliche Indikatoren zu finden. Selbst ein Betrieb wie Daimler-Benz muß nun zum ersten Mal Massenentlassungen vornehmen. Auf die Konjunkturwiedervereinigung folgte also die Wiedervereinigungskonjunktur, eine Sonderentwicklung Deutschlands in einer Situation der Weltkrise, und dann kam eine nachholende Krise, die desto schockartiger und heftiger griff. Heute fällt nun eine Wirtschaftskrise zusammen mit einer soziopsychischen Krise, der sogenannten Wiedervereinigungskrise, die auf fast allen Ebenen des Moralisch-Politischen, Kulturellen, Psychischen in dieser Gesellschaft Platz greift.

2.

Wenn in wenigen Jahren die Situation mehrfach so dramatisch umschlägt, dann entsteht Reflektionsbedarf. Wir richten den Blick über Deutschland hinaus, um zu fragen, wie die bei uns erfahrbare Dramatik global aussieht. 1989/90 glaubte man auf der ganzen

Welt, jetzt bekämen die Völker »Friedensdividenden«; das war der Ausdruck für die Erwartung, aus dem ungeheuerlichen in die Rüstung gehenden Nationalreichtum der verschiedenen Länder könne jetzt ein Fonds gebildet werden, der für die bislang nicht bearbeitbaren Schäden verwendet werden könnte. Diese Hoffnung auf eine Friedensdividende, die nicht nur materiell sein sollte, sondern auch Demokratisierung meinte – der Feind, die Bedrohung, war ja weg und man versprach sich Demokratie und Wohlstand – trog; statt der Friedensdividende kam fast das Gegenteil. Fast überall in der Welt dividieren sich politische Gebilde auseinander zum Bürgerkrieg. Fast überall kommt es zum Zusammenbruch sozialer Solidarnetze; die Standards werden überall zurückgefahren, der Rotstift regiert im Sozialwesen, der Lebensstandard sinkt. Das hat es in der Nachkriegsgeschichte nicht oft gegeben. Kurz, die Situation ist auch so gesehen einigermaßen paradox, und statt der Friedensdividende ist eine in der Wirtschaftskrise sich sozusagen wie eine Schraube zuziehende Reduktion erfolgt. Daß die Situation in kürzester Zeit derart dramatisch umgeschlagen ist, rechtfertigt es, ihr einen Namen zu geben: *postkommunistische Situation*.

3.

Die »Postmoderne« war eine Diskursfahne; da konnte man dafür sein oder auch nicht, und dagegen bildete sich die Front der »Neomodern«. Beides bestimmte aber keine Situation im starken Sinn, auch wenn es den Ausdruck »postmoderne Situation« gegeben hat, denn dieser Bestimmung konnte man ausweichen, sie war umstreitbar. Die postkommunistische Situation ist in ihren Hauptdeterminanten unausweichlich und unbestreitbar, und sie ist eine globale Situation. Der Kanzlerberater, Historiker, FAZ-Leitartikler und Universitäts-Professor Michael Stürmer, ein personifizierter Mischkonzern geistig-politischer Macht, sagt es auf seine Weise – und ihm zuhörend können wir erwarten, etwas von den Denkvorgängen hinter den Kulissen der Macht zu erfahren, eine Situationsbestimmung zu ersehen und einen Lösungsentwurf, und es läßt sich dabei bemerken, daß hinter den Kulissen der Macht das gesamte verfassungsmäßige System der Bundesrepublik Deutschland, von den Bürgerrechten über das Lohn-Tarifwesen bis zum sozialen Netz, in Frage gestellt wird: »Was auf amerikanisch checks and balances heißt, also die Machtbalance in einer Gesellschaft, ist in Deutschland aufgehoben in Koalitionen, im föderalen System der Bundesstruktur, in der Autorität des Bundesverfassungsgerichts, in der Tarifautonomie,

in der Unabhängigkeit der Bundesbank. Und jetzt gerät die Mechanik des Ausgleichens, Eingreifens, Subventionierens in Zerreißproben. Der erste Grund liegt darin, daß die sowjetische Bedrohung nicht mehr organisierendes Prinzip westlicher Sicherheit ist.« Diesen Satz müssen Sie genau in sich aufnehmen: Bedrohung als das organisierende Prinzip der Sicherheit; also die Bedrohung macht nicht die Unsicherheit, sondern die Sicherheit aus. Ich lese weiter: »Heute verändern sich überall Geometrie und Mechanik der inneren Politik. Die Desintegration der östlichen Systeme hat zur Folge, daß auch die westlichen in Schwierigkeiten geraten.« Auch das muß man auf sich wirken lassen, es ist ein Gedanke, ohne den man nichts von der jetzigen Situation versteht.

Was ist das für eine Sicherheit, die durch eine Gefahr hergestellt wird? Ich zitiere einen sehr klugen und differenzierten Beobachter aus der vormaligen DDR, Friedrich Dieckmann. Er bestimmt in einem ganz ähnlichen Reflexionshorizont die jetzige Situation als die einer Gesellschaft, »die sich nicht mehr durch die Existenz einer mißratenden Scheinalternative stabilisieren kann«. Beim Versuch, nachzufragen, kommt man in dem, was man die Zwiebelstruktur der Problematik nennen kann, sozusagen von einer Schale auf die nächste. Die Frage ist ja, wie kommt es, daß eine Bedrohung die Sicherheit garantiert und der Wegfall der Bedrohung eine Gefahr darstellt? Der Vergleich vorher-nachher, betrage der Abstand drei Jahre, gar zehn Jahre, ist nützlich. Gehen wir also zunächst einmal zurück vor die Perestrojka.

4.

Vor der sowjetischen Perestrojka war die Welt durch das bipolare System bestimmt: zwei Gesellschaftsmodelle konkurrierten miteinander. Ihr Verhältnis definierte sich als Krieg, als Weltkrieg, allerdings als »kalter«, daß heißt nicht direkt, sondern nur über Stellvertreter und über wechselseitige Subversion geführter Krieg. Gleichzeitig definierte diese Weltstruktur eine »dritte Welt« : das waren die Zonen, in der Regel frühere Kolonien, die nicht direkt in diese Struktur der Supermächte einbezogen waren, aber dank dieser Struktur aus kolonialem Status entlassen waren. Der Westen konnte es sich nicht mehr leisten, in Konkurrenz mit dem Osten Kolonien zu haben. Und so traten diese Gebiete heraus aus der direkten Suprematie, um dann allerdings einer indirekten unterworfen zu werden. Wir hatten also eine Dreiweltenstruktur. In der Gegenwart scheint diese Welt in eine einzige zusammengefallen zu sein. Der Zusammenbruch der

Sowjetunion wurde zum Zusammenbruch der Weltordnung, und das bedeutet: Wir haben heute nur noch eine kapitalistische Welt, die sich aber ihrerseits aufdividiert – sowohl äußerlich, regional, wie innerlich, gesellschaftlich. Wenn wir die Bundesrepublik als Zweidrittelgesellschaft bezeichnen, dann wollen wir damit sagen und in der Regel kritisieren, daß ein Drittel der Bevölkerung vom gesellschaftlichen Fortschritt abgekoppelt, sozusagen zur Entwicklungslosigkeit verdammt ist. Im Weltmaßstab müßten wir von einer Einünftelgesellschaft sprechen, um der Tatsache Rechnung zu tragen, daß fast vier Fünftel der Weltbevölkerung abgekoppelt sind vom gesellschaftlichen Fortschritt und zu Entwicklungslosigkeit, schlimmer, zur Verelendung verurteilt sind. Dies konnte westlichen Augen bisher dadurch verhüllt erscheinen, daß zwischen dem Westen und diesem Milieu ein diktatorisches Modell nachholender Industrialisierung und Modernisierung positioniert war. Die Strategen mögen das schon lange so gedacht haben, aber für die Bevölkerungen waren dadurch allemal die grundlegenden Weltverhältnisse verhüllt. Vor allem aber, was immer den einen oder anderen bewußt gewesen sein mag, bildete diese Struktur eine Mauer zwischen arm und reich. Sie war unsichtbar genau in der Weise, wie sie sich den Augen aufdrängte. Was man sah, war der sich selbst abschließende »Osten«. Was man übersah, war die Funktion, die der Osten dadurch bekam: insgesamt die Grenze zu bilden, die den reichen Norden vom armen Süden trennte. In Westberlin konnte man das ganz sinnlich erfahren: solange es die DDR mit der Mauer gab, gab es keinen »unkontrollierten Zustrom«. Heute beginnt die dritte Welt, wenn man so will, an Oder und Neiße, und das Problem der weggefallenen Mauer sucht nach Ersatzlösungen. Im Moment ist die Situation der Politik geladen mit der Problematik, die daraus entspringt.

5.

Vor einem Jahrzehnt – das könnte fast gestern sein und spielt doch in diesem Fall in einer anderen Epoche – wurden die Genfer Verhandlungen zur Begrenzung der Atomrüstung abgebrochen. In Amerika warben die Reisebüros mit dem Slogan »Visit Europe, before it is too late«. Der Ausdruck »Euroschima« machte die Runde. Der Physiker Carl-Friedrich von Weizsäcker ließ sich einen privaten Atombunker im Garten bauen, und man glaubte wirklich, es werde zum Krieg kommen. Man kann diese historische Situation als Maßverhältnis nehmen für die Gegenwart. Damals wurde für einen Dollar mehr als zweieinhalbmal so viel gezahlt wie jetzt. Warum? Die

USA waren verschuldeter als die gesamte dritte Welt, aber alle, die Kapital flüssig hatten, brachten Kapital in die USA. Die USA konsumierten mehr, als sie produzierten. Wenn dennoch der Dollar so hoch notierte, dann war das ein kontraökonomisches Faktum, eine Außerkraftsetzung des Wertgesetzes durch die Kriegserwartung, daß heißt, die Besitzenden aller möglichen Länder transferierten Vermögen in die Vereinigten Staaten. Damals wurde versprochen, ein technologischer Schild werde über dem Himmel der USA errichtet, der diese Ausnahme von der sonst omnipräsenten nuklearen Bedrohung: SDI, »Krieg der Sterne« ... Die USA wurden zur Kapitalfluchtburg aller Kapitalisten der übrigen Regionen des Globus.

Als die Sowjetunion zusammenbrach – das tat sie auf Raten, und dazwischen gibt es eine lange Phase, ich differenziere jetzt nicht: die Phase Gorbatschow –, als also diese Struktur wegbrach, als der sowjetischen Bedrohung die Glaubwürdigkeit abhanden kam, sank der Dollar auf einen Drittel des Werts. Die USA stellten sich heraus als die Krisengesellschaft, die sie waren und sind, ein maroder Riese, der an fast unheilbaren Strukturproblemen leidet, der eine solche Staatsverschuldung hat, daß ein Großteil des vom Staat Eingenommen allein für den Schuldendienst ausgegeben werden muß, was es selbst einem sozialdemokratischen Reformpräsidenten wie dem jetzt gewählten Bill Clinton fast unmöglich macht, unter diesem Schuldenberg hervorzukommen, um irgendeine reale Reformpolitik in der Gesellschaft durchzuführen.

Auch dieser Vergleich kann das Bewußtsein anregen, die Differenz zu denken und darüber zu reflektieren, wie es in so kurzer Zeit zu diesem Umschlag kam. Wohlgemerkt, die objektive ökonomische Struktur der USA hat sich in dieser Zeit kaum verschlechtert, ein bißchen vielleicht. Was sich verändert hat, ist die Weltstruktur. Diese Stichpunkte sollen andeuten: der Ausdruck postkommunistische Situation bezeichnet eine unausweichliche Situation. Sie ist global. Sie nimmt in den verschiedenen Ländern verschiedene Färbung an.

In Rußland gestaltet sich die postkommunistische Situation auf den ersten Blick so, daß der Übergang zu Demokratie und Markt anscheinend nicht stattfindet und daß, was stattfindet, unklar ist. Klar ist einzig, daß die Sowjetunion verschwunden ist. Doch die sowjetische Geschichte ist unvollendet, ist nicht zur Ruhe gekommen, dieser Sturz stürzt weiter, niemand vermag zu sagen, wohin. Man muß in einer solch unübersichtlichen und dynamischen Situation wenigstens die Determinanten studieren, denen sie unterliegt. Eine entscheidende Determinante ist der Weltmarkt.

6.

Den Weltmarkt konnten wir in Deutschland wie im Schulbuch studieren: Als die Mauer aufging und für Güter und Arbeitskräfte, also für die Ware Arbeitskraft und für Produkte durchlässig wurde, vor allem seit dem Moment, in dem als Schachzug, um den Osten in ein nationales Projekt einzukaufen, die sogenannte Währungsunion vollzogen wurde, kam dies praktisch dem Experiment gleich, von einem Tag auf den nächsten Weltmarktverhältnisse in diesem Gebiet herzustellen. Die Folge war: Das mit größerem Aufwand produzierte Produkt unterlag dem mit geringerem Aufwand produzierten, und das qualitativ schlechtere unterlag dem qualitativ bessern. Überlagert und verstärkt wurde der Vorgang allerdings durch ein Verhalten, das einer Massenpsychose glich, weil das Realitätsprinzip außer Kraft gesetzt wurde, indem millionenfach apriorisch erwartet wurde, das Westprodukt würde auf jeden Fall besser sein, so daß selbst im Vergleich billigere Produkte des Ostens, ja zum Teil sogar bessere, weil gesundheitlich oder geschmacklich bessere, naturbelassene Produkte vom Markt verschwanden. Es war ein atemberaubender Prozeß, wie ihn wenige Generationen erlebt haben – Zeuge zu werden, wenn auch, im Osten, leidtragender Zeuge, von Umbrüchen biblischen Ausmaßes.

Es herrschte der Ausnahmezustand. Und doch spielt, was man hier studieren konnte, ständig auf dem Weltmarkt. Dieses Außergewöhnliche ist das Normale, was passiert, wenn Volkswirtschaften mit unterschiedlichem Produktivitätsniveau konkurrieren: der Effekt ist die De-Industrialisierung des Landes, das nicht konkurrenzfähig ist, Zerstörung der nicht konkurrenzfähigen Industrien.

Historisch verdanken wir unsere Industrialisierung einer Schutz-zollpolitik, die auch immer wieder Kriegsanzlaß war: das heißt, es wurden nationale Industrialisierungsprojekte entwickelt, und die Grenzen wurden benutzt, um Konkurrenz nur gezielt zuzulassen; Export wurde seinerseits eine staatlich regulierte Angelegenheit. Armee und vor allem Flotte mußten den Zugang zu Absatzmärkten regulieren. Das war etwa zur Zeit der Gründung dieser Anstalt, deren hundertjähriges Jubiläum wir heute begehen, eine wichtige Aufgabe der Politik.

Die »Mauer« wirkt wie ein später Nachkömmling dieser Struktur. Der eiserne Vorhang, der in dieser Stadt die Gestalt einer Mauer annahm, war die Form einer Art von regionalem Industrialisierungsprojekt, das auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig war und unter diktatorischen Bedingungen – mit dem Glauben, man könne

durch die Diktatur seine Entwicklung zur Konkurrenzfähigkeit beschleunigen, ein entsetzlich illusionärer Glaube – hochgezogen wurde, beschützt vor der Weltkonkurrenz. Es war, als läge dem die klassische Idee des »geschlossenen Handelsstaats«, wie er bei Fichte heißt, zugrunde.

Die postkommunistische Situation ist dadurch determiniert, daß sie den Weltmarkt ausgedehnt hat. Weltweit sind seine Begrenzungen gefallen, selbst solche, die überhaupt nichts mit der sowjetischen Art der Machtausübung zu tun hatten. Nehmen Sie Indien, dessen nationale Wirtschaftspolitik in die Knie ging. Nehmen Sie die großen Länder Lateinamerikas, wie Brasilien, wo der Staat bis vor kurzem noch durchsetzte, daß Computer im Lande gefertigt sein müßten, nehmen Sie Algerien, gewiß ebensowenig ein sowjetischer Staat. Weltweit – mit der eigens zu bedenkenden wichtigen Ausnahme Chinas – sind die Projekte einer durch nationalstaatliche Mittel geschützten nachholenden Industrialisierung und Modernisierung in die Knie gegangen oder zusammengebrochen, und dort, wo sie gefallen sind, greifen Bürgerkriege oder internationale Kriege Platz. Dies gibt der postkommunistischen Situation ihr blutig-postmodernes Gesicht einer Trümmerstätte der Modernisierung.

7.

Zur allgemeinen Wirkungsweise des Weltmarkts kam eine besondere, epochale: man versteht nichts von den Vorgängen der Jetztzeit, wenn man sich nicht klar macht, daß auf diesem Globus der Übergang zu einer anderen Produktionsweise stattfindet, zu großem Teil schon stattgefunden hat. Ich weiß nicht, ob Sie hier schon ausgestattet sind mit Computern und ob die Dosierung der Ruhigstellungsmittel schon computerisiert verläuft, oder ob das noch durch Menschen geschieht. Jedenfalls ist der normale Arbeitsplatz mit einem interaktiven System ausgestattet, die Schwester würde also am Bildschirm, sozusagen über den Bildschirm vermittelt, mit den Patienten verkehren, und was für die Schwester dort gilt, gilt praktisch für alle und tendenziell für so gut wie alle Berufsgruppen. An manchen Arbeitsplätzen kommt es verlangsamt an, an manchen beschleunigt.

Springen wir mit Friedrich Dieckmann in die Dimension der Wirkungszusammenhänge, deren örtliche Erscheinungsform die Ankunft des Computers am Arbeitsplatz ist: »Der Computer hat den Untergang des sowjetischen Imperiums besiegelt«. Warum? Weil die gesamte Anlage der sowjetischen Struktur, von der Ökonomie bis in die Kultur und Erziehung, nach ihrer »positiven« Seite auf dem

paternalistischen Menschenbild der zu Versorgenden beruhte, nach seiner »negativen« Seite auf dem Prinzip der Anweisung und der Kontrolle, durch Befehle plus Geheimdienst die Menschen als Untertanen setzend. Deswegen sprach Gorbatschow von einer Gesellschaft, die sich durch ein doppeltes Strukturmerkmal charakterisiert, indem sie staatsbürokratisch durchstrukturiert ist, einer riesigen Verwaltung gleichend, und durch diese Verwaltung dem Prinzip des Befehls unterstellt ist. Gorbatschow bezeichnete daher die sowjetische Formation als »befehlsadministrativen Sozialismus«. Diese Gesellschaft rechnet mit einer Art von Subjekt, welches in der Lage ist, sich in diese Struktur hineinzupassen, also die dort an es ergehenden Zumutungen in sich zu übersetzen und als entsprechende Handlungen wieder aus sich herauszubringen. Entsprechend hatte diese Gesellschaft auch ihre Krankheitsbilder. Dazu gehörten heute seltene und kostbar belohnte und angestrebte Tugenden: zum Beispiel konnten bestimmte Formen der Initiative als eine Art pathologischer Subjekthaftigkeit klinisch beschrieben und traktiert werden, darunter genau solche Formen, die unter anderen soziostrukturellen Bedingungen gerade ein erfolgreiches Handeln gewährleisten hätten. Erich Wulff hat die Herrschaftsfunktionalisierung der sowjetischen Psychiatrie seinerzeit gebührend analysiert, gebührend auch insofern, als er westliche Äquivalentformen damit verglichen hat. Es ist ja aber auch so, daß die Sowjetpsychiatrie in gewisser Weise analog zur kaiserlich-deutschen verfahren ist, indem sie bestimmte Hinsichten einer hierarchisch strukturierten Gesellschaft gleichsam zu ihrer kategorialen Grundlage gemacht hat, einer Gesellschaft, wo vom Subjekt Qualitäten erwartet werden, die es befähigen, Obrigkeiten zu akzeptieren, in deren Befugnisse man sich nicht einzumischen und mit deren Sprüchen man sich abzufinden hat. Das ist aber genau der Subjekttyp, der mit dem Computer unvereinbar ist. Anders gesagt: der obrigkeitsstaatliche Subjekttyp kann am Computer nicht funktionieren.

8.

Vielleicht darf ich der Modifikation der Produktionsweise durch einen historischen Vergleich einen Namen geben. Die Sache ist komplex und merkwürdigerweise weitgehend unbewußt – manchmal scheint mir, das Freudsche Unbewußte ist harmlos im Vergleich zum sozialen Unbewußten. Für unsere Frage jedenfalls gilt: die wesentlichen Determinanten der Situation sind nicht im Bewußtsein. Während die Situation, mit Freud gesprochen, überdeterminiert ist,

ist das Bewußtsein unterdeterminiert. In einem solchen Fall ist es verschoben determiniert, das heißt, es enthält falsche Determinanten, Stellvertreter von Determinanten. Die verschiedenen bestimmenden Größen der Situation können sich überlagern wie die Wellen es tun, wenn eine glatte Wasseroberfläche unseren Augen verbirgt, daß hier gerade entgegengesetzte Wellenimpulse durchlaufen, daß hier Kräfte durchwandern, aber in einer Konstellation, welche die Erscheinungsform der Welle vorübergehend verhindert, bis dann womöglich durch Überlagerung der Wellen plötzlich eine positive Aufschaukelung der Wellen eintritt, die katastrophisch hoch werden können.

Lassen Sie mich den gegenwärtigen Umbruch in der Welt noch einmal betrachten, indem ich ihn mit dem entsprechenden Umbruch davor vergleiche. Das war ein Umbruch, der zu Beginn des Jahrhunderts begann. Von dem, was aus einer kleinen Automobilkutsche hervorgegangen war, bekam er seinen Namen, weil der Unternehmer dort ein Sensorium hatte für das, was möglich war und aus einer Handvoll Leuten innerhalb von zwanzig Jahren 200000 Angestellte machte. Ich meine natürlich Henry Ford, der sich mit dem Arbeitswissenschaftler Taylor zusammentat. »Fordismus« nannte man die neue Produktionsweise, auch nach dem Produkt, dem privaten Pkw, welcher damals zum Massenartikel wurde. »Taylorismus« nannte man einen bestimmten Typ rationalisierter Arbeitsverrichtung, von dem Taylor versprach, daß ein dressierter Gorilla den Job erledigen könnte, würde man nur die Arbeitstätigkeiten auf so elementare, monoton sich wiederholende Formen reduzieren wie in seiner Analyse. Sie ahnen, daß hinter diesem Taylorismus-Fordismus ein Subjektbild steht, daß die Subjektionszumutung an die Individuen ganz und gar durch diese Entwicklung geprägt war und epochal ein neues Bild annahm. Damals hat das kaum jemand zum theoretischen Gegenstand gemacht. Es ist als wären die geschichtlichen Augenblicke blind für sich selbst, so wie der freie Fall scheinbar schwerelos ist – aber nur, um alsbald aufzuprallen. Betrachtet man, wozu der damalige Schub geführt hat, dann möge man bitte beachten, daß dieser ungeheure Aufschwung einer neuen Produktionsweise eine Art Gründerkrach erfuhr, der 1929 eintrat, eine Weltkrise von präzedenzloser Tiefe, daß wiederum auf diesen Gründerkrach eine Phase autoritärer, ja totalitärer Regime und der Zweite Weltkrieg folgten.

Vor diesem Weltkrieg hat ein kommunistischer Parteiführer, den das faschistische Gefängnis davor geschützt hat, das Schicksal eines kommunistischen Dissidenten zu erleiden, Antonio Gramsci, im

Gefängnis über Fordismus nachgedacht. Er beobachtete den Konkurrenzvorsprung, der einer Gesellschaft wie der amerikanischen durch die Tatsache zufiel, daß – damals! – nur kleine Teile ihrer Bevölkerung »parasitär« waren im Sinne ökonomischer Passivität, während Europa, zumal Italien, große derartige Schichten hatte, zum Beispiel alle möglichen Adelsüberbleibsel, alle möglichen sozialen Gruppen, die etwa eine Form von Grundbesitz geerbt hatten oder irgend welche anderen Einkommenstitel, und die nicht am ökonomischen Prozeß, aber doch am Reichtum teilnahmen. Er beobachtete, wie diese Gesellschaften vom Typ Italiens sich anschickten, die nicht fungierenden Bevölkerungsschichten zu reduzieren. Der Blick der Nachgeborenen erkennt darin die Inkubationsphase großangelegter Bevölkerungsvernichtungen als Projekt nachholender Modernisierung vom Standpunkt der Weltmarktschwächeren. Gramsci beobachtete die Keimformen dessen, was dann etwa in Deutschland als Patientenvernichtung in der Psychiatrie betrieben wurde, sowie dessen, was als Holocaust von den Deutschen als Ersatzhandlung in verschobener Form betrieben wurde.

Die vergleichende Betrachtung stößt in der Gegenwart auf Fragen wie der, was heute aus der DDR-Bevölkerung wird. Ihre Wirtschaftsstruktur, vor kurzem noch die elftmächtigste des Globus, eines jämmerlichen allerdings, ist innerhalb von sechs Monaten zur Schrotthalde geworden. Die bislang ökonomisch aktive Bevölkerung hängt nun größtenteils entweder am Tropf der ABM-Struktur oder findet sich einfach »ins Freie« gesetzt. Allerdings geht es dieser Bevölkerung immer noch sehr gut im Vergleich zu den noch östlicheren Bevölkerungen, und das hält sie still. Wäre das nicht so, wären die Verhältnisse vermutlich turbulent. Wenn man das unterm Gesichtspunkt des von Gramsci analysierten früheren Übergangs betrachtet, kriegt es einen unheimlichen Aspekt: daß nämlich jetzt, beim Übergang zu einer neuen Produktionsweise, die neue Subjekttypen verlangt, der alte Subjekttypus ausgemustert wird und seine Träger zu Millionen und Abermillionen eine Art Entsorgungsproblem darstellen, angesichts einer naturwüchsig wie eine Sturmflut weitergehenden »Modernisierung«.

9.

Die alte Bundesrepublik hatte 1988/89 angefangen, sich in einer ziemlich verschwommenen und durch die Verdummungseffekte der Öffentlichkeitskanäle gefilterten Bewußtwerdung dieses Übergangs

und seiner Gestaltungsaufgaben anzunehmen. Es gab sogar ein politisches Projekt, welches die »postfordistische« Umstrukturierung humanisieren, ihr den naturwüchsigen Charakter nehmen, ihre destruktiven Seiten abfedern sollte. Das Projekt wurde durch eine Person repräsentiert, Oskar Lafontaine, und 1988 hätte diese Person wohl die Wahl gewonnen. Er hätte sie auch 1989 noch gewonnen, ohne dieses Danaergeschenk der durch die Sonderkonjunktur ermöglichten Konjunkturlieferung. Die Probleme, deren sich damals das Lafontaine-Projekt einer humanisierten Modernisierung annehmen wollte – das gewiß auch seine Tücken, aber doch auch seine starken Seiten hatte und mit dem Clinton-Projekt verglichen werden kann –, diese Probleme sind mehr oder weniger unbearbeitet geblieben, und sie kommen heute verstärkt wieder. Sie kommen vor allem dadurch wieder, daß die Sturzgeburt der deutschen Einheit das Problem der »überschüssigen Bevölkerung«, des im inhumanen Übergang ausgemusterten Subjekttyps, sozusagen als regionales Problem erweitert reproduziert hat. Die »Beitrittsländer« sind fürs erste wirtschaftlich tote Länder, und der versprochene Aufschwung ist nicht in Sicht, kann auch nicht kommen, solange man das Problem nicht akzeptiert, solange man sozusagen inneren Weltmarkt spielt und nur das Rentabilitätsgesetz regieren läßt. Da ist es nicht rentabel, die Fabrik, die es schon gibt und die bereits jetzt zu groß ist, im Osten noch einmal zu bauen und »sich selbst« Konkurrenz zu machen. Entweder man akzeptiert, daß hier eine Struktur- aufgabe ist, dann wird man das gestalten müssen, oder man überläßt es den Marktkräften, und dann wird es in diese geschilderte Richtung laufen.

10.

Determinanten der postkommunistischen Situation: die deutsche Variante dieser Situation läßt sich nicht beschreiben, ohne zwei Züge der Gegenwart einzuzeichnen. Ich habe bereits angedeutet, daß ich das zeitgenössische Bewußtsein für stark unterdeterminiert halte, das heißt, daß ihm entscheidende objektive Determinanten entgehen. Ein unterdeterminiertes Bewußtsein in einer überdeterminierten Krise stellt aber selbst einen Unruheherd dar. Die Individuen und ganze Organismen, Regierungen, Bevölkerungen, Gruppen, Schichten werden, da sie für die Probleme, die ihnen aufstoßen, weder eine kognitive noch eine emotive noch gar eine politische Bearbeitungsweise haben, dazu neigen, mit Symptomhandlungen zu reagieren. Im historischen Moment regieren in Deutschland Ersatzhandlungen,

zwei vor allem: Die Stasi-Jagd und die Asylanten-Jagd. Das führt zur letzten Szene. Solingen: »die wenigen noch allseits ernstgenommenen Repräsentanten des Sozialen – der Sprecher der Bürgerinitiative, der Gewerkschafter, der Vorsitzende des türkischen Kulturvereins – bieten alle Kräfte auf, um die Umgangsformen wieder vom Gebrüll und vom Gezündel auf die Ebene des friedlichen Diskurses herunterzuholen, der einst in diesem Land für selbstverständlich galt.« Während »zunehmend auswärtige Demonstranten auf auswärtige Polizisten« stoßen. Es lauert der »Bürgerkrieg«, und der zitierte Beobachter, Dirk Schümer, nennt den Zustand davor »die verlogene bundesrepublikanische Ruhe vieler Jahre«. »Kaum jemand hatte es für möglich gehalten, daß aus den verdrängten Gegensätzen einmal Gewalt werden könnte.« Aber was heißt »verlogen«? Lügt nicht auch die sympathisch entsetzte Sprache dieses Berichts? Vieles deutet darauf hin, daß die Herrschenden das Ende der »verlogenen bundesrepublikanischen Ruhe vieler Jahre« mit herbeigeführt haben, um eine schwierig gewordene Gesellschaft zu disziplinieren. Aber nun werden sie der Sache nicht mehr Herr.

Während die Asylanten-Jagd die Funktion des Negativen auf eine Personengruppe verschiebt und sie auf die bekannte Weise bearbeitet, ersetzt die Stasi-Jagd den Blick auf die Determinanten der Situation, indem sie die Aufklärung in die Retrospektive verschiebt. Nun werden Sie mir das mit der Stasi-Jagd nicht so abnehmen wollen, oder Sie meinen, ich spräche mich gegen das Recht auf Akteneinsicht aus. Das wäre ein Mißverständnis, und ich habe dieses Recht in eigener Sache beansprucht. Friedrich Dieckmann hat das hierzu Nötige auf differenzierte Weise gesagt: »Das ungemeine Interesse, das der geheime Voyeurismus des Stasi-Apparats« – also das ins Schlafzimmer Hineinlauschen oder das Ausspionieren von Arztakten usw. – »bei dem publikten Voyeurismus freier Medien findet«, führt er auch darauf zurück, daß das Zivilisationsmodell unserer Gesellschaft nicht nur in der Krise ist, sondern, wie er meint, am absoluten Daseinsrand, daß es sozusagen eine Sackgasse darstellt und daß der Blick in die unserem gesamten Gesellschaftsdasein zugrundeliegende Sackgasse das Unbewußteste des gegenwärtigen Unbewußten darstellt. Unsere Gesellschaft, sagt Dieckmann, »weiß längst, daß sie illusorisch wirtschaftet, indem nur ein Teil des wirklichen Verbrauchs an Ressourcen und Natursubstanz in die ökonomische Rechnung eingeht«. Damit ist Dieckmanns These vorbereitet, die den Untergang der DDR und den Untergang der Sowjetunion zum bloßen Vorspiel des westlichen Untergangs erklärt:

»Das illusionäre Wirtschaften des orientalischen Staatssozialismus« – so nennt er also die DDR-Struktur oder möglicherweise die sowjetische – »war der Sonder- und Extremfall innerhalb einer insgesamt falsch bilanzierenden Produktionsgesellschaft, deren wesentlicher Teil noch eine Erfahrung noch vor sich hat, die dem östlichen schon zuteil wurde: wie hoch die wirkliche Rechnung ist.« Die Wahrheit der postkommunistischen Situation wäre, folgt man dem, daher zugleich »das stärkste aller Tabus, die sich der Analyse der Situation in den Weg stellen«.

Zu dieser Wahrheit erklärt Dieckmann nun die »wesentliche Identität« der beiden Gesellschaftstypen, die noch vor vier Jahren Systemkonkurrenten gewesen sind. Er sieht die Form der Systemkonkurrenz von Ost und West gerade durch diese »wesentliche Identität« bestimmt. Die östlichen Führungen glaubten, »die Rationalisierungsprozesse ... mit den Mitteln der Diktatur ... abkürzen zu können«. Nie sei ihnen der (wahre) Gedanke gekommen, »daß das Überholen vielleicht darin liegen könne, *kategorial* auf das Einholen zu verzichten«. Was »Kommunismus« hieß, hieß mehr verhüllend als enthüllend so. Es war der »dritte Weg zwischen Kolonisierung und Hochkapitalismus«. Die alte bipolare Ordnung, das waren zwei »sich konfrontativ stabilisierende (und dadurch wechselseitig unterminierende) Systeme«: Zwei Erscheinungsformen der »Industriegesellschaft«.

Diese Überlegungen Dieckmanns, die sich in manchem auf die These von Robert Kurz vom »Kollaps der Modernisierung« stützen, sind stark, und dennoch habe ich an einer Stelle ein Bedenken. Ich glaube, die jetzige Situation beschließt eine Verführung zur Eschatologie neuen Typs in sich. Eschatologie ist ja eine Orientierung auf das Letzte der Geschichte, auf ihr Ende, das Eschaton, das entweder als jüngstes Gericht mit anschließender Verdammung bzw. Erlösung vorgestellt wird oder als Untergang, und seit langem lauert in der Luft als kritisches Bewußtseinsangebot die Eschatologie zweiten Typs, die Apokalypseorientierung. Mein Bedenken ist, daß dadurch ein Bedürfnis befriedigt wird, das eigentlich unbefriedigt bleiben sollte, wollen wir handlungs- und lebensfähige Individuen sein – ich meine das Bedürfnis nach einer letzten Antwort, was dann die paradoxe Form annimmt: wir sind die letzten Menschen, nach uns der Untergang. Es tritt dabei ganz vordergründig eine Verkennung dessen ein, was zum Untergang des östlichen Systems geführt hat, und es tritt auch eine Verkennung von Handlungspotentialen und Lernfähigkeiten ein, die uns, die wir jetzt in dieser Weltgesellschaft leben,

verfügbar sind. Das klingt nach dem, was ich ausgeführt habe, vielleicht nicht recht überzeugend, müßte es doch darauf gründen, in dieser Situation selbst einen Ansatz zur Änderung zu finden. Aber hier vermag ich nichts besonders Tröstliches vorzuweisen, und ich belasse es bei der Distanznahme zu einer apokalyptischen Antwort auf die Situation.

11.

Zurück zum Ausgangspunkt: Wir leben zwar gegenwärtig in einer Phase der Deregulation, des Abbaus gesellschaftsdienlicher Einrichtungen des Staates, wie der fordistische Sozialkompromiß mit seiner Trilaterale Unternehmer–Staat–Gewerkschaften sie ausgebildet hatte. Auch die öffentliche Psychiatrie wird das schon zu spüren bekommen haben und möglicherweise noch stärker zu spüren bekommen. Dabei mag die Nachfrage nach den Diensten dieser Einrichtung sprunghaft zunehmen. Wenn die gegenwärtige Phase die einer Ausmusterung des Subjekttyps postfordistischer Art ist, ein Vorgang, der von einer enormen Konkurrenz angetrieben wird und eine enorme Individualisierung und Isolierung der Individuen mit sich bringt, dann steht zu erwarten, daß bei diesem Jogging um Karrieren viele zurückhängen werden. Nicht wenige davon mögen in die Psychiatrie kommen.

Zur Einschätzung der politischen Determinanten der gegenwärtigen Situation gehört wohl auch die Erkenntnis, wie wenig von unseren überforderten Regierungen zu erwarten ist; wie gestört das geistig-moralische Gleichgewicht ist, seit der Zusammenbruch der systemischen Herausforderung die kapitalistischen Demokratien in die Siegerpose gestellt hat, wo sie doch nur die vorerst Überlebenden in einem verselbständigten Prozeß sind, dessen Regel auch lauten könnte: »Wer gewinnt, verliert.« Heißt Überleben unter diesen Bedingungen Siegen? Unsere Hausnummer in der Geschichte ist eine irrationale Zahl. Der fremde Feind, real und fiktiv zugleich, hatte die Selbstfeindschaft überdeckt. Das globale Patt hielt die inneren Antagonismen in Schach. Das militärische »deficit-spending«, diese Westvariante des Ausnahmezustandes, hinderte die Wirtschaftskrise am Ausbruch, wie Paul Sweezy gezeigt hat. Jetzt hängen die reichen Länder inmitten eines alternativlosen Weltkapitalismus in keinem anderen Gegensatz als ihrem ureigenen: ihr Reichtum erscheint als explosive Bohrinsel im Weltmeer der Armut, und das Füttern der inneren Bestie macht es unumgänglich, immer größere Löcher in die soziale und natürliche Umwelt zu reißen.

12.

Begreifen wir jetzt, was gescheitert ist beim Selbständerungsversuch, der Perestrojka genannt wurde? Und unter wessen Sieg dieses Scheitern geraten ist? Zur Signatur der Zeit gehören Kriege, die keinen »höheren Sinn« mehr beanspruchen, die nicht mehr aus dem Ringen zweier konkurrierender Vergesellschaftungsmodelle »gerechtfertigt sind«. Entlassene Söldnerheere wie die Kontras in Nicaragua, Mordbanden in Angola, die völkische Raserei im vormaligen Jugoslawien, die Polpotisten Kambodschas ... In den höheren Regionen werden permanent Friedensschlüsse getätigt, an die sich unten keiner hält: zur Signatur der postkommunistischen Situation gehört das somalische Weltparadigma. Eine Zivilgesellschaft, die sich transnational zusammenrafft, scheint nicht mehr vorstellbar. Die Situation erinnert an Dürrenmatts Stück »Die Physiker«: Die Welt ist aus den Fugen. Diejenigen, die deswegen besonders gefährdet sind, weil sie über ein Wissen verfügen, das in den Händen anderer die Welt vollends gefährden kann, lassen sich als Patienten einweisen. Wirklich irre ist die Leitung. Übrigens hat Dürrenmatt kurz vor seinem Tod eine Rede über Gorbatschow bearbeitet. Er reflektiert darüber, was der Untergang des östlichen Versuchs für ihn bedeutet, und reflektiert in den Grenzen seines Denkens diesen Untergang als den eines Menschenbildes, das die negativen Mächte nicht hat denken können, als den Untergang einer falschen Vernünftigkeit, einer absolutistischen Rationalität. Er fährt fort: obwohl er an dieses Projekt nie geglaubt habe, nie Marxist, sondern immer Gegner dieser Auffassung gewesen sei, fehle nun doch in der Welt das Substantielle. Er schließt damit, daß er denkwürdigerweise – das ist des Nachdenkens würdig – Gorbatschow zum Kantianer auf dem Fürstenthron dieser Zeit ernennt. Ich war damals in der Versuchung, anzufügen, eigentlich sei Gorbatschow der Habermasianer, ein Mensch, der ein Kommunikationsparadigma hat, das auf eine Gesellschaft trifft, die damit nichts anzufangen vermag. Die westliche Öffentlichkeit aber putscht sich auf und legitimiert sich selbst an den Abstrusitäten des aporetischen Versuchs, sie auf ihrer eigenen Grundlage überholen zu wollen. »Es fällt ihr schwer zu begreifen«, sagt Dieckmann, »daß dieser Versuch, indem er scheiterte, jene Dringlichkeit zurückgewann, der er seine Entstehung verdankt.«

Literatur

- Castel, Robert, 1979: Die psychiatrische Ordnung, Frankfurt/M.
- Dieckmann, Friedrich, 1993: »Die thermische Differenz. Aggregatzustände der Gesellschaft«, in: Sinn und Form, 45.Jg., Nr.3, Mai Juni, 468-478
- Habermas, Jürgen, 1990: Die nachholende Revolution. Frankfurt/M.
- Kurz, Robert, 1991: Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernen-Sozialismus zur Krise der Weltökonomie. Frankfurt/M.
- Modrow, Hans, 1993: »Persönliche Erklärung in seinem Strafverfahren vor der 3. Strafkammer des Landgerichts Dresden«, z.n. FAZ, 9.6.
- Schümer, Dirk, 1993: »Sturz aus der Normalität«, in FAZ, 3.6., 31
- Stürmer, Michael, 1992: Leitartikel, in: FAZ, 5.11.
- Wulff, Erich, 1979: Psychiatrie und Herrschaft. Politische Indienstnahme der Psychiatrie in West und Ost (Argument-Studienheft SH 34)

Drucknachweise

- Rückzug von Sackgasse zu Sackgasse?* Rundfunkgespräch mit Peter Huemer im ORF, Sendung »Im Gespräch« am 17.5.1990 (Ö 1). Die vorliegende, überarbeitete Fassung erschien in der Bozener Kulturzeitschrift »distel«, Herbst 1990.
- Der letzte Parteitag der KPdSU.* Artikelfolge in der »Volkszeitung«, 6.7.1990, S.1 und in der Zürcher »Wochenzeitung«, 6.7.1990, S.9; 13.7.1990; 20.7.1990.
- Mutiert der Golf-Krieg die politische Kultur?* Geschrieben für die Zürcher »Wochenzeitung«, wo der Text gekürzt am 15.2.1991, S.10, unter dem Titel »Gefallen am Krieg. Enzensberger und Biermann als Botschafter« veröffentlicht wurde. Die vorliegende Fassung erschien in »Das Argument« 186, 33.Jg., März-April 1991, S.193ff.
- Marxismus in der Katastrophe.* Gastvortrag auf der PDS-Programmkonferenz vom 4.-5.5.1991; unkorrigierte und unautorisierte Tonbandabschrift (gekürzt) in: Presesdienst PDS, 7.6.1991, S.13-18. Der Exkurs *Für die »Enttotalisierung« marxistischen Denkens* erschien als Diskussionsbeitrag zum christlich-marxistischen Dialog in »Berliner Dialog-Hefte« 4/1991.
- Der Untergang der Sowjetunion.* Artikelfolge vom August 1991: »Staatsstreich gegen die Geschichte«, Freitag, 23.8.1991, S.1.; »Die Glorious Revolution in Moskau«, Neues Deutschland, 24./25.8.1991, S.2; »Das Ende einer Epoche – Perestrojka, Putsch und Revolution«, Freitag, 30.8.1991, S.1. Nachgedruckt unter dem Obertitel »Sowjetunion-Trilogie« in: Vorwärts, Bern, 12.9.1991.
- Kann man noch Marxist sein nach dem Zusammenbruch des Kommunismus?* Gesendet im Schweizer Rundfunk, Bern, September 1991.
- Die Wiederkehr des Unerwarteten.* Beitrag zum Kongreß »Erinnern Wiederholen Durcharbeiten – Zur Psycho-Analyse deutscher Wenden«, Freie Universität Berlin, 13. bis 16. Februar 1992; zuerst in: Frankfurter Rundschau; gekürzt in: Brigitte Rauschenbach (Hg.), *Erinnern Wiederholen Durcharbeiten*, Berlin 1992.
- Pluraler Marxismus und Offene Gesellschaft.* Beitrag zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Nordelbien im März 1992; zuerst veröffentlicht in: Deutschland – eine Zwischenbilanz, hgg. v. W.Vogelmann und H.-H. Wiebe, Bad Segeberg 1992.
- Warum ich die Gerechtigkeitskomitees unterstütze.* Erschien in der Nullnummer der Zeitung der Gerechtigkeitskomitees; Auszüge in: Freitag, 14.8.1992, S.13; Junge Welt, 18.7.1992, S.2-3.
- Muß man den Stalinismus von Marx her denken?* Vortrag beim Internationalen Symposium »Stalinismus – Theorie und Forschung«, Wien, 14.-15.10.1992; zuerst veröffentlicht in der Festschrift für Helmut Fleischer (1993).
- Marx befreien.* Gekürzt in der »taz«, Berlin, 3.5.1993; ungekürzt in: Die Berliner Linke, Nr. 18/1993, S.8.
- Welchen Sinn hat es, über Stalinismus zu diskutieren?* Gespräch mit Axel Hildebrandt, in: Die Berliner Linke, Juni 1993.
- Determinanten der postkommunistischen Situation.* Vortrag beim Symposium »100 Jahre Psychiatrie Herzberge«, 10.6.1993.

Inhalt des ersten Bandes

(Argument-Verlag 1990)

Wahrnehmungsversuche

Beiträge zur Verständigung in der Krise des Marxismus

Vorwort

**Notiz zum katastrophalen Ausgang der Dengschen Reformpolitik
(Juni 1989)**

**»Eine Revolution. Nicht mehr, nicht weniger.« Gespräch mit
Michael Stötzel und Giaco Schiesser (Juni 1989)**

**»Der befehlsadministrative Sozialismus ist historisch am Ende«
Interview mit Myrle Dziak (Juli 1989)**

Umbruch in der DDR (Oktober 1989)

Revolution in der DDR (November 1989)

Die Revolution vor der Zerreißprobe (Dezember 1989)

**Marktsozialismus? Vorfragen zum »ökonomischen Mechanismus«
eines demokratischen Sozialismus (Dezember 1989)**

**Chancen und Blockierungen eines demokratischen Sozialismus
(Februar 1990)**

**Notiz zur Frage nach einem formationstheoretischen Begriff
des »Realsozialismus« (März 1990)**

Die Übergabe der Festung

Hat das Volk der DDR die Restauration gewählt? (März 1990)

»Unwahrscheinlich, aber notwendig«

Die Perestrojka in der Krise (April 1990)

Ende des Marxismus-Leninismus –

Anfang eines neuen integralen Marxismus? (Mai 1990)

Argument-Sonderbände

Neue Folge



Das besondere
wissenschaftliche
Taschenbuch

AS 201
**Rassismus und
Migration in Europa**

AS 202
Bronwyn Davies
**Frösche und Schlangen
und feministische
Märchen**

AS 203
Wolfgang Fritz Haug
**Elemente einer Theorie
des Ideologischen**

AS 204
**Arbeit soll auch
Selbstverwirklichung
sein**
Mikroelektronik und
Lebensweisen

AS 205
George Leaman
Heidegger im Kontext
Gesamtüberblick zum
NS-Engagement der
Universitätsphilosophen

AS 207
Ursula Apitzsch (Hg.)
**Neurath - Gramsci -
Williams**

Theorien
der Arbeiterkultur
und ihre Wirkung

AS 209
Gerhard Hauck
**Einführung in die
Ideologiekritik**
Bürgerliches Bewußtsein
in Klassik, Moderne und
Postmoderne

AS 213
Gerhard Schweppenhäuser
Ethik nach Auschwitz
Adornos negative
Moralphilosophie

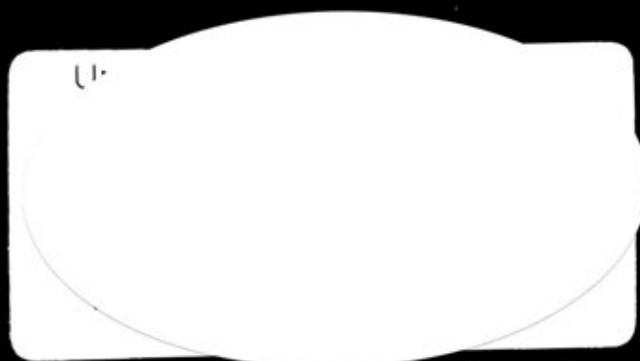
AS 215
Markus Schwingel
Analytik der Kämpfe
Macht und Herrschaft in
der Soziologie Bourdieus

AS 219
Frigga Haug/
Eva Wollmann (Hg.)
**Hat die Leistung
ein Geschlecht?**
Erfahrungen von Frauen

Determinanten der postkommunistischen Situation Wahrnehmungs-Versuche 2

Der Untergang der Sowjetunion, der Umbruch der Weltordnung und die deutsche Vereinigungskrise liefern den Stoff für die hier gesammelten Essays, Reden, Interviews und Zeitungsartikel aus den Jahren 1990 bis 1993. Es sind Beiträge zu einer Geschichte der Gegenwart, der es darum geht, nicht nur die Tatsachen theoretisch-kritisch zu reflektieren, sondern auch kritische Theorie in der Nachfolge von Marx der Kritik der Tatsachen auszusetzen.

Der Autor lehrt Philosophie an der Freien Universität Berlin. Zuletzt erschienen von ihm *Elemente einer Theorie des Ideologischen* (1993) und *Versuch, dem täglichen Verlieren des Bodens unter den Füßen einen Grund zu gewinnen* (1990).



Argument-Sonderbände
Neue Folge

ISBN 3-88619-218-0
23,00 DM